

**33. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
8.–9. September 2022**



Umbruchjahre im Osten

Vom geteilten zum wiedervereinigten Deutschland

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

In Zusammenarbeit mit



ISBN 978-3-98628-283-7

33. Bautzen-Forum

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen



Umbruchjahre im Osten Vom geteilten zum wiedervereinigten Deutschland

33. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen

8. und 9. September 2022

DOKUMENTATION

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der
Friedrich-Ebert-Stiftung

In Zusammenarbeit mit



33. BAUTZEN-FORUM 8. UND 9. SEPTEMBER 2022

EINLEITUNG 6
Matthias Eisel

GRUSSWORTE

Alexander Latotzky 9

Hanka Kliese 14

Dr. Robert Böhmer 17

VORTRAG UND DISKUSSION 21

Jahre des Umbruchs. Die DDR und ihr Nachleben

Dr. Jens Schöne

PODIUMSGESPRÄCH 47

Nach dem Ende der Diktatur. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur
seit den 1990er Jahren

Dr. Markus Pieper, Alexandra Titze, Evelyn Zupke

Moderation: Johannes Nichelmann

PODIUMSGESPRÄCH 82

Mediale Erinnerungsbilder. Umbrucherzählungen in Literatur,
Film und Fernsehen

Dr. Christoph Classen, Anaïs Roth, Peter Schneider, Katharina Warda

Moderation: Pia Heine

PODIUMSGESPRÄCH 111

Der Systemwechsel 1989/90 und was junge Menschen heute
davon halten

Bautzener Schüler_innen: Jakob Böttcher, Jessica Gerber,

Leander Jakschik, Lennox Noack, Melisa Sturies

Moderation: Silke Klewin

PODIUMSGESPRÄCH 140

Gesellschaft und Demokratie in Ostdeutschland. Was läuft anders
und warum?

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller, Hanka Kliese, Steffen Reiche, Antonie
Rietzschel

Moderation: Michael Kraske

THEATER 176

„Helden wie wir“, Gastspiel der Bühnen Halle

ANDACHT 178

auf dem Karnickelberg

Pfarrer Christian Tiede

Referent_innen des 33. Bautzen-Forums 181

Bautzen-Foren im Überblick 183

Impressum 186

EINLEITUNG

Matthias Eisel

Vor über 30 Jahren, am 2. Januar 1992, konnten erstmals Menschen Einsicht in die geheimen Akten nehmen, die das Ministerium für Staatssicherheit der DDR in den Jahren und Jahrzehnten vor dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung so akribisch über sie geführt hatten. Bis Ende 2021 waren fast 7,4 Millionen Ersuche und Anträge auf Akteneinsicht bei der Stasiunterlagenbehörde eingegangen, darunter 3,4 Millionen Anträge von Bürger_innen. Im vergangenen Jahr stellten noch immer über 30.000 Menschen aus Ost und West einen Antrag auf Akteneinsicht.

Mittlerweile wurde das Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit (BStU) ins Bundesarchiv überführt und das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen abgelöst von einer Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur. Evelyn Zupke, die neue Bundesbeauftragte für die SED-Opfer, war ebenso Gast unseres Bautzen-Forums wie die Vizepräsidentin des Bundesarchivs Alexandra Titze. Die neuen Zuständigkeiten des Bundesarchivs für die Stasiakten waren anfangs nicht unumstritten – es wurde bereits das Ende der Aufarbeitung prophezeit. Davon kann keine Rede sein und das Interesse an dieser Diktaturvergangenheit ist nach wie vor da. Allerdings müssen jüngeren Generationen neue Möglichkeiten der Aneignung angeboten werden. Dafür muss und wird die erinnerungspolitische Arbeit in Schulen, Gedenkstätten und gleichermaßen bei interessanten digitalen Formaten fortlaufend weiterentwickelt und auf den Prüfstand gestellt werden.

Im Zuge der Friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung fand im November 1990 bereits das erste, damals schon viel beachtete Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung statt. Das Thema lautete „Stalinismus – Analyse und persönliche Betroffenheit“. Beim Blick in die gedruckte Tagungsdokumentation von 1990 sieht man, Gesprächsgäste waren unter anderem die Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD), der spätere Bundespräsident Joachim Gauck und auch der von West-Berlin ins Zuchthaus Bautzen entführte Journalist Karl-Wilhelm Fricke, späterer Deutschlandfunk-Redakteur.

Im Rahmen der jährlichen Bautzen-Foren wurden wichtige Aspekte der



SED-Diktatur und ihrer Folgen behandelt. Dazu gehörten etwa die Themen Opposition und Widerstand, politische Haft, persönliche Unfreiheit und Tod, das Aufwachsen in der Diktatur, das ineffiziente System der DDR-Planwirtschaft, das verbrecherische Wirken der Staatssicherheit, die innerdeutschen Beziehungen und der Häftlingsfreikauf, das Ringen der DDR um internationale Anerkennung bis hin zur Friedlichen Revolution und der Überwindung der deutschen Teilung. Die im Nachgang der Foren jeweils gedruckten oder digitalen Tagungsdokumentationen ergeben eine beachtliche Bibliothek, die den Aufarbeitungsprozess der SED-Diktatur seit 1990 sehr gut abbildet.

In den über 30 Jahren nach der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit rückten auch die Umbruchprozesse und Transformationsjahre in der ostdeutschen Gesellschaft und Wirtschaft nach 1990 verstärkt in den Fokus historischer Analysen. Geprägt waren diese Transformationsjahre von Neuanfang und neuen Möglichkeiten, oft verbunden mit Arbeitsplatzverlusten und Enttäuschungen, mit Brüchen und Kontinuitäten, Aufstiegen und Abstiegen in Zeiten rasant wachsender Erwerbslosigkeit und sozialer Schieflagen. Sicherheit und Unsicherheit waren sich besonders in den ersten Jahren nach der

Wiedervereinigung häufig näher, als man sich das zuvor bei aller Euphorie jemals hätte vorstellen können und wollen. Das ganz persönliche Erleben dieser für nicht wenige als prekär erlebten Zeit prägt nachweislich bis heute den Blick von damals Betroffenen, auch mancher Kinder und Enkel, auf die deutsche Wiedervereinigung.

Dem folgend lautete das Thema unseres Bautzen-Forums 2022 Umbruchjahre im Osten. Vom geteilten zum wiedervereinten Deutschland. Damit gehen wir über die „magische“ Grenze von 1989/90 hinaus und fragen, was die Umbruchzeit für die Menschen im Osten Deutschlands ganz persönlich, aber auch für die wiedervereinigte Bundesrepublik auf gesellschaftspolitischer Ebene bedeutet.

Es geht uns um Geschichte, Gegenwart und Zukunft der DDR-Aufarbeitung. Dazu gehören Aspekte wie die mediale Inszenierung der Umbruchzeit in Film, Fernsehen und Literatur, wessen Geschichte oder Geschichten da erzählt werden und was möglicherweise auch unberücksichtigt blieb und bleibt. Bautzener Schüler_innen blicken bei einem Podium zudem auf den Systemwechsel 1989/90 und darauf, wie diese Zeit in den Familien erzählt wird. Zum Abschluss des Forums geht es endgültig ins Hier und Jetzt, wenn darüber diskutiert wird, ob und inwieweit der Osten besonders oder anders tickt und wie es sich in den sogenannten „neuen Bundesländern“ mit Demokratie und Gesellschaft vor dem Hintergrund der DDR-Vergangenheit heute verhält.



GRUSSWORT

Alexander Latotzky

Liebe Haftkamerad_innen, liebe Hanka Kliese, lieber Matthias Eisel, lieber Robert Böhmer, liebe Nancy Aris und alle anderen, die es ebenso verdient hätten, namentlich begrüßt zu werden, und natürlich liebe Teilnehmer_innen des Bautzen-Forums!

„Vom geteilten zum wiedervereinten Deutschland“ lautet das Motto des 33. Bautzen-Forums. Wir werden dazu ganz sicher wieder viel interessante Aspekte und Ansichten zu hören bekommen. Ja, das Bautzen-Forum ist seit vielen Jahren eine hochangesehene Veranstaltung zum Thema Aufarbeitung und das soll es bitte auch noch lange bleiben. Daran konnte auch die Coronapandemie nichts ändern. Sie hat uns alle in vielen Bereichen zwar stark ein-

geschränkt, wir mussten etliche Veranstaltungen kurzfristig absagen, aber wir haben sie bisher doch recht gut überstanden.

Eigentlich soll ich hier ja nur eine kurze Begrüßungsansprache halten. Ich habe es aber schon vergangenes Jahr gesagt, die Aufgabe von Opferverbänden kann nicht sein, nur regelmäßig an begangenes Unrecht zu erinnern, Gedenktage zu veranstalten und Kränze abzulegen. Wenn das erlittene Leid überhaupt irgendeinen Sinn gehabt haben soll, dann können und müssen sich Opferverbände mit ihrer leidvollen Erfahrung auch zur aktuellen Tagespolitik äußern. Tun sie das nicht, dann war selbst dieser Aspekt ihres Leidens sinnlos. Dass Wladimir Putin ein lupenreiner Demokrat sei, „der Russland zu einer ordentlichen Demokratie machen“ werde, glaubte Gerhard Schröder (SPD), als er diese Worte sagte, vermutlich selbst nicht einmal. Schon damals gab es in Putins Russland mehr politische Gefangene als unter Breschnew in der ganzen Sowjetunion. Dass Russland aber mitten im Frieden seinen Nachbarn überfällt, dessen Städte in Schutt und Asche legt, dessen Bürger_innen abschlachtet und in Europa einen Krieg entfesselt, wie es ihn dort seit 1945 nicht mehr gegeben hat, das hat sich wohl keiner von uns vorstellen können. Auch nicht, dass sich dieser Krieg jetzt derart massiv auch auf uns auswirkt.

Dabei gab es schon früh genug deutliche Hinweise darauf, was von einem Russland unter Putin zu erwarten sei. Nicht erst Aserbaidschan und Georgien haben uns gezeigt, wozu ein Mann fähig ist, der seine Versprechen hemmungslos bricht. Wir alle konnten die Bilder von Grosny sehen, der tschetschenischen Hauptstadt, die von der russischen Armee so lange mit Artillerie beschossen wurde, bis auch das letzte Haus in Trümmern lag, unter denen über 25.000 Bewohner_innen begraben waren, Männer, Frauen und Kinder. Jetzt wiederholt sich das Drama erneut. Wieder werden Menschen willkürlich festgenommen, in Gefängnisse verschleppt, gefoltert und getötet.

„Die Ukrainer haben es nicht verdient zu existieren und müssen von der Landkarte gefegt werden“, verkünden russische Abgeordnete in der Duma und beenden ihre Reden mit Worten wie: „Ein Land, ein Präsident, ein Sieg.“ Erkennen Sie die Ähnlichkeit mit der NS-Rhetorik? Da hieß es „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Das ist eine Sprache, die besonders bei den Älteren unter uns schlimmste Erinnerungen weckt. Das ist genozidal und erlaubt schon die Frage, wer da eigentlich der Faschist ist, der bekämpft werden muss. Aber was hat das mit uns, mit Bautzen zu tun? Die Antwort ist ganz einfach. Wir, die Häftlinge der Speziallager von Bautzen, Buchenwald, Sachsenhausen und anderen Orten haben am eigenen Leib erlebt, was es bedeutet, sich mit-

ten im Frieden plötzlich als angebliche Faschisten in einem russischen Straflager wiederzufinden. Wir haben gesehen, wie das für Tausende unserer Kamerad_innen endete. Gehen Sie zu den Massengräbern auf dem Karnickelberg und überzeugen Sie sich selbst davon. Und darum müssen wir uns jetzt laut zu Wort melden.

Ich war nie der gleichen Ansicht wie der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck, der meinte, die Verteidigung unserer Sicherheit beginne am Hindukusch. Viele haben ihn damals für seine Weitsicht gelobt. Weitsicht ist sicher gut und hilfreich, aber sie nützt nichts, wenn man in die falsche Richtung schaut. Auch damals begann die Verteidigung unserer Sicherheit an den Grenzen zum Ostblock! Stattdessen haben wir uns systematisch von Russland abhängig gemacht, haben uns trotz unzähliger Mahnungen blind wie ein Maulwurf in die totale Abhängigkeit von russischem Erdgas begeben. Noch 2014, nach der Annexion der Krim, erlaubte die damalige Bundesregierung den Verkauf der Gasspeicher an Russland, kurz darauf erfolgte die Genehmigung für Nordstream 2. Nahezu alle Politiker_innen sind diesem machtbesessenen Alleinherrscher auf den Leim gegangen und manche tun es noch immer. Und jetzt zahlen wir alle die Zeche für diesen Fehler.

Auch ich glaubte einmal an die These, wonach Länder, die seit Jahren zuverlässig und erfolgreich miteinander Handel betreiben, sich nicht bekriegen werden. Auch ich habe die weltweite Aufrüstung abgelehnt und geglaubt, dass es möglich sei, durch Dialoge aus jedem Konflikt herauszukommen. Und ich möchte diesen Glauben eigentlich noch immer nicht aufgeben. Doch auch ich stelle fest, dass es absurd ist, sich mit jemandem an einen Verhandlungstisch zu setzen, der grundsätzlich nicht an das Existenzrecht eines anderen Landes glaubt, der alle politischen, völkerrechtlichen und moralischen Grenzen überschritten hat und der Lügen für ein Zeichen von Stärke hält.

Jetzt zeigt uns Putin sein wahres Gesicht und wir stehen vor der größten Krise der Nachkriegszeit. Die Energiepreise explodieren und viele, auch Sie hier im Saal, werden schon bald schmerzhaft sehen müssen, wo sie das Geld dafür hernehmen sollen. Viele werden es vielleicht auch nicht schaffen.

Wir alle erwarten daher jetzt von unseren Volksvertreter_innen konstruktive Vorschläge – Vorschläge, die nicht von der Angst vor Putins möglichen Gegenmaßnahmen geprägt sind. Es ist blamabel, wenn Wolfgang Kubicki von der FDP jetzt die Öffnung von Nordstream 2 fordert, während sich ganz Europa gleichzeitig darum bemüht, sich schnell wieder von der russischen Abhängigkeit zu befreien.

Was wir jetzt nicht brauchen, sind Streitereien darum, wer Schuld an der Situation hat. Denn das waren Politiker_innen aller Parteien, egal ob sie Schröder oder Merkel, Schwesig, Söder oder Merz hießen. Und auch von der FDP habe ich damals keinen Aufschrei gehört. Ich will jetzt nicht hören, dass Winfried Kretschmann oder Hubert Aiwanger jetzt wieder den Waschlappen benutzen. Ich will auch nicht wissen, dass Christian Lindner jetzt nur noch lauwarm duscht, Bettina Jarasch von den Grünen sich morgens mit einer Katzenwäsche begnügt oder andere Politiker_innen ihre Morgentoilette auf die wesentlichen Körperteile beschränken, welche auch immer das sein sollen. Um mit Kevin Kühnert zu sprechen, das löst Bilder im Kopf aus, die man gar nicht haben will.

Ich erwarte vielmehr sinnvolle und konkrete Vorschläge, wie etwa unseren alten Mitgliedern dabei geholfen werden soll, die Energiekosten aufzubringen, wenn ihre Rente nicht mehr ausreicht! Wieso brauchte es zum Beispiel drei Entlastungspakete, bis endlich auch Rentner_innen davon profitieren? Wie sollen wir zur Arbeit kommen, wenn wir das Benzin nicht mehr bezahlen können? Müssen wir im kommenden Winter alle bei Kerzenschein in der Stube um den einzigen beheizten Ofen sitzen? Was nützt mir ein bundesweites Nahverkehrsticket für 69 Euro, mit dem ich dann auch in Heidelberg oder Flensburg die Straßenbahn benutzen kann, wenn ich dort nie hinfahre? Ich brauche ein 9-Euro-Ticket für die Region, in der ich lebe!

All das sind Fragen, die jetzt dringend beantwortet werden müssen, ohne dass wir dabei in Panik verfallen. Hören wir endlich damit auf, uns wie dumme Lämmer zu Deppen eines Despoten zu machen, der seine Machtspielchen mit uns treibt. Verhalten wir uns stattdessen weiter solidarisch, denn die Verteidigung unserer Freiheit findet auch heute nicht am Hindukusch, sondern in der Ukraine statt. Und wer glaubt, dass sich Putin mit der Ukraine zufriedengibt, ist noch immer ein Narr. Im russischen Fernsehen wird schon ganz offen über Angriffe auf andere Länder beratschlagt, auch auf Deutschland. Es geht daher nicht nur um die Ukraine und um uns, sondern auch um unsere Kinder und Enkelkinder.

Vom Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu stammt der Ausspruch: „Wenn du dich in Situationen der Ungerechtigkeit neutral verhältst, hast du dich auf die Seite des Unterdrückers gestellt.“ Mischen wir uns also aktiv in die Politik ein, denn es geht um uns. Nehmen wir uns die politischen Häftlinge von Bautzen als Vorbild, die für ihre Überzeugung ihre Freiheit geopfert haben. Unterstützen Sie uns und werden Sie Mitglied im Bautzen-Komitee! Machen

Sie sich mit uns frei von der berühmt-berüchtigten deutschen Angst, für die uns das Ausland belächelt. Vielleicht können wir dann ja irgendwann ein Bautzen-Forum veranstalten, das unter dem Motto steht: „Von der geteilten zur wiedervereinten Ukraine.“



GRUSSWORT

Hanka Kliese

Nach dieser kämpferischen Rede von Alexander Latotzky muss ich erst einmal kurz innehalten. Da ich mich sonst oft in Dresden und in der Staatskanzlei aufhalte, tut es mir sehr gut, mal in einem Umfeld zu sein, in dem die Haltung gegenüber der Ukraine und Wladimir Putin so klar und deutlich artikuliert wird. Ich wünschte mir mehr davon in dem Haus, in dem ich sonst arbeiten darf.

Seien Sie alle herzlich begrüßt! Zum 33. Mal ein Bautzen-Forum. Ich habe mich gefragt: Was haben die Teilnehmer_innen des ersten Bautzen-Forums wohl von ihrer Zukunft im geeinten Deutschland erwartet?

Hätten sie gedacht, dass es fast 20 Jahre dauert, bis es eine Opferrente gibt? Hätten sie gedacht, dass wichtige historische Orte, die Zwangsarbeit und

Unterdrückung dokumentieren, einfach abgerissen werden? Dass in den neuen Parlamenten Stasi-IMs sitzen werden, demokratisch gewählt? Dass es noch einmal eine Neuauflage der deutsch-sowjetischen Freundschaft geben wird, wie wir sie jetzt erleben? Dass SED-Nachfolger zu Montagsdemos aufrufen? Das alles scheint uns doch regelrecht absurd, wenn wir uns in die Zeit von damals zurückversetzen. Doch vielleicht haben die Besucher_innen des ersten Bautzen-Forums auch nicht gewusst, dass aus vielen der Gefängnisse, in denen sie eingesperrt waren, Gedenkstätten entwickeln werden. Lernorte, an denen Schüler_innen den Geschichten der Zeitzeug_innen lauschen, daraus Theaterstücke erarbeiten und diskutieren. Und dass dort Orte der Demokratie entstehen.

Das ist die Aufarbeitung, in der unsere Zukunft liegt. Die Zukunft einer stabilen Demokratie besteht nicht aus Beschweigen, Beschönigung oder Verdrängung. Die Zukunft einer stabilen Demokratie besteht aus dem stetigen Hinterfragen, aus Zuhören und aus gegenseitigem Respekt.

Heute und morgen geht es um die Zeit des Umbruchs, eine Phase, aus der sich viele heutige Phänomene und Verwerfungen erklären lassen. Das große Thema „Entwertung ostdeutscher Biografien“ hat in den vergangenen Jahren stark an Aufmerksamkeit gewonnen. Auch ich kenne solche Lebensgänge, die den Start in die Demokratie deutlich erschwerten. Ich finde es gut, wenn jüngere und westdeutsche Menschen diese Geschichten von Existenzängsten und Arbeitslosigkeit kennen und verstehen lernen.

Doch wir dürfen es uns nicht zu einfach machen: Eine gebrochene Erwerbsbiografie nach dem Untergang der DDR, ein ungerechtes Schicksal einer Familie darf kein Freifahrtschein sein. Nicht für rassistische Ausschreitungen, nicht für Aggression, nicht für Gewalt, nicht für die Abwertung anderer Lebensgänge. Zudem dürfen wir nicht vergessen, mit welcher Selbstverständlichkeit Menschen in der DDR eine gute berufliche Zukunft verwehrt wurde – eben weil sie nicht politisch auf Linie waren. Hier darf die Aufarbeitung der Zeit nach 1989 nicht zu einer Verwässerung der Verbrechen vor 1989 führen.

Ich möchte heute auch an jemanden erinnern, und zwar an den Kameraden Hannes Kirsch. Ich glaube, er ist vielen hier bekannt. Er starb am 18. Dezember vorigen Jahres mit 91 Jahren und es ist mir ein tiefes Bedürfnis, mit Ihnen gemeinsam an ihn zu denken. Er war Mitglied im Bautzen-Komitee. Er war 1950 wegen Militärspionage verurteilt worden, weil er an seinen Onkel einen Brief geschrieben hatte, in dem er die Zustände beschrieb, in denen Soldaten

der Roten Armee in seinem Heimatort untergebracht waren. Eigentlich tat er das ganz wohlmeinend, weil die Soldaten ihm leidtaten. Aber letztlich wurde er dafür verurteilt, kam ins Arbeitslager und erlebte dann hier in Bautzen den Häftlingsaufstand 1950 mit. Er war einer der letzten noch lebenden Zeitzeugen, die davon berichten konnten.

Und er war beim Bautzen-Forum oft zu Gast. Wer Hannes Kirsch einmal erlebt hat, weiß, dass er ein ganz freundlicher, ungebrochen scheinender, kluger und lustiger Mensch war, den man immer gern um sich hatte. Deswegen wollte ich stellvertretend für alle diejenigen, die wie er heute nicht mehr beim Bautzen-Forum dabei sein können, an seine Biografie, an seinen Kampf, an seinen Lebensgeist, aber auch an seine fröhliche Zuversicht erinnern, die uns in guter Erinnerung bleiben soll.

Zum Abschluss sage ich noch etwas Positives. Der sogenannte Sachsenmonitor wurde schon angesprochen, jene Umfrage, bei der den Sachsen auf den Zahn gefühlt wird. Da ist auch das Thema Aufarbeitung relevant. Im jüngsten Sachsenmonitor haben 60 Prozent der befragten Sächsinen und Sachsen angegeben, dass sie die DDR als Unrechtsstaat anerkennen. Das waren vor vier Jahren noch 39 Prozent. Ich finde, das Fazit daraus ist: Aufarbeitung wirkt.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine gute Tagung und viele Impulse zum Nachdenken und gegen das Vergessen.



GRUSSWORT

Dr. Robert Böhmer

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kamerad_innen, nun ist die politische Situation in Deutschland und Europa dieses Jahr vielleicht besonders schwerwichtig und emotional sogar heftig aufgeladen, wie wir heute auch schon gehört haben. Frau Kliese hat mit ihrer Bemerkung, dass auf der anderen Seite die DDR nun doch noch, nach über 30 Jahren, als Unrechtsstaat wahrgenommen wird, die Stimmung unter Ihnen etwas aufgehellt. Daran können wir anknüpfen.

Für mich ist es jedenfalls immer eine Freude, zum Bautzen-Forum eingeladen zu werden. In den vergangenen sieben Jahren bin ich hier auch regelmäßig Gast gewesen. Zuletzt sogar in der besonderen Rolle, den jeweiligen Oberbürgermeister mit einem Grußwort zu vertreten, so auch heute. Ich grüße Sie an

dieser Stelle ganz herzlich vom neu gewählten Bautzener Oberbürgermeister Karsten Vogt (CDU), der sich aufgrund einer fest zugesagten Dienstreise heute leider nicht in Bautzen befindet. Er war in der Vergangenheit als interessierter Bürger schon Gast des Bautzen-Forums und wird das sicher auch in Zukunft wieder sein.

Das Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Gedenkstätte Bautzen und des Bautzen-Komitees ist ein jährlicher Höhepunkt für unsere Stadt. Namhafte Referent_innen und Personen der Zeitgeschichte reisen an, interessierte Bürger_innen beteiligen sich. Der Termin ist bei vielen fest im Kalender notiert. Das Forum gehört gewissermaßen einfach dazu. Es ist ein Fixpunkt der Erinnerung an den Untergang der DDR hier in dieser Stadt. Mitstreiter_innen der ehemaligen Opposition – damals besonders aus den Reihen des Neuen Forums, von der vom Blockparteiendünkel unbelasteten Ost-SPD und konfessionelle Bürgerrechtler_innen sammelten sich vor über drei Jahrzehnten. Aus deren Kreisen gab es Impulse für diese Tagung und zur Gründung des Bautzen-Komitees.

Umbruchjahre bedeuteten damals nicht nur einen materiellen Neuanfang: Plötzlich konnten politische Themen gesellschaftlich frei selbst in die Hand genommen werden. Wie gesagt, mittlerweile ist der heutige Tag ein Höhepunkt, der einfach dazugehört. Wir können den langjährigen Veranstaltern, besonders der Friedrich-Ebert-Stiftung, nur ausdrücklich danken, dies geschafft zu haben und den interessierten Menschen anzubieten. Es ist ja auch so: Die Aufarbeitung der dunklen Seite der realsozialistischen DDR, die Geschichte der Bautzener Gefängnisse, das bleibt immer auch ein trauriges Thema, das hervorgehoben für unsere Stadtgeschichte steht. In Bautzen ist das deshalb eine sensible Sache.

Wir sollten aber in einer weiteren Hinsicht vorsichtig sein: Denn Erinnerung kann sich ritualisieren, sodass man sich die eigene Weltsicht im eigenen Kreis immer wieder und wieder bestätigt. Die Erde dreht sich aber weiter. Die Jahrzehnte ziehen ins Land. Auch die Themenfindung wird zu einer Herausforderung, Zeitzeug_innen sterben und sind sehr alt. Neue Probleme, neue gesellschaftliche Herausforderungen konfrontieren dagegen die Menschen der Gegenwart. Diese Entwicklung erleben wir gerade ziemlich greifbar. Selbst ein Krieg ist wieder vorstellbar. Innen- und außenpolitisch sind die Nerven auf das Äußerste gespannt. Eine möglicherweise schwerwiegende ökonomische Krise, die viele Menschen auch an die DDR erinnert, wird noch gar nicht wirklich erfasst und belastet mit einem dunklen Schleier die Zukunft. Das al-

les verhärtet die politischen Fronten neu. Erinnerung scheint dann in den Augen vieler gut gemeint, aber bleibt doch eher eine private Angelegenheit der Betroffenen.

Und betroffen war in der Vergangenheit auch jeder Mensch anders: Es gibt die Gnade der späten Geburt. Es gab mutige selbstlose Kämpfer_innen, Leidtragende, aber auch Mitläufer_innen, und es gab Täter_innen. Im Umbruch musste sich jede_r neu finden, die Chancen im neuen System ergreifen. Unter den Leidtragenden ist Umbruch in doppelter Hinsicht schwerwiegend. Denn Umbruch bedeutet irgendwie auch: sich zuvor nicht haben brechen lassen von einem Unrechtsstaat, aufrecht den eigenen Weg gegangen zu sein. Die Stasi und der Staat konnten schließlich nicht jeden zermürben, überwachen, fassen und demütigen – eben brechen.

Umbruchjahre hieß aber lange Zeit auch: sich neu erfinden zu müssen, ein neues System zu erlernen und ein in der DDR vielfach abtrainiertes Selbstbewusstsein zu entwickeln. Umbruchjahre bedeuteten Wiederaufbau und die Verheißung blühender Landschaften, aber eben auch, sich direkt mit dem vermeintlich goldenen Westen zu vergleichen, die über Jahrzehnte schleppend verlaufene Produktivitätsentwicklung immerfort statistisch zu bewerten, Abwanderung und Arbeitslosigkeit real zu erleben. Und als Leidtragende der Vergangenheit vielleicht auch zu erleben, wie Glücksritter_innen, Opportunist_innen und Nutznießer_innen durchaus auch im neuen System Karriere machten. In diesem Spannungsfeld diskutieren auch Sie fast jedes Jahr.

Hinzu kommt: Erinnerungskultur lebt auch immer vom Mantra, von der pathetischen Metapher „Aus der Geschichte lernen!“. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass dies nicht nur „uns Deutschen“ schmerzlich ist. Ideologien können zu grausamsten Exzessen ausarten – oft unter dem hochmütigen Ziel, eine goldene, bessere Zukunft zu erreichen. Die christliche Überlieferung sagt dazu im philosophischen Sinne Erbsünde. Das Böse bricht sich immer wieder Bahn, aber vielfach auf eine Art und Weise, wie man es zuvor überhaupt nicht erwartet hat. In Anlehnung an Goethe könnte man sagen: „Es wirkt ein Teil von jener Kraft, die stets das Gute will und doch das Böse schafft.“

In einem Auszug will ich deshalb zum Abschluss und auch als Warnung für uns die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley zitieren: „Das ständige Denunzieren wird wiederkommen. Das ständige Lügen wird wiederkommen. Alle diese Untersuchungen, die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben [...]. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. Man wird sie ein wenig

adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen. Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten [...]. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen, glaubt mir.“

Solche Worte dieser im Jahr 2010 verstorbenen Ikone der Bürgerrechtsbewegung sind natürlich eine heftige Mitgift und im Kontext ihrer Gedanken zu sehen. Sie zeugen auch von einer Entzauberung des Westens und spiegeln – was ich schon mit der Erbsünde versuchte zu sagen – die Natur des Menschen wider.

Ein kleiner wichtiger Beitrag dieser Tagung kann sein, dass dieser Kreis auf die Folgen großen Unrechts immer wieder hinweist und die Menschen sensibilisiert. Ich wünsche Ihnen eine gelungene Tagung. Schöne Tage in Bautzen. Und Gottes Segen für die Zukunft! Vielen Dank! *Wutrobny džak!*



Dr. Jens Schöne

VORTRAG

Jahre des Umbruchs. Die DDR und ihr Nachleben

Dr. Jens Schöne

Man mag es kaum glauben, doch die DDR und ihr Ende liegen nun schon über 30 Jahre zurück. Bald wird der selbst ernannte „Arbeiter- und Bauernstaat“ länger der Vergangenheit angehören, als er je existiert hat. Mehr als eine ganze Generation Nachgeborener ist inzwischen herangewachsen, und diese Nachgeborenen haben – wenn überhaupt – einen völlig anderen Zugang zur SED-Diktatur als die Betroffenen. Recht regelmäßig, etwa alle drei bis fünf Jahre, erscheinen Umfrageergebnisse, die warnen, wie schlecht der heutige Kenntnisstand sei, wie wenig insbesondere junge Leute über die DDR wüssten und welche fatalen Folgen das haben könnte. Diese Umfragen gilt es weiter sehr ernst zu nehmen. In gewisser Weise aber plädiere ich für eine Umkehr. Wir, die wir uns dem Thema verbunden fühlen, müssen aufhören allzu schnell

Vortrag · Jahre des Umbruchs. Die DDR und ihr Nachleben

zu klagen, dass das Wissen, dass das Interesse so spürbar schwindet. Woher dieses Verschwinden kommt, darauf gibt es einfache Antworten und sie werden seit Jahren gebetsmühlenartig wiederholt: Es ist eben lange her, die lebensgeschichtlichen Bezüge verlieren sich, die Schulen engagieren sich nicht genug und so weiter. Doch statt dieser Klagen und der mühevollen Erklärungsversuche, die uns erkennbar nicht weitergebracht haben, sollten wir (uns und andere) vielmehr offener, ehrlicher, ja schonungsloser als bisher fragen, was nicht gut gelaufen ist und was wir gegen dieses abklingende Interesse tun können.

Denn es ist vollkommen normal, dass der heutige Umgang mit der DDR in vielen Bereichen ein gänzlich anderer ist, als er es beispielsweise im Jahr 1996 war. Die Welt hat sich seitdem dramatisch verändert, das allein würde als Begründung für diesen Umstand schon genügen. Tatsächlich aber ist es viel einfacher und viel komplizierter zugleich. Viel einfacher ist es, weil wir es hier mit einem fortlaufend stattfindenden Prozess zu tun haben, den die historische Wissenschaft unter dem Begriff „Historisierung“ kennt. Vor allem in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entwickelt, ist er doch so alt wie die Geschichtsschreibung selbst: Aus einem Gegenstand des Zeitgeschehens wird, früher oder später, ein Gegenstand des Geschichtsinteresses. Von den Mitlebenden zu den Nachgeborenen, könnte man zugespitzt sagen. Die Vergangenheit ist dann nicht mehr gegenwärtig, die bisherige Erzählung wird von einer neuen überformt. Damit aber werden ihr auch verstärkt Bedeutungen zugeschrieben, die mehr für die Betrachter der Gegenwart von Relevanz sind als für jene der Vergangenheit. Und da heute nachwachsende Generationen eine andere Realität leben, andere Erfahrungen in sich tragen und andere Fragen stellen, wird ihr Bild von der DDR zwingend ein anderes sein. Das können wir gar nicht ändern, und mit allem Nachdruck formuliert: Wir sollten es auch gar nicht ändern wollen. Denn verweigern wir uns der Historisierung, halten wir starr an unserer Sichtweise fest, werden wir notwendigerweise ins Hintertreffen geraten. Wir müssen beweglich bleiben, um weiterhin gesellschaftlich relevant zu bleiben und nicht in unserer eigenen „Blase“ zu versinken.

Sie alle kennen sicher das – fälschlicherweise zumeist Christa Wolf zugeschriebene – Bonmot, dass die Vergangenheit nicht nur nicht tot, sondern nicht einmal vergangen sei. Und gerade hier, auf dem Bautzen-Forum, mit Blick unter anderem auf die Verfolgten, die Opfer der SED-Diktatur, wurde und wird immer wieder deutlich, wie sehr das der Fall ist. Insofern wird und

muss es auch zukünftig von zentraler Bedeutung sein und bleiben, jenes Unrecht im Blick zu behalten, das von Diktaturen begangen wurde, genau so, wie wir den Widerstand dagegen würdigen müssen.

Gleichwohl kommt hier nun das Komplizierte, das bereits angedeutet wurde: Ein „Weiter so!“ darf es dabei nicht geben. Die ebenfalls bereits erwähnten Umfragen zeigen ja bei aller Normalität der Historisierung zugleich etwas Alarmierendes: Die Aufmerksamkeit für unser Thema ist keineswegs mehr ein Selbstläufer, ganz im Gegenteil. Die heutige Welt ist derart problembehaftet, dass die DDR, ihre Geschichte und ihre Folgen in den aktuellen Debatten schlicht unterzugehen drohen. Und das wird umso schneller geschehen, je statischer wir uns zeigen, je weniger wir in der Lage sind, diese Debatten zumindest mitzudenken. Mehr noch: Wir müssen Antworten auf ganz neue Fragen finden, wollen wir – und das muss eines der wichtigsten Ziele sein – gesamtgesellschaftlich anschlussfähig bleiben oder vielleicht sogar: erst wieder werden.

Lassen Sie mich an einem ganz konkreten Beispiel verdeutlichen, was ich damit meine. Jedes der mindestens 140 Todesopfer der Berliner Mauer ist eine Tragödie für sich, kein einziges der unschuldigen Opfer sollte dem Vergessen anheimfallen. Dem, so sagen mir meine langjährigen Erfahrungen als Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität zu Berlin, würden auch die heute 20- bis 25-Jährigen durchaus zustimmen. Aber: Damit sind die sich ihnen stellenden Fragen eben noch nicht beantwortet. Regelmäßig höre ich in diesem Zusammenhang die absolut aufrichtig gemeinte Frage: „Wie aber verhält sich das zu dem Umstand, dass eine ähnlich große Anzahl Menschen allein in einer einzigen Nacht im Mittelmeer ertrinkt? Menschen, die vor unmenschlichen Bedingungen zu fliehen versuchen, wie es auch die sogenannten Republikflüchtigen der DDR taten?“

Wenn es uns nicht gelingt, dahingehend den Blick zu weiten, den einen oder anderen alten Zopf abzuschneiden und mehr als bisher in die Zukunft zu denken, dann werden wir mehr und mehr ein Nischendasein fristen. 32 Jahre nach dem Ende der DDR stehen wir an einem Wendepunkt, und wir müssen uns entscheiden: Sind wir mutig und stellen uns den neuen Herausforderungen? Schaffen wir es, aus einem Gegenstand der Vergangenheit eine anschlussfähige Erzählung für die Gegenwart zu formen? Und wie können wir das schaffen? Mit welchen Problemen müssen wir dabei rechnen und wie können wir sie lösen?

„Nur was erinnert wird, ist unvergangen“, hat Leopold Ranke dereinst formu-



Zuhörer_innen beim Vortrag

liert – und das gilt bis heute. Wir müssen also die Erinnerung an die SED-Diktatur, insbesondere auch an ihre Opfer, gerade jetzt stärken, damit sie nicht reine Vergangenheit wird – weit weg, im Nebel, bedeutungslos. Ich bin überzeugt, dass uns das gelingen kann. Aber es wird, daran besteht kein Zweifel, einiger Anstrengungen bedürfen.

Vor dem Hintergrund des bisher Gesagten werde ich im Folgenden zwei Dinge tun: Zunächst werfe ich einen Blick auf das Nachleben der SED-Diktatur, genauer gesagt: auf die nachträgliche Deutung dieser Diktatur. Ich werde dies ausdrücklich kritisch tun, an der einen oder anderen Stelle auch zugespitzt, mitunter gar polemisch. Im Fokus habe ich dabei vor allem Aufarbeitung und Geschichtsschreibung, die jeweils maßgeblich unser Bild davon geprägt haben, was diese vermeintliche oder tatsächliche „Fußnote der Weltgeschichte“ denn nun war. In einem zweiten Schritt werde ich anschließend den Blick weiter zurückwenden und an einigen wenigen Beispielen aus den 1980er Jahren ganz konkret skizzieren, welche Probleme, Notwendigkeiten und Lösungswege ich sehe, um die Geschichte der SED-Diktatur effizienter als bisher gesamtgesellschaftlich zu verorten.

Anmerkungen zur Deutung der DDR nach 1989/90

„Die Symbole von heute ermöglichen die Realität von morgen“, schreibt Timothy Snyder in seiner vierten Lektion für den Widerstand. Hinzufügen ließe sich: Die Deutungen von heute entstammen der Realität von gestern. Aber diese Deutungen sind eben keine Realität, sondern Interpretationen – und damit im Zeitenverlauf ständigen Veränderungen unterworfen. Anders formuliert: Es gibt keine historischen Wahrheiten, wir konstruieren sie. Doch deshalb muss uns nicht bange werden, wenn wir über die Zukunft der DDR-Geschichte und ihrer Folgen nachdenken. Sie werden auch weiterhin Bezugspunkte für die Erklärung der Vergangenheit und ihrer Verortung in der Gegenwart bleiben. Aber es hat sich eben vieles verändert in den letzten 30 Jahren – und diese Entwicklung wird sich in nächster Zeit rasant verstärken. So schwindet beispielsweise, das gehört zwingend zum Gesamtbild, die Zeit der Zeitzeug_innen. Die notwendige Folge: Das eigene Erleben wird nicht fortdauernd maßgebender Rahmen für die Aufarbeitung sein oder sein können. Das ist keineswegs ungewöhnlich oder gar verwerflich, im Gegenteil: Auch das ist elementarer Bestandteil der Historisierung eines jeden Zeitabschnittes – und nun auch immer stärker der DDR-Geschichte.

In der gesamtdeutschen Euphorie der Jahre 1989/90 wurden die ostdeutschen Spezifika, ihre Langlebigkeit und die sich daraus entwickelnden Probleme sträflich unterschätzt. Aber wie konnte das auch anders sein? Es fehlte nicht zuletzt an einem Präzedenzfall, den man zu Rate ziehen konnte. Zudem schien vor dem Hintergrund der fundamentalen Umwälzungen, die man soeben erlebt hatte, alles möglich, sogar, um mit Francis Fukuyama zu sprechen, ein Ende der Geschichte. Doch es sollte ganz anders kommen. Eine Zeit grundlegender Transformationen folgte, deren Auswirkungen ebenfalls lange unterschätzt wurden, die aber maßgeblichen Einfluss auf unser heutiges Bild von der SED-Diktatur nehmen sollten. Kurz gesagt: Es wurden komplizierte Jahre. Während aber die oder der Einzelne ebenso wie die ostdeutsche Gesellschaft als Ganzes ihren Weg in die Zukunft suchte, trafen Wissenschaft und Aufarbeitung bereits erste Festschreibungen hinsichtlich der Vergangenheit. Insbesondere zu nennen sind hier die beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung und Überwindung der Folgen der SED-Diktatur: Ihre Verdienste sind auch aus heutigem Blickwinkel kaum hoch genug einzuschätzen.

Einerseits. Andererseits aber sind durchaus Kritikpunkte angebracht. So richtig und wichtig diese beiden Kommissionen auch waren, legten sie doch schon

wenige Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur inhaltliche Schwerpunkte und Sichtweisen fest, die viele Jahre weitgehend unwidersprochen wirkmächtig bleiben sollten. Zudem mischten sich hier Geschichtswissenschaft, Politik, Zeitzeugenschaft und mitunter gar erkennbare Eigeninteressen weitgehend unreflektiert. Die Ergebnisse dieses Amalgams waren vielschichtig, doch heute gehört dazu auch folgender Befund: Die professionelle Beschäftigung mit der DDR, sei es in der Aufarbeitung, sei es in der Wissenschaft, war in ihren ersten drei gesamtdeutschen Jahrzehnten vor allem urban, männlich geprägt und auf sich selbst bezogen.

In vielerlei Hinsicht spiegelten sich in diesen Entwicklungen Phänomene der Mehrheitsgesellschaft, doch während diese Mehrheitsgesellschaft sich unter dem Wirken von Globalisierung, Digitalisierung und Differenzierung rasant veränderte, blieb der gesamtdeutsche Blick auf die DDR recht statisch. Gleiches galt für viele Personen und Institutionen, die sich dem Thema widmeten. Die bereits in den 1990er Jahren in ihren Grundzügen etablierte Meistererzählung darüber, was die DDR denn nun war, wie sie entstand, warum sie 40 Jahre existierte und weshalb sie schließlich sang- und klanglos im Malstrom der Geschichte verschwand, blieb weitgehend unangetastet. Mahnende Stimmen, die es diesbezüglich immer wieder gab, wurden zumeist geflissentlich ignoriert. So hatte Jürgen Kocka schon 2003 seine Einschätzung zu Protokoll gegeben, dass die DDR-Forschung höchst isoliert und selbstreferenziell aufgestellt sei – ein Befund, der, wenn man ehrlich ist, bis heute nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Und das, obwohl schon Wolf Biermann, eine der wichtigsten Bezugsgrößen von Bürgerbewegung und Aufarbeitung, schon vor vielen Jahren darauf hingewiesen hatte, dass nur der sich treu bleibt, der sich ändert.

Diese frühe Festlegung auf eine Meistererzählung, die Beschäftigung mit sich selbst und die bis heute immer wieder zu beobachtende Ignoranz gegenüber aktuellen Entwicklungen hatte massive Folgen. Diese Folgen spiegelten sich beispielsweise in jenen Debatten, die sich um das Demokratieverständnis in Ostdeutschland drehten und mehr denn je drehen. Nun ist es nur bedingt Aufgabe von Vergangenheitsbetrachtung, die Gegenwart zu formen, doch gibt es unmittelbare Zusammenhänge zwischen beiden Sphären. Spätestens wenn rechtslastige Parteien und Bewegungen das Erbe der Friedlichen Revolution für sich in Anspruch nehmen, wenn mit Blick auf die heutige Zeit von „Stasi 2.0“ oder von „Vollende die Wende“ die Rede ist, wenn in Leipzig wieder Montagsdemonstrationen stattfinden, die mit den ursprünglichen rein gar

nichts mehr zu tun haben, dann sind diese Zusammenhänge nicht mehr von der Hand zu weisen. Mehr noch: Aufarbeitung und Geschichtswissenschaft fungieren, wenn auch in unterschiedlichem Maß, als Quelle und Mittler der historisch-politischen Bildung, und hierbei ist die eben erwähnte, weitgehend ungebrochene Meistererzählung hinderlich. Denn sie blendet zu viel aus, lässt zu viele Leerstellen, berücksichtigt zu viele Aspekte nicht. Zugespitzt formuliert, erzählt sie eine Geschichte der DDR, in der die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schlicht nicht vorkommt. Dabei ist das in der historischen Forschung gar nicht so ungewöhnlich, wie es auf den ersten Blick erscheint. Mit Bezug auf die „Mutter aller Revolutionen“, die Französische natürlich, schätzt die Geschichtswissenschaft, dass davon lediglich zehn Prozent der zeitgenössischen Gesamtbevölkerung überhaupt berührt wurde – dies ist dann zumeist die Basis für weiterführende Analysen. Das Besondere in unserem Fall aber ist, dass die Betroffenen noch leben. Revolutionäre Französ_innen können sich schwerlich darüber beschweren, dass ihr Leben in den Erzählungen über ihr Leben nicht vorkommt. In der DDR Aufgewachsene können das bis heute sehr wohl, und auf dieser Grundlage können sie sehr unterschiedlich agieren.

Es war wichtig und richtig, dass sich Geschichtswissenschaft und Aufarbeitung in den 1990er Jahren zunächst vor allem Themen wie Opposition, Widerstand und Unterdrückung widmeten. Ohne Zweifel bleibt es weiterhin wichtig, sich damit zu beschäftigen. Aber es ist höchste Zeit, den Blick zu weiten. Wir wissen bis ins kleinste Detail, was sich zu DDR-Zeiten in Berlin oder Leipzig abgespielt hat. Wir wissen aber viel zu wenig über die Vorgänge in Anklam, Jüterbog oder Bautzen, um nur einige Orte zu nennen. Meistererzählung statt Vielfalt, das kann und darf nicht länger unsere Devise sein. Das gilt schon allein aus folgendem Grund: Wenn die Mehrheit der Bevölkerung sich nicht in unseren Interpretationen und Darstellungen, in unseren Erzählungen über das Vergangene wiederfindet, wird sie sich andere Ansprechpartner suchen. Diese Ansprechpartner sind im Zweifelsfall nur bedingt demokratietauglich. Davor dürfen wir die Augen keinesfalls verschließen, hier haben wir eine Verantwortung.

Einige weitere Gedanken: Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende des selbst ernannten „Arbeiter- und Bauernstaates“ befinden sich Aufarbeitung und historische Forschung auch mitten in einem personellen Umbruch. Das ist gut so. Inzwischen ist eben eine Generation herangewachsen, die die DDR nicht mehr selbst erlebt hat und dahingehend keinen biografischen Ballast mit sich

herumträgt. Das eröffnet ganz neue Möglichkeiten, sich dem Gegenstand unvoreingenommen und zugleich kritisch zu nähern. Trauen wir der nächsten Generation also etwas zu, unterstützen und befördern wir sie! Nach meinem Dafürhalten kann uns das allen nur nutzen.

Der Umbruch darf jedoch nicht allein personell bleiben, er muss abermals den Blick weiten, neue Themenfelder erschließen und über moderne Formen der Vermittlung nachdenken. Immer wieder ist gefragt worden, ob die DDR ausgeforscht sei und das Interesse an ihrer Geschichte gerade unter den Nachwuchsenden erlahmen würde. Beides ist falsch, davon bin ich zutiefst überzeugt. Historische Forschung kommt nie an ihr Ende. Der Befund hingegen, dass das Interesse nachlassen würde, resultiert auch aus einer Fehlwahrnehmung: Nach dem Epochenumbruch der Jahre 1989/90 erfuhr die DDR eine außergewöhnlich große Aufmerksamkeit. Das war notwendig, doch inzwischen ist sie (fast) ein ganz „normaler“ Gegenstand historischer Betrachtung, wird eben zunehmend historisiert.

Richtig ist: Die Jugendlichen interessieren sich erst einmal nicht sonderlich für die SED-Diktatur. Doch das gilt im gleichen Ausmaß für die Antike, die Französische Revolution oder das Deutsche Kaiserreich. Es ist an uns, und dies ist vielleicht der wichtigste Aspekt, zielführende Angebote zu entwickeln, die neugierig machen, die anregen, sich mit unseren Themen zu beschäftigen. In anderthalb Jahrzehnten als Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität zu Berlin musste ich nahezu durchgängig Studierende ablehnen, weil deren Anzahl die der verfügbaren Plätze im Seminar deutlich überschritt. Gegenwärtig führen wir als Berliner Aufarbeitungsbeauftragter Schulkinoveranstaltungen durch, bei denen nicht nur Filme gezeigt werden, sondern auch ganz bewusst und kritisch über die DDR diskutiert wird. Das Interesse daran ist schlicht überwältigend. Zeichen gibt es also durchaus, dass unser Thema weiter anschlussfähig ist. Wir müssen es nur, nun ja, zeitgemäß genug verkaufen. Die Voraussetzung dafür ist wiederum, das Thema neu zu denken.

Insofern ist mir trotz aller Kritik gar nicht bange um die Zukunft unseres Themas, um die diesbezügliche historische Forschung und die Aufarbeitung. Große Ernsthaftigkeit ist weiterhin gefragt, aber wenn wir pluraler werden, wenn es gelingt, ein umfassenderes, differenzierteres Bild zu zeichnen, wenn wir uns trauen, neue Fragen zu stellen, wenn wir der nächsten Generation Vertrauen schenken, dann müssen wir uns letztlich nur wenig Sorgen machen. Was aber könnte das ganz konkret heißen? Damit komme ich zu meinem zweiten Punkt und möchte anhand einiger Beispiele aus der DDR der 1980er

Jahre demonstrieren, wo und welche Fehlwahrnehmungen ich registriere und wo ich Möglichkeiten für die zukünftige, anschlussfähige Beschäftigung mit der SED-Diktatur sehe. Natürlich kann dies hier nur einen kleinen Ausschnitt des Gesamtbildes erfassen und wiederum werde ich zugespitzt argumentieren. Aber mein Ziel ist an dieser Stelle ohnehin weder Vollständigkeit noch Ausgewogenheit. Mein Ziel ist es vielmehr, Anregungen zu geben, darauf zu verweisen, dass Geschichte ein höchst komplexes Gebilde ist und was daraus für uns folgen könnte.

Die DDR der 1980er Jahre: Beispiele und Folgen

Betrachtet man die DDR der 1980er Jahre ganz allgemein, so bietet sich ein sehr uneinheitliches Bild. Am Beginn des Jahrzehnts standen dramatische ökonomische Probleme, ohne dass es allzu wahrnehmbaren Widerstand gegen das politische System gab. Mitte des Jahrzehnts sah es gleich in doppelter Hinsicht anders aus: Die DDR schien einerseits in der Blüte ihrer Zeit zu stehen. Erinnert sei an dieser Stelle nur daran, dass heute vor genau 35 Jahren Erich Honecker auf seinem ersten (und zugleich letzten) offiziellen Besuch in der Bundesrepublik war. In Ost-Berlin wurden pompöse Feierlichkeiten zum 750. Stadtjubiläum inszeniert und selbst Bob Dylan fand den Weg in die Deutsche Demokratische Republik. Zugleich aber war, andererseits, das Aufbegehren gegen die Verhältnisse sehr viel spürbarer, präsenter sogar. Bärbel Bohley etwa wird das Jahr 1987 später als „Meilenstein“ und „Weggabelung“ für die Opposition gegen den SED-Staat bezeichnen. Zugleich stieg die Zahl der Ausreisearträge sprunghaft an.

Dennoch blieb es, insgesamt gesehen, bis zum Frühsommer des Jahres 1989 merkwürdig ruhig. Noch im Mai 1989 vollzog das Ministerium für Staatssicherheit eine oppositionelle Bestandsaufnahme und stellte für sich fest, dass es nur etwa 2.500 politische Gegner_innen gebe, von denen lediglich 60 dem „harten Kern unbelehrbarer Feinde des Sozialismus“ zuzuordnen seien. Gleichwohl fielen nur sechs Monate später die Berliner Mauer und im Übrigen auch die innerdeutsche Grenze, ein Jahr danach war die DDR selbst Geschichte.

Nehmen wir nun die seit den 1990er Jahren gültige Meistererzählung, dann passierte Folgendes: Ab Mitte der 1980er Jahre hatte sich eine kleine Oppositionsszene herausgebildet, die mit den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 überregional sichtbar die Bühne der Handelnden betrat. Schritt für Schritt zwang sie das System nun in die Knie, flankiert bis kurz vor Schluss lediglich

durch die Ausreisewilligen in den bundesdeutschen Botschaften in osteuropäischen Hauptstädten. Mit der sonstigen Bevölkerung der DDR hatte all das nichts zu tun, sie kommt in der Erzählung nicht vor, ihr wird lediglich eine Statistenrolle zugeordnet.

Dass dies so nicht stimmen kann, zeigt schon eine kleine Episode, die ich immer wieder gern erzähle, illustriert sie doch, wie viel mehr geschah, als wir bis heute wahrnehmen. Genau eine Woche vor dem eben erwähnten 7. Mai 1989, dem sozusagen „offiziellen“ Beginn der Revolution, passierte im Brandenburgischen Havelland, damals im Bezirk Potsdam, Unglaubliches. In der kleinen Gemeinde Großwudicke versammelte sich nach einem Dorffest die Freiwillige Feuerwehr und begann im öffentlichen Raum und ohne jede Zurückhaltung im Chor zu singen – wohl wissend, dass Vertreter der Sicherheitsorgane anwesend waren. Dass die Beteiligten dabei das mörderische Grenzregime der DDR zum Thema machten, ausdrücklich Stacheldraht und Minenfelder benannten, ist die eine Sache. Eine ganz andere ist der Abschluss der Darbietung. Denn sie endete mit den Zeilen: „Deutschland wird vereint sein, jetzt reißen wir die Mauer ein.“

Ein weiteres Beispiel: Wenn es so ist, dass die DDR der 1980er Jahre den höchsten Pro-Kopf-Anteil an Geheimdienstmitarbeiter_innen weltweit hatte, wenn sie etwa zwei Millionen SED-Mitglieder hatte und wenn sich die Durchschnittsbevölkerung so loyal verhielt, wie das bisher meist beschrieben wird – warum gab es dann im Jahr 1989 nicht an einer einzigen Stelle ernst zu nehmende Gegenwehr gegen das revolutionäre Aufbegehren? Warum gingen Staatssicherheit, Volkspolizei, Kampfgruppen und viele weitere einfach so nach Hause? Aus Angst vor ein paar „unbelehrbaren Feinden des Sozialismus“? Ganz sicher nicht. Auch auf diese Fragen haben wir bis heute keine Antwort. Wir wissen, wie die Befehlskette in Leipzig am 9. Oktober 1989 versagte, wir wissen, dass dies auch am 9. November in Berlin geschah. Aber das ist hier nicht der Punkt. Also noch einmal gefragt: Warum keine Gegenwehr, nirgends?

Die Antwort auf diese Frage wird ohne Zweifel vielschichtig sein, hier aber eine Beobachtung aus den Archivunterlagen, die mit Sicherheit dazu beitragen wird: Anfang des Jahres 1989 saßen auf Bezirksebene, gleich in mehreren Bezirken, zentrale Leitungskader zusammen. Die Staatliche Plankommission war dabei ebenso vertreten wie das Ministerium für Staatssicherheit und die SED. Auf diesen Zusammenkünften, die sich einzig und allein um die wirtschaftliche Lage der DDR drehten, wurde ungewöhnlich offen geredet – völ-

lig unabhängig von der Zentralebene und auch unabhängig voneinander. Die Befunde wurden anschließend an die jeweiligen Mitarbeiter_innen weitergegeben. In Potsdam etwa notierte ein solcher Mitarbeiter, er war hauptamtlich beim MfS angestellt, daraufhin Mitte Februar 1989 während einer Dienstberatung: „Ab 1990 können Verschuldungen nicht mehr durch andere Schulden kompensiert werden.“ Die DDR, so weiter, werde „Strukturveränderungen“ vornehmen, dabei werde es zu „Disproportionen“ kommen und schließlich werde sich die „Überlebensfrage“ für das Land stellen. Und das Ganze zeitnah.

Was hier notiert wurde, ist schlicht und ergreifend die Vorhersage des bevorstehenden ökonomischen Zusammenbruchs der DDR. Aus politischen wie ideologischen Gründen konnten sich die Kämpfer an der geheimen Front nicht vorstellen, dass es tatsächlich dazu kommen würde, was man unter anderem daran festmachen kann, dass aus der eigenen Erkenntnis keine weiteren Handlungen resultierten. Als sich dann aber nur wenige Monate später die Friedliche Revolution Bahn brach, kam das für den Machtapparat jenseits der Zentralebene keineswegs so unerwartet wie bisher angenommen, ganz im Gegenteil: Es bestätigte die eigenen Erwartungen. Und warum dann für etwas kämpfen, das eh dem Untergang geweiht ist?

Lassen Sie mich an dieser Stelle eines ganz klarstellen: Was ich gerade skizziert habe, mindert nicht im Geringsten die Leistung derjenigen, die sich ab dem Sommer des Jahres 1989 couragiert der Diktatur entgegenstellten. Denn sie konnten nicht wissen, wie brüchig das System bereits war oder was sich hinter den Kulissen abspielte. Indem wir vielmehr anerkennen, dass die Verläufe viel komplizierter (und damit auch viel spannender) waren, als wir bisher annehmen, bieten wir Anschlussfähigkeit für jene, die eindimensionalen Schwarz-Weiß-Erzählungen eher abgeneigt gegenüberstehen: Weil sie nichts damit anfangen können, weil sie sich nicht darin wiederfinden, weil solche Erzählungen ohnehin höchst selten die Realität widerspiegeln. Öffnen wir die Erzählung über das Vergangene, so eröffnen wir zugleich die Möglichkeit, die Geschichte der Friedlichen Revolution weit stärker in die Gesamtgesellschaft hinein zu erzählen, als wir es bisher tun, und geben ihr damit jenen Stellenwert, den sie verdient.

Wenn wir schon bei der Gesamtgesellschaft sind: Wie verhält die sich eigentlich in den Jahren des Umbruchs? Ist sie tatsächlich so passiv, so systemtreu, wie wir das zumeist annehmen? Auch in dieser Frage stehen wir noch am Anfang, aber ich habe meine Zweifel an derartigen Thesen. Spätestens seit dem

Umbruchjahre im Osten. Vom geteilten zum wiedervereinten Deutschland



Dr. Jens Schöne, Matthias Eisel

Jahr 1982 (das ebenso aufschlussreich wie zumeist unbeachtet ist) lässt sich nahezu flächendeckend ein umfassender Desillusionierungsprozess in breiten Teilen der Bevölkerung beobachten. Sie ist keineswegs mehr höchst loyal dem System verbunden. Oder, wie es ein Ingenieur aus dem Chemiefaserwerk in Premnitz am letzten Tag jenes Jahres formulierte: „Und dann die Frage: Was steht vor der Tür und sieht rabenschwarz aus? Alle wussten es. Und alle waren sich einig: Das neue Jahr. (Ernüchterung. Na, dann Prost 1983!)“

Diese Ernüchterung beschränkte sich keineswegs auf ansonsten Unbeteiligte, sie reichte weit hinein bis in Parteien, Massenorganisationen und Sicherheitsorgane. Zweifellos nicht auf der zentralen Ebene, sehr wohl aber in den Regionen. Als beispielsweise die SED-Leitung des Volkseigenen Betriebes Landmaschinenbau Falkensee Ende 1988 aufgefordert wurde, ihrer Kreisleitung ein Entwicklungskonzept für die Zeit bis 1995 vorzulegen, nahm sie kein Blatt vor den Mund: Bis 1995 werde sich im Betrieb nichts mehr verbessern, und die Produktionsaufgaben könne man auch nicht mehr erfüllen. Ähnlich argumentierten die Mitarbeiter_innen des Volkseigenen Gutes Blankenhain im Mai 1988 gegenüber dem Sekretär des SED-Zentralkomitees Werner Fel-

fe: An den 40. Jahrestag der DDR im kommenden Jahr gemahnend, stellten sie fest, dass ihr einstiger Vorzeigebetrieb alsbald „keine Existenzgrundlage mehr hat“. Wie das Volkseigene Gut – so die DDR, könnte man sagen. All diese Beispiele bieten natürlich kein abschließendes Bild und es ist definitiv zu früh, daraus valide Schlussfolgerungen zu ziehen. Aber die Beispiele zeigen: Die Umbruchzeiten und ihre Folgen sind bei Weitem noch nicht auserzählt. Dessen sollten wir uns bewusst sein und jene Möglichkeiten entdecken, die darin stecken. Ja, die DDR-Geschichte erfreut sich gerade nicht allergrößter Aufmerksamkeit. Aber sie hat unendlich viel Potenzial, und wenn es uns gelingt, dieses künftig besser zu nutzen, dann muss uns nicht bange sein. Zumal dadurch ein weiterer Aspekt zum Tragen käme: Wir könnten eindringlicher, besser, nachvollziehbarer als bisher auch jene Themen transportieren, die uns wichtig sind. Und dazu gehört zuvorderst das Gedenken an die Bedrängten, Betroffenen, die Opfer der SED-Diktatur.

Ich fasse zusammen:

- Die Jahre des Umbruchs, die DDR und ihre Folgen beschäftigen uns bis heute und werden uns auch weiterhin beschäftigen – und das ist gut so. Besondere Bedeutung muss dabei auch künftig den Opfern der SED-Diktatur beigemessen werden.
- Wir haben erhebliche Defizite, was Wahrnehmung und Anschlussfähigkeit unseres Themas in der breiten Öffentlichkeit anbelangt.
- Um das zu ändern, müssen wir unseren Blick weiten: inhaltlich in die Tiefe, zeitlich in die Gegenwart und regional vor allem nach Osteuropa.
- Die Aufarbeitung der SED-Diktatur befindet sich selbst in einem tiefgreifenden Umbruch oder steht kurz davor. Institutionell sehen wir das beispielsweise am Stasiunterlagenarchiv und der Bundesopferbeauftragten, personell am Lebensalter der Gründungsgeneration und thematisch an den neuen Zugängen der Nachwachsenden.
- Vor diesem Hintergrund wird die DDR gerade jetzt historisiert und vom Gegenstand des Zeitgeschehens zum Gegenstand des Geschichtsinteresses.

Das alles sollte niemanden schrecken. Mit diesen Aspekten müssen wir, mit diesen Aspekten werden wir umgehen. Wenn uns das erfolgreich gelingt, dann dürfen wir uns auch auf die nächsten 33 Bautzen-Foren freuen.

Diskussion

Matthias Eisel: Vielen Dank für Ihren spannenden Vortrag und Ihre Thesen, Herr Dr. Schöne. Und nun sind Sie, liebes Publikum, herzlich eingeladen, Ihre Fragen zu stellen.

Frage aus dem Publikum: Sie hatten anfangs eine Frage gestellt: Was ist nicht so gut gelaufen bisher? Ich sehe eine große Lücke in der öffentlichen Wahrnehmung beim Anfang dieser 40 Jahre. Bei den Historikern gibt es diese Lücke nicht, da ist klar: Über 1000 Leute sind während des stalinistischen Terrors verschwunden und erschossen worden. Aber fragen Sie mal in der Öffentlichkeit. Wer weiß denn, dass es von 1950 an, also ein paar Monate nach DDR-Gründung, bis 1953 rund 1100 Todesurteile gab. Das waren Leute, die sich gegen diese neuen Scheinwahlen wehrten, die sogenannten „Wahlen nach Einheitsliste“, bei denen es kein Kreuz mehr gab und man nichts auswählen konnte. Sie waren bis 1949 noch in demokratischen Parteien, der Liberal-Demokratischen Partei oder der CDU etwa und versuchten noch, sich gegen neue Diktatureinflüsse und Druck zu wehren. Aber sie verschwanden einfach und wurden – wie Arno Esch mit 22 Jahren – erschossen. In den Geschichtsbüchern kommt das nur vereinzelt vor. Und dann nicht als Würdigung, dass sich Leute gegen die Diktatur gewehrt haben, sondern dann steht „Stalinistischer Terror“ drüber.

In den Geschichtsbüchern fängt der Widerstand erst am 17. Juni 1953 an, obwohl es schon vorher Widerstand in ganz vielen Bereichen gab. Unter den 1100 Leuten waren 280 Schüler und Jugendliche, die erschossen wurden, 190 SED-Mitglieder und viele andere. Vor 17 Jahren hat die Stiftung Aufarbeitung das Buch „Erschossen in Moskau“ veröffentlicht, es ist also bekannt, aber wo ist die Öffentlichkeit? Es gibt einen Spielfilm über diese Zeit, ich habe einen Antrag initiiert, dass über eine Person ein Spielfilm gedreht wird. Meine Frage an die Aufarbeitungsleute: Wieso ist das Thema in der Öffentlichkeit nicht präsent, woran liegt das? Und was können wir machen, damit es besser wird?

Matthias Eisel: Ganz wichtig, denke ich: Wir haben später genau zu dem Thema eine Gesprächsrunde: „Mediale Erinnerungsbilder.“ Aber hier geht es ja gerade um die unmittelbare Nachkriegszeit vor 1953.

Dr. Jens Schöne: Wir haben ein allgemeines Aufmerksamkeitsproblem in der Gesamtgesellschaft, und je weniger man einen unmittelbaren Bezug zu dieser Gesellschaft hat, desto schlimmer wird es. Viele können noch etwas mit den

Themen der 1970er und 1980er Jahre anfangen, mit den Höhepunkten wie dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953, die wir allerdings nutzen müssen, um auf die anderen Dinge aufmerksam machen zu können. Nächstes Jahr begehen wir den 70. Jahrestag des Volksaufstandes. Ich bin etwas gespalten, was diese Jahrestagsfeier angeht, aber wir leben nun mal in einer Öffentlichkeitsgesellschaft und wir brauchen diese Jahrestage, damit wir unsere Themen platzieren können. Wir müssen den 17. Juni 2023 dazu nutzen, um zu erklären, dass er nicht vom Himmel gefallen ist, sondern eine Vorgeschichte hatte.

Die langjährige Deutung, das sei ein Arbeiteraufstand gewesen, weil die Arbeiter auf der Stalinallee das Geld gekürzt bekamen, das ist Unsinn. Da gab es viele andere Vorläufer, die auch mit demokratischen Wahlen zu tun hatten. Nicht umsonst wurden am 17. Juni als Erstes freie Wahlen gefordert. Wir sind schon ganz gut vorangekommen, aber das ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich Geschichtsbilder eben auch verfestigen, und der 17. Juni war viel mehr als der Arbeiteraufstand auf der Stalinallee. Darauf müssen wir verstärkt aufmerksam machen. Da spielen selbst solche Dinge eine Rolle wie die Kollektivierung der Landwirtschaft, die damit scheinbar gar nichts zu tun haben – all die Unrechtsmaßnahmen, die schon liefen, bevor der Volksaufstand vom 17. Juni ausbrach. Da gibt es erschütternde Schicksale!

Wir dürfen nicht vergessen, in den 1980er Jahren – und damit will ich gar nichts relativieren – kam man in der DDR möglicherweise ins Gefängnis. In den 1950ern wurde man erschossen, da wurde gar nicht nachgefragt, da wurde man von der Straße geholt, in aller Regel noch von sowjetischen Armeeingehörigen, das war eine ganz andere Härte der Auseinandersetzung. Auch dafür müssen wir das Bewusstsein weiter stärken.

Wir haben grundsätzlich das Problem, dass wir in einem enormen Konkurrenzverhältnis stehen, was die Vermittlung unserer Themen angeht. Wir stehen in Konkurrenz zu Netflix, zu acht Stunden am Tag arbeiten, zu Essen, Schlafen, Trinken – damit müssen wir umgehen. Wir müssen neue Ideen entwickeln, wie wir unsere Themen vermitteln, wir müssen offen für Neues sein. Da sehe ich einigen Handlungsbedarf. Aber ich bin optimistisch, dass wir das hinbekommen. Es ist jedoch wichtig, dass wir die Dinge im Blick behalten und manches neu gewichten.

Silke Klewin aus dem Publikum: Ich bin sehr dankbar für den Vortrag und auch der Meinung, dass wir mal Bilanz ziehen müssen, wo sind Fehler, wo können wir neue Ansätze der Vermittlung finden. Aber was ich auch wichtig finde, ist der Punkt, dass wir ganz oft über Jugendliche reden, aber gar nicht



Frage aus dem Publikum

mit ihnen. Das ist in meinen Augen ein Manko, das ganz schnell geändert werden muss. Wir müssen Jugendliche in unsere Gremien bekommen, denn da sitzen viele ältere Menschen, die darüber sinnieren, was die 15- und 16-Jährigen zu interessieren hat. Wir müssen stärker in die Verständigung kommen, was die Jugendlichen überhaupt interessiert. Und nicht wieder überlegen, oh, wir sind Konkurrenz zu Netflix, da machen wir jetzt mal das oder das Programm. Darüber müssen wir miteinander nachdenken, um zu erfahren, was sie interessiert und wie wir sie erreichen.

Dr. Jens Schöne: Da bleibt mir nur vorbehaltlose Zustimmung. Ich sehe es als Privileg – weil ich an einer Uni unterrichte –, mich mit zumindest etwas Älteren, den Anfang- bis Mitte-20-Jährigen, austauschen zu können. Und ich sehe, dass es da eine riesengroße Kluft gibt. Ich halte mich immer noch für halbwegs jung, aber die Studierenden müssen natürlich denken: Was macht der alte Mann da vorne? Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir in weiten Teilen über diejenigen geredet haben, mit denen wir politische Bildung machen wollen, ohne zu wissen, über wen wir da eigentlich reden. An der Stelle möchte ich aber auch mal betonen, dass wir in den vergangenen 30 Jahren

sehr viel geschafft haben. Die Idee, junge Menschen in die Gremien aufzunehmen, finde ich sehr interessant. Denn schauen wir uns mal die Beiräte hier und dort an und deren Durchschnittsalter. Es ist einfach kein Spiegel der Gesellschaft, und das ist auch ein Problem.

Matthias Eisel: Sie hatten ja eingangs gesagt, mit Blick auf die junge Generation müssen wir „beweglich bleiben“. Sie haben auch Beispiele genannt – etwa Ihre Filmreihe, die Sie sehr erfolgreich in Berlin machen. Aber was meinen Sie vielleicht noch mehr mit „beweglich bleiben“? Eher die Methodik oder bestimmte Formen der Präsentation?

Dr. Jens Schöne: Es fängt mit Methodik an und damit, dass wir unseren Adressaten mehr zuhören sollten. Es geht weiter damit, dass wir ernstnehmen müssen, dass wir in weiten Teilen der Gesellschaft nicht gehört werden. Wenn ich mit den Bewohnern meines Heimatdorfes spreche, dann sagen die: „Was ihr da macht, das hat doch gar nichts mit uns zu tun.“ Wir müssen aus unseren Blasen raus, in denen wir uns alle – auch ich – ganz wohl fühlen, und für neue Ideen offen sein. Als diese Kinoreihe auf uns zukam, sagten wir: Niemals im Leben bekommt man damit ein Kino voll, das interessiert die Kids nicht. Wie schön, dass wir uns geirrt haben.

Matthias Eisel: Arbeiten Sie auch mit Schulen und Schulklassen zusammen?

Dr. Jens Schöne: Wir haben es inzwischen mit sehr vielen Schulklassen zu tun, die Veranstaltungen finden bewusst abwechselnd in Ost- und West-Berlin statt, wobei die Berliner Schüler_innen heute oft gar nicht mehr wissen, ob sie in Ost- oder West-Berlin sind. Auch das ist eine andere Ausgangslage als diejenige, von der wir dereinst geprägt wurden. Wir müssen mehr an die veränderten Zeiten denken und nicht primär und theoretisch darüber nachdenken, wie oder was die Nachgeborenen sein könnten, sondern uns auch mit ihnen zusammensetzen.

Frage aus dem Publikum: Ich habe 1996/97 im Archiv der Universitätslehrerbildung zu der Frage gearbeitet, wie das Fach Wehrkunde in Leipzig entstanden ist. Da bin ich auf die Ursprünge zurückgegangen und habe 1996 als Erste vergilbte Din-A4-Zettel mit den Personalien der Doktoren und Professoren gefunden, die dort an der Pädagogischen Hochschule begonnen, das Fach Wehrkunde erfunden und Lehrbücher, Lehrpläne, Unterrichtshilfen dafür entwickelt haben: Das waren Leute mit hohen Wehrmachts- und anderen nationalsozialistischen Funktionen. Diese Herrschaften haben dort bis 1989 gearbeitet, sofern es vom Alter her ging. Dann schauen Sie mal, ob das wirklich zu dieser Meistererzählung in Leipzig – Friedliche Revolution, demokra-

tischer Neuanfang – passt. Ich empfehle auch noch ein Buch von Christian von Ditfurth zur Säuberung der CDU in der jungen DDR.¹ Die aufrechten Menschen, die sich mit diesem Unrecht beschäftigen wollten, sind rausgeworfen worden. Das ging so schnell, das konnte keiner mitbekommen, und dann war es zu Ende mit der Aufarbeitung. Wenn man sich nach 1989 die Gremien anschaut, die sich wirklich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen haben: Beim Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen saßen Stasileute drin. Die hatten doch kein Interesse daran, das Unrecht ihrer Gesinnungsgenossen aufzuarbeiten. Personalfragen sind in Sachsen und in Mitteldeutschland nicht wirklich geklärt worden, und daran klemmt es, dass das Unrecht zweier Diktaturen nach wie vor nicht wirklich im Interesse der aufrechten Menschen aufgearbeitet worden ist.

Frage aus dem Publikum: Ich bin Angestellter der Gedenkstätte Bautzen und arbeite momentan in der Ex-BStU Dresden an Stasiakten über ehemalige Bedienstete des großen Gefängnisses Bautzen I, des „Gelben Elends“. Und ich sehe mit Interesse, dass diese Phase der Ernüchterung und Desillusionierung dort schon in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre begonnen hat. Geografisch am Rande, aber mitten im Staatsgefüge als Angehörige des Ministeriums des Inneren, die waren ja alle ausgesucht nach Kriterien der Staatsnähe.

Dr. Jens Schöne: Was man sich am Ende der DDR gar nicht vorstellen kann: Als Honecker Anfang der 1970er antrat, galt er als Hoffnungsträger. Er stand für „Jetzt geht’s los“, und wenn man mit Zeitzeug_innen spricht, war die DDR möglicherweise nie so zukunftsoptimistisch wie in den ersten Jahren unter Honecker. Sozialpolitisch passierte da viel. Auch die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde aufgelegt, die ja im Kern sagte: Wir investieren erst einmal, dann wird es sich hinterher schon rechnen, denn dann machen die Leute alle mit beim Kampf für den Sozialismus.

Aber das war der Denkfehler. Was da losgetreten wurde, war eine riesige Verschuldungsspirale. Wenn ich mich recht erinnere, hatte die DDR zum Amtsantritt Erich Honeckers Schulden in Höhe von zwei Milliarden Mark – heutzutage würde man darüber lachen, aber damals war das schon durchaus von Bedeutung. Ein Jahrzehnt später waren es 20 Milliarden. Das hatte zum Beispiel Folgen ab Mitte der 1970er in der Kulturpolitik, mit der Biermann-Ausbürgerung und Ähnlichem, das ist ein weiterer Strang, der dazu parallel lief. Die zunehmende Desillusionierung hat damit zu tun, dass sich spätestens ab

1) Ditfurth, Christian von: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt. Köln 1991.

1977 nichts mehr tat, weil die DDR einfach kein Geld mehr dafür hatte. Ab da setzte diese Desillusionierung ein – und sie wuchs beständig an.

Insofern ist es für mich nachvollziehbar, was Sie sagen, und das reicht dann in das berühmte Jahr 1982 hinein, in dem die DDR ökonomisch im Prinzip tot war. Sie wurde nur gerettet, weil ein Jahr später der Milliardenkredit aus der Bundesrepublik kam. Die DDR entwickelte im Jahr 1982 Pläne für die Wiedereinführung von Lebensmittelmarken! Das muss man sich mal vorstellen. Darüber bin ich eher durch Zufall gestolpert, aber es ist frappierend: Vogelfutter durfte nicht mehr mit aus dem Ausland importierten Ingredienzien versehen werden, weil man sie sich nicht mehr leisten konnte. Die Sowjetunion kappte die Öllieferungen. Was sich auch zeigte: Es ist keine gute Idee, das Öl durch die Braunkohle zu ersetzen, denn dann ergeben sich plötzlich ganz andere Probleme. Wir alle kennen die Umweltprobleme der DDR. Insofern bin ich tatsächlich überzeugt, dass dieser Ernüchterungsprozess ab spätestens 1982 tief in der Gesellschaft verankert war. Da gibt’s Unterlagen von Bezirkssekretären, die sagen: Hier geht gar nichts mehr!

Das wurde dann durch den Milliardenkredit abgefedert, bei dem man fragen kann, warum die Bundesrepublik ihn gewährt hat. Das ist allerdings zu kurz gedacht, denn man muss in Betracht ziehen, wer zu dem Zeitpunkt noch in Moskau saß. Das waren diese Hardliner wie Breschnew, der im November 1982 starb, dann kamen Andropow, Tschernenko und wie sie alle hießen. Da wären Panzer gerollt, wenn es zu Unruhen in der DDR gekommen wäre – ohne jeden Zweifel. Deswegen versuchte die Bundesrepublik eine gewisse Stabilität zu stützen. Gleichzeitig lief in Polen Solidarność und Ähnliches, das ist auch noch eine Bezugsgröße.

Ich glaube, dass diese Desillusionierungsprozesse auch Funktionsträger betrafen, die wahrscheinlich – das möchte ich auch betonen – niemals den Aufstand geprobt hätten. Und dennoch spielt auch das eine Rolle für das Ende der DDR. Aber gerade deshalb ist mir Folgendes wichtig: All das, was ich sage, nimmt nichts weg von den Leistungen, die dann 1989 diejenigen vollbrachten, die auf die Straße gingen, die sich traute, gegen die Diktatur aufzubegehren. Das relativiert das überhaupt nicht. Die Ereignisse sind nur ein bisschen komplexer, komplizierter und damit aber auch spannender.

Alexandra Titze aus dem Publikum: Herr Dr. Schöne, ich komme jetzt bisschen aus der anderen Ecke. Sie haben uns vorhin ermuntert, Ihre Thesen zu hinterfragen. Ich bin Ihnen zunächst dankbar, dass Sie offen aussprechen, dass wir uns um Aufmerksamkeit für unsere Themen bemühen müssen, mehr tun

und auch sicherlich – so haben Sie das genannt – immer den Blick weiten müssen. Ich habe mich allerdings gefragt, warum Sie gerade jetzt darauf hinweisen. Ist es nicht auch schon in den letzten Jahren so gewesen, dass die Aufmerksamkeit abgenommen hat, dass das Thema nicht mehr als so zentral wahrgenommen und besprochen wurde?

Ich bin daher nicht so ganz einverstanden damit, dass wir jetzt mehr zuhören oder auch auf die junge Generation zugehen müssen, denn ich denke: Viele von uns, auch wir, tun es bereits. Wir haben beispielsweise mit dem Campuskino in Berlin schon seit drei Jahren super Erfahrungen gemacht, wir haben eine Art Geocaching in der Stasizentrale und wir sind auch all die Jahre über unser Bildungsteam mit Schüler_innen im Gespräch, bieten Projektstage im Archiv an und machen auch ganz viel in der Lehrer_innenfortbildung.

Dr. Jens Schöne: Ich wollte auch nicht behaupten, dass das erst seit heute gültig ist. Wir arbeiten ja ohnehin viel zusammen – Sie haben ein fantastisches Bildungsteam. Warum jetzt? Nicht erst jetzt! Ich sage es schon seit vielen Jahren, aber heute vielleicht besonders klar und deutlich. Das hat einen einfachen Grund: Ich habe schon lange einen etwas anderen Blick auf die DDR, weil ich mich häufig mit vermeintlichen Randthemen beschäftigt habe, wie beispielsweise der ländlichen Gesellschaft. Dadurch bekommt man andere Einblicke und urteilt anders. Aus diesem Grund sage ich schon lange, wir müssen ein paar Dinge anders machen. Ich sage ausdrücklich nicht, alles Bisherige war falsch, denn das war es definitiv nicht. Aber natürlich nutzt man so ein Forum auch, um es pointiert zu sagen, und ich habe gerade das Bautzen-Forum immer als sehr offene und diskussionsfreudige Bühne erlebt, mehr als manche anderen Stellen. Anders formuliert: Wir sollten mehr reden, gar streiten und nicht einfach an Überliefertem festhalten.

Silke Klewin aus dem Publikum: Daran möchte ich kurz anknüpfen. Zu der Frage: Warum jetzt? Ich bin auch der Überzeugung, dass sich viel verändert hat und vieles jetzt erst möglich ist. Ich bin schon seit Jahren in der Gedenkstättenzene, die ja nur ein kleiner Teil der Aufarbeitungsszene ist. Da galten lange die postulierten Erkenntnisse der großen Wortführer unserer Szene – unwiderrufen. Und keiner in den kleinen Häusern hat sich getraut oder angemaßt, diese infrage zu stellen. Darüber, dass es jetzt geht, bin ich froh. Roland Jahn zum Beispiel hat immer postuliert: „Je besser wir Diktatur begreifen, desto besser können wir Demokratie gestalten.“ Das kann nicht unser Vermittlungsziel 2022 sein. Ich nehme sehr ernst, was Ilko-Sascha Kowalczuk und Kolleg_innen angeregt haben. Deren These war vielleicht etwas kühn,



Frage aus dem Publikum

dass die Aufarbeitung vielleicht sogar am Aufstreben des Rechtspopulismus hier in Ostdeutschland mitgewirkt hat. Aber wir in den Gedenkstätten vermitteln das Masternarrativ: An diesen Unrechtsorten, in den ehemaligen Gefängnissen, erzählen wir, aus der dunklen Zeit kamen die Menschen zum Licht, und von mutigen Häftlingen wurde dann die Demokratie erreicht. Damit haben wir jedoch bei vielen in der Bevölkerung nicht angedockt. Das ist ein Problem und wir haben es lange nicht wahrgenommen. Ich finde, wir müssen darüber nachdenken, offen Defizite benennen und nicht immer weiter daran festhalten.

Frage aus dem Publikum: Mein Name ist Horst Böttge, ich habe ein Buch über meinen Bruder geschrieben, der in Bautzen als 16-Jähriger mit zehn Jahren Arbeitslager gelandet ist, weil er ein Leninbild beschmiert hatte. Zunächst etwas dazu, warum die Information und das geschichtliche Interesse bei unserer Jugend so gering ist: Ich habe inzwischen über 60 Lesungen an Gymnasien hinter mir. Was sagen mir die Lehrer_innen? „Wir haben überhaupt keine Zeit, ausführlich auf diese Dinge einzugehen.“ Und das Zweite dazu, was die Dame vorhin sagte: Natürlich sitzen überall noch Leute, die an Lesungen über

solche Dinge überhaupt kein Interesse haben. Aber ein Beispiel aus dieser Gegend hier: Ich bewerbe mich um die Lesung, stelle das Buch vor und lege eine frankierte Antwortkarte bei, auf der man nur ankreuzen muss, Interesse oder kein Interesse. Ich habe ein Gymnasium mehrmals angeschrieben und keine Antwort bekommen. Ich wollte gern wissen, was der Grund dafür ist, und habe mich da vorgestellt. Ich wurde spontan von jungen Lehrer_innen eingeladen. Der, den ich angeschrieben hatte, war gerade vor drei Monaten in Rente gegangen.

Frage aus dem Publikum: Frank Hoffmann, Bochum. Ich blicke auf etwa 400 Veranstaltungen in Schulen in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen zwölf Jahren zurück und Gespräche mit sicherlich mehr als 10.000 Schüler_innen. Trotzdem unterschreibe ich alles, was Sie sagen. Von 100 Schulen, die wir anfragen, kommen vielleicht fünf Rückmeldungen, das ist einfach so. Ich möchte zwei Punkte ansprechen.

Mein erstes Problem ist das Stichwort Meistererzählung. Ich muss gestehen, ich habe damit meine Schwierigkeiten, weil ich dann doch, wenn ich auf die Forschung schaue, ein etwas breiteres Spektrum betrachte: von Michael Scholz, der den Gebhardt-Band über die DDR geschrieben hat², bis zu Hans-Ulrich Wehler³ – da sehe ich nicht mehr die eine Meistererzählung, da sehe ich ganz viele. Wenn ich Mary Fulbrook⁴ nehme oder Andrew Ports Buch über Saalfeld⁵, da ist genau das eingelöst worden, was Sie als nicht vorhanden dargestellt haben, nämlich der Blick auf die DDR-Bevölkerung von unten. Die Meistererzählung ist also breit. Sie haben selber auf verschiedene Auseinandersetzungen hingewiesen, ich würde die große Auseinandersetzung in der Sabrow-Kommission über Alltags- und Gesellschaftsgeschichte in der Diktatur in Erinnerung rufen oder – sehr spannend, weil es eine rein ostdeutsche Diskussion war – 2019 die massive Kontroverse in der FAZ über Wochen zwischen Detlef Pollack auf der einen und Ilko-Sascha Kowalczyk und Kolleg_innen auf der anderen Seite. Ich sehe ein breiteres Spektrum, sodass ich den Begriff der Meistererzählung wirklich nur noch auf den Diktaturbegriff begrenzen kann.

Zweiter Punkt – zum Thema Nachleben der DDR: Es gibt eben auch eine Gegengeschichte. Wir haben Tausende autobiografische Beiträge von Akteur_innen, von Menschen, die in der DDR gelebt haben. Es gibt eine ganze Verlagsszene, die sich nur damit beschäftigt, diese Autobiografien zu produzieren, die ein enorm positives Bild der DDR zeichnen, wo unsere Diktaturerfahrungen alle ausgeblendet werden. Dort werden alle Punkte, die hier ge-

nannt worden sind, negiert, kleingeschrieben, problematisiert oder zumindest so weit kontextualisiert, bis es praktisch keine Rolle mehr spielt, was wir hier im Bautzen-Forum deutlich machen wollen, nämlich dass es Leiderfahrungen gab und Tausende Menschen umgekommen sind. Insofern – das Nachleben der DDR hat noch eine andere Facette.

Dr. Jens Schöne: Ich stimme Ihnen zu 100 Prozent zu. Der entscheidende Punkt ist folgender: Mir ging es, was die Meistererzählung anbelangt, um die Frage, was in der Mehrheitsgesellschaft eigentlich ankommt. Was wird dort wahrgenommen? Und: Wen berücksichtigt sie, und wen nicht?

Natürlich weiß ich darüber hinaus, dass die Wissenschaft wesentlich differenzierter arbeitet. Eines der letzten Bücher, die ich gelesen habe – und ich dachte wirklich, das kann nicht funktionieren –, ist die Geschichte der DDR mit dem Blick auf, nun ja, Schweine⁶. Da denkt man erst einmal vielleicht an George Orwell, aber es funktioniert als geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung, weil es eine sehr ökonomische Herangehensweise ist. Sie hat ihre Grenzen, aber sie fiel mir gerade ein, als Sie sagten, wie vielfältig die Sichtweisen sind. Mit ging es aber um die Vermittlung. Sie haben natürlich recht. Ich habe in erster Linie über Aufarbeitung, weniger über Wissenschaft gesprochen.

Frage aus dem Publikum: Ich bin schon sehr lange im Ruhestand, habe also 1945 im vollen Bewusstsein miterlebt. 1945 hat sich die SS nicht in Luft aufgelöst. Was bestehen für Verbindungen zwischen Staatssicherheit und SS-Hinterbliebenen, die sich ja noch lange – vielleicht bis heute – in gewissen Klüngeln trafen?

Dr. Jens Schöne: Ich habe arge Probleme mit diesem berühmten Begriff der „Stunde null“. 1945 war, so hört man immer wieder, eine Stunde null, 1989/90 war eine. Aber: Die Menschen sind ja weiterhin da. Deswegen sind diese Brüche durchaus als solche zu werten, aber der Gedanke, von einem zum andern Tag sei plötzlich alles anders, das geht schlicht und ergreifend nicht. Und durch die Menschen haben wir auch die Kontinuität zahlreicher Probleme und Folgeprobleme. Ich habe im Augenblick keine Zahlen zu SS-Leuten

2) Benz, Wolfgang; Scholz, Michael: Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Band 22: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949. Die DDR 1949–1990. Stuttgart 2009.

3) Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 5 von 5: Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949–1990. München 2008.

4) Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR. Darmstadt 2011.

5) Port, Andrew I.: Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland. Berlin 2010.

6) Fleischman, Thomas: Communist Pigs. An Animal History of East Germany's Rise and Fall. Seattle 2020.

in der Staatssicherheit im Kopf, aber da greift das gleiche Problem: Die Menschen sind da. Außerdem ist es ja bei Geheimdiensten – das ist auch eine interessante Frage mit Blick auf 1989/90 – durchaus so, dass man einander als Berufskollegen betrachtet. Während man sich einerseits gegenseitig bekämpft, möchte man andererseits Wissen abschöpfen. Deshalb gibt es geheimdienstliche Kontinuitäten über alle Brüche hinweg, das ist für mich völlig unzweifelhaft. Sehr unterschiedlich zwar, aber Kontinuitäten gab es ohne Zweifel.

Frage aus dem Publikum: Vermisst habe ich in Ihrem Vortrag, als es um den Umbruch ging: Wie sah denn die wirtschaftliche Situation in der DDR aus! Das war ja ein Grund dafür, dass der Laden zusammengebrochen ist. Was wir geerbt haben, darüber waren wir alle überrascht.

Dr. Jens Schöne: Die wirtschaftliche Situation spielte natürlich eine ganz große, ganz wesentliche Rolle, weil das auch mit diesen Ernüchterungsprozessen zu tun hat, von denen ich sprach. Sehr faszinierend finde ich aus heutiger Sicht, wie man glauben konnte, dass die DDR bis 1989 zu den zehn stärksten Industrienationen der Welt gehörte. Über die wirtschaftliche Lage der Agrarwirtschaft der DDR in den 1980ern kann man zum Beispiel etwas aus den Berichten der Staatssicherheit erfahren. Die schaute da nämlich sehr genau drauf, weil man mit der landwirtschaftlichen Produktion am liebsten autark gewesen wäre, was nie klappte.

Die Staatssicherheit merkte ab Anfang der 1980er, dass es mit der DDR-Landwirtschaft sehr stark abwärts ging. Es gab einen schmalen Bereich, etwa die Großbetriebe, die liefen super, aber in der Fläche waren die Zustände teilweise dramatisch. Man kann sich das gar nicht vorstellen: Da wurden LPG-Bauern von einstürzenden Stalldecken erschlagen, es gibt Fotodokumentationen von Plumpsklos ohne Tür im Winter und vieles mehr. Es ist interessant zu beobachten, dass sich der Ton in den Berichten über die wirtschaftliche Lage im Laufe des Jahrzehnts äußerst wahrnehmbar änderte. Die Staatssicherheit, die sich als Schild und Schwert der SED verstand, wollte ja die Partei schützen und machte zunächst Meldung: ‚Hier läuft was schief, Partei, tu etwas!‘

Aber je weiter das Jahrzehnt fortschritt, desto flehentlicher wurde der Ton – nach dem Motto: ‚Ihr müsst etwas tun, hier braut sich Schlimmes zusammen, wenn ihr als Partei nicht in der Lage seid, das zu regeln.‘ Und mit dem Ton änderte sich partiell auch die Wahrnehmung der Partei, eben weil sie nichts tat. Natürlich glaubte die Staatssicherheit weiter an die SED, sie stellte sie nicht grundsätzlich infrage. Aber Schild und Schwert wunderten sich sehr,

dass nichts passierte. Das gehört auch zum Thema wirtschaftliche Lage und Desillusionierung im letzten Jahrzehnt der DDR.

Frage aus dem Publikum: Mein Name ist Gerald Kummer, ich lebe in Bautzen. Es ist eine Tatsache, dass sich Jugendliche anderen Dingen widmen als der DDR- und überhaupt der Geschichte. Das war, als wir jung waren, auch so, da musste man sehen, dass man einen Beruf lernt, dass man ‘ne ordentliche Freundin kriegt, das sind Themen, die zu 90 Prozent erst mal wichtiger sind als die Geschichte. Das ist heute sicherlich nicht anders.

Aber meine Bitte: Es wird immer wieder über die Diktatur in der DDR gesprochen. Wir sollten nicht vergessen, die DDR war ein Vasall der Sowjetunion. Was in der DDR passierte, musste von Moskau abgesegnet werden, und was in Moskau beschlossen wurde, musste hier durchgesetzt werden. Was Stalin in den 1920/30er Jahren in der Sowjetunion gemacht hat, hat er als Herrscher dieses Reiches auch in der DDR durchgesetzt, und da gab es eben solche Regelungen: Wenn das und das nicht durchgesetzt wird, müssen 8000 Leute ins Gefängnis oder 5000 erschossen werden, so war das. Und wenn die Genoss_innen das nicht durchgesetzt haben, dann waren sie selber dran. Diese Politik der Sowjetunion müssen wir betrachten. Viele sind einfach Genoss_innen geworden, weil sie eine gewisse Karriere machen wollten, waren aber politisch überhaupt nicht so eingestellt.

Ich hätte gern gewusst, wie es gewesen wäre, wenn die Sowjetunion nicht Sachsen, Thüringen und Brandenburg besetzt hätte, sondern Bayern und Baden-Württemberg. Dieses politische Großreich im Hintergrund ist ganz wichtig. Dass der Zusammenbruch kam und friedlich ablief, hat ja damit zu tun, dass Gorbatschow die Perestroika einleitete und die Genoss_innen und die Bürger_innen in der DDR sagten: Jetzt finden wir einen neuen Weg, gehen wir den und machen ihn friedlich.

Auch die wirtschaftlichen Aspekte sollten wir in Zukunft vielleicht besser beleuchten: In der SBZ und DDR gab es diese Enteignungen der Großbauern, Fabrikbesitzer in Größenordnungen, das zog sich durch die ganze DDR-Zeit. 1972 wurden dann die Handwerker und kleineren Geschäfte, die noch halbwegs selbstständig waren, auch noch verstaatlicht. Dieser wirtschaftliche Bereich spielte eine Rollenrolle. Vor allem sollten wir auch nicht vergessen – in der DDR haben wir in Größenordnungen die Reparationen gegenüber der Sowjetunion tragen müssen, von denen die Bundesrepublik schon lange vorher von den Amerikanern, Briten und Franzosen erlöst worden war. Hier wurde bis zum Schluss bezahlt. Das sollten wir nicht vergessen.

Dr. Jens Schöne: Ja, die DDR war eine Diktatur, daran gibt es keinen Zweifel. Aber heutzutage wird häufig vergessen, dass die DDR selbst von sich behauptete, sie sei eine Diktatur. Ich höre immer wieder, das sei nur eine nachträgliche Zuschreibung, ich sei sowieso aus „dem Westen“ (was ich nicht bin) und: „Woher wollen Sie das dann eigentlich wissen?“. Ich habe aber im Staatsbürgerkundeunterricht noch gelernt wie jedes andere Kind in der DDR auch: In der DDR herrscht die Diktatur des Proletariats. So viel zum Thema nachträgliche Zuschreibung. Rein geschichtswissenschaftlich weist die DDR ohnehin alle Merkmale einer Diktatur auf, sie war ein Unrechtsstaat.

Interessant ist tatsächlich die Rolle von Moskau. Sie haben vollkommen recht, alle zentralen Entscheidungen bis Mitte der 1980er Jahre kamen von dort oder waren mit Moskau abgestimmt. Aber wie so oft ist es wiederum nicht ganz so einfach, denn es ist ja nicht so, dass Moskau einen Befehl gab und Walter Ulbricht beispielsweise sagte: ‚Na ja, ich will das eigentlich nicht, aber ich mach es mal.‘ Ganz im Gegenteil: Es bestand in höchstem Maße Interessenübereinstimmung. Beim Mauerbau zum Beispiel: Wir wissen, dass Ulbricht schon bei Stalin, der 1953 gestorben ist, gedrängt hat, dass in Berlin die Mauer gebaut wird. Zwischen Moskau und Ost-Berlin, das war nicht nur eine einfache Befehlsgeber-Befehlsnehmer-Beziehung, sondern es ist sehr viel komplexer.

Ein anderer Punkt, weil Sie die Enteignungswelle von 1972 ansprachen, und die Grundfrage nach der Bedeutung der Ökonomie für die Herrschaftssicherung – sie ist durchgängig von zentraler Bedeutung. Beispielsweise gab es Anfang 1953 eine große Enteignungswelle, die sogenannte „Aktion Rose“, bei der vor allem an der Ostsee Hotels und Ähnliches brutal enteignet wurden. Das gehörte unmittelbar zur Vorgeschichte des 17. Juni 1953, sollte ursprünglich aber die Macht der SED stärken. Da sehen wir die Komplexität. Und natürlich war die DDR abhängig von der Sowjetunion, wir wissen ja, was passierte, als „der große Bruder“ nicht mehr bereit war, die DDR mit Waffengewalt zu verteidigen. Es war eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Friedlichen Revolution von 1989/90. Gleichwohl: Die ostdeutschen Kommunisten waren weit mehr als bloße Vasallen der Sowjetunion. Sie hatten ihren eigenen Anteil an der Diktatur; und der war nicht unerheblich. Das sollten wir nicht übersehen.

Matthias Eisel: Vielen Dank, Herr Dr. Schöne, und wirklich noch einmal vielen Dank für Ihre vielen interessanten Fragen und Kommentare!



Johannes Nichelmann, Evelyn Zupke, Alexandra Titze, Dr. Markus Pieper (v. l. n. r.)

PODIUMSDISKUSSION

Dr. Markus Pieper, Alexandra Titze, Evelyn Zupke
Moderation: **Johannes Nichelmann**

Nach dem Ende der Diktatur. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur seit den 1990er Jahren

Johannes Nichelmann: Der Titel „Nach dem Ende der Diktatur. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur seit den 1990er Jahren“ umfasst ja sehr viele Aspekte und einen langen Zeitraum. Wir fangen mit Ihnen, Frau Zupke an, uns diesen 32 Jahren zu nähern. Was sind die von Ihnen als Bundesbeauftragter für die Opfer der SED-Diktatur bearbeiteten Themen? Diese müssten sich von denen etwa aus dem Jahr 1995 doch sehr unterscheiden.

Evelyn Zupke: Wir haben zwar gute Rehabilitierungsgesetze, jedoch ergibt sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte ein entsprechender Anpassungsbedarf.

Es werden Lücken, neue Opfergruppen und die teilweise Nichtumsetzung dieser Gesetze sichtbar. Als Erstes will ich die Anerkennung der verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden nennen. Die meisten der Betroffenen, die ihre Gesundheitsschäden anerkennen lassen wollen, scheitern damit und ich weiß, damit trage ich Eulen nach Athen. Dies ist leider seit 30 Jahren die Situation, obwohl die Landesbeauftragten, Beratungsstellen und Opfervertreter_innen sich immer bemüht haben eine Verbesserung zu erreichen.

Johannes Nichelmann: Und warum ist das so?

Evelyn Zupke: Die Betroffenen müssen den kausalen Nachweis erbringen, dass der heutige Gesundheitsschaden, wie beispielsweise eine Posttraumatische Belastungsstörung, durch die Repressionserfahrung in der Haft, im Jugendwerkhof oder durch starke Zersetzung entstanden ist. Dazu könnte man noch deutlich mehr sagen und ich bin froh, dass im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung auch mitverankert ist, dass Veränderungen in der Anerkennungsquote passieren müssen. Auch bei den Unrechtsbereinigungsgesetzen gibt es sehr viele Punkte, die überarbeitet werden sollten. Darunter zum Beispiel die Opferrente, Zwangsausgesiedelte, die bisher nicht genügend Berücksichtigung erfuhren, und vieles mehr. Dies zeigt, dass auch nach mehr als 30 Jahren nach dem Mauerfall die Betroffenen der SBZ- und SED-Diktatur Hilfe benötigen und es noch viel zu tun gibt.

Johannes Nichelmann: Wie gehen Sie damit um, dass Sie von vornherein davon ausgehen müssen, mit Ihrer Arbeit gegen Windmühlen zu kämpfen?

Evelyn Zupke: Ich komme nicht aus der Aufarbeitungsszene, wie es oft genannt wird, wenngleich ich aus der DDR-Opposition komme. Aber ich habe viele Jahre als Zeitzeugin an Schulen gearbeitet, bevor ich in das Amt gewählt wurde. Dafür habe ich jetzt nicht mehr so viel Zeit, aber ich war immer mit dem Thema verbunden. Das politische Geschäft kannte ich allerdings bisher noch nicht. Das ist noch relativ neu für mich und ich muss mich in meiner Ungeduld daran gewöhnen, dass politische Prozesse teilweise zäh und langsam gehen. Trotzdem denke ich, dass wir etwa mit dem Koalitionsvertrag, in dem viele Dinge verankert wurden, und auch in Gesprächen mit der Politik Gehör finden. Aber man muss kämpfen.

Es ist nämlich aus verschiedensten Gründen nicht das erste Thema auf der Agenda, das haben wir heute vielfach gehört. Wir alle, die in diesem Bereich arbeiten, müssen an der Stelle viel kämpfen, um uns Gehör zu verschaffen. Aber ich bin trotzdem froh, dass es das Amt jetzt gibt. Ich werde oft gefragt, weshalb es über 30 Jahre nach dem Ende der DDR noch benötigt wird. Diese

Frage ist sehr vielschichtig und komplex zu beantworten. Wir reden hierbei ja nicht „nur“ über die Menschen, die direkt von SBZ- und SED-Diktatur betroffen sind, sondern auch über die nächsten Generationen, die Nachgeborenen. Denn die extremen Erfahrungen, die die Menschen gemacht haben, werden in den Familien weitergegeben. Also entweder, weil zehn, 20 oder 30 Jahre lang geschwiegen wurde und die Nachkommen manchmal gar nicht mehr wissen, was in ihren Familien passiert ist, oder eben auch, wenn diese Erfahrungen zwar bekannt waren, aber die Menschen ihr Leben lang mit den Problemen zu kämpfen haben, wodurch ihre Familien natürlich auch in vielen Aspekten betroffen sind. Außerdem müssen wir all diese Erfahrungen mehr in die Gesellschaft tragen, um bei den nächsten Generationen sowie überhaupt im kollektiven Bewusstsein zu verankern, dass auch die zweite deutsche Diktatur viel Elend angerichtet hat.

Johannes Nichelmann: Frau Titze, was erleben Sie in Ihrer Behörde? Wie viele Leute kommen neu zu Ihnen, um zum allerersten Mal ihre Akten einzusehen? Und warum tun sie es erst jetzt, nach 32 Jahren?

Alexandra Titze: Dass Leute neu kommen, erleben wir schon noch unter den insgesamt 45.000 Anträgen, die bei uns im vergangenen Jahr aufgelaufen sind. Das sind dann beispielsweise Anträge von Kindern und Enkeln, deren Anteil steigt, es sind fast 20 Prozent. Diese Generation möchte nun wissen, was passiert ist, gerade wenn in den Familien Dinge nicht besprochen wurden. Wie hat die Staatssicherheit das Leben der Eltern oder der Großeltern beeinflusst? Welche Auswirkungen hat das auf die nächsten Generationen? Wir erleben aber auch immer wieder Antragsteller_innen, die erst jetzt ihren ersten Antrag stellen. Die thematisieren es natürlich nicht, aber wenn man sie fragt, warum sie erst jetzt kommen, erfährt man, dass sie zunächst ihr Leben sortieren wollten, nun pensioniert seien und Zeit hätten, sich um die Vergangenheit zu kümmern. Diesen Leuten ist es wichtig, dass sie die Vergangenheit nicht nur für sich selbst bereinigen, sondern die Erfahrungen in Gesprächen weitergeben können.

Johannes Nichelmann: Was erleben Sie in diesen persönlichen Gesprächen? Was haben die Leute in den letzten 30 Jahren des Nicht-Aufarbeitens mit sich herumgetragen? Hatten sie einfach keine Zeit oder spielen auch andere Faktoren eine Rolle?

Alexandra Titze: Das ist ganz unterschiedlich. Es gibt nicht viele dieser Gespräche. Aber in denen, die wir geführt haben oder bei denen ich dabei war, sagten die Leute zum Teil, sie hätten diese Erlebnisse erst einmal komplett



Alexandra Titze

verdrängt und sich nach der Wende vorgenommen, sich erst einmal in der neuen Gesellschaft zu orientieren, sich zu etablieren und ihre Familien voranzubringen. Andere haben sich mit Erinnerungen gequält, brauchten Hilfe, auch ärztliche Hilfe, um überhaupt in der Lage zu sein, mit den Erlebnissen umgehen zu können. Das kostet auch einen gewissen Mut. Im Bereich der Opfer und der Betroffenen erlebt man natürlich auch Frust, Wut und Verzweiflung. Vor allem über die Schwierigkeiten, die Frau Zupke eben nannte: wenn es um Rehabilitation und Rentenansprüche geht. Aber natürlich ist da auch die Erwartung an das nun in das Bundesarchiv integrierte Stasiunterlagenarchiv, dass wir bestmöglich unterstützen und dabei behilflich sind, die notwendigen Unterlagen vorzulegen.

Evelyn Zupke: Dazu, warum sich Menschen in manchen Fällen erst so viele Jahre später damit beschäftigen, würde ich gern etwas ergänzen. Frau Titze hat eben schon ein paar Gründe aufgelistet. Aber auch wenn Leute beispielsweise im Jugendwerkhof, also im Jugendgefängnis waren, dann mussten sie dort oft unterschreiben, dass sie nicht darüber reden dürfen. Diese Fälle spie-

len auch eine Rolle. Ebenso Traumatisierungen, durch die es viele eben nicht schaffen, sich damit zu beschäftigen, sondern Trauer, Wut und Scham in sich hineinfressen. Bei diesen Fällen bricht es jetzt aber immer häufiger heraus. Ich hatte kürzlich ein Gespräch mit einer Heimberatungsstelle, die mir sagte, dass die Leute, die in den Jugendwerkhof geschickt wurden, inzwischen die jüngste Opfergruppe sind. Da gibt es noch ganz viele, die sich nie haben rehabilitieren lassen, jetzt aber in die Rente kommen. Wenn ihnen auffällt, dass ihnen die Rentenpunkte fehlen, fangen sie eben jetzt erst an, die Rehabilitierung zu beantragen. Also die Gründe sind ganz vielschichtig.

Dr. Markus Pieper: Ich würde dazu auch gern etwas ergänzen. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten betreibt nicht nur eigene Gedenkstätten, sondern auch eine Dokumentationsstelle, die Auskunft über Schicksale von Opfern im Nationalsozialismus, aber auch während der sowjetischen Besatzungszeit gibt. Dieser Zeitraum liegt 70 bis 75 Jahre zurück, doch bis heute erreichen uns dazu Anfragen. Dabei geht es zum Teil um Rehabilitierungen, wenn Menschen beispielsweise zu Unrecht in der Sowjetunion verurteilt wurden, aber auch um die persönliche Familiengeschichte, um die Schicksalsklärung durch Angehörige. Das sind sicherlich andere Motive als die von Menschen, die über ihr eigenes Leben Auskunft haben möchten. Aber selbst nach über 70 Jahren ist dieses Thema ganz offensichtlich noch immer präsent.

Johannes Nichelmann: Wir haben heute gehört, dass die Aufmerksamkeit für den ganzen Themenkomplex der Gedenkstätten gar nicht mehr so groß sei. Wie versuchen Sie, Herr Dr. Pieper, Aufmerksamkeit dafür zu wecken, auch außerhalb von Schulklassen oder Gruppen, an die man typischerweise denken würde?

Dr. Markus Pieper: Zum einen muss man sagen, dass man es als Gedenkstätte oder Gedenkstättenverbund relativ einfach hat. Ein authentischer Geschichtsort, der in die Lokalgeschichte eingebunden ist, dazu Kontakte in den örtlichen Schulbereich, in die regionalen Aufarbeitungsnetzwerke und die Stadtgesellschaft – das alles ist selbstverständlich von Vorteil. Aber der Nachteil ist, dass sich die Menschen auf den Weg machen müssen, um sich mit diesen Themen zu beschäftigen, und sie müssen eben zu uns kommen. In Sachsen gibt es hierfür Fördermöglichkeiten, etwa die Brücke/Most-Stiftung, die Fahrten in Gedenkstätten für Schulklassen finanziell fördert. Im Augenblick sind wir dabei zu überlegen, was wir als Stiftung in diesem Bereich neu oder anders machen können. Das betrifft auch genau die Frage der Qualifizierung unserer Gedenkstätten.

Digitalisierung ist ein großes Thema, auch hier in Bautzen, wo Silke Klewin die wissenschaftliche Leiterin der Gedenkstätte ist. Während der Corona-Pandemie waren auch unsere Häuser geschlossen, weswegen hier in Bautzen ganz erfolgreiche neue Formate entwickelt wurden, wie beispielsweise Online-Führungen und vieles mehr. Schulische Bildung ist immer ein Thema, auch die Frage, was dort modernisiert werden kann.

Daneben spielt für uns die Frage der europäischen Vernetzung unserer Arbeit eine große Rolle. Sachsen hat sehr lange Grenzen zur Tschechischen Republik und zu Polen. Da bestehen bereits in unseren einzelnen Gedenkstätten zahlreiche Verbindungen, aber wir sind jetzt auch dabei, ein Netzwerk aufzubauen, um dauerhaft mit den Kolleg_innen in unseren Nachbarländern enger zusammenzuarbeiten und auch kleineren Aufarbeitungseinrichtungen Kontakte zu vermitteln, um so gemeinsame grenzüberschreitende Projekte und Debatten anzustoßen. Mit polnischen Kolleg_innen, die an dem ersten gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuch mitgearbeitet haben, entwickeln wir zurzeit ein Projekt für deutsche und polnische Schulklassen. Diese sollen sich anhand des Lehrbuches ein Thema erschließen und sich anschließend in einer Gedenkstätte treffen, um dieses Thema nicht nur zu vertiefen, sondern auch künstlerisch oder journalistisch umsetzen zu können. Damit würden wir verschiedene Formate gleichzeitig abdecken, die schulische Bildungsarbeit und den internationalen Aspekt. Das sind die Themen, an denen wir gerade arbeiten und über die wir diskutieren, um herauszufinden, was wir neu machen können.

Johannes Nichelmann: Wir sprechen über die Aufarbeitung der vergangenen 32 Jahre. Was erleben Sie, wenn Schüler_innen zu Ihnen kommen? Was haben sie für ein Vorwissen und was für eine Prägung, wenn es um die DDR oder Ostdeutschland geht?

Dr. Markus Pieper: Einerseits muss man sagen, es ist eben ein Schulthema. Das bewirkt mit allen Vor- und Nachteilen, dass sich sehr viele Schüler_innen damit beschäftigen. Vorausgesetzt, das Thema wird jungen Menschen auch entsprechend nahegebracht.

Johannes Nichelmann: Das heißt, manchmal kommt es auch gar nicht im Unterricht vor?

Dr. Markus Pieper: Doch, aber es gibt auch viele Schulklassen, die eben nicht in eine Gedenkstätte kommen. Man muss sagen, dass die Klassen, die kommen, auch engagierte Lehrer_innen haben. Die Schüler_innen verbringen dann am historischen Ort einen Projekttag, der natürlich interessanter ist als

eine „normale“ Unterrichtsstunde ist. In der Mehrzahl unserer Gedenkstätten steht das Thema Nationalsozialismus im Mittelpunkt und wird sehr konkret auch an zahlreichen Biografien behandelt. In der Schule eignen sich die Jugendlichen zunächst ein Allgemeinwissen an. Historische Zusammenhänge, authentische Orte, Biografien von Opfern und Täter_innen vor Ort ganz konkret erleben zu können, das vermittelt Wissen noch einmal auf einer ganz anderen Ebene. Besuche von Schulklassen und Projekttag sind enorm wichtig, weshalb wir versuchen, diesen Bereich auszuweiten. Letztendlich hängt der Erfolg aber auch immer von unseren Kontakten in die Schulen und natürlich den einzelnen engagierten Lehrkräften ab.

Johannes Nichelmann: Interessant, dass dieses wichtige Thema in der Aufarbeitung so an Einzelpersonen hängt. Merken Sie das auch, Frau Titze, wenn Leute bei Ihnen Akten von der vielleicht kürzlich verstorbenen Großmutter beantragen, dass das Vorwissen fehlt? Oder sind Sie erstaunt, wie viel vorhanden ist?

Alexandra Titze: Doch, da ist ein gewisses Vorwissen, eine Ahnung da, daher kommt häufig auch das Interesse. Es existieren oft weiße Flecken in der Vergangenheit, die beschrieben werden sollen. Angehörige suchen nach einer Erklärung dafür, was genau in den Familien passiert ist oder wer welche Rolle gespielt hat. Das Stasiunterlagengesetz sieht zudem vor, dass ein berechtigtes Interesse an der Auskunftserteilung dargelegt werden muss, damit den Kindern und Enkeln Auskunft zu ihren verstorbenen Angehörigen erteilt werden kann.

Aber ich kann gerne noch zu dem Thema Schulklassen unsere Erfahrungen beisteuern. Wir machen in diesem Bereich sehr viel, auch mit Kooperationspartner_innen, um unsere Themen besser transportieren zu können. Da wir uns heute hier in Sachsen befinden, berichte ich einmal von der TU Dresden. Wir haben die Entwicklung einer App unterstützt, mit der man die Orte, an denen die Stasi gewirkt hat, ablaufen kann. Dazu gibt es Erläuterungen und Hintergrundinformationen. Wir haben eine Art Geocaching entwickelt, bei dem wir über den Campus, über die Stasizentrale, den historischen Ort in Lichtenberg, laufen. Wir haben dort keine Schätze zum Mitnehmen versteckt, sondern Informationen und Erläuterungen zu den Orten und ihrer Nutzung durch die Stasi, mit denen wir versuchen die Leute zu erreichen.

Zudem machen wir viele Projekttag, dieses Jahr waren wir schon fast 2000 Schüler_innen da. Uns ist es wichtig, dass sie mit den Quellen arbeiten können. Wir haben hierfür Unterlagen zusammengestellt, damit die Jugendlichen



Evelyn Zupke

einmal das Abbild einer Akte sehen und sich von Anfang bis Ende unter verschiedensten Aspekten damit beschäftigen können. Und auch wir, wie Herr Pieper es schon ansprach, haben uns natürlich in der Coronazeit Gedanken gemacht: Da haben wir Homeschooling-Unterlagen entwickelt und auf die Homepage gestellt, um damit die Schulen zu unterstützen.

Nicht zuletzt sind wir aktiv in der Lehrer_innenfortbildung bzw. im Ansprechen der Lehramtsreferendar_innen. Das tun wir aus der Erkenntnis heraus, dass wir es nicht schaffen können und werden, in alle Schulen zu gehen. Der Ansatzpunkt ist also auch, die aktuellen und künftigen Lehrer_innen für diese Themen zu interessieren und ihnen Rüstzeug mitzugeben. Das läuft recht gut.

Johannes Nichelmann: Aber es klingt danach, als müssten Sie um Ihr Publikum richtig kämpfen, damit Leute zu Ihnen kommen und sich dafür interessieren. Oder ist das ein falscher Eindruck?

Alexandra Titze: Nein, ich würde dem nicht so ganz widersprechen. Natürlich müssen wir geeignete Formate für die Vermittlung finden und stehen in Konkurrenz zu anderen Themen. Ich würde es aber nicht als Kampf bezeich-

nen, sondern vielmehr als Herausforderung, vor der wir stehen. Frau Klewin und ich hatten vorhin schon darüber geredet, Herr Schöne hat es auch angesprochen: Wir müssen schauen, wie wir die Menschen besser erreichen können, ohne jemanden zu verdrängen. Deswegen versuchen wir, mit den Gedenkstätten in den Regionen zu arbeiten, die historischen Orte einzubeziehen und dort am authentischen Ort über das Geschehene zu informieren, und das gelingt recht gut.

Johannes Nichelmann: Frau Zupke, bevor Sie Ihr neues Amt angetreten haben, waren Sie als Zeitzeugin in vielen Schulklassen unterwegs. Was haben Sie da so für Fragen und Begegnungen erlebt?

Evelyn Zupke: Als Zeitzeugin war ich meist im Westen unterwegs, da ich die vergangenen 15 Jahre in Hamburg gelebt habe. Ich habe durchweg gute Erfahrungen gemacht, aber auch genau das festgestellt, was schon gesagt wurde: dass die DDR im Schulstoff verankert ist, aber dass es immer vom Engagement einzelner Lehrer_innen abhängt, ob dieses Thema überhaupt drankommt, wie vertieft dies geschieht und ob auch noch eine Gedenkstätte besucht wird. Dabei bin ich auf verschiedene Stufen von Vorwissen gestoßen, aber immer auf Interesse, Neugier und viele Fragen. Daran merkt man dann, wie wichtig das ist. Es kann nicht sein, dass ein 15-Jähriger durch die Welt läuft und nicht weiß, was die DDR war. Man hört immer mal, dass das durchaus nicht selten ist.

Deswegen finde ich gar nicht, dass wir – abgesehen von der Weiterentwicklung in Richtung Digitalisierung und soziale Medien, die natürlich geschehen muss – einen neuen Ansatz benötigen. Sondern dieses Wissen darum, dass das Thema wichtig ist, die Vermittlung an die Jugend durch Schulbildung und andere Wege, das muss man absichern. Das kann durch die entsprechende Justierung von Lehrplänen passieren und der Stoff muss prüfungsrelevant werden. Dann wären Lehrer_innen und Schüler_innen gezwungen, sich damit zu beschäftigen. Hört sich ein bisschen böse an, aber nur so kann man absichern, dass es weitergetragen wird.

Übrigens ist das nicht nur bei Schüler_innen, sondern auch bei Studierenden und anderen Berufsgruppen enorm wichtig. Als Opferbeauftragte erlebe ich auch, dass Richter oder das Versorgungsamt keine Ahnung von der Diktatur haben. Dann verbinde ich das wieder mit dem anderen Thema. Warum gibt es so viel Stress bei Ablehnung, Rehabilitierung und Anerkennung von Gesundheitsschäden? Weil – dies ist jedenfalls ein Aspekt – viele überhaupt nicht wissen, wie eine DDR-Haft gewesen ist. Sie denken, das war eine ganz nor-

male Haft, sehen, in der Akte steht nichts weiter, aber oft fehlt das Wissen: ‚Wie lese ich diese Akten?‘. Deshalb brauchen viele Berufsgruppen, die mit geschädigten Menschen zu tun haben, eine Sensibilisierung für dieses Thema. Zum einen hilft das den Betroffenen, was für mich in meinem Amt die wichtigste Perspektive ist, und zum anderen wird die Thematik dann in die Gesellschaft getragen und somit in die Familien. Es trägt sich dann also immer weiter fort.

Alexandra Titze: Dazu würde ich auch noch gerne etwas sagen. Ich fand sehr gut, dass du das jetzt angesprochen hast: das Lesen der Akten und auch das Befassen damit. Das ist unsere Aufgabe als Archiv, dass wir die Quellen zur Verfügung stellen und damit das Archiv als Lernort etablieren, denn genau das zeichnet uns aus. Bei uns können die Menschen die Unterlagen einsehen, können sich damit befassen und sich ihr eigenes Urteil bilden. Heutzutage beobachten wir, unabhängig von Altersgruppe und anderen Faktoren, dass viele Menschen es gewohnt sind, mit ihren Handys im Internet nach Informationen zu suchen, und sich denken: ‚Na ja, mal sehen, was das jetzt wird hier im Archiv.‘ Wenn es dann aber an die Akten geht und sie das Gefühl bekommen, sie können sich wirklich mit der darin enthaltenen Geschichte beschäftigen, dann erreichen wir diese Leute auch.

Johannes Nichelmann: Die Akten sind ja das eine. Sie wurden auch medial in irgendeiner Form seit 1990 verarbeitet. Aber zum anderen geht es auch um das Thema, wie die Leute in der DDR gelebt haben und wie das zum Beispiel das Leben der Nachgeborenen, vielleicht in Ost und West, beeinflusst. Was glauben Sie, Herr Pieper, gibt es da generell eine gute Aufarbeitung? Wie ist dieses Thema in den vergangenen 30 Jahren verhandelt worden?

Dr. Markus Pieper: Die ewige Frage lautet: „Ist das Glas halb voll oder halb leer?“ Ich möchte an Jens Schöne erinnern, der heute während einer Diskussion gesagt hat, wir sollten aufhören, über die Unwissenheit der Schüler_innen und der Allgemeinheit über die DDR zu klagen. Natürlich gibt es noch 1000 Leerstellen und Wissenslücken, natürlich können wir in vielen Bereichen noch besser werden. Es müssen mehr Menschen in die Gedenkstätten kommen, mehr Lehrer_innen müssen sich engagieren und, und, und. Das ist alles richtig. Aber wenn wir nach der langen Zeit der Auseinandersetzung mit der DDR einmal zurückschauen, dann sehen wir auch, was alles erreicht wurde. Die Vielzahl der in Deutschland eingerichteten Institutionen spricht für sich. Die Öffnung der Stasiakten hat hierzulande sehr früh eingesetzt, was im Vergleich zu vielen anderen osteuropäischen Ländern ein unglaublicher Vor-

teil ist. Wir haben Bundes- und Landeseinrichtungen, die sich mit dem DDR-Unrecht beschäftigen, zudem zahlreiche Gedenkstätten in ganz Ostdeutschland. Es gibt eine wissenschaftliche Forschung, Literatur, Zeitzeugenerinnerungen ... Vor allem hat man sich sehr schnell nach 1989 diesem Thema gestellt. Anders als nach dem Ende der Nazi-Diktatur und des Zweiten Weltkrieges haben wir sehr früh angefangen, die Diktatur aufzuarbeiten und auch der Opfer zu gedenken. Frau Zupke hat es angesprochen: Was konkrete Entschädigungen angeht, gibt es noch Bedarf. Auch die strafrechtliche Auseinandersetzung hat leider deutlich die Grenzen aufgezeigt, die bestehen, wenn mit rechtsstaatlichen Mitteln – über die wir alle froh sind – eine Diktatur aufgearbeitet werden muss. Trotzdem ist die Aufarbeitung insgesamt jedoch eher eine Erfolgsgeschichte.

Ich komme gerade aus der Landeszentrale für politische Bildung, wo diese Frage unter einem anderen Aspekt diskutiert wurde: Stellt sich angesichts der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft, der Verstärkung rechtsradikaler und rechtspopulistischer Tendenzen und auch angesichts der Demokratieüdigkeit einiger Teile der Gesellschaft nicht die Frage, ob die politische Bildung, die historisch-politische Bildung oder die Aufarbeitung versagt hat? Natürlich kann man so argumentieren. Wir sollten aber auch bedenken, dass es sicher zu einfach gedacht ist, wenn man annimmt, dass die Auseinandersetzung mit der DDR oder mit anderen Diktaturen automatisch dazu führt, dass niemand auf die Idee kommt, eine rechts- oder linkspopulistische Partei zu wählen.

Natürlich ist da auch Wasser in dem Wein, den wir trinken. Aber insgesamt muss ich im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern sagen: Wie früh und wie konsequent die Aufarbeitung in Deutschland eingesetzt hat, bei allen ihren Makeln und Versäumnissen – das war keine schlechte Idee.

Johannes Nichelmann: Dann ist alles gut? Dann können wir jetzt zusammenpacken und nach Hause gehen?

Evelyn Zupke: Nein, das nicht, aber ich möchte trotzdem bekräftigen, was Herr Pieper sagte. Der Austausch mit anderen ex-kommunistischen Ländern Osteuropas steht in vielen Bereichen noch am Anfang. Dabei werden wir tatsächlich um das beneidet, was wir haben. Das macht das, was fehlt, nicht besser, aber deswegen sind wir alle ja hier. Wir tun, was wir können, und Sie sind hier, damit wir darüber ins Gespräch kommen. Aber im Vergleich gibt es so etwas nicht noch einmal, glaube ich.

Johannes Nichelmann: Aber ist es nicht ein spannender Gedanke zu sagen,

man hätte in den letzten 30 Jahren die Vergangenheit als gesellschaftliche Debatte nicht nur in Deutschland, sondern gemeinsam mit Polen und anderen Ländern als osteuropäische Gemeinschaft angehen können?

Alexandra Titze: Ich glaube, das war auch immer im Fokus. Schade, dass Frau Birthler heute nicht hier sein kann. Sie hat ein solches Netzwerk während ihrer Amtszeit als Bundesbeauftragte ins Leben gerufen – mit den Aufarbeitungsbehörden in Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und mittlerweile Albanien. Estland ist zwischenzeitlich ebenso dabei wie Litauen, Lettland, die Ukraine, Slowenien und die Slowakei. Wir hatten gerade erst einen Austausch, der zeigt, dass in puncto Aufarbeitung viel passiert. Die internationale Vorbildwirkung des Stasiunterlagenarchivs wurde auch in der Diskussion zur Überführung der Stasiunterlagen ins Bundesarchiv gewürdigt. Viele Länder haben sich an unserem Rechtsrahmen orientiert. Sie haben versucht, ähnliche Gesetze und Behörden zu bauen. Und ich meine schon, dass auf europäischer Ebene einiges geschieht. Vielleicht nicht direkt seit 1990, aber in den Folgejahren nahm das an Fahrt auf.

Wir machen beispielsweise innerhalb des Netzwerks mit den genannten Ländern eine Wanderausstellung zum Thema Rock und Pop der 1960, 1970er und 1980er Jahre. Bestimmte Musiker_innen hatten ja große Schwierigkeiten, wurden zensiert, bekamen Berufs- oder Auftrittsverbot, manche wurden ausgebürgert. Nicht nur Wolf Biermann oder Udo Lindenberg hatten damals Probleme mit der Stasi in der DDR, sondern da gab es viele mehr. Insofern haben wir das jetzt länderübergreifend verabredet.

Dr. Markus Pieper: Das Netzwerk ist eine gute Idee und es tut das, was erforderlich ist: Behörden und Institutionen, die in unterschiedlichen Ländern zu gleichen Themen arbeiten, tauschen sich aus. Auch im akademischen Bereich ist es relativ einfach, Kontakte über die Landesgrenzen hinweg zu knüpfen; hier gibt es zahlreiche Austauschprogramme, Stipendien, internationale Konferenzen und vieles mehr. In der Aufarbeitungslandschaft jedoch, gerade im ländlichen Raum, bei kleineren Einrichtungen, Initiativen oder kleineren Gedenkstätten, ist das sehr viel schwerer. Man muss selbst entsprechende Kontakte (und die Sprachkompetenz) haben, über die finanziellen und zeitlichen Ressourcen verfügen usw. Ich wäre schon froh, wenn auch kleinere Einrichtungen einen selbstverständlichen Arbeitskontakt zu ähnlichen Einrichtungen im Ausland hätten, doch daran mangelt es oft. Gerade in einer Region wie der Oberlausitz oder eben in Sachsen insgesamt mit der unmittelbaren Nachbarschaft zu Tschechien und Polen wäre das wichtig, denn beiderseits der Grenze

bestehen viele Gedenkstätten, die an den gleichen Themen arbeiten, die gleichermaßen an den Nationalsozialismus oder an die kommunistische Diktatur erinnern. Wir haben uns vorgenommen, Angebote zu machen, damit wir als Aufarbeiter_innen oder als Mitarbeiter_innen von Gedenkstätten regelmäßig mit den Kolleg_innen in unseren Nachbarländern zusammenkommen, um konkrete Projekte zur gemeinsamen Aufarbeitung dieser doch sehr ähnlich erlebten Geschichte zu verwirklichen. Um das zu erreichen, haben wir aber noch eine ganze Menge zu tun.

Johannes Nichelmann: Das wäre tatsächlich meine nächste Frage gewesen. Wie schwer es ist, die eigene Blase zu verlassen und eine breitere Masse in der Bevölkerung zu erreichen? Zum Beispiel auch mit ihren Projekten, Frau Titze, die Sie angesprochen haben. Denn es kommen ja eher Leute, die sich per se dafür interessieren oder eine Lehrperson haben, die sich dafür interessiert. Wie schafft man es, viel mehr Leute im Mainstream dafür zu begeistern?

Alexandra Titze: Mit seinem Hinweis hat Herr Pieper recht. Nach unseren Erfahrungen ist das richtige Format entscheidend. Damit können wir ein breites Interesse vor Ort erzeugen. Das erleben wir beispielsweise, wenn wir es schaffen, die Leute über das regionale Wirken der Stasi und lokale Geschichte zu unterrichten. Dabei ist von Anfang an ein ganz anderes Interesse da, als wenn ich versuche, in Mecklenburg-Vorpommern etwas Allgemeines zu thematisieren, etwa wie die Stasi im Westen gearbeitet hat oder so. Deshalb haben wir Themenhefte passgenau für das Geschehen vor Ort erarbeitet. Auch solche Projekte wie das an der TU Dresden laufen eigentlich fast von selbst. Dort war die Resonanz auch groß.

Johannes Nichelmann: Zu Ihnen kommen auch ganz viele Medienschaffende, Filmemacher_innen, die sich informieren wollen, wie sie in ihren Filmen über das Leben in der DDR erzählen sollen. Wie gehen Sie dabei vor? Haben Sie zum Beispiel ein „Klischeeradar“ oder etwas Ähnliches?

Alexandra Titze: Die meisten kommen mit einer konkreten Idee im Kopf oder sind durch irgendeine Dokumentation oder eine Geschichte, die sie aufgenommen haben, inspiriert worden. Dann ist es wichtig, dass wir Ansprechpartner sind. Gerade bei Produktionen wie etwa der Serie „Weissensee“ sind Ausdrucksweise und Authentizität wichtig, damit in den Filmen möglichst nahe vermittelt wird, wie es wirklich war, wie die Mechanismen der Stasi genau funktionierten.

Wir haben jetzt zum dritten Mal das sogenannte Campus-Kino auf dem Gelände der ehemaligen Stasizentrale in Berlin Lichtenberg veranstaltet. Dabei

bieten wir einmal im Jahr über vier Wochen zwölf Filmabende an, davon vier mit Dokumentationen und acht, an denen wir Spielfilme zeigen, die nach 1990 gedreht wurden und sich mit den Themen Repression, Revolution und Aufarbeitung beschäftigen. Samstags ist dann der Familientag. Insgesamt fällt auf, dass die Leute sehr viele Fragen stellen. Hierfür geben wir nach den Filmen Raum. Wir hatten zum Abschluss „Das Leben der Anderen“. Der Film ist von 2006, doch trotzdem befassen sich die Leute damit und fragen, ob das wirklich so funktionierte, ob man denn die Decknamen der Stasimitarbeiter tatsächlich entschlüsseln lassen konnte oder ob es in der DDR wirklich keine Kartei zu Suiziden gab. Wenn wir hier, ohne belehrend zu sein, Antworten geben und Hintergrundinformationen dazu bieten, funktioniert das sehr gut. Medienschaffende sind auch oft dabei. Wir hatten zum Beispiel Leander Haußmann da und zeigten die „Stasikomödie“, da konnten die Leute dem Regisseur direkt Fragen stellen. Letztes Jahr zeigten wir die Premiere der Dokumentation „Mielke und die Mauer“ vom MDR und hatten vor Ort den sogenannten „roten Koffer“, den der Stasichef in der Serie bei sich trug und in dem sich alle entsprechenden Dokumente befanden. Er war der Auslöser für diese Dokumentation. Wenn wir bei so etwas zusammenarbeiten, kommt das einfach sehr gut rüber.

Johannes Nichelmann: Sind Sie solchen Produktionen wie „Das Leben der Anderen“ trotzdem dankbar, auch wenn sie oftmals in der Kritik stehen? In diesem speziellen Fall wurde zum Beispiel kritisiert, es sei eine Märchenerzählung, die zufällig in der DDR spiele. Dennoch führen solche Werke ja Leute zu Ihnen, denen Sie dann ein breites Informationspaket präsentieren können.

Alexandra Titze: Wir hatten erstmalig drei Filme zur Auswahl gestellt, dieser Film war der Wunsch der Leute. Auch wenn die Akten keinen „guten“ Stasimitarbeiter im gezeigten Sinne belegen, ist doch jeder Beitrag wichtig, der zu einer Diskussion anregt. Daraufhin sind wir dann oft gut im Gespräch, auch unsere Kolleg_innen aus dem Forschungsbereich bringen sich mit ihren Erkenntnissen vor Ort gut ein und setzen mit vorgeschalteten Hintergrundinformationen einen Rahmen.

Johannes Nichelmann: Frau Zupke, schauen Sie sich als Zeitzeugin Filme oder Spielfilme über die DDR an? Und wenn ja, wie fühlen Sie sich dabei und mit welchem Blick sehen Sie sich diese Filme dann an?

Evelyn Zupke: Ja, auf jeden Fall. Die Art und Weise, wie ich mir diese ansehe, ist jedoch ganz verschieden. Es kommt natürlich auf den Film an. Es ist zwar schon lange her, dass ich „Das Leben der Anderen“ gesehen habe, und

ich kann mich nicht mehr im Detail daran erinnern, aber ich weiß noch, dass ich auch etwas zu meckern hatte. Aber ich kenne Menschen und Kolleg_innen, die den Film auch gesehen haben, und weiß deshalb, dass es trotzdem gut ist, wenn es solche Filme gibt. Menschen, die sich zwar für die Thematik interessieren, jedoch bestimmte Dinge noch gar nicht zur Kenntnis genommen haben, bekommen dadurch ein erstes Bild, wie die Sachlage im Allgemeinen so aussieht. Und das ist, glaube ich, der Gewinn dieser Filme – bei aller Kritik, die man jeweils haben kann. Und es ist vielleicht manchmal auch einfach Geschmackssache.

Dr. Markus Pieper: Wenn ich einen Satz dazu sagen darf: Man kann solche Filme auf zweierlei Weise betrachten: aus cineastischer oder aus rein historisch-fachlicher Sicht. Wenn ich verreise oder mit Freunden spreche, die in Polen, Tschechien oder Frankreich wohnen, dann kennen diese vielleicht „Das Leben der Anderen“⁷, mit Sicherheit aber „Good Bye, Lenin!“⁸. An diesem Film gab es erhebliche Kritik der Fachwelt, genauso wie an dem Film „Der Untergang“⁹ über die letzten Tage im Führerbunker 1945 in Berlin. Unabhängig von der sicherlich berechtigten Fachkritik dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass allein mit ihrem enormen Bekanntheitsgrad immer auch Leute erreicht werden, die sich sonst vielleicht gar nicht für das Thema interessieren würden. Diese stoßen auf historische Themen, weil die Filme Kassenschlager oder sehr bekannt sind.

Evelyn Zupke: Genau. Die Kassenschlager sind eben das, was die meisten Leute schauen. Und bei aller Kritik ist es gut, das Thema dadurch an eine breitere Masse zu führen. Natürlich gibt es auch Filme, an denen es fachlich nichts oder nicht viel auszusetzen gibt. „Barbara“¹⁰ oder „Wir wollten aufs Meer“¹¹ sind Beispiele für Filme, die ich sehr gut fand und bei denen ich einfach baff war. Diese Art von Filmen sehen die Leute aber nicht so viel. Diese Realität muss man dann auch einfach zur Kenntnis nehmen.

Johannes Nichelmann: Herr Pieper, vor der Diskussion haben Sie erzählt, dass die Frage von Ost und West generationenübergreifend eine Rolle spielt und Ihnen immer wieder begegnet. Wann hätten Sie denn gedacht, dass dieses Thema keine Rolle mehr spielt?

Dr. Markus Pieper: Die Aufarbeitungsdebatten um die DDR sind in

7) Henckel von Donnersmarck, Florian: Das Leben der Anderen. Deutschland 2006.

8) Becker, Wolfgang: Good bye, Lenin! Deutschland 2003.

9) Hirschbiegel, Oliver: Der Untergang. Deutschland 2004.

10) Petzold, Christian: Barbara. Deutschland 2012.

11) Hebbeln, Toke Constantin: Wir wollten aufs Meer. Deutschland 2012.

Deutschland sehr stark mit der Ost-West-Frage verknüpft. Im Augenblick steht die Transformation in den 1990er Jahren stark im Fokus und dabei vollkommen zu Recht auch das, was in den 1990er Jahren in der ehemaligen DDR passiert ist, etwa soziale Verwerfungen, die Arbeitslosigkeit, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es ist gut, diesen Teil der jüngsten Vergangenheit aufzuarbeiten. Dabei habe ich zuweilen aber ein wenig den Eindruck, dass beide Debatten – diejenige über die SED-Diktatur und diejenige über die Transformationsphase danach – miteinander vermischt werden. Angesichts teilweise sehr pointierter Äußerungen muss man jedoch darauf achten, dass die Ursachen für die wirtschaftliche Misere und vor allem der diktatorische Charakter des SED-Unrechtsregimes nicht außer Acht geraten. Ich finde es wichtig, dass persönliche Verletzungen, die viele Menschen erlebt haben, erinnert und aufgearbeitet werden. Aber es darf nicht passieren, dass dadurch die Diskurse über die DDR mit gefärbt werden und das eigentliche Unglück ausschließlich in der Politik nach 1989/90 gesehen wird. Ansonsten ist die Hochzeit der Ost-West-Konfrontation nach meinem Dafürhalten vorbei, wenn hier auch regionale Unterschiede bestehen, beispielsweise zwischen Berlin und Sachsen.

Johannes Nichelmann: Wenn man zum Beispiel auf den rbb schaut, der seit gestern eine Interimsintendantin hat – da gab es Forderungen, dass es eine Frau aus dem Osten werden soll. Auch aus der Belegschaft war das von vielen ein Wunsch. In einigen Medien hieß es immer wieder, es wäre gut, wenn eine sogenannte Ost-Anstalt, als die sich der rbb ja begreift, jemanden hätte, der aus dem Osten kommt. Da ist dieses Thema also als extrem wichtig erachtet worden. Das fand ich spannend.

Dr. Markus Pieper: Als ich mein Amt angetreten habe, war das ebenfalls ein Thema in den Medien, beispielsweise in den ersten Interviews im MDR, wo meine westdeutsche Herkunft thematisiert wurde. Ich kann das sehr gut verstehen, denn in der Tat wäre es fatal, wenn Spitzenpositionen im Osten ausschließlich mit Westdeutschen besetzt werden würden und die Bevölkerung den Eindruck gewinnt, vollkommen „fremdbestimmt“ oder zurückgesetzt zu sein. In den 1990er Jahren wurden im Rahmen der schnellen Vereinigung und der Übernahme des westdeutschen Gesellschaftssystems naturgemäß zahlreiche Leitungspositionen in Politik und Wirtschaft mit Westdeutschen besetzt. 32 Jahre später zeigt uns beispielsweise ein Blick auf die ostdeutschen Landesregierungen, dass dies zumindest in dieser Intensität heute nicht mehr so stimmt.



Dr. Markus Pieper

Unabhängig von der Herkunft spielt natürlich immer auch eine bestimmte erforderliche Kompetenz eine Rolle. Das ist für die rbb-Intendantin enorm wichtig, um den Neustart des rbb bewerkstelligen zu können. Ich selbst habe mich als Osteuropa-Historiker auf die Stelle beworben und gehe davon aus, dass inhaltliche Kriterien im Auswahlprozess ausschlaggebend waren. Unabhängig davon arbeite ich auch nicht alleine in unserer Stiftung, in der natürlich sehr viele Kolleg_innen, wenn nicht die meisten, aus dem Osten stammen. Aber auch hier gilt, dass die Herkunft nicht die Kernkompetenz für die Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit ist oder allein ausschlaggebend sein kann.

Alexandra Titze: Ich habe eine ähnliche Erfahrung gemacht. In meiner Ausschreibung stand das zwar nicht drin, aber ich habe im Nachhinein erlebt, dass es bisweilen schon wichtig ist, dass das jetzt jemand „aus dem Osten“ macht. Ich hoffe aber wie Herr Pieper, dass wir mit unserer Kompetenz und unseren Fähigkeiten überzeugen. Am Ende des Tages, ob ost- oder westdeutsch, muss man für den Job, den man macht, die Fähigkeiten und die richtige Qualifikation haben. Ich verstehe aber auch das Gefühl, das mitschwingt: „Es soll je-

mand von uns sein, der das möglichst noch miterlebt hat.‘ Das kann ich nachvollziehen. Ich nehme auch den Wunsch wahr, nicht von anderen erklärt zu bekommen, wie das eigene Erleben denn nun wirklich war.

Johannes Nichelmann: Frau Zupke, Sie haben davon erzählt, wie schwierig es ist, die Gesetze für die Opfer der SED-Diktatur anzupassen. Hängt das damit zusammen, dass einem Teil der westdeutschen Bundestagsabgeordneten die Sensibilität dafür fehlt? Oder ist das nicht mehr das Problem?

Evelyn Zupke: Im Bundestag kommen ja nicht alle aus dem ehemaligen Westdeutschland. Und es gibt auch ostdeutsche Abgeordnete, denen man teilweise das Gleiche erklären muss. Andere wiederum, auch aus Sachsen, engagieren sich sehr stark. Es ist nicht so, dass es sich nach Ost und West sortiert. Es kommt ja ganz darauf an, wie alt die Leute sind, wie sie sozialisiert sind, welche Familienerzählungen sie mitbringen und welche Erfahrungen sie gemacht haben. Heute ist das komplexer, weshalb ich mich mal generell auf die Bundestagsabgeordneten beziehe. Es gibt dabei einige Leuchttürme, mit denen man gut zusammenarbeiten kann und die auch in den vergangenen Jahren viel gemacht haben. Durch die neue Regierung hat sich das natürlich noch einmal neu sortiert. Generell mache ich aber die Erfahrung enormen Interesses und Erstaunens, wenn ich zum Beispiel in Ausschüssen bin und zu diesen Themen berichte. Dabei erzähle ich neben den sachlichen Dingen, was man warum braucht, auch einzelne Geschichten von Betroffenen, was oftmals sehr emotional ist. Darüber kann man zu Politiker_innen auch viel transportieren und Empathie wecken. Ob letztlich alle Forderungen, die im Koalitionsvertrag stehen oder die ich darüber hinaus an die Politik stelle, in Gesetzen umgesetzt werden, müssen wir abwarten. Aber dazu gehören eben das Wissen, die Aufklärung und die Sensibilisierung dafür, was Diktatur überhaupt bedeutet. Manchmal sind die Politiker_innen sehr erstaunt, wenn ich davon erzähle, wie und mit welcher Begründung Menschen in den Jugendwerkhof gekommen sind. Das geschah manchmal wegen der falschen Frisur, des falschen Liedes, der falschen Klamotten. Und ich erzähle natürlich auch, was den Jugendlichen dort geschehen ist. Die meisten wissen einfach nicht von den Haftbedingungen, von der Zwangsarbeit, von den Einzelzellen, den Schikanen und vielem mehr. Danach denken die Politiker_innen schon anders darüber nach. Das stelle ich wirklich immer wieder fest.

Johannes Nichelmann: Das klingt ja leider nach mehr als zwei Litern Wasser im Wein der Aufarbeitung. Vielleicht eröffnen wir nun die Diskussionsrunde, es gibt sicherlich viele Fragen aus dem Publikum.

Diskussion

Silke Klewin aus dem Publikum: Ich danke für Ihre Ausführungen, möchte die Diskussion aber noch in eine andere Richtung lenken. Ich finde es außerordentlich bedauerlich, dass bei der Aufarbeitung immer noch diese Leuchtturmpolitik gefahren wird. Die Berliner Gedenkstätten etwa sind richtig gut ausgestattet, was ich super finde. Aber man hat den Eindruck: Hauptsache, Berlin ist erst mal versorgt! Bautzen zum Beispiel ist seit Anfang an mit unverändertem Personalstamm unterwegs. Seit der Gründung haben wir lediglich fünf Stellen und nur eine 35-Prozent-Bildungsstelle. Ich will nicht für Bautzen jammern, aber viele Erinnerungsorte sind zu schmal besetzt, um Bildungsarbeit leisten zu können. Es gibt auch Gedenkstätten, die sind nur Anderthalb-Mann/Frau-Betriebe. Wir gründen nach wie vor viele neue Gedenkstätten, obwohl wir nicht wissen, ob diese jemals ausreichend personell besetzt werden können. Es ist schön, dass es Gedenkstätten gibt, aber wir sind mit dem, was wir leisten können, noch lange nicht am Ziel. Wir müssen schauen, wo wir hinwollen. Und ich finde, nach den 30 Jahren Aufarbeitung schöpfen wir die Potenziale, die wir haben, längst nicht aus.

Zweiter Punkt: Es gibt kaum ein Unterrichtsfach an den Schulen, das geringer geschätzt wird als der Geschichtsunterricht. Die Geschichtsschulstunden sind sehr überschaubar. Aber zugleich ist immer wieder zu hören, es sei unvorstellbar, dass ein 15-Jähriger in der Schule noch nie von der DDR gehört hat! Das ist aber so. Alle fünf Schüler_innen, die morgen hier auf dem Podium sitzen werden – sie sind zehnte und elfte Klasse –, haben im Unterricht bisher kein DDR-Thema behandelt. Das ist die Realität, die müssen wir zur Kenntnis nehmen und entsprechend auch unsere Formate anpassen und unser Tun insgesamt darauf einstellen.

Frage aus dem Publikum: Ich würde gerne noch mal zum Titel der jetzigen Diskussion zurückkommen wollen. Sie ist ja überschrieben mit dem Begriff „Aufarbeitung“. Ich habe mich gefragt, was bedeutete der Begriff Aufarbeitung 1990 und was bedeutet er jetzt, also mit Blick auf die 32 Jahre, in denen sehr viel passiert ist. Vielleicht könnten wir diesen stark aufgeladenen, aber auch schwammigen Begriff versuchen zu schärfen.

Evelyn Zupke: Ich würde wieder mit meinem Thema beginnen. 1990 gab es keine Blaupause nach dem Zusammenbruch einer Diktatur oder Revolution. Die Menschen mussten sich erst einmal damit beschäftigen. Aufarbeitung bedeutete also erst einmal, zur Kenntnis zu nehmen, wie viel Unrecht in welchen



Frage aus dem Publikum

Ausprägungen eigentlich stattgefunden hat. Da war alles neu. 1992 haben wir dann das erste Rehabilitierungsgesetz bekommen. Das war eine ganz andere Situation. Es musste sich erst einmal etablieren, dass die Politik so etwas beschlossen hat. Heute sind wir wiederum an einer anderen Stelle, da nun 30 Jahre mit diesen Gesetzen gearbeitet wurde. Jetzt stellen wir Defizite fest und stehen deshalb vor anderen Aufgaben, bezogen auf den Bereich der Aufarbeitung politischer Repression in der SBZ- und DDR-Diktatur.

Alexandra Titze: Ich glaube, dass da tatsächlich ein Unterschied besteht. Ich vertrete hier das nun zum Bundesarchiv gehörende Stasiunterlagenarchiv und glaube schon, dass in der Aufarbeitung Anfang der 1990er sehr stark die Enttarnung von IMs im Fokus stand. Es ging aber auch darum, dass die Bürger_innen ihre persönlichen Akten einsehen können. Joachim Gauck hat damals sinngemäß gesagt: ‚Wir wollen das Herrschaftswissen der Stasi durchbrechen, um uns von dem, was geschehen ist, befreien zu können.‘ Ich glaube, das war zentral. Das passt auch gut zu dem, was Frau Zupke gesagt hat.

Auch im Bereich der Forschung haben wir uns zunächst mit Fragen genähert: Wie war die Stasi aufgebaut, wie hat sie gearbeitet, wie sind die zahllosen Kar-

teikartensysteme zu verstehen? Das mussten wir zuerst wissen, um überhaupt Aufarbeitung machen zu können. Am Anfang waren wir kaum in der Lage, ohne die Hilfe von Stasileuten die Unterlagen in unserem Archiv zu finden. Die Stasi hat rund 45 Millionen Karteikarten angelegt, über 4500 verschiedene Karteikartensysteme und wir mussten erst einmal verstehen, wie man von einer Kartei in die andere bis ins Archiv kommt. So arbeiten wir übrigens auch heute noch. Wir starten in der Personenkartei, in der sogenannten F 16, und gehen dann weiter in die Vorgangskartei, die F 22 oder auch in die F 77, das ist die sogenannte Decknamenkartei. Dieses System wurde gemacht, damit keiner alles weiß. Die Stasi hat auch innen quasi konspirativ gearbeitet. Jede Karte enthielt immer nur bestimmte Informationen, die dann in die nächste Kartei führten, sie enthielt auf keinen Fall alle Daten.

Wie es jetzt ist, kann ich für meinen Verantwortungsbereich, das Stasiunterlagenarchiv, sagen. Im Bereich der Forschung stehen bei uns Projekte im Fokus, die den Zugang zum Archiv besser erklären sollen und das Archiv für Nutzende lesbarer machen. Wir haben den gesetzlichen Auftrag, den Aufbau der Staatssicherheit und ihr Wirken zu erforschen und zu vermitteln. Wir unterstützen die Forschung und die Medien bei der Aufarbeitung und stellen Akten dafür bereit. Aktuell sind hier Themen relevant, die das Schicksal von Heimkindern und Zwangsadoptierten erforschen. Oder wenn wir auf die Kinder von Hauptamtlichen und Inoffiziellen schauen, aber auch die Kinder von Opfern: Welche Auswirkungen hatte das dann in die Familien?

Für unsere eigene Arbeit ist das Über-den-Tellerrand-Blicken wichtig, die DDR war nicht nur die Stasi. Es gab die Parteien, die Massenorganisationen, die Polizei, alle haben ihre Rollen gespielt. Für meine Arbeit im Bundesarchiv, wo diese anderen Teile der Quellen lagern inklusive der Haftakten, der Häftlingskarteien, gilt es jetzt, das alles miteinander zu verknüpfen. Wir wollen so für die Nutzenden das gesamte Thema unter einem Dach anbieten.

Dr. Markus Pieper: Ein wesentlicher Unterschied zwischen 1990 und heute ist auch, dass sich direkt nach dem Ende der DDR eine ganze Gesellschaft zunächst selbst darüber klar werden musste, was in der Diktatur eigentlich passierte, was Begriffe wie Opfer, Täter, Mitmachen, Widerstehen usw. eigentlich für die Menschen selbst bedeuteten. Hingegen hat unsere Gesellschaft heute, 32 Jahre später, zunehmend weniger eigene Erfahrungen mit der Diktatur. Daraus ergeben sich ganz andere Fragen, warum wir uns an die Opfer oder an die Mechanismen in einem unfreien System erinnern und welche Funktion dies für die heutige demokratische Gesellschaft hat.

Frage aus dem Publikum: Nachdem ich die Erziehungsdiktatur als Sport- und Biologielehrerin am eigenen Leib erlebt habe, war es mir wichtig, 1989 zu sagen: Den Opfern muss Aufmerksamkeit geschenkt werden, sie müssen rehabilitiert werden. Bei manchen hätte ein Zweizeiler gereicht: „... ist aus politischen Gründen zu Unrecht im Strafvollzug gewesen.“ Das war der Grund, eine Schule zu gründen, um von diesen Strukturen wegzukommen, gegen erklärte Widerstände in eine Personalkommission zu gehen und schwer politisch belastete Lehrer_innen daraufhin zu überprüfen, ob sie im eigenen Interesse, aber vor allem im Interesse der Kinder, der Eltern und der Gesellschaft weiter im Schuldienst arbeiten können. Ich habe dort 200 schwer politisch belastete Lehrer_innen überprüft. Dies wurde be- und verhindert.

Aus diesem Grund kann ich die Behauptung einer guten Aufarbeitung, die mit Ecken und Kanten hier im Freistaat Sachsen mehr oder weniger gelungen sei, nicht nur nicht unterstützen, sondern sie ist – ich sage es ganz klar – mit krimineller Energie verhindert worden. Kultusministerium und die Stadt Leipzig sind dort ausschließlich und unmittelbar beteiligt gewesen. Das klingt nicht so sehr schön, Frau Titze, Sie ziehen Ihre Stirn in Falten, aber ich lade Sie herzlich ein, schauen Sie sich an, was hier in Leipzig nicht passiert ist. Ich sage Ihnen, im Schulbereich der Stadt Leipzig sind 100 hauptamtliche Stasileute eingestellt worden. Vielen ist vielleicht nicht bekannt, dass es eine Anweisung gab, in den neu entstehenden Arbeitsämtern Leute einzustellen, die bei DDR-Polizei, DDR-Zoll und DDR-Grenzschutz gearbeitet hatten. Ich weiß, was passierte, wenn man dort als ehemaliger Insasse des Geschlossenen Jugendwerkhofes Torgau hinging, ohne Berufsausbildung, ohne Lebenschance, und sein Schicksal erzählte. Dann wurde einem mit einem tiefen Blick in die Augen gesagt: ‚Ach, das bildest du dir nur ein.‘

Auch zum Umgang mit der Medizin! Es gab einen Abschlussbericht zum Jugendwerkhof Torgau, dort steht ein Dr. Frank Teichert, der detailliert wusste, was in Torgau passierte. Dieser Mann war später der Chef des Medizinischen Dienstes Sachsen in Leipzig. Ich habe ihn persönlich kennengelernt, zu diesem Mann mussten ehemalige Insassen gehen, um als Opfer anerkannt zu werden. Doch sie bekamen nicht etwa eine Rehabilitation! Und so zieht sich das durch, ich könnte viele andere Beispiele nennen. Die Beratung von Unrechtsbetroffenen wurde in gleicher Weise durch die Staatsregierung verhindert.

Insofern: Aufarbeitung in Leipzig, dieser Stadt der Friedlichen Revolution, das ist die Geschichte, die durch die Welt getragen wird. Aber ich kann sie

aus meinem Erfahrungsbereich nicht nur nicht stützen, sondern sage, es muss wirklich neu an diese Geschichte rangegangen werden. Es erklärt auch, warum in Leipzig diese Demonstrationen sind. Am Montag war ich in der Stadt. Ich saß zwischen Gewandhaus und Oper, da waren zwei ganz junge Leute, mit denen ich mich unterhalten habe. Die hörten zu, und der junge Mann sagte: „Ist ja interessant, was du erzählst. Wahnsinn! Meine Oma hat bei der Stasi gearbeitet. Die hat unter ihrem Kopfkissen eine Pistole liegen.“ Ich sagte: „Hast du sie mal gefragt, was sie zu DDR-Zeiten gemacht hat?“ „Nee, die schweigt.“ Und es schweigen so viele. Ob das Stasileute sind, IMs, Hauptamtliche, Lehrer_innen, wer auch immer. Es wird beschwiegen wie nach der ersten Diktatur.

Evelyn Zupke: Ich möchte darauf gleich mal reagieren. Es ist nach jeder Diktatur ein Problem, dass das Personal noch vorhanden ist und dass viele der Menschen, die Systemträger und auch für Unrecht, für die Diktatur, für Repression verantwortlich waren, weiter gut existieren können, auch in Führungspositionen. Das finde ich sehr tragisch. Ich habe es bisher nicht in dem umfassenden Maße erlebt, wie Sie das schildern. Aber den Aspekt gibt es, da stimme ich Ihnen total zu. Zur Rehabilitation vom Jugendwerkhof Torgau, das wissen Sie bestimmt: Inzwischen wird man allein mit dem Nachweis eines Aufenthalts im Jugendwerkhof Torgau automatisch rehabilitiert. An der Stelle hat sich viel getan.

Frage aus dem Publikum: Ich komme von der VOS (Vereinigung der Opfer der Stalinismus e. V.) Sachsen, dort bin ich Landesvorsitzender. Wir sind noch ungefähr 250 Mitglieder, die alle in Bautzen, Leipzig oder Dresden inhaftiert waren. Wir haben eine Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die schon 30 Jahre gut arbeitet, jedoch fehlte uns etwas Vergleichbares bei der Bundesregierung. Darum sind wir jetzt froh, dass nun nach 30 Jahren endlich eine Bundesbeauftragte gewählt worden ist, die sich für unsere Belange einsetzt. Denn die Rehabilitierungsprobleme können wir gesetzlich im Land ja nicht regeln, das muss in Berlin geschehen. Daran sind wir immer gescheitert. Denn gibt ja keinen Nachweis der Häftlinge über ihre gesundheitlichen Schäden. Wie kann einer, der sieben Jahre in Bautzen gesessen hat, nachweisen, dass er eine gesundheitliche Rehabilitation braucht? Das geht gar nicht. Die Haftakten existieren teilweise nicht mehr, die sagen auch oft überhaupt nichts aus. Alle, die jahrelang gesessen haben, müssten automatisch rehabilitiert werden. Die können nachts nicht schlafen und haben gesundheitliche Probleme. Ich bin froh, dass Sie jetzt auf unserer Seite stehen und unsere



Frage aus dem Publikum

Belange bearbeiten. Dankeschön, Frau Zupke!

Evelyn Zupke: Ganz vielen Dank! Bei allen guten Bemühungen vieler Engagierter ist es in den 30 Jahren nicht gelungen, die Anerkennungsquote bei den verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden zu verbessern. Das hat vielfältige Gründe, die wir hier nicht alle nennen können. Wir wissen einfach, es läuft nicht. Ich höre so viele tragische und schlimme Geschichten. Und ich weiß, dass die Verfahren teilweise zwölf Jahre dauern. Neulich hat mir ein Betroffener geschrieben, dass es bei ihm 16 Jahre dauerte. Es ist für mich total erschütternd und unerträglich. Deshalb sage ich immer und überall, das können wir nicht weiter hinnehmen.

Um das zu beenden, ist die Vorstellung und der Vorschlag an die Politik jetzt, dass wir ein System finden, das so funktioniert wie das 2012 vom Deutschen Bundestag für die Bundeswehr beschlossene System. Die Soldat_innen, die im Auslandseinsatz waren und ein traumatisches Erlebnis hatten, eine Bergung, eine Kamphandlung, es gibt dafür einen ganzen Katalog, erhalten als Folge dieser Erlebnisse Diagnosen wie beispielsweise die einer Posttraumatischen Belastungsstörung, anderer psychischer Folgen oder auch körperlicher Er-

krankungen. Analog dazu brauchen wir eine Verordnung oder einen Mechanismus, der dafür sorgt, dass jeder, der in politischer Haft, im Jugendwerkhof, von starker Zersetzung oder anderen Qualen betroffen war, eine Rehabilitation erhält. Denn dann können wir, ohne dass Betroffene es ganz konkret nachweisen müssen, davon ausgehen, dass das eine vom anderen kommt.

Und zwar soll das, so meine Forderung, bei einem Grad der Schädigung von 30 anfangen, denn ab diesem Wert gibt es Leistungen. Man wird es wahrscheinlich nicht schaffen, es auch bei einem Grad der Schädigung von 50, 60 oder mehr ohne Gutachten hinzubekommen. Es ist auch enorm wichtig, dass es schnell geht. Sonst kommt es für viele Menschen zu spät. Darüber hinaus muss man schauen, dass es bei höheren Graden der Schädigung, wenn Gutachten gebraucht werden, dafür geschulte Ärzte eingesetzt werden. Die Problematik ist mir total klar, was geschieht, wenn sich jemand nicht auskennt. Und es ist mir eine Herzensangelegenheit, an der Stelle Verbesserungen zu erreichen.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte noch mal auf die Frage zurückkommen, was Aufarbeitung jetzt nach 30 Jahren bedeutet. Seit 30 Jahren reden wir über die Stasi und die Gefängnisse. Aber wer war der Chef der Stasi? Theoretisch wissen wir, dass es die SED war, aber was steckte dahinter? Wenn Sie mit Polen reden, dann wird diese Zeit Kommunismus genannt. Aber über Kommunismus wird hier gar nicht mehr geredet. Der war doch die Ideologie, das Große, die Vollendung der Geschichte, das hat man uns doch versucht beizubringen. Und einige Leute unter den zwei Millionen SED-Mitgliedern haben halbwegs dran geglaubt. Aber dass das eine grundsätzlich auf der ganzen Welt nicht funktionierende Ideologie ist, wird überhaupt nicht behandelt. In der Wissenschaft weiß man das, aber in der Öffentlichkeit tun das die Wenigsten. Wissen Sie, wie viele Millionen in Ostdeutschland, in Russland, China oder Kambodscha unter dem Siegel Kommunismus umgebracht wurden? Das ist ein Punkt, der mir in der ganzen Aufarbeitung absolut fehlt. Da sind die Polizisten, die das durchgeführt haben, die SED, die eine eigentlich kommunistische Partei war, denn die SPD wurde ja 1946 verboten – was die angerichtet haben, muss mehr in die Öffentlichkeit kommen.

Evelyn Zupke: Ja, ich gebe Ihnen recht. Dieser Gründungsmythos der DDR! Leider glauben immer noch viele Leute: ‚Die Idee war ja gut, aber es waren die falschen Leute, die sie versucht haben umzusetzen.‘ Solche Aussagen finde ich auch schlimm. Das kann ein Aspekt sein, auch auf so einem Podium oder einer Konferenz. Man muss schauen, wie man es in Zukunft vielleicht mehr

berücksichtigt. Ich glaube, hier im Raum ist das wahrscheinlich keine Frage.

Dr. Markus Pieper: Inhaltlich stimme ich Ihnen zu. Das ist ja das Fatale: Die Staatssicherheit mit ihren Spionen, inoffiziellen Mitarbeitern usw. bewegt durch den massenhaft begangenen Verrat die Menschen auch emotional, weshalb sie in der öffentlichen Debatte allzu oft im Mittelpunkt stand. Der Auftraggeber – die SED – rückte dagegen immer wieder in den Hintergrund. Wenn Sie mit Ihrer Frage die öffentliche Meinung oder das öffentliche Bewusstsein ansprechen, gebe ich Ihnen vollkommen recht. In der Aufarbeitungslandschaft, zumindest im Gedenkstättenbereich, ist das aber glaube ich nicht so. Wenn ich mir unsere Gedenkstätten, die vielen Projekte sowie die Arbeit der zahllosen Institutionen und Vereine anschau, die wir sachsenweit fördern, kann man nicht sagen, dass die Staatssicherheit im Fokus steht. Thematisch werden tatsächlich alle möglichen Aspekte der SED-Diktatur berücksichtigt und aufgearbeitet. Aber ich gebe Ihnen recht, dass insgesamt in der öffentlichen Debatte der vergangenen 30 Jahre eine Schiefelage entstanden ist.

Frage aus dem Publikum: Ich war auch politischer Häftling in der DDR, weil ich versucht habe, über Ungarn in den Westen zu kommen. Erstens zu den Leipziger Dingen, frühere Stasileute in Verwaltungen: Als ich meine Stasiakte eingesehen hatte, habe ich zu meinen Kolleg_innen im Büro gesagt: „Ich möchte wissen, wer von euch IM war.“ Daraufhin wurde ich mit einer anderen Begründung entlassen. Auf dem Arbeitsamt saß ich dann meiner alten Kaderleiterin, also Personalleiterin, gegenüber. Das war die Leiterin, die die Akten bereinigt hatte.

Und nun zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Frau Zupke, kümmern Sie sich bitte um die Opfer! Ich habe 1993 versucht, Anerkennung für meine gesundheitlichen Schäden zu erlangen. Ich habe erlebt, dass ich von Psychologen wegen meines Anliegens ausgelacht wurde. Der Erste, der eine Posttraumatische Belastungsstörung bei mir diagnostizierte, war Dr. Dr. Andreas Maercker in Dresden, der nach seiner Promotion und einem Fluchtversuch 1988 selbst politischer Häftling in der DDR war, freigekauft wurde und heute in der Schweiz als anerkannter Fachmann für Posttraumatische Belastungsstörungen lebt. Aber sein Gutachten ist nicht anerkannt worden. Ich musste zu vielen weiteren Begutachtungen. Dabei habe ich ziemlich viel Schlimmes und Ablehnungen erfahren. 2004 habe ich es dann geschafft, die Anerkennung zu erlangen, nach elf Jahren. Ich bitte Sie, dass diese Dinge endlich einmal ins Gespräch kommen.

Evelyn Zupke: Genau solche Fälle wie Ihren habe ich vorhin gemeint. Sie ha-

ben elf Jahre gebraucht, um die Anerkennung der Gesundheitsschäden zu erlangen. Das ist leider schon fast eine Durchschnittszahl. Ich kann das selber oft kaum fassen. Genau deswegen kämpfe ich sehr darum, dass so etwas schnellstmöglich aufhört. Und wenn Gutachter_innen benötigt werden, dürfen Verfahren und Gutachter_innen die Menschen nicht nochmals traumatisieren. Da kenne ich auch viele schlimme Fälle oder Bemerkungen wie: ‚Wenn in der Akte nicht steht, dass sie traumatisiert wurden, dann wird es wohl auch nicht so sein.‘ Es gibt derart absurde Aussagen von Gutachter_innen oder Gerichten, die ich nicht für möglich gehalten hätte. Ich habe überhaupt in meinem ersten Jahr in diesem Amt von vielen Dingen erfahren, die ich mir vorher nicht hätte vorstellen können. Deswegen auch noch mal vielen Dank für Ihr Beispiel!

Frage aus dem Publikum: Ich bin Zeitzeugin und wir haben 1982 einen Ausreiseantrag gestellt. Unser Sohn ging in Jena auf eine Spezialschule für mathematische und naturwissenschaftliche Fächer. Er hat sich im März 1983 aufgrund der Schikanen und der Zersetzung in der Klasse das Leben genommen. Wir haben dann in Jena den Weißen Kreis gegründet, um schnell aus der DDR rauszukommen. Ich schreibe jetzt ein Buch über diese Ausreisebewegung und diese ganze Geschichte, auch über das Schulsystem in Jena. Ich habe dafür 7000 Stasiseiten und 600 Fälle in Jenaer Schulen ausgewertet. In jeder Schule war die Staatssicherheit, war mindestens der Direktor oder die Direktorin und ein Lehrer oder eine Lehrerin IM. Und ich kann auch sagen, wie die Schüler behandelt wurden, deren Eltern einen Ausreiseantrag gestellt haben. Diese „Geschichten“ erzähle ich dann.

Es gibt in Königswinter ein Bildungsforum, das unter anderem historisch-politische Bildungswochen in Dresden, Leipzig und Weimar organisiert. Ich erlebe, dass Menschen aus Nordrhein-Westfalen, Hessen und anderen alten Bundesländern kommen, aber hier aus dem Osten nutzt das Angebot niemand. Es wird bundesweit beworben, aber es interessiert sich niemand aus dem Osten dafür. Ich bin auch immer wieder als Referentin eingeladen, dieses Jahr zum dritten Mal, aber von hier kam niemand. Der Organisator hat auch einmal die Bundeswehr angeschrieben, aber auch die haben eine Absage erteilt. Also ist es anscheinend nicht notwendig, über die DDR Bescheid zu wissen.

Frage aus dem Publikum: Wenn wir wissen, dass alle Haupt- und Staatsaktionen in der DDR und auch die Befehle an die Staatssicherheit auf allen Ebenen von der SED ausgingen, dann wäre es doch, so mein Vorschlag an

Frau Titze und Herrn Dr. Pieper, eine Daueraufgabe für alle staatlichen Dokumentationsstellen und Archive, nachträglich – wenn wir schon nicht auf das Parteiarchiv zugreifen können – eine Dokumentation der SED-Mitglieder und der personellen Besetzung der Funktionsebenen zu erstellen. Das dürfte ja mithilfe der vorhandenen Akten ein Leichtes sein.

Johannes Nichelmann: Frau Titze, wäre das sinnvoll?

Alexandra Titze: Ich glaube, der Ansatz ist verkürzt. Bei uns in den Akten spiegelt sich ja nicht wider, dass jedes SED-Mitglied beim MfS war. Wir haben – so ist das Stasiunterlagengesetz gestrickt – einen Zugang bezogen auf die früheren Täter und die Opfer. Dann gibt es unter Forschungs- und Aufarbeitungsgesichtspunkten weitere Zugangsmöglichkeiten. Ein wichtiges zu erforschendes Thema ist dabei die Rolle der SED und das Zusammenwirken von Partei und MfS. Ich kann Ihnen sagen, dass wir aktuell mit der Parlamentarismuskommission im Gespräch sind. Wir wollen gemeinsam für die Volkskammerabgeordneten – auch wenn die Volkskammer kein Parlament im heutigen Verständnis war – diese Stasiverstrickungen, aber auch NS-Verstrickungen betrachten.

Frage aus dem Publikum: Ich komme aus Berlin und habe mal drei Tage bei einer Tagung in der Gedenkstätte Hohenschönhausen verbracht. Von dort weiß ich, dass ganz viele Klassen aus ganz Europa und Menschen aus aller Welt kommen, aber nicht aus der ehemaligen DDR. Die konnte man zählen. Mich würde natürlich auch interessieren, wie es hier in Bautzen ist: Kommen genug Menschen aus der Umgebung, woher kommen die Besucher? Aus Hohenschönhausen weiß ich auch, dass es in Potsdam ein Institut gab, das Psychologen nur zu dem Zweck ausbildete, Menschen in diesen Haftanstalten zu brechen und mit ihnen so umzugehen, dass sie gerade noch überleben. Die sind weiterhin alle beschäftigt worden, da wurde keiner zur Rechenschaft gezogen. So ist es auch beim Direktor der Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen¹² gewesen.

Evelyn Zupke: Ich würde mal nur zum Aspekt der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam etwas sagen. Dr. Dr. Horst Böttger zum Beispiel, ein Psychiater im Stasigefängnis Hohenschönhausen, hat einen ärztlichen Dokortitel und einen „Stasititel“ als Dr. jur., für dessen Erlangung er 1985 eine Kollektivdissertation über die Optimierung der Zersetzung¹³ schrieb. Ich war zum Glück kein Haftopfer, aber ich hatte mit ihm auf beruflicher Ebene in

12) https://de.wikipedia.org/wiki/Siegfried_Rataiczick

Berlin Auseinandersetzungen. Er stand vor Gericht, weil er Häftlingen Psychopharmaka gespritzt hatte. Zur Verhandlung kam er leider, das fand ich ganz schlimm, mit seinem Stasipulk, mit einem Stasiverteidiger. Auf der anderen Seite saß ein betroffenes Ehepaar, das in Hohenschönhausen eingewiesen hatte. Die wurden befragt und aus meiner Sicht vor Gericht sehr demütigend behandelt. Dr. Dr. Böttger wurde freigesprochen. Das war ein Drama, dass er den Prozess gewonnen hat. Und nur zu Ihrer Information, ich habe das Land Potsdam – wie auch Roland Jahn schon viele Jahre lang oft zuvor – angeschrieben, dass das dortige Ministerium die an der MfS-Hochschule Potsdam vergebenen Dokortitel aberkennen soll.

Frage aus dem Publikum: Ich bin Vorsitzender der Interessengemeinschaft „Gestohlene Kinder der ehemaligen DDR“ und beschäftige mich seit vielen Jahren mit dem Thema Zwangsadoption in der DDR. Das Thema ist ja seit spätestens 1975 bekannt und bis heute kämpfen wir intensiv darum, dass dieses Thema als Unrecht anerkannt wird. Es gibt jetzt diese neue Studie, die wir mit kreiert haben. Wir hatten 2018 eine Petition im Deutschen Bundestag eingereicht. Im vergangenen Jahr gab es einen einstimmigen Beschluss mit dem zweithöchsten Votum in der Geschichte der Bundesrepublik. Und trotzdem, das geht an Sie, Herr Pieper, wenn wir Anfragen an verschiedene Gedenkstätten stellen, weil wir Ausstellungen zeigen, Vorträge halten oder Zeitzeugengespräche anbieten möchten, bekommen wir entweder gar keine Antwort oder eine Ablehnung.

Das Thema Zwangsadoption ist und bleibt aber Unrecht der DDR. Unsere Betroffenen, die wir betreuen, haben ein hohes Alter, teilweise über 70. Uns läuft die Zeit davon, sonst löst sich dieses Problem irgendwann biologisch, deswegen müssen wir jetzt Ergebnisse erzielen. Die Menschen haben nichts getan. Man hat ihnen das Liebste genommen, das jeder Elternteil überhaupt besitzt, und zwar die Kinder. Und wir brauchen Kooperationen mit Gedenkstätten.

Es gibt ganz tolle Gedenkstätten, unter anderem die Andreasstraße in Erfurt oder auch das Menschenrechtszentrum Cottbus. Diese haben uns die Gelegenheit zu Ausstellungen oder Vorträgen gegeben. Aber es kann nicht sein,

13) Vollständiger Titel der Dissertation von Peter Jaskulski (Oberstleutnant), Christian Rudolph (Oberstleutnant), Horst Böttger (Major), Wolfgang Grüneberg (Major) und Albert Mautsch (Major): Zu den Ursachen und Bedingungen für die Herausbildung feindlich-negativer Einstellungen sowie für das Umschlagen dieser Einstellungen in feindlich-negative Handlungen von DDR-Bürgern. Konsequenzen für die weitere Erhöhung der Effektivität der Vorbeugung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen durch das MfS, [online] [https://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Böttger_\(Mediziner\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Böttger_(Mediziner)) [08.11.2022].

dass einige Gedenkstätten gar nicht darauf reagieren. Denn es geht um Menschen, um Schicksale und um die Kinder, die über viele Jahre von ihren Eltern getrennt waren und teilweise bis heute nicht gefunden wurden. Ich hatte das Glück, nach 29 Jahren meinen Sohn wiederzufinden. Ich hatte ihn im Prinzip nie gesehen und konnte ihn nach so langer Zeit mithilfe der Medien finden. Es gibt aber immer noch ganz viele Menschen, die bis heute Fragen haben. Die Aufarbeitung beginnt, indem man das als Unrecht der DDR einfach mal anerkennt. Wir haben schon 25 Veranstaltungen gemacht, das war sehr intensiv, aber wir haben auch eine Anfrage an die Stiftung Gedenkstätten gestellt in Bezug auf Ausstellungen, Vorträge und Zeitzeug_innengespräche. Vor wenigen Jahren hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine große Veranstaltung mit uns in der Dreikönigskirche organisiert, und ich kann Ihnen sagen, unsere Liveübertragung im Internet hatte rund um die Uhr 70.000 Zuschauer. Auch die Dreikönigskirche war sehr gut besucht. Bei unserer Veranstaltung in der Andreasstraße mussten zusätzliche Stühle aufgestellt werden. Die nächste ist am 29. September vor dem Deutschen Bundestag.

Dr. Markus Pieper: Zwangsadoption gehört zu den Themen der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, die lange Zeit im Hintergrund standen und erst nach und nach aufgearbeitet werden. Die neue Studie haben Sie bereits erwähnt. Da ich noch relativ neu als Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten arbeite und nicht alle Anfragen aus der Vergangenheit überblicke, möchte ich Ihnen vorschlagen, dass wir uns direkt im Anschluss an diese Diskussion persönlich dazu austauschen und Sie mir ausführlich berichten, wo die Schwierigkeiten genau lagen.

Pia Heine aus dem Publikum: Danke an alle, die gerade Ihre persönlichen Schicksale geteilt haben. Ich finde das immer sehr bewegend. Ich möchte aber noch mal auf dieses Aufarbeitungsthema zurückkommen. Deutschland gilt ja als der Aufarbeitungsweltmeister. Das ist das Bild, das gerne verkauft wird, aber ich finde, dieses Narrativ trägt überhaupt nicht. Wir haben über sehr viel Positives gesprochen, was es durchaus auch in den vergangenen 32 Jahren im Bereich der DDR-Aufarbeitung gab. Was aber sehen Sie als negative Punkte, als Defizite und als Dinge, die man aus heutiger Perspektive hätte besser machen können? Inwiefern lässt sich in diesem Bereich vielleicht auch von anderen Staaten mit ähnlicher Vergangenheit lernen? Herr Pieper hat vorhin schon die Kooperationen angesprochen, besonders mit Polen und Tschechien. Was ist da noch möglich? Ich denke da an das Baltikum oder andere Staaten mit einer Diktaturvergangenheit. Und wie sieht es mit der Zukunft der Aufarbei-



Johannes Nichelmann

tung aus? Welche Ziele setzen Sie sich zum Beispiel jetzt, da die Behörde des Bundesbeauftragten für das Stasiunterlagenarchiv (BStU) ins Bundesarchiv übergegangen ist. Welche Ziele setzen Sie sich vielleicht für die nächsten 32 Jahre in dieser Arbeit der Aufarbeitung?

Johannes Nichelmann: Vielleicht fangen wir hinten an, mit der Zukunft der Aufarbeitung. Wie stellen Sie sich die vor, Frau Titze? Was kommt als Nächstes?

Alexandra Titze: Das ist das, was ich vorhin schon mal angedeutet hatte: die Kritik an der im Gesetz vorgesehenen Fokussierung des damaligen BStU auf die Staatssicherheit, wodurch wir die anderen Beteiligten nicht mit in den Blick genommen haben. Ich glaube nicht, dass die DDR nur deswegen 40 Jahre existiert hat, weil es die Staatssicherheit gab. Das war nicht der alleinige Grund, das würde das nicht erklären können. Insofern ist für uns, was die Zukunft betrifft, im Zuge der Veränderung hin zum Bundesarchiv der Moment gekommen, die Perspektive zu weiten und zu sagen, wir wollen die gesamte DDR in den Blick nehmen. Im Bundesarchiv haben wir durch die Stiftung

SAPMO diese ergänzenden, uns fehlenden Bestände der Parteien und Massenorganisationen. Die Haftakten sind da und auch die zentralen Überlieferungen der DDR, die Unterlagen der anderen DDR-Ministerien. Wir wollen in der Zukunft das Ganze übergreifender gestalten, auch in der Bildungsarbeit. Wir müssen da mit unserer Forschung weiter ran, denn sie legt den Grundstein dafür, was wir vermitteln können.

Johannes Nichelmann: Herr Pieper, was würden Sie sagen, wenn wir in die Zukunft blicken? Bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus fällt ja auf, dass die Zeitzeugen wegsterben und man sagt: ‚Oh Gott, was machen wird da!‘ Bei der DDR könnte man sich ja eventuell besser darauf vorbereiten. Haben Sie Zukunftskonzepte in der Schublade?

Dr. Markus Pieper: Es gibt verschiedene Ideen, wie wir mit dem „Verschwinden der Zeitzeugen“ umgehen. Einerseits betrifft dies natürlich technische Lösungen. Viele Gedenkstätten nehmen verstärkt Zeitzeugenerinnerungen unter diversen Themenschwerpunkten oder möglichst breit filmisch auf, um diese auch in der Zukunft für Ausstellungs-, Bildungs- und Forschungsvorhaben nutzen zu können. Einige tun dies mit modernster Technik, um künftige technische Entwicklungen zu antizipieren und auch in einigen Jahren ansprechende Formate anbieten zu können, beispielsweise in dreidimensionaler Form. Hier gibt es viele Möglichkeiten. Generell gilt jedoch, dass Gedenkstätten ein Konglomerat aus unterschiedlichen Aufgaben abdecken. Es geht in unserer Arbeit um die historisch-politische Bildungsarbeit und um die Bewahrung des authentischen Ortes. Aber wir haben auch die Aufgabe, den Opfern ein ehrendes Gedenken zu bewahren und einen Ort für die Betroffenen und die Opfer zu bieten. Wenn diese immer weniger werden oder eines Tages nicht mehr da sind, wird eine der Herausforderungen auch darin bestehen, die Perspektive der Betroffenen nicht zu vernachlässigen und sie immer wieder in unserer Arbeit zu berücksichtigen. Wir sprechen immer nur über die Bildungsarbeit, die ohne Zeitzeug_innen schwieriger werden wird. Aber auch für uns Fachleute, die Historiker in den Gedenkstätten, wird ein wichtiger Impuls fehlen, den wir jetzt auf natürliche Weise in der Zusammenarbeit mit den Opferverbänden bekommen, die uns immer wieder auf ihr Schicksal hinweisen und an das erinnern, worum es eigentlich in unserer Arbeit geht. Das wird jenseits der eigentlichen Bildungsangebote eine wichtige Herausforderung werden.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zur Frage von Frau Heine aus dem Publikum zur europäischen Zusammenarbeit. So wichtig diese ist, so wenig

darf gemeint sein, dass Deutschland eine Art Weltmeister der Aufarbeitung sei und die ganze Welt sich der Vergangenheit so stellen müsse, wie wir dies tun. Ein Beispiel: Ich habe viele Jahre lang zusammen mit verschiedenen Partnern bei der Stiftung Kreisau (Krzyżowa) in Polen die Ost-West-Europäischen Gedenkstättenentreffen organisiert. Diese sind so konzipiert, dass sich Aufarbeiter_innen beider Verfolgungsperioden aus ganz Europa, buchstäblich von Finnland bis Aserbaidschan, treffen, um in einen Gedankenaustausch zu treten. In den vergangenen Jahren hat sich etwas Grundlegendes geändert. Zunehmend konnten wir beobachten, dass die neuen Impulse, Ideen und Formate von jungen Kolleg_innen aus Rumänien, Estland oder Georgien eingebracht wurden (und nicht von uns „Alten“ aus Deutschland!), die multimedial und online arbeiten und in viele weitere Richtungen Ideen entwickeln und zum Teil Gedenkstätten konzipieren, die moderner und anders sind als das, was wir hierzulande haben. Vom Weltmeister Deutschland sollten wir also nicht sprechen.

In der Gedenkstättenstiftung planen wir an internationalen Aktivitäten eine Fokussierung auf die Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarn Polen und Tschechien, weil es für den gesamteuropäischen Austausch bereits Formate gibt und wir die regionale Zusammenarbeit in der europäischen Region Sachsen-Böhmen-Niederschlesien fördern wollen. Voneinander zu lernen und in einen Erfahrungsaustausch zu treten – das ist dabei genau die Idee. Meine Aussage zur Situation in Deutschland und den anderen europäischen Ländern bezog sich darauf, dass wir hierzulande nach 1989 sehr früh und mit vergleichsweise sehr viel Geld und Ressourcen mit der Aufarbeitung begonnen haben, was aber nicht bedeutet, dass wir inhaltlich besser aufgestellt sind oder die klügeren Konzepte haben als die Kolleg_innen in den anderen Ländern.

Alexandra Titze: Das sehe ich auch so. Wir verstehen uns ebenfalls nicht als diejenigen, die es am besten wissen und können. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, dass wir gesellschaftspolitisch andere Bedingungen als anderswo haben, die ein hohes Maß an Befassung möglich machten. Ich war gerade mit der Bundesstiftung Aufarbeitung eine Woche in Litauen unterwegs. Da ist ein völlig anderer Umgang mit der Geschichte wahrnehmbar. Der dortige Holocaust ist allenfalls ein Randthema, da steht die kommunistische Diktatur sehr im Vordergrund, immer mit dem Blick auf die ehemalige Sowjetunion und deren zentrale Rolle. Trotzdem nimmt man von so einer Reise etwas mit. Manchmal war ich enttäuscht, wenn wir in eine Gedenkstätte kamen, viel

mehr erwartet hatten, aber nur ganz wenig zu sehen und sehr minimalistisch aufbereitet war. Aber auch das sind Impulse, einfach mal zu sagen: Unser Ansatz muss nicht immer der richtige sein. Wenn es in dem Land funktioniert, dann ist es okay und dann kann man darüber nachdenken, was wir auch mal minimalistisch oder anders machen können. Aber kein Land sollte die Arroganz haben zu sagen: ‚Nur wir wissen, wie es geht.‘

Frage aus dem Publikum: Ein gutes wissenschaftliches Vorbild wäre die Wahrheitskommission von Südafrika. Die kenne ich ganz gut, die haben das gut gemacht. Ich war 1990 Bundestagsabgeordneter und habe 1991 für alle 168, die den Dokortitel an der MfS-Hochschule Potsdam bekommen hatten, den Antrag gestellt, ihnen den wegzunehmen. Ich habe einige Arbeiten gelesen, vor allem die von Alexander Schalck-Golodkowski, das ist einer der größten Misstexte, die ich in meinem Leben gelesen habe. Das Land Brandenburg war dafür verantwortlich und hat das nach einer parlamentarischen Anfrage abgelehnt. Es wäre rechtlich heute auch noch möglich, denen, die noch leben, die Titel wegzunehmen. Sie müssten vielleicht mal einen Antrag stellen, und zwar wegen Unwissenschaftlichkeit und weil es dummes Zeug ist, was die meisten geschrieben haben. Übrigens der Vorsitzende des Rigorosums war Erich Mielke, dem haben sie das Protokoll vorgeschrieben und er hat die Prüfungen abgenommen. So war Potsdam, schrecklich.

Evelyn Zupke: Nur ganz kurz dazu: Ich habe Brandenburg angeschrieben, damit die Titel aberkannt werden.

Alexandra Titze: Eine ganz kurze Ergänzung. Wir haben ein Projekt dazu, in dem wir jetzt schon rund 70 dieser sogenannten Doktorarbeiten digitalisiert haben. Wir wollen einfach mal das, was da geschrieben wurde, öffentlich machen. Damit sich das jeder durchlesen und erkennen kann, auf welchem Niveau das damals erfolgt ist.

Frage aus dem Publikum: Ich folge dieser Diskussion mit großer Bewegung. Gibt es in dieser ganzen Diskussion, in der Frage nach Rehabilitation, nach Reaktion auf das Unrechtssystem, auch parteipolitische Profile? Wie reagieren CDU, SPD, FDP und die Nachfolgepartei der SED? Wie reagieren die AfD-Leute? Gibt es da profilierte Aussagen und Stellungnahmen zu der Thematik, die uns hier in dieser Weise bewegt?

Evelyn Zupke: Darauf kann ich ganz klar antworten. Von der AfD habe ich noch nichts gehört. Die Linkspartei hat in ihrem 136-seitigen Wahlprogramm zur Bundestagswahl nicht ein Wort für die Opfer der SBZ- und DDR-Diktatur übrig gehabt. Aber natürlich gibt es manchmal auf kommuna-

ler oder Landesebene durchaus auch Politiker der Linken, die sehr engagiert sind. Und dann verweigere ich meine Mitarbeit auch nicht. Da kann ich nicht so auf meine persönlichen Befindlichkeiten Rücksicht nehmen, sondern handle im Sinne der Betroffenen. Was die jetzigen und die alten Koalitionsparteien betrifft, muss ich sagen, dass es in jeder Partei bestimmte Leute gibt, die sich sehr engagieren. Das kann man nicht nach Parteien festmachen, das ist einfach verschieden. Nun haben die Ansprechpartner gewechselt und es verschiebt sich natürlich wieder. Das ist nicht einfach zu beantworten, sondern immer speziell, und ich schaue da sehr themenspezifisch hin.

Frage aus dem Publikum: Erstens – was soll die weitere intensive Beschäftigung mit den Tätern? Ich glaube, es müssen die Opfer, von denen hier einige im Saal sitzen, im Zentrum stehen. Zweitens – in Leipzig gibt es das Museum in der „Runden Ecke“, da gibt es ein Bürgerkomitee. Ich bitte Sie von Herzen: Es gibt junge Leute, die sich intensiv mit dem Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigen und in diesen Verein hineingehen wollen. Die werden aber von diesen alten Männern, vor allem Tobias Hollitzer nicht reingelassen oder akzeptiert. Der Verein bekommt weiter Fördergelder von allen Seiten, wird gehütet und gepampert, aber es kommt niemand Neues an das Thema. Schauen Sie sich bitte an, ob dieses Museum noch zeitgerecht ist bei den Themen, die wir hier besprechen. Danke.

Johannes Nichelmann: Kommt auf die Liste. Vielen Dank Ihnen und danke fürs Zuhören!



Dr. Christoph Classen, Anais Roth, Peter Schneider, Katharina Warda, Pia Heine (v. l. n. r.)

PODIUMSDISKUSSION

Dr. Christoph Classen, Anais Roth, Peter Schneider, Katharina Warda

Moderation: Pia Heine

Mediale Erinnerungsbilder. Umbrucherzählungen in Literatur, Film und Fernsehen

Pia Heine: Wir sprechen heute über die Umbruchjahre, also die Zeit 1989/90 bis Mitte/Ende der 1990er Jahre. Ich habe mir die Frage gestellt: Wie wird das Ganze denn medial dargestellt? Wir haben vorhin schon über Filme mit DDR-Bezug gesprochen, „Das Leben der Anderen“ oder „Barbara“ sind da genannt worden, hier soll es stärker um die Zeit nach 1989 gehen. Wir wollen darüber sprechen, was das Spezifische an der Darstellung dieser Umbruchzeiten in den verschiedenen Genres ist, die hier vertreten sind, ob es so etwas wie

ein einheitliches Narrativ gibt, wessen Geschichten erzählt werden, wer vielleicht hinten runter fällt. Dabei freue ich mich auf unsere vier Gäste.

Da ist zum einen Dr. Christoph Classen vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam. Er wurde 1965 im westfälischen Hagen geboren, hat Geschichte, Germanistik und Psychologie in Hamburg studiert und mit Magister abgeschlossen. In diesen Umbruchjahren war er Assistent bei ARD-aktuell und studentische Hilfskraft am Hans-Bredow-Institut für Medienforschung in Hamburg, seit 1997 ist er am ZZF Potsdam. Da war er zuerst wissenschaftlicher Mitarbeiter, dann Projektbereichsleiter und jetzt ist er aktuell der Co-Projektleiter im Verbundprojekt „Mediales Erbe der DDR“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird.

Anais Roth ist beim MDR Redaktionsleiterin des Bereichs Geschichte und Dokumentationen. Sie wurde 1973 in Wiesbaden geboren, hat Jura in Konstanz und Heidelberg studiert, mit Staatsexamen abgeschlossen. 2002 absolvierte sie ein Redaktionsvolontariat beim MDR, es folgten Stationen im Bereich Magazine, News und Landespolitik. Seit 2017 ist sie in der Redaktion Geschichte und Dokumentation, die sie seit 2022 leitet. Außerdem ist sie erste Sprecherin des Geschichtlichen Arbeitskreises der ARD.

Peter Schneider ist Schauspieler und sicher einigen hier bekannt aus Film und Fernsehen. Er wurde 1975 in Leipzig geboren, war 1985 bis 1990 an der Spezialschule für Musik in Halle, hat 1994 Abitur gemacht, dann Zivildienst. 1995 nahm er ein Musikstudium auf und absolvierte von 1998 bis 2002 ein Schauspielstudium an der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn-Bartholdy“ in Leipzig, das er mit Diplom abschloss. Seitdem ist er Schauspieler, aber auch Musiker, Komponist und musikalischer Leiter verschiedener Theaterproduktionen in Deutschland. Er hat sehr viele Rollen gespielt, zum Beispiel die Hauptrolle in Philipp Kadelbachs Neufilmung von „Nackt unter Wölfen“¹⁴, er hatte eine Hauptrolle im Psychodrama „Die Summe meiner einzelnen Teile“¹⁵ und war damit 2012 für den Filmpreis Lola in der Kategorie „Beste darstellerische Leistung männliche Hauptrolle“ nominiert. Er hat in der Serie „Dark“ mitgespielt, da war er der mittlere Helge, hatte weitere Rollen in „Bornholmer Straße“¹⁶, „Gundermann“¹⁷, aber auch in der Serie „ZERV“ als Andi.

14) Kadelbach, Philipp: Nackt unter Wölfen. Deutschland 2015.

15) Weingartner, Hans: Die Summe meiner einzelnen Teile. Deutschland 2011.

16) Schwochow, Christian: Bornholmer Straße. Deutschland 2014.

17) Dresen, Andreas: Gundermann. Deutschland 2018.

Schließlich Katharina Warda, sie ist Soziologin und Literaturwissenschaftlerin. Sie wurde 1985 in Wernigerode in Sachsen-Anhalt geboren, ist dort aufgewachsen, hat später Soziologie, Germanistik und Interkulturelle Wirtschaftskommunikation in Jena studiert und 2014 abgeschlossen. Zwischendrin haben Sie 2008/09 in Falun in Schweden African Studies studiert, Sie waren an der Eliteuniversität Princeton in den USA zu einem Auslandsaufenthalt und haben da auch mit Ihrer Promotion angefangen: an der FU Berlin zum Thema „Tagebücher 2.0. Das Weblog als Literatur intermedialen Erzählens“, die ruht allerdings im Moment. Frau Warda lebt und arbeitet als freie Autorin in Berlin, ihre Schwerpunkte sind Ostdeutschland, marginalisierte Identitäten, Rassismus, Klassismus und Punk. Seit 2021 ist sie Beiratsmitglied von „Ein Schlusstrich“, das ist ein bundesweites Theaterprojekt zum NSU-Komplex, und ist unter anderem bekannt geworden mit ihrem Projekt „Dunkeldeutschland“, das von den „sozialen Rändern der Nachwendzeit“ erzählt und „blinde Flecken deutscher Geschichtsschreibung“ beleuchtet.

Ein herzliches Willkommen an alle vier.

Herr Dr. Classen, wenn ich Interesse am Thema Umbruchzeiten habe und mir dazu einen Film anschauen möchte – welchen würden Sie mir empfehlen?

Dr. Christoph Classen: Das ist gar nicht so leicht zu beantworten, weil die Umbruchjahre lange Zeit in den Spiel-, aber auch in den Dokumentarfilmen gar kein großes Thema waren. Die DDR schon, vielleicht noch die Wende 1989/90, aber die sogenannte Transformationszeit ab 1990 war sehr viel weniger Gegenstand der Filme. Wenn man vielleicht ein bisschen absieht von der unmittelbaren zeitgenössischen Ebene, also den Filmen der frühen 1990er, da gab es schon einiges, begleitend sozusagen.

Wenn ich einen Film nennen darf, den ich sehr gelungen fand, dann ist es einer, der gar nicht nur die Transformationszeit behandelt, sondern zwei Zeitebenen nebeneinanderlaufen lässt: Das ist „Gundermann“ von Andreas Dresen. Ich fand ihn so gut, weil er zeigte, wie schwierig es biografisch war, diesen Bruch, diesen Transformationsschock zu bewältigen. Die Widersprüche, die sich in der Biografie ergeben, weil plötzlich alles anders ist, die Werte sich verändert haben und das, was in den 1970ern vielleicht konsequent und richtig erschien, nun in den 1990ern ein Problem war, für das man sich rechtfertigen musste – das hat Dresen in dieser gebrochenen Figur von Gerhard Gundermann sehr schön rübergebracht. Das ist aber nur ein Film, der mir spontan einfällt, sicher auch einer der bekannteren. Man könnte noch andere nennen.

Pia Heine: Vielen Dank! Sie sagten, die Umbruchjahre spielten lange kaum

eine Rolle in diesen filmischen Darstellungen. Wann hat es denn angefangen?

Dr. Christoph Classen: Begonnen hat es 1989. Im DEFA-Dokumentarfilmstudio gab es damals gerade auch jüngere Regisseurinnen und Regisseure, die sofort zur Kamera griffen und versuchten, diesen Prozess zu dokumentieren. Leute wie Gerd Kroske etwa, der zu der Zeit noch Student an der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Babelsberg war, die dann häufig ziemlich kritische Porträts drehten. Viele dieser Filme – das betrifft auch die Langzeitdokumentationen, die Sie vielleicht kennen, „Die Kinder von Golzow“ oder Volker Köpfs Doku „Wittstock“ über Frauen in einem Textilgroßbetrieb – beobachten Leute, die entweder eher am Rande der Gesellschaft stehen oder wo sich schon 1990/91 abzeichnet, dass sie nicht zu den Gewinnern gehören werden, sondern eher zu den Verlierern dieses Umbruchs. Auch das hat es gegeben, schon sehr früh. Es gibt dann noch eine Phase Anfang der 1990er, die ich auch ganz interessant finde, sowohl im Fernsehen als auch in Spielfilmen wie „Go Trabi go“¹⁸ mit einem ungeheuer optimistischen Blick auf die Wiedervereinigung: der Osten als Gewinner; wo ein Aufbruch in die Welt stattfindet und man sich jetzt gerade mit dem Hintergrund der DDR-Erfahrung die Welt erschließt, es sogar besser macht als der Westen, nicht die Fehler eines besinnungslosen Kapitalismus und Materialismus wiederholt, die der Westen gemacht hat. Aber das ist natürlich eine Periode, die nur bis Anfang/Mitte der 1990er Jahre funktionierte. Danach waren die Transformationskosten so deutlich erkennbar, dass dieser Optimismus an ein Ende kam.

Pia Heine: Man hat also auch relativ schnell begonnen, das Thema dokumentarisch zu begleiten. Frau Roth, Sie sind dafür Spezialistin, gerade im historischen Bereich. Welcher Themen hat man sich denn da zuerst angenommen?

Anais Roth: Ich bin persönlich nicht von Beginn an in dieser Redaktion, dennoch habe ich natürlich einen Überblick über die Produktionen des MDR im Bereich Geschichte. Wir befinden uns da definitiv immer in einem Spannungsfeld zwischen Wünschen, Anregungen, Themen, die in der Luft liegen, und Schwerpunkten, die wir setzen. Wir haben gemerkt, dass das Bedürfnis nach Aufarbeitung und Narrativen aus den 30 Jahren DDR-Erfahrung sehr lange enorm hoch war. Daher haben wir von Beginn an sowohl Filme zum DDR-Alltag als auch solche zu Diktaturerfahrungen produziert. Wir haben das über viele Jahre gemacht, in der Breite lange auch als erster Sender.

Pia Heine: Über welche Themen reden wir genau?

18) Timm, Peter: Go Trabi Go. Deutschland 1991.

Anais Roth: Das waren sowohl Alltagsthemen aus der DDR als auch politische Themen. Wir haben immer versucht, unterschiedliche Bedürfnisse im Hinblick auf Geschichtserzählung zu decken. Für die Reihe „Damals in der DDR“ haben wir 2005 den Grimme-Preis erhalten, Geschichten aus dem DDR Alltag, sehr persönlich erzählt. Auch die Reihe „DDR ahoi“ über die Seefahrt der DDR zählt zu den Formaten, die das Bedürfnis nach DDR-Erzählungen jenseits von Stasi und Unterdrückung gedeckt haben und war ein echter Publikumshit. Unser Anspruch war es immer, biografische Geschichten zu erzählen, also von den Menschen, nicht über sie. Dies gilt für alle Bereiche unserer Dokumentationen: Da finden sich Produktionen zur SED, zur Stasi, zur NVA und – gerade wieder sehr aktuell – ein Dokumentarfilm über die „Trasse“ und die Beziehungen von Ost- und Westdeutschland zu Russland in den 1970er Jahren. Vor etwa acht Jahren begann dann ein leichter Ermüdungseffekt einzusetzen, sowohl bei uns als auch bei unserem Publikum. Wir merkten, dass wir zeitlich einen Schritt weiter gehen können und müssen. Ich weiß nicht, ob Ihnen „Bischofferode: Das Treuhand-Trauma“ ein Begriff ist; das war 2018 eine große MDR-Produktion, die den Blick auf die Nachwendjahre sowie die Auswirkungen der Treuhand gelenkt hat und sehr stark in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Das war eine gewisse Zäsur, wir haben gemerkt, dass die direkte Wendezeit noch sehr viel Potenzial birgt, erzählt zu werden. Interessanterweise bemerken wir jetzt, dass das Interesse an klassischen DDR-Themen bei jungen Leuten und auch bei Schulklassen sehr groß ist. Es entsteht ein nachwachsendes Bedürfnis, sich wieder diesen Themen zu widmen.

Pia Heine: Bedeutet das, diese alten Produktionen werden jetzt wieder aufgelegt oder in die Mediathek gestellt? Und wie sind da die Abrufzahlen?

Anais Roth: Wir hören das sehr oft, dass wir doch alle Produktionen, die wir haben, in die Mediathek stellen sollten. Das würden wir gerne, aber dem entgegen stehen oft teure und zeitlich gebundene Rechte an den Archivmaterialien. Gerade im Bereich Geschichtsproduktionen haben wir zahlreiche und unterschiedliche Rechtegeber, also nationale und internationale Archive, deshalb ist es leider nicht so einfach. In der Regel strahlen wir unsere Dokumentationen immer mal wieder aus und stellen Sie dann online, deshalb findet man nicht immer alles auf einmal, aber immer wieder etwas. Ansonsten wäre die Mediathek auch zu voll und die Zuschauer_innen komplett übersättigt. Wir suchen nach einem gewissen Rhythmus aus: nach Jahrestagen, Ereignissen und Themen, die in der Luft liegen und diskutiert werden.

Pia Heine: Sie richten sich also in der Programmgestaltung wie wir ja auch beim Bautzen-Forum nach Jubiläen und Themen, die aktuell gerade wieder diskutiert werden – gibt es noch andere Kriterien?

Anais Roth: Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Natürlich spielen Jahrestage und aktuelle politische Debatten eine große Rolle. Im Bereich Dokumentation kann man nicht aktuell und schnell reagieren wie im Bereich Nachrichten. Daher müssen wir stärker vorausplanen. Wir setzen und finden somit auch selber Themen. Dafür ist die Dokumentation aus dem vergangenen Jahr „Hoyerswerda 1991“ ein Beispiel – das war eine der ersten Dokumentation im Ersten, die sich dem Themenkomplex der Verfolgungen durch Rechtsradikale in den direkten Umbruchjahren bei uns im Sendegebiet gewidmet hat. Es war bis dahin kaum möglich und nicht umsetzbar, einen großen Film zu diesen Ereignissen zu produzieren, aber die Zeit war dafür nun einfach soweit. Die Serie der „Baseballschlägerjahre“ hat bereits die Thematik Rechtsradikalismus und Jugendkultur in den frühen 1990er Jahren zum Thema, aber so speziell exponiert auf die Ereignisse in Hoyerswerda vor 30 Jahren war das die erste Dokumentation. Wir haben damit auch eine Nominierung für den Grimme-Preis bekommen, und das ist ein gutes Beispiel für ein Thema, das aus unserer Redaktion heraus gesetzt wurde. Natürlich war der Jahrestag am Horizont schon zu sehen, aber es war eben kein Thema, das wir aufgegriffen haben, wir haben es in dem Fall selber gesetzt.

Pia Heine: Frau Warda, wie ist das in der Literatur gewesen, „Hoyerswerda 1991“ wurde angesprochen, aber gerade in den jüngeren Jahren sind auch vermehrt Bücher erschienen, die sich sehr stark diesem Thema widmen. Ich weiß nicht, welche Bücher unser Publikum so kennt: „Nullerjahre“¹⁹, „Oder Florida“²⁰, „Wir waren wie Brüder“²¹, gibt’s da weitere Publikationen, die sich diesen Umbruchjahren annähern? Erleben wir da jetzt einen neuen Trend oder gibt es das schon länger?

Katharina Warda: Literatur zu den Umbruchzeiten gibt es schon länger, das ist ähnlich wie mit den Dokumentationen und Filmen, die gibt es von Anfang an, mal hier, mal dort. Jana Hensels „Zonenkinder“²² ist auch schon paar Tage älter, Clemens Meyer hat früh veröffentlicht²³. Verändert hat sich in den vergangenen Jahren – vor allem bei den Publikationen, die Sie gerade angespro-

19) Bolz, Hendrik: Nullerjahre. Köln 2022.

20) Bangel, Christian: Oder Florida. München 2017.

21) Schulz, Daniel: Wir waren wie Brüder. München 2022.

22) Hensel, Jana: Zonenkinder. Reinbek bei Hamburg 2002.

23) Meyer, Clemens: Als wir träumten. Frankfurt am Main 2006.



Peter Schneider

chen haben –, dass man dezidiert über rechte Gewalt in dieser Zeit spricht. In dem Roman „Wir waren wie Brüder“ von Daniel Schulz geht es nicht ausschließlich um rechte Gewalt, sondern er beschreibt die Zeit der Wende, des Umbruchs, der Transformationsjahre in einem kleinen brandenburgischen Dorf aus der Sicht eines recht jungen Protagonisten. Dass da Rassismus und rechte Gewalt als Selbstverständlichkeit auftauchen, ist der Wandel. Es gibt Bücher wie „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“ von Manja Präkels²⁴, die sehr viel mehr in die Thematik reingehen und rechte Gewalt im eigenen Umfeld beschreiben, die man zum Teil selbst erfahren hat. Das ist der Unterschied, den wir seit einigen Jahren sehen.

Pia Heine: Also eine Verschiebung des Fokus, des thematischen Zugangs, vielleicht auch der Betroffenheit?

Katharina Warda: Ich glaube, die Betroffenheit war auch vorher schon da. Ich würde nicht sagen, dass es nur eine Verschiebung des Fokus ist, auch wenn das auf manche Bücher zutrifft. Ich glaube eher, dass eine gewisse Tabuisie-

24) Präkels, Manja: Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß. Berlin 2017.

rung dieses Themas weggefallen ist. Es war lange sehr schwierig, darüber zu sprechen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen mit dem Hashtag #Baseballschlägerjahre vertraut ist, der 2019 auf Twitter online gegangen ist. Damals hat der Journalist Christian Bangel einen im „Freitag“ erschienenen Text von Hendrik Bolz gepostet. In diesem Text ging es um das Aufwachen um das Jahr 2000 rum in Stralsund, um rechte Gewalt und rechte Hegemonien.

Christian Bangel hat daraufhin sinngemäß gefragt: ‚Zeitzeug_innen der Baseballschlägerjahre, was sind eure Erfahrungen?‘ Daraufhin meldeten sich auf Twitter Hunderte, Tausende – ich glaube, in den ersten 24 Stunden waren es über 800 – Personen, die eigene Geschichten zu dem Thema zu erzählen hatten. Darin ging es um Erfahrungen mit rechter Gewalt, rechten Hegemonien und einer Gesellschaft, die irgendwie da ist, aber nicht eingreift, sondern das zum Teil irgendwie moralisch unterstützt. Es ging um Ohnmachtserfahrungen, darin waren sich die Geschichten relativ ähnlich. In den darauffolgenden Tagen und Jahren kamen noch sehr viel mehr dazu, es waren Tausende.

Das hat eine extreme Diskursverschiebung erzeugt. Auf einmal war das Thema auf dem Tableau und in der Öffentlichkeit, sodass man nicht mehr wegschauen konnte. Vorher hieß es, wenn man im Westen darüber sprach: Ja, ja, der Osten. Denn da konnte man es ja schön hinschieben. Und wenn man im Osten darüber sprach, wurde man schnell als Nestbeschmutzer hingestellt: ‚Wie kann man denn jetzt auch noch schlecht über den Osten sprechen!‘ Auf einmal war das aber nicht mehr so möglich, man kam über diese Geschichten nicht mehr drum herum und musste sich dem Thema widmen. In dem Zuge hat sich viel verschoben und sind auch andere Sichtweisen – in Romanen zum Beispiel – erschienen.

Pia Heine: Herr Schneider, Sie haben in der ARD-Serie „ZERV“ mitgespielt, Frau Roth, Sie haben sie begleitet. Nach einer Beschreibung aus der Süddeutschen Zeitung soll die ARD-Miniserie „ZERV“ – Zeit der Abrechnung „in der Tradition der Serie ‚Weissensee‘ in fiktiven Geschichten deutsch-deutsche Historie transportieren. Sie tut das auf sehr unterhaltsame Weise. Ihren Reiz beziehen die sechs Folgen weniger aus den Verbrechen, die hier aufgerollt und teils noch immer begangen werden, als aus dem Zeitkolorit, der wuseligen Umbruch- und Aufbruchstimmung im Berlin des Jahres 1991, jener Zeit also kurz nach dem Mauerfall, als Deutschland zwar schon wiedervereinigt war, aber nur auf dem Papier.“ Und Sie, Herr Schneider, hatten dort die Rolle des Andi, in der Süddeutschen beschrieben als „herzensguter Schluffi in Ballonseide“. Schaut man sich Ihre Filmografie an, fällt auf, dass Sie in vielen Produk-

tionen mit historischen Bezügen mitspielen. Wie kommen Sie denn immer wieder zu solchen Rollen? Wird da speziell nach einem ostdeutschen Schauspieler gefragt, der dann auch einen Ostdeutschen spielen soll? Oder wie kann man sich das vorstellen?

Peter Schneider: Man bekommt Drehbücher zugeschickt, Anfragen für Produktionen, dann lese ich das, schaue, wer das machen will, was ist der Inhalt, wer wirkt noch mit. Dann überlege ich, kann ich die Figur, um die es geht, in irgendeiner Form beleben und als Schauspieler befruchten? Daraus entstehen dann Entscheidungen, ob ich etwas mache oder nicht. Scheinbar mache ich dann öfters Sachen, zu denen mir etwas einfällt, weil ich im Osten sozialisiert wurde, weil ich zu dieser letzten Generation Ost gehöre, die 1989 in der Pubertät war und diese Jahre 1989/90/91 wie ein halbes Jahrhundert erlebt hat, vom Gefühl her. Vielleicht hat es damit zu tun, dass mir zu diesen Angeboten eben mehr einfällt als zu irgendeinem Arzt. Ich komme ja nicht aus einer Bergdoktor-Familie. Man sucht auch nach Schnittstellen in sich, um Figuren bereichern und komplex gestalten zu können.

Ganz oft ist das Problem, gerade wenn man sich einige Filme ansieht, die diese Zeit beschreiben, über die wir hier reden, dass da nur in Opfer und Täter unterschieden wird, manchmal noch Zeitzeugen, aber mehr gibt es nicht. Dass man diese einseitige Sicht, diese Einteilung völlig aufhebt, finde ich bei „Gundermann“, in dem ich auch mitgespielt habe, sehr gelungen, was aber auch an der Biografie von Gundermann liegt. Wir haben bei den Premieren in Westdeutschland ganz oft erlebt, dass Menschen sagten, sie hätten das erste Mal begriffen, wie dieses Leben in der DDR war und wie schwierig es war, da mit irgendeiner Form von Humanismus, Loyalität, auch Idealismus durchzukommen. Der Film hat das tatsächlich geschafft.

Dass ich zum Bild dieser Jahre etwas beitragen kann, etwas zu erzählen habe, hat auch damit zu tun, dass ich diese Jahre als extrem erlebt habe. Ich bin – so ähnlich wie in „Go Trabi go“ – mit meiner Schwalbe, einem Mopedanhänger und meinem Kumpel hinten drauf bis nach Italien und nach Oslo gefahren. Dieses Raus-in-die-Welt, endlich sind die Grenzen offen, das habe ich als wahnsinnig positive und auch sehr hoffnungsvolle Zeit empfunden. Natürlich kam es dann irgendwann dazu, dass sich ganz viele Hoffnungen nicht erfüllten, aber für mich schon. Ich sehe mich selber eher als „Wendegewinner“, weil ich jung genug war, um etwas anfangen zu können, und noch nicht zu alt, um schon irgendwo festgefahren zu sein.

Pia Heine: Wie viel Einfluss haben Sie auf die Gestaltung Ihrer Figuren?

Peter Schneider: Es ist immer eine Zusammenarbeit. Die Plots müssen schon stimmen, aber bei „ZERV“ war es zum Beispiel so, dass ich mit dem wunderbaren Regisseur Dustin Loose vorher schon eine Serie gemacht hatte. Ich kannte auch Nadja Uhl, die Hauptdarstellerin, da war ein Riesenvertrauen in diesem ganzen Ensemble. Das hat alle darin bestärkt, dass wir es zusammen hinbekommen wird, wenn etwas vielleicht schwierig ist oder wo man anfangs noch gar nicht durchschaut, wie man das spielen will oder wie die Situation einer bestimmten Figur genau ist. In dieser Zusammenarbeit gestaltet man die Figuren immer mit. Vielleicht gibt es Schauspieler_innen, die sich als Dienstleister sehen und das so machen, wie sie vorgegeben bekommen, aber mein Berufsethos ist immer, dass ich das Ganze mitgestalte. Wenn die Rolle jemand anders übernehmen würde, dann wäre es auch eine andere Figur.

Pia Heine: Frau Roth, Sie haben die Begleitdokumentation dazu gemacht. Wie kam es dazu? Das Thema ist ja schon sehr speziell.

Anais Roth: Der Entstehungskontext ist tatsächlich spannend. An diesem Thema „ZERV“, was ja die Abkürzung für „Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität“ ist, waren wir schon vor sechs bis acht Jahren einmal dran. Es war eine komplexe Recherche und die Dokuserie lebt ja vor allem von den Erzählungen der damaligen Ermittler. Als wir das Thema erstmals auf dem Tisch hatten, war es noch nicht möglich, es so umzusetzen, wie wir es jetzt gemacht haben. Die Ermittler konnten damals noch nicht so frei sprechen, weil sie noch im Dienst waren, außerdem waren die zugrunde liegenden Akten noch nicht zugänglich. Im vergangenen Jahr kam dann meine Kollegin aus der Fiktion mit dem Stoff auf uns zu und fragte, ob wir nicht Lust hätten, mit einer Dokumentation einzusteigen. Und diesmal waren die Voraussetzungen so gegeben, dass wir es gemacht haben.

Üblicherweise gibt es eine fiktionale Serie und dazu eine sogenannte Begleitdoku, das sind 30 Minuten, in der die Schauspieler_innen der Serie zu Wort kommen, Beispiele dafür sind „Weissensee“ oder „Babylon Berlin“. Diesen Mechanismus wollten wir hier bewusst durchbrechen, weil es mehr zu erzählen gab, echte dokumentarische Fälle der Serie zugrunde liegen, der Stoff also deutlich mehr Potenzial hatte. Außerdem sahen wir hier eine sehr gute Gelegenheit, das serielle Erzählen, das über Netflix unsere Sehgewohnheiten stark beeinflusst hat, mit diesem Stoff umzusetzen. Die Zusammenarbeit mit der Abteilung Fiktion war dabei sehr gut, das hat bei diesem Thema sehr gut funktioniert.

Pia Heine: Welche Resonanz hat das erzeugt?

Anais Roth: Sehr gute! Wir hatten hervorragende Abrufzahlen und viele Zuschriften. Wir haben intern viel über die Ausrichtung der Fiktion versus die der dokumentarischen Serie diskutiert. Der Plot über den Westkommissar, der auf die Ostkommissarin trifft, ist in der Fiktion super aufgegangen, das konnte man dort wunderbar erzählen. Aber es entsprach nicht ganz der Realität. Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie sich Fiktion und Dokumentation ergänzen können. Beides hat seine Berechtigung und die Fiktion ist natürlich auch auf das Dokumentarische gestützt; ihr liegen tiefe Recherchen zugrunde, aber sie hat natürlich eine freiere Erzählweise. Es war de facto so, dass man 1991 versucht hat, belastete Mitarbeiter_innen nicht mit der internen Aufarbeitung von DDR-Unrecht zu betrauen. Deshalb ist das Personal in den entsprechenden Polizeidirektionen relativ schnell ausgetauscht worden, die Stellen wurden in erster Linie mit westlichen Beamten nachbesetzt. Also man wollte auch ostdeutsche Kollegen einsetzen, es herrschte ja unglaublicher Personalmangel bei der ZERV, aber es gab eben so gut wie keine zu der damaligen Zeit, die infrage kamen. Ich denke, wir haben ein sehr tolles Angebot machen können, indem wir diese ganzen unglaublichen Fälle, erzählt aus den Ermittlerperspektiven, noch einmal haben aufleben lassen und gleichberechtigt zur Fiktion in die Mediathek gestellt haben.

Die Fälle sind noch lange nicht zu Ende erzählt. Das ist auch das Gute – Stichwort, was erzählen wir neu, welche Themen gibt es. Da liegt noch ein Schatz, der ist unendlich groß. Es ist ja wirklich zum An-den-Kopf-Greifen, was damals möglich war und was da passiert ist. So etwas kann man sich manchmal gar nicht ausdenken.

Pia Heine: Wird es eine Fortsetzung geben? Und können Sie sagen, wer am ehesten auf solche Serien zugreift? Wer sind die Adressat_innen, sind das junge Leute, sind es ältere, die sich so etwas anschauen?

Anais Roth: Die erste Frage wird sehr häufig gestellt. Soweit ich weiß, ist in der Fiktion keine Fortsetzung geplant. Im Dokumentarischen könnte man das machen, denn das Thema birgt natürlich noch einiges, zumal es auf viel Archivrecherche beruht, die noch gar nicht fertig aufgearbeitet ist. Aber wenn, würden wir einen anderen Fokus wählen.

Und zweite Frage, wen erreichen wir damit? In der Mediathek ist eine genaue Evaluation der Zielgruppen leider nicht möglich, anders als bei Netflix oder ähnlichen Streamingportalen. Aber wir haben mit der Serie in der Mediathek knapp 900.000 Aufrufe mit hohen Wiedergaberaten erreicht, was für ein dokumentarisches Format sehr gut ist. Uns erreichen Zuschriften von vielen



Anais Roth

Menschen dazu, die glücklich waren, dass wir ein Thema aufgegriffen haben, dass DDR bzw. die Wende auch mal aus einer anderen, einer neuen Perspektive erzählt.

Die Generationen, die nicht mehr linear Fernsehen schauen, sondern eben auch gern den öffentlichen Rundfunk ohne Fernseher nutzen, die versuchen wir zu erreichen, und das gelingt mit diesen Mediathekserien ganz gut.

Pia Heine: Frau Warda, wie nehmen Sie die Darstellung der Umbruchjahre generell wahr? Haben Sie das Gefühl, es wird immer nur das Gleiche erzählt, fällt da jemand hinten runter, fehlen Geschichten? Wir haben hier auch ganz unterschiedliche Generationen sitzen. Herr Schneider hat uns schon einen kleinen Einblick gegeben, er war 1990 gerade in der Pubertät mit 15 Jahren, Sie waren damals fünf. Aber den Anfang der 1990er haben Sie trotzdem bewusst miterlebt. Finden Sie sich wieder in den Formaten und Erzählungen, die es so auf dem Markt gibt, im Fernsehen, in der Literatur, im Journalismus?

Katharina Warda: Das spielt natürlich sehr stark auf das Themenfeld an, in dem ich mich bewege. Zunächst, wie nehme ich die medialen Formate zur Umbruchzeit wahr? Es sind zwei Sachen, die mir immer wieder auffallen und

die mich zu meiner Arbeit gebracht haben. Das eine wurde hier auch schon angesprochen: Anfangs hielt sich sehr lange ein Narrativ über die Umbruchzeiten, das sehr positiv aufgeladen war, auch in der Gedenkkultur – lachende Gesichter, die aus Trabis winken, und so drollige Osis, die sich freuen und als Sieger der ganzen Sache fühlen können. Ich habe das oft Siegherrhetorik genannt, die da sehr über diese Erfahrung der Wiedervereinigung gestülpt wurde.

Die Bilder, die dahinterstecken, sind natürlich ikonografisch real, aber gleichzeitig war es ein sehr einseitiges Narrativ. Es hat sich sehr lange eine Dichotomie des Erzählens gehalten, die sich an Ost-West festmachte. Einerseits gab es ein sehr negatives Bild vom Osten und den Ostdeutschen: der Osten als Ort, an den man alles Übel verbannen kann. Auch dieses ‚Ihr wurdet befreit‘ als Siegherrhetorik. Der Westen hingegen war positiv besetzt. Auf der anderen Seite gab es dann innerhalb des Ostens so Absatzbewegungen, die sehr affirmativ waren: „Es war nicht alles schlecht“, „Die DDR war doch eigentlich gut“. Das funktionierte aber auch nur sehr einseitig. Es war entweder alles gut oder alles schlecht, wenig differenziert, das fand ich sehr schade.

Denn beide Narrative bilden in keinster Weise ab, was tatsächlich passiert ist. Wir müssen irgendwie rauskommen aus dieser „Kalter-Krieg-Erzählung“, in der nur die eine oder nur die andere Seite recht hat. Dazwischen ist unglaublich viel passiert, was man nicht pauschal gut oder schlecht nennen kann, sondern es gibt ganz viele Perspektiven, die ganz andere Geschichten erzählen können.

Zum anderen Punkt: Die Vielstimmigkeit hat für mich unglaublich lange gefehlt. Es wurde sehr einseitig aus bestimmten Perspektiven erzählt. Ich habe 2017, als ich aus Princeton zurückkam, angefangen zu spüren, dass ich diese Zeit nicht loswerde. Ich war sehr jung bei der Wiedervereinigung, das stimmt. Gleichzeitig kann ich mich lebhaft an die Zeit erinnern, weil ich wegen der Erfahrungen, die meine Familie damals machte, sehr schnell erwachsen werden musste. Meine Familie war das, was man als die typischen Wendevertler bezeichnen könnte – mit allem, was dazugehört von Arbeitslosigkeit über Alkoholismus und Depression bis zu Suizid. Ich war zum einen damit und zugleich mit einem enormen Anwachsen rechter Gewalt auf den Straßen konfrontiert.

An diese Jahre, in denen ich so schnell erwachsen werden musste, konnte ich mich sehr lebhaft erinnern und tat alles, um diese Zeit zurückzulassen. Ich habe also den Weg nach vorn eingeschlagen. Aber irgendwann merkte ich, da

komme ich nicht raus. Das Einzige, was da helfen kann, ist zurückzugehen an den Ort, in dem ich aufgewachsen bin, und mich dieser Geschichte zu stellen. Ich habe begonnen Interviews zu führen – angefangen bei den Mitgliedern meiner ehemaligen Punk-Clique. Mit der Zeit habe ich darüber hinaus sehr viele sehr unterschiedliche Stimmen eingefangen, um wirklich zu erfahren, was denn damals in den 1990ern in Wernigerode eigentlich passiert ist. So etwas kann man nur erfahren, wenn man die Vielstimmigkeit der Menschen einfängt und nicht diese eine große Erzählung hat: ‚So war es.‘ ‚Es war alles gut.‘ ‚Es war alles schlecht.‘

Es gibt viele Geschichten, die in der öffentlichen Repräsentation dieser Zeit hinten runtergefallen sind, sehr viele unschöne, aber auch kleine schöne Geschichten, Anekdoten. Auch Menschen, die unglaublich Schlimmes erlebt haben, können Schönes erzählen. Diese Vielstimmigkeit und Komplexität der Erzählung hat mir gefehlt. Deshalb habe ich mein Projekt begonnen.

Inzwischen hat sich die Lage stark verändert. 2017 waren wir noch auf einem ganz anderen Stand als jetzt. Auch der Diskurs „Baseballschlägerjahre“ – das Wort gab es noch gar nicht zu der Zeit, zumindest nicht in diesem Zusammenhang. Da hat sich viel verschoben. Dennoch fehlen bis heute viele Perspektiven. Wir haben hier und heute schon darüber gesprochen – es gibt einen ganzen Fundus, einen Schatz an Geschichten, die zu wenig Reputation erfahren, weit über das bisher Erzählte hinaus.

Geschichten, auf die ich mich konzentriere, sind nichtweiße ostdeutsche Geschichten. Bis heute wird der Osten als homogen weißer Raum wahrgenommen. Wenn man über Ostdeutsche spricht, hat man automatisch weiße Menschen vor Augen, die keine Migrationsgeschichte haben. Wenn man von Menschen mit Migrationsgeschichte spricht oder von Menschen, die als Migrant_innen wahrgenommen werden so wie ich – ich bin keine Migrantin, aber ich bin nicht weiß –, dann sind automatisch Westdeutsche gemeint, keine Ostdeutschen.

Und das ist ein totaler Mangel, denn die DDR hatte genau wie jedes andere Land eine komplexe Migrationsgeschichte. Es gibt genug Ostdeutsche mit Migrationserfahrung, es gibt nichtweiße Ostdeutsche, die auch ganz viel über DDR, Wende und Ostdeutschland heute erzählen können. Sie waren ganz normaler Teil der Geschichte. Dieser Aspekt fehlt mir stark. Und ich finde es auch ein Versäumnis gegenüber dem Osten, ihn so weiß zu erzählen. Denn tatsächlich ist er sehr viel komplexer, als wir ihn wahrnehmen.

Anais Roth: Da wird es Sie sehr freuen zu hören, dass wir am 5. und 6. De-



Dr. Christoph Classen

zember ein großes ARD-Gemeinschaftsprojekt zum Thema Migration nach Deutschland aufgesetzt haben: „#unterAlmans“. – Mit einer speziellen migrantischen Perspektive, auch aus der DDR, mit Vertragsarbeiter_innen und unter anderem mit der Gastronomin Huong Trute aus Wernigerode.

Pia Heine: Diese Vielstimmigkeit abzubilden ist tatsächlich schwer möglich. Deshalb die Frage an Herrn Dr. Classen: Wir hatten vorhin das Beispiel „Gundermann“, wo es gut gelungen ist, nicht nur einseitig zu erzählen. Ist es generell wirklich möglich, verschiedene Erfahrungen dieses Lebens in der Umbruchzeit im Osten vielstimmig mit dem Mittel Film darzustellen? Ich könnte mir vorstellen, dass es mit einer Dokumentation vielleicht ein bisschen leichter geht.

Dr. Christoph Classen: Würde ich nicht sagen. Film ist ja an sich schon ein unglaublich komplexes Medium, weil es ganz verschiedene Ebenen enthält: eine visuelle, eine Tonebene, durch Schnitte kann ich Geschwindigkeiten und Rhythmen vorgeben. Das macht es für uns als Forscher häufig schwierig, mit Film zu arbeiten, weil das Medium so unglaublich komplex ist. Insofern wüßte ich nicht, warum Film nicht auch diese Ambivalenzen, von denen Frau Warda sprach, auch die Vielschichtigkeit menschlicher Erfahrungen vermit-

eln können sollte. Natürlich – da sind wir uns sicher einig – wird nie in einem Werk alles gelingen. Das kann auch nicht sein, im Gegenteil, man sieht immer wieder mal Filme, die sich offenbar zu viel vorgenommen haben und deshalb nicht funktionieren. Sondern es muss auch da eine Vielstimmigkeit an Filmen, verschiedene Perspektiven geben, und erst in der Summe entsteht dann vielleicht ein etwas komplexeres Bild. Aber grundsätzlich halte ich Film absolut für ein geeignetes Medium, um diese Vielschichtigkeit und diese – wie ich Frau Warda gerade verstanden habe – auch normativen Widersprüchlichkeit einzufangen.

Natürlich war es 1989/90 eine Befreiung vom SED-Regime. Absolut. Aber auf der anderen Seite hat es eben für unglaublich viele Familien, für zahlreiche Menschen den Verlust der Arbeitsplätze bedeutet. Meine Frau arbeitet im Krankenhaus in Hennigsdorf und hat jede Menge Patienten zwischen 60 und 90, die seit Anfang der 1990er nie wieder eine Arbeitsstelle gehabt haben, die seit mittlerweile 30 Jahren nicht mehr arbeiten. Das sind ja unglaubliche Einschnitte in Biografien und für Familien, auch für Kinder – Frau Warda hat es angedeutet – Katastrophen gewesen.

Ich wundere mich dann manchmal schon über so was wie die Stiftung Aufarbeitung, die uns Briefe schickt: ‚Schreibt doch bitte immer nur ‚Friedliche Revolution‘ und niemals ‚Wende‘. Und wenn ihr ‚Friedliche Revolution‘ schreibt, dann bitte groß, es ist ein Eigenname.‘ Ich verstehe schon, was sie damit wollen und dass sie den Ostdeutschen eine positive Erfahrung zuschreiben wollen – ‚sie sind es, die diese Diktatur beendet und eine Demokratie ermöglicht haben‘. Aber auf der anderen Seite fällt eben diese ganze Ambivalenz damit weg. Unter den Filmen gibt es eine große Zahl, die ich als „Revolutionsfilme“ bezeichnen würde. Das ist so bisschen in Analogie zu einem Gedächtnismodell von Martin Sabrow, der von einem „Diktaturgedächtnis“ für die DDR gesprochen hat – als einem von mehreren Gedächtnissen, die es gibt. Das sind dann Erzählungen, in denen es unmittelbar um den Prozess der Wende geht, so Filme wie „Bornholmer Straße“, und die damit enden, dass die Grenze offen ist oder das Land wiedervereinigt wird. Das ist in gewisser Weise eine Erlösungserzählung, denn es ist das Ende der Geschichte, dann ist alles gut. Aber es wird den 1990er Jahren eben nicht ganz gerecht, wenn man nur diesen Blick hat.

Pia Heine: Frau Roth, Sie haben vorhin halb energisch den Kopf geschüttelt?

Anais Roth: Ich finde, dass Vielschichtigkeit ein Riesenthema in der Darstellung ist und auch die Narrative, die man bedient. Das ist etwas, das uns jeden

Tag bei unserer Arbeit begleitet. Anders als im Film müssen wir aber im Dokumentarischen immer auch Personen haben, die bereit sind, uns ihre Geschichte zu erzählen. Es ist unglaublich schwierig, diese Grautöne, dieses eben nicht Schwarz-Weiße wirklich mit persönlichen Geschichten einzufangen. Die Umsetzung ist oft eine große Herausforderung.

Ich gebe Ihnen ein kurzes Beispiel: Wir haben vor zwei, drei Jahren eine Dokumentation gemacht über die „Schule der Freundschaft“ in Staßfurt im heutigen Sachsen-Anhalt. Das ist so ein kleiner Menetekel-Ort, dessen Geschichte so ein bisschen verschwunden ist, das wollten wir gerne wieder hervorholen. Wir haben lange gesucht, um Zeitzeug_innen aus dem Ort zu dieser Schule zu bekommen. Am Ende haben wir niemanden bekommen, der über das Verhältnis der Einwohner in Staßfurt zu den Kindern dieser aus politischen Gründen errichteten Schule reden wollte. Wir hatten die Mosambikaner_innen und die Kinder aus Namibia, die in den 1980er Jahren dorthin gekommen waren, es waren über 1000 Schüler_innen – in diesem winzigen Ort, das muss man sich mal vorstellen. Das war eine Schule mit erklärten Privilegien, es war quasi ein Ufo. In der Stadt gab es nichts, in der Schule aber gab es gefühlt alles: eine Schwarz-Weiß-Sicht, es hat natürlich beides nicht gestimmt. Aber die Emotion, die da kochte, konnte man mit Händen greifen: Wir haben niemanden gefunden, der bereit war, darüber zu sprechen.

Wir hatten ehemalige Schüler_innen, die voller Vorwürfe waren: gegen die Schulleitung, die Stadt, die DDR, ihre eigene Regierung und – apropos Umbruchjahre – gegen die Entwicklungen, die nach 1990 eingesetzt haben. Denn was ist passiert? Die Schule wurde sehr schnell geschlossen, keiner fühlte sich für die Schüler_innen so richtig verantwortlich. Und so wurden sie – das waren Kinder und Jugendliche, teilweise Waisen – Anfang der 1990er Jahre einfach in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt. Sie hatten teilweise schon vier, fünf Jahre ihres Lebens in Deutschland verbracht – das ist bis heute nicht richtig aufgearbeitet. Aber jemanden der Verantwortlichen zu finden oder auch nur jemanden aus der Stadt, der sagt: Ja, das war wirklich furchtbar damals, das war kaum möglich.

Pia Heine: Herr Schneider, ich habe vorhin Frau Warda gefragt, ob sie sich mit ihrer Biografie wiederfindet in dem, was so auf dem Markt ist. Wie sieht das bei Ihnen aus? Haben Sie das Gefühl, dass Ihre eigene Erlebniswelt abgebildet wird?

Peter Schneider: Es ist immer die Frage, wie weit man das fächert. „Wessis in Weimar“ von Rolf Hochhuth aus dem Jahr 1993 zum Beispiel hat dieses The-

ma Treuhand schon fast dokumentartheatermäßig aufgearbeitet. Dort wurde ja auch der Mord an Treuhandchef Rohwedder 1991 beinahe gerechtfertigt. Das Stück kennt glaube ich heute gar keiner mehr, weil es so gut wie nie gespielt wird. Bei Büchern sind es Clemens Meyer oder Daniela Krien als Autorin, die diese Nachwendezeit als Jugendliche in einem thüringischen Dorf beschreibt. Die Frage ist immer, werden diese Stoffe genommen und in der ganzen Bandbreite mit in den fiktionalen Bereich genommen oder in den dokumentarischen Bereich, in das Medium Film. Es gibt sehr, sehr viele Stoffe. Ingo Hasselbach etwa mit seinem Ausstieg aus der Neonaziszene Anfang der 1990er²⁵ – er war ein führender Neonazi und arbeitet übrigens mittlerweile in der Filmbranche unter anderem Namen, er steht immer noch auf Todeslisten. Also es gibt wirklich sehr viel, um das sich glaube ich zu wenig gekümmert wird. Warum, weiß ich eigentlich gar nicht. Vielleicht, weil es in Vergessenheit geraten ist? Diese Bücher sind natürlich schon älter jetzt, Ingo Hasselbach war 1994. Es gibt unfassbar viele auch dokumentarische Erzählungen, wo Material da ist. Und da frage ich mich manchmal, warum sich das niemand greift. Andi Dresen erzählte mir, er habe zehn Jahre gebraucht, um diesen Film zu machen. Aber die Geschichte von Gundermann gibt es ja schon ewig.

Pia Heine: Hat er das nicht auch ein bisschen aus Wut gemacht? Aus Wut über den Erfolg von „Das Leben der Anderen“?

Peter Schneider: Das weiß ich gar nicht. Ich weiß nur, dass Milan Peschel den am Anfang spielen sollte – aber der war irgendwann zu alt, jetzt hat es der wunderbare Alex Scheer gemacht – und dass sie zehn Jahre gebraucht haben, um diesen Film überhaupt finanziert zu bekommen. Auf der anderen Seite sieht man, dass für ganz viele Sachen unfassbar viel Geld ausgegeben wird.

Vielleicht sind die Gründe dafür auch, dass es wie in allen Führungsebenen ganz vieler Bereiche, ob das universitär ist, ob das Staatssekretäre in der Politik sind, ein Defizit an ostdeutsch sozialisierten Menschen gibt. Begründet durch diese Wende – oder Friedliche Revolution von mir aus. Aber wie das dann umgesetzt wurde, dass die Posten erst mal mit Westdeutschen besetzt wurden, um so ein System in ein Land zu übertragen, das ein eigenes System war, das zieht sich bis heute durch. Es gibt – ich weiß nicht, wie es im Dokumentarbereich ist – im fiktionalen Bereich kaum eine große ostdeutsche Produktionsfirma, es gibt wenige ostdeutsche Regisseurinnen und Regisseure, die

25) Hasselbach, Ingo; Bonengel, Winfried: Abrechnung – ein Neonazi steigt aus. Berlin 1994.

erfolgreich sind. Ich kenne Thomas Stuber, Andreas Dresen, ein paar so. Aber wenn man überlegt, dass es eine ganz Filmindustrie gab, die DEFA, die ja auch, wie Sie wissen, riesig war, da frage ich mich, was ist denn mit den ganzen Leuten passiert?

Dann auch dieser ganze Immobilienbereich: „Wem gehört der Osten?“, das war auch so eine Reihe im MDR, die ich sehr gern geschaut habe, weil da mal aufgearbeitet wurde, wem gehört das alles, wem gehört Leipzig, wer lebt in den Immobilien, aber wem gehören sie. Ich glaube, dadurch entstehen natürlich auch Leerstellen bis in meinen Bereich, weil natürlich der Blick ein völlig anderer ist, je nachdem, von wo man kommt. Ich will überhaupt nicht sagen, dass Dustin Loose, nur weil er in Westdeutschland geboren ist, nicht „ZERV“ machen darf, im Gegenteil, der hat einfach durch seinen Blick noch einen fantastischen Humor in diese Serie reingebracht, eine fantastische Ausstattung, kostümmäßig, das ist wunderbar.

Pia Heine: Das ist noch mal der kleine Werblock für „ZERV“.

Peter Schneider: Übrigens habe ich mich die ganze Zeit gefragt: Es wissen schon alle, worum es bei „ZERV“ geht, oder? Wir reden hier so selbstverständlich darüber. Also es geht um die Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität in Berlin, die versucht hat, die Verbrechen der Treuhand aufzuklären, nachdem Rohwedder erschossen wurde. 1994 wurde sie aufgelöst.

Anais Roth: Sie hatte sich zum Ziel gesetzt, DDR-Unrecht und Wendeverbrechen aufzuklären. Das ist auch zum Teil gelungen, nicht komplett. Die Geschichte des Abenteurers, warum das nicht komplett gelungen ist, wäre dann Staffel II.

Pia Heine: Wir freuen uns glaube ich alle drauf – für alle, die es noch nicht gesehen haben, schauen Sie es sich auf jeden Fall mal an. Steht es noch in der Mediathek?

Anais Roth: Es wird bald wieder zu sehen sein, aber „Gundermann“ wird schon demnächst wieder gezeigt.

Pia Heine: Ich möchte noch einen letzten Aspekt ansprechen, bevor ich die Diskussion für alle öffne. Wir haben heute immer wieder darüber gesprochen, wie wir Geschichte an nachfolgende Generationen weitertransportieren, weitertradiieren, wie wir damit umgehen, dass sich Jüngere ihr Wissen nicht mehr unbedingt aus Gedenkstätten und Museen holen, sondern stärker medial. Inwiefern prägen denn Filme, Serien, Dokus, aber auch Literatur zu dieser Zeit das Bild heutiger junger Menschen? Bekommen Sie Rückmeldungen da-



Pia Heine

zu, wie dies alles deren Geschichtsbild beeinflusst?

Peter Schneider: Ich werde zum Beispiel relativ oft in Schulen eingeladen, zu „Nackt unter Wölfen“, aber auch zu Filmen wie „ZERV“. Ich versuche diesen Einladungen immer zu folgen, weil ich selber Kinder habe, weil es mir wichtig ist und weil ich so etwas gut finde – inzwischen bin ich ja auch schon Zeitzeuge.

Pia Heine: Wir alle sind ja in gewisser Weise Zeitzeugen.

Peter Schneider: Und ich merke, die Jugendlichen interessieren sich total dafür. Das sind immer ganz inspirierende Gespräche, die mir Hoffnung geben, dass es ein Interesse daran gibt, diese Zeit für sich selbst spürbar zu machen.

Anais Roth: Jetzt kann ich noch einen Werblock einschieben. Wir haben in unserer Redaktion mit dem Verband der Geschichtslehrer ein Projekt namens „Eure Geschichte“ aufgelegt. Das beruht auf mehreren kurzen Videos mit dem Titel „DDR in zehn Minuten“. Da werden zentrale Alltagsfragen der DDR-Geschichte sehr jung aufgearbeitet und erzählt, das kann man sich alles bei MDR DOK auf YouTube anschauen. „Eure Geschichte“ bietet nebenbei auch noch Unterrichtsmaterialien zum Runterladen, da wird schon viel ge-

macht. Außerdem haben wir auch eine sehr eindrucksvolle Web-Scroll-Doku zum Beispiel zum DDR-Frauengefängnis Hoheneck bei uns auf der Seite.

Pia Heine: Können Sie das kurz erklären? Was ist eine Web-Scroll-Doku?

Anais Roth: Es ist keine klassische Fernsehdokumentation, obwohl es auch im Fernsehen dazu etwas gab, eine MDR-Zeitreise, sondern eine Scroll-Doku ist eine Dokumentation, die man sich online, auch gut auf dem Smartphone ansehen kann, man scrollt sie. Wir haben dort mit Zeitzeugenaussagen, Betroffenen und vor allem auch grafisch sehr gut die Verstrickungen in Richtung bundesdeutsche Wirtschaft aufgearbeitet. Wir stellen auch fest, dass junge Leute extrem interessiert sind. Ich kann nicht bestätigen, dass es kein Interesse gäbe. Natürlich ist es immer von Einzelpersonen abhängig, von den Lehrer_innen, aber das Interesse ist da. Was ich toll finde, ist die Unbeschwertheit, mit der diese Generation Fragen stellt.

Dr. Christoph Classen: Vielleicht noch ein Aspekt dazu: Rein forschungsmäßig muss man sagen, Medienrezeption ist ein großes, schwieriges Thema – sehr, sehr problematisch. Es gibt inzwischen ein bisschen Forschung zur Rezeption von Geschichtsfilm und -sendungen, mehr so eine qualitative, keine quantitative Forschung, die sehr stark betont, dass die Zugänge individuell sind. Es kommt sehr auf den Kontext, den Bildungshintergrund, die Sozialisation an, was jemand in einem Film sieht. Meine Kollegin Sabine Moller hat zum Beispiel international dazu geforscht. Unter anderem ging sie mit dem Film „Good bye, Lenin!“ in die USA, zeigte ihn dort und fragte die Leute, was sie gesehen hätten. Unheimlich lustig fand ich, dass eine pensionierte Lehrerin sagte: „Mein Gott, das ist ja toll, die Frau ist monatelang im Krankenhaus und muss sich überhaupt keine Sorgen um ihre Krankenversicherung machen.“ Das war genau die Zeit der großen Diskussion über Obama-Care in den USA. Es ist also völlig abhängig von der jeweiligen Perspektive, was jemand sieht.

In diesem Zusammenhang wäre mir ein Stichwort für die Diskussion davor wichtig, und zwar die Frage des Familiengedächtnisses. Das ist ein Punkt, der in der Erinnerungskulturforschung relativ stark diskutiert wird, nämlich dass es keinesfalls nur die Medien sind, die Geschichtsbilder prägen. Das tun sie sehr wohl, auch mit bestimmten Klischees über die Stasi und so weiter, aber es kommt ganz stark darauf an, welchen familiären Hintergrund jemand hat, was die Eltern oder die Großeltern erzählen und welche Erfahrungen sie gemacht haben. Sind sie 1990 aus irgendeinem Industriebetrieb rausgeflogen oder nicht? Diese Familiengeschichten sind extrem prägend und auch eine unge-

heure Motivation für junge Menschen, sich überhaupt der Vergangenheit zu stellen. Ich glaube, dieses Zusammenspiel von Sozialisation in der Familie, Familiengedächtnis, welche Geschichten, welche Anekdoten werden immer wieder erzählt, und bestimmten medialen Topoi und Klischees prägt letztlich das Bild der Vergangenheit.

Katharina Warda: Ich kann das auch nur bestätigen aus meiner Erfahrung. Ich arbeite öfter mit jungen Menschen im wissenschaftlichen Kontext zusammen. Vor allem, wenn ich Vorträge oder Workshops in den USA halte, sind das häufig sehr junge Studierende Anfang 20. Ich merke, dass sie sehr interessiert sind und, vielleicht auch gesetzt durch den Kontext, in dem ich mich bewege, sehr kritische Nachfragen stellen. Vor allem bei Dingen, für die andere wie ich, die dabei waren, eine gewisse Blindheit entwickelt haben, weil sie eben da durch mussten. Es heißt ja immer, es braucht eine Generation, um noch mal neu anzusetzen, und dieses Gefühl habe ich sehr stark: Mit dieser Altersspanne, die dazwischenliegt, entstehen sehr spannende, kritische Nachfragen, was ich sehr begrüße. Auch dass manche in ihrer eigenen Familien kritisch nachfragen und ebenso mediale Bilder hinterfragen.

Pia Heine: Vielen Dank erst einmal für diese Gesprächsrunde. Jetzt möchte ich Ihnen natürlich allen gern die Möglichkeit zu weiteren Fragen und Diskussionsanregungen geben.

Diskussion

Frage aus dem Publikum: Kennt von Ihnen jemand das Buch „Treuhandskomplex“? Ich bin von einem Gymnasium in München aufgefordert worden, mal intensiver über die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands zu berichten – wie war es in der DDR, was hat die Treuhand angestellt und wie sieht es heute aus? Da bin ich auf Dinge gestoßen, die ich selbst nicht wusste. Auf der anderen Seite war ich auch erstaunt, wie wenig wahre Information im Umlauf ist. Es wäre vielleicht interessant, mal zu erfahren, was heute die Wirtschaft über die Arbeit der Treuhand sagt, und nicht so einfach ‚verbrecherische Treuhand‘ zu sagen, das finde ich nicht richtig. Ich beziehe mich auf eine Umfrage des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, das hat festgestellt, 70 Prozent der Bevölkerung seien unzureichend und größtenteils auch falsch darüber unterrichtet, was in der ganzen Umbruchzeit passiert ist. Und da bin ich der Meinung, obwohl ich einige Sendungen über das Thema gesehen habe, auch in der ARD waren die Informationen nicht ausrei-



Katharina Warda

chend. Leider nutzen heute nur noch etwa vier Prozent unserer Jugendlichen das öffentliche Fernsehen. Sonst bewegen die sich ganz woanders.

Pia Heine: Frau Roth, Sie hatten mich ja vor diesem Gespräch gefragt, ob Sie neben den Dokumentationen auch auf andere Genres eingehen sollen. Welche Erfahrungen haben Sie denn mit Podcasts und ähnlichen Formaten gemacht?

Anais Roth: Ich gehe kurz auf das Thema „Treuhandkomplex“ ein. Ich hatte ja schon unsere Produktion „Bischofferode“ erwähnt, die wir 2018 veröffentlicht haben. Das ist ein hochemotionaler Film über den Hungerstreik im Kalibergwerk Bischofferode. Dazu hat es enorm viel Rücklauf gegeben und das hat uns angespornt, das Thema Treuhand noch weiterzuspinnen. Uns ist es daraufhin gelungen, einen großen Film über die Treuhandchefin Birgit Breuel zu realisieren. Rohwedder war ja nur kurz Chef, weil er durch das Attentat ums Leben kam. Birgit Breuel sprang in die Bresche. Wir haben es geschafft, als Einzige nach über 30 Jahren, diese Frau für ein Interview zu gewinnen, und haben daraus eine Dokumentation gemacht. 90 Minuten für den MDR und die ARD.

Ich fand sehr interessant, wie man anhand dieses Porträts sehen konnte:

Schwarz-Weiß-Sicht, gut und böse – das ist nicht so. Es ist immer viel komplexer. Frau Breuel galt vielen lange als der Inbegriff der Treuhandchefin: kühl, nüchtern, hart in Entscheidungen, wenig empathisch. Doch natürlich hat sich diese Frau viele Gedanken gemacht. Sie ist in der Tat eine echte Hanseatin, aber man hört im Interview, dass sie sich mit diesen ganzen Entscheidungen, die auf ihren Schultern lagen, natürlich extrem auseinandergesetzt hat. Und man erkennt auch, dass der Druck, der auf dem System und am Ende auch auf dieser Frau lastete, enorm war. Die Serie „Wem gehört der Osten?“ knüpft ja ebenfalls daran.

Zur Frage nach Podcasts: Ja, wir produzieren nicht nur Filme, wir produzieren auch Features und Podcasts, wir produzieren für die Mediathek, die Audiothek, Webdokus für das Web. Junge Menschen finden uns über Youtube, wo wir mit MDR DOK vertreten sind.

Frage aus dem Publikum: Frau Roth, diese Dokus finde ich wirklich gut, auch die letzte über Hoheneck. Zu unseren Zeitzeug_innen gehören ja auch Damen aus Hoheneck. Denen, die von Sachsenhausen rüberkamen, sind die Kinder weggenommen worden. Und dann ist noch eine ganz tolle Doku „Als Mutti in den Westen ging“ über die ganzen verlassenen Kinder. Ich war ja erschüttert, als ich das erfahren habe. Wir reden hier von der DDR, wie schlimm es war und dass den inhaftierten Frauen die Kinder weggenommen wurden. Aber dass andere wahllos über die Grenze gingen und ihre Kinder zurückließen, über 100 – das ist erschreckend.

Anais Roth: Das ist auch aus unserer Redaktion entstanden. Diese Geschichte hat für unglaublichen Wirbel gesorgt, noch mehr als die Treuhandgeschichte. Wir haben uns deshalb entschlossen, daraus auch eine Serie zu machen, die ist seit Anfang November in der Mediathek zu finden und wird später auch noch mal ausgestrahlt – eine Wahnsinnsgeschichte, ja. Es betrifft tatsächlich viel, viel mehr als 100, die Dunkelziffer liegt eher bei 1000.

Frage aus dem Publikum: Umbruchjahre im Osten – ich möchte kurz sagen, was mich über die DDR hin gerettet hat. Zur Diktatur habe ich nein gesagt, das hatte Folgen, Konsequenzen, das gehört eben zu einer Diktatur dazu. Aber ich habe mir regelmäßig, sei ich 17 war, die Dok-Filmwoche in Leipzig angeschaut. Und ich würde mir wirklich von Herzen wünschen, dass diese noch mal gewürdigt wird. Denn dort wurden in Dimensionen Möglichkeiten übermittelt, wie man sich einerseits ein Leben schön gestalten kann, andererseits aber auch Widerstand leisten und mit Widrigkeiten umgehen kann. Das ist jetzt alles bisschen schwierig, aber heute nutzt mir das ungeheuer. Ich bin

zum Beispiel durch Osteuropa getrampt, mit 17 per Anhalter über die Dörfer von Leipzig, da ging das Abenteuer los, bis ans Schwarze Meer in Bulgarien. Da habe ich gesehen, wie wenig man zum Leben braucht und dass man auch mit diesen wenigen Dingen sehr froh sein kann. Auch das nutzt mir heute wieder.

Und diese Darstellung von Rohwedder zum Beispiel, das müsste wirklich noch mal hinterfragt werden, aber das geschieht nicht. Warum ist der erschossen worden, warum gibt es da keine Ergebnisse? Oder warum wird der Sache mit dem NSU nicht nachgegangen, was ist denn hier in Sachsen, in Zwickau passiert? Man bleibt in der Mitte stehen, geht nicht wirklich ans Ende und benennt die Täter. Damit wird man den Opfern nicht gerecht. Die Angehörigen warten nach wie vor darauf, dass irgendwas passiert. Das fehlt mir auch beim MDR, da gäbe es viele Möglichkeiten, da ist noch ganz viel Luft nach oben. Und es gibt Leute, die wollen erzählen, aber sie werden nicht gefragt. Es sind immer wieder die gleichen „Verdächtigen“, die das Mikrofon bekommen oder die Kamera, doch damit geht es auf dieser Strecke nicht wirklich weiter.

Anais Roth: Wir kooperieren seit Jahren mit DOK Leipzig. Es ist ein internationales Filmfestival mit einer langen Tradition. Bei uns in der Redaktion ist auch der künstlerische Dokumentarfilm angesiedelt. Insofern besteht da eine ganz enge Zusammenarbeit. Wir haben auch immer zur DOK-Filmwoche große Specials im MDR-Programm, unter anderem zu der direkten Umbruchzeit 1989/90, da hatten wir viele wichtige ostdeutsche DEFA-Filme in einem Special versammelt, das war sehr spannend und wurde auch sehr gut abgerufen im Netz.

Frage aus dem Publikum: Aber es wird eben häufig vergessen, welche Rolle die DOK-Filmwoche für diese 1989er-Zeit gespielt hat.

Anais Roth: Und zum NSU: Darüber gibt es schon viele Dokumentationen und Filme. Der Anspruch, wirklich allen am Ende gerecht zu werden, ist faktisch nicht einlösbar. Doch wir haben den Anspruch, bei komplexen Themen stets etwas Belastbares, faktisch Nachprüfbares, Neues erzählen zu können.

Frage aus dem Publikum: Ich komme aus Düsseldorf, bin aber gebürtig aus der Oberlausitz. Für mich hat der persönliche Umbruch im Osten etwas früher begonnen, also nicht mit der Wende, sondern ich habe die DDR mit einem Zwischenaufenthalt in Bautzen 1983 verlassen. Die Jahre, die ich nicht in der DDR erleben konnte, arbeite ich nach und nach teilweise auf – mithilfe der Medien. Was Sie vorhin alles erwähnt haben an Publikationen, einiges da-



Frage aus dem Publikum

von habe ich verfolgt, und ich wollte darunter eine Dokumentation hervorheben, die mir als Beispiel diente, um die Umbruchjahre zu erleben, und zwar gab es mal – ich weiß nicht mehr, auf welchem Sender – die Dokumentation „Depeche Mode in der DDR“. Ich muss sagen, ich war so begeistert davon, denn sie hat alles – die gute Musik, die ich gar nicht kannte, aber es wurde auch der Kulturbetrieb in der DDR beleuchtet, das Publikum, die Szene, die Jugendlichen, das war für mich phänomenal, denn ich habe es ja selber gar nicht mehr erlebt. Dafür ein kleines Dankeschön!

Vielleicht noch am Rande eine Episode, denn „Gundermann“ wurde zu Recht gelobt: Als der Film aktuell im Kino lief, war ich hier auf Heimaturlaub und bin in Görlitz zu „Gundermann“ in den laufenden Kinobetrieb gegangen. In einem relativ großen Kinosaal saßen wir mit sechs Leuten. Und das ist nun die Region, in der „Gundermann“²⁶ spielt.

26) Anmerkung der Redaktion: Das genannte Kino hatte 2018 nach Sanierung gerade erst wieder begonnen, Arthouse-Filme zu zeigen. Im örtlichen Programmokino war "Gundermann" über Wochen ausverkauft.

Anais Roth: Danke für die Blumen, ich gebe es gerne weiter an meine großartige Kollegin Heike Sittner.

Peter Schneider: In dieser Doku spielt ja Sascha Lange auch mit, der Autor von „DJ Westradio“²⁷, auch so ein ziemlich cooles Buch. Der kommt in der Doku als Depeche-Mode-Fan vor, der noch eine der begehrten Karten gekriegt hat.

Pia Heine: Eine Frage an alle. Wenn Sie sich einen Film, ein Buch, eine Serie in diesem Themenbereich wünschen könnten, wie würde die heißen oder um welches Thema würde es konkret gehen, welcher Aspekt würde beleuchtet werden?

Katharina Warda: Nach all den Werbeblocks kann ich nur sagen: Dieses Buch heißt „Dunkeldeutschland“, wird nächstes Jahr erscheinen und von mir geschrieben sein.

Pia Heine: Sehr gut, Eigenwerbung ist natürlich immer erlaubt. Herr Schneider, in welcher Rolle würden Sie sich gern mal sehen?

Peter Schneider: Das ist schwierig. Keine Ahnung. Ich fände toll, wenn man am Beispiel von Leuna mal zeigte, was da so gelaufen ist. Mein Film würde „Leuna!“ heißen, das ist eine hochinteressante Geschichte. Mein Vater hat im Hydrierwerk Zeitz gearbeitet, ich bin ja in Zeitz aufgewachsen, im südlichen Sachsen-Anhalt. Sein großer Bruder war in Leuna. Daraus ergäben sich hochinteressante Konstellationen, um zu erzählen, wie schwierig und komplex diese Transformation war.

Anais Roth: Da wären wir dokumentarisch sofort dabei, aber leider haben auch wir dort bisher noch nicht die richtigen Personen „aufschließen“ können.

Peter Schneider: Ja, da ist wirklich großes Schweigen.

Pia Heine: Vielleicht kann diese Anregung als ein Startpunkt dienen.

Dr. Christoph Classen: Ich kann keinen Titel nennen, ich denke über Titel auch bei meinen Texten immer sehr lange nach. Aber Sie hatten ja vorhin gefragt, was fehlt. Ich würde sagen, was doch sehr stark – es gibt natürlich Ausnahmen – unterbelichtet ist, das ist diese Ebene der Arbeit und der Betriebe. Die war natürlich für die 1990er unglaublich zentral, eben durch diese Abwicklung der Industriearbeitsplätze. Es gibt einzelne Filme wie zum Beispiel auch „Gundermann“, der ja teilweise im Braunkohletagebau spielt, wo das immerhin mal reinspielt. „Bischofferode“ hatten Sie genannt, aber Leuna wäre natürlich auch ein super Thema. Also es ist wenig.

27) Lange, Sascha: DJ Westradio. Berlin 2007.

Es gibt ein bisschen was über die Treuhand, wobei man da zur Ehrenrettung der journalistischen und publizistischen Kolleg_innen sagen muss, dass dieses Thema erst vor relativ kurzer Zeit in der historischen Forschung angekommen ist. Es gab ein großes Projekt des Instituts für Zeitgeschichte dazu, das jetzt abgeschlossen ist. Marcus Böick²⁸ in Bochum hat eine Arbeit dazu geschrieben. Das war aber auch aus Gründen der Aktenfreigabe außerordentlich schwierig. Das müssen Sie immer sehen: Wir haben oft große Schwierigkeiten, an Akten zu kommen, weil man häufig dann doch nicht so gern möchte, dass jemand ganz genau hinschaut. Sehr oft werden Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte vorgeschoben, um sich nicht in die Karten gucken zu lassen, das erlebe ich immer wieder.

Ich bin keine Experte für die Treuhand, denke aber, Sie haben schon recht mit dem, was Sie vorhin sagten. Es war von Anfang an ein völlig überzogener Ansatz. Niemand kann in einem Pool die gesamte Wirtschaft eines Landes mal eben adäquat bündeln und dann angemessen abwickeln, das funktioniert einfach nicht. Das war sehr viel eher der Fehler, als dass es böser Wille oder kriminelle Energie gewesen wären. Die hat es bei Einzelnen natürlich sehr wohl gegeben, das wird bei „ZERV“ wohl eine Rolle spielen, ich habe es bisher leider nicht gesehen.

Mein Plädoyer wäre, stärker den Umbruch der Arbeitswelt, vielleicht auch der Lebenswelten in den Blick zu nehmen, als es bisher häufig der Fall ist. Und sich vielleicht weniger auf diese unglaublich leicht skandalisierbaren und geheimnisvollen Aspekte wie Stasi und irgendwelche finsternen Machenschaften oder so was zu kaprizieren. Aber es ist natürlich schwierig in einer Öffentlichkeit, die sehr stark von Aufmerksamkeitsökonomien getrieben ist, wo es immer nur darum geht, überhaupt irgendwie wahrgenommen zu werden.

Pia Heine: Am Ende geht es natürlich auch um Quote und um Einnahmen.

Peter Schneider: Dazu fällt mir zum NSU noch etwas ein: Es gibt einen Dreiteiler dazu von der ARD, der fertig war, bevor überhaupt der Prozess zu Ende war. Aber somit stimmt der letzte Teil gar nicht mehr, weil der Prozess dann doch noch Sachen gezeigt hat, die in der fiktionalen Serie gar nicht aufgenommen werden konnten. Da tragen oft solche Sachen wie Quote, man will der Erste sein, dazu bei, dass es trotzdem gemacht wird. Und dann ist es historisch überhaupt nicht mehr genau. Deshalb liebe ich dann die Dokumentationen, wo ich weiß: Das Genre ist genauer als die Fiktion. Aber so läuft es

28) Böick, Marcus; Goschler, Constantin: Studie zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhändlerin im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Bochum 2017. Doi: 10.13154/rub.103.92.

eben. Über Rohwedder gibt es auf Netflix eine gute Serie, wart ihr da auch dabei als Koproduzenten?

Anais Roth: Die ARD war dort vor allem als Archivgeberin dabei.

Peter Schneider: Aber die ist ganz toll.

Dr. Christoph Classen: Ich fand sie schwierig. Ich hatte auch überlegt, ob ich sie Ihnen nenne. Sie hat natürlich einen ganz tollen Ansatz insofern, als sie vier verschiedene Versionen durchspielt, was dort passiert sein könnte bzw. wer diesen Anschlag begangen hat. Das bewegt sich aber teilweise auf extrem dünnem Eis und gleitet meiner Meinung nach bei einigen Versionen ins Verschwörungstheoretische ab. Da sagt man dann natürlich als Historiker, so kann man das nun auch wieder nicht machen.

Peter Schneider: Es ist eine Doku-Fiktion, oder?

Anais Roth: Es ist eine Dokumentation, die rein aus Archivmaterial zusammengesetzt und um wenige nachgestellte Szenen ergänzt wurde, also keine Fiktion, und sie ist nicht vom MDR. Der tatsächliche Erkenntnisgewinn ist zwar gering, weil nichts Neues hinzukommt, aber sie war sehr gut gemacht, hat Maßstäbe gesetzt. Auch für uns.

Frage aus dem Publikum: Und so ist es bei vielen Dingen, man erfährt zu wenig von dem, das erzählt werden könnte ...

Anais Roth: Sie können davon ausgehen, wenn die Autor_innen etwas Belastbares gehabt hätten, dann hätten sie es genutzt, dann wäre es drin gewesen. Thema Quote – ja, ist aber für historische Dokumentationen wirklich nicht das allein Entscheidende.

Pia Heine: Es ging glaube ich auch stärker um die Produktionen im Bereich Fiktion.

Anais Roth: Ja, das stimmt. Klar, es muss ja auch eine Berechtigung geben, dass wir Gebührengelder dafür ausgeben.

Pia Heine: Ich bedanke mich bei Ihnen! Wenn ich mir etwas wünschen könnte, dann wären das mehr Geschichten über Frauen aus dieser Zeit, das kommt immer bisschen zu kurz. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen, dass Sie uns hier Rede und Antwort gestanden haben, und bei Ihnen allen für Ihre Fragen und Anmerkungen!



Lennox Noack, Jakob Böttcher, Leander Jakschik, Silke Klewin, Melisa Sturies, Jessica Gerber
(v. l. n. r.)

PODIUMSDISKUSSION

Bautzener Schüler_innen: Jakob Böttcher, Jessica Gerber, Leander Jakschik, Lennox Noack, Melisa Sturies

Moderation: Silke Klewin

Der Systemwechsel 1989/90 und was junge Menschen heute davon halten

Silke Klewin: Das diesjährige Bautzen-Forum trägt den Titel „Vom geteilten zum wiedervereinten Deutschland – Umbruchjahre“. Es war schon häufiger so in der Vergangenheit, dass Jugendliche das Bautzen-Forum um ihre Sicht bereicherten. Bisher haben die Podiumsteilnehmer_innen meist vorher Projekte in der Gedenkstätte erarbeitet und dann hier ihre Ergebnisse präsentiert. Diesmal geht es nicht um Faktenwissen, sondern um Einstellungen, Beurteilungen und darum, was an Bildern in den Köpfen ist. Ich freue mich außeror-

dentlich, dass sich fünf junge Frauen und Männer bereiterklärt haben, an dem Podium teilzunehmen. Ich begrüße euch ganz herzlich!

Leander Jakschik besucht die elfte Klasse des Philipp-Melanchthon-Gymnasiums in Bautzen. Melisa Sturies und Jessica Gerber besuchen die zehnte Klasse der Oberschule im Gesundbrunnen in Bautzen. Und wir haben zwei Vertreter des Sorbischen Gymnasiums Bautzen, das gestern seinen 75. Geburtstag feierte, dazu noch herzlichen Glückwunsch! Jakob Böttcher und Lennox Noack. Wir werden zuerst auf dem Podium diskutieren und später mit Ihnen in eine hoffentlich angeregte Diskussion kommen.

Zum Start einfach an euch alle die Frage: Wie seht ihr die DDR? Ihr seid zwischen 2005 und 2007 geboren, seid also 15 bis 17 Jahre alt und habt keine eigenen DDR-Erfahrungen. Was war die DDR – ganz spontan, welche Begriffe fallen euch ein?

Lennox Noack: Ein Hallo auch von mir. Wenn ich so darüber nachdenke und die DDR einfach in drei Begriffen beschreiben müsste, auch das, was ich von meiner Familie gehört habe, das wären der Konsum, der FKK-Strand und der Trabbi.

Jakob Böttcher: Wenn ich an DDR denke, dann denke ich reflexartig als Erstes an Beton und Asbest, an Ulbricht, an die Mauer, aber auch an diese Strände.

Leander Jakschik: Und ich denke hauptsächlich an Plattenbauten und ein recht einfaches Leben.

Melisa Sturies: Ich heiße Sie auch herzlich willkommen. Das Erste, was mir zu DDR einfällt, ist besonders das geteilte Leben in West und in Ost.

Jessica Gerber: Was mir zum Thema einfällt, ist der Mauerfall, auch der alte Trabbi und die Menschen, wie sie früher gelebt haben: eingesperrt im Westen oder im Osten, dass sie sich nicht aussuchen durften, wohin sie gehen, sondern danach eingeteilt wurden, wo sie schon vorher gelebt hatten.

Silke Klewin: Würden eure Eltern andere Stichworte zur Charakterisierung der DDR nennen?

Lennox Noack: Meine Eltern und meine Großeltern würden mir zustimmen, da die Begriffe, die ich genannt habe, aus ihren Erzählungen stammen.

Silke Klewin: Ist es bei jemandem so, dass er durch das Elternhaus oder die Familie andere Geschichten erfahren hat – über den Trabbi und FKK hinaus?

Jessica Gerber: Meine Eltern kommen nicht aus Deutschland, sie haben während der DDR nicht in Deutschland gelebt, sondern kamen erst nach dem Mauerfall. Für sie war die DDR eher dunkel, traurig. Von FKK waren sie

jetzt nicht so begeistert, aber jetzt kommen sie ganz gut damit zurecht, wenn sie darüber mal lesen oder so.

Melisa Sturies: Mein Vater kommt gebürtig auch nicht aus Deutschland, aber meine Mama hat in der DDR gelebt. Sie bezeichnet sie als eher grau und etwas beklemmend, weil man nicht frei reisen konnte.

Silke Klewin: Im Vorgespräch habe ich erfahren, dass ihr alle die DDR noch nicht im Unterricht hattet. Nur Lennox und Jakob, ihr hattet ganz kurz ein Projekt. Könnt ihr das kurz schildern?

Jakob Böttcher: Wir hatten ein Projekt in der Schule mit der Aufgabe, jemanden zu einem bestimmten Thema – jeder hatte ein anderes – in der DDR zu interviewen, ein Zeitzeug_inneninterview. Bei mir war das ein ehemaliger Offizier der NVA, mit dem ich zum Beispiel über den Alltag geredet habe. Im Unterricht haben wir dann versucht, ganz viele Themen abzudecken.

Lennox Noack: Ich habe bei diesem Projekt meinen Großvater befragt und dadurch viel über das Wesen der LPG gelernt, auch hier vor Ort in Niederkaina. Wenn ich seine Eindrücke schildern würde, dann wären diese eher positiv.

Silke Klewin: Mich würde interessieren: Könnt ihr das auseinanderhalten, woher welche Infos kommen? Habt ihr Filme gesehen, habt ihr euch mit Dokus auseinandergesetzt, wie habt ihr euch informiert über die DDR? Oder stammt euer Wissen vorrangig aus Erzählungen eurer Familien?

Melisa Sturies: Ich denke, jeder kennt Filme oder Reportagen über die DDR, aber das meiste habe ich durch Erzählungen, durch die Familie erfahren und dadurch auch einen persönlichen Einblick bekommen, nicht nur über Reportagen.

Jessica Gerber: Ich habe es meistens in Reportagen gesehen, Dokumentationen, irgendwelche Filme, von meinen Eltern, wie ihre Meinung darüber ist, und auch sehr viel durch Social Media.

Leander Jakschik: Ich finde es bisschen schwierig, das aufzuteilen. Ich weiß nicht, woher die einzelnen Schnipsel kommen. Ich denke, hauptsächlich ist es durch meine Eltern und auch durch Museen, in denen ich aber auch mit meinen Eltern war.

Jakob Böttcher: Meine Eltern kommen aus dem ehemaligen Westdeutschland, daher hatte ich aus der Familie nicht viele persönliche Informationen über die DDR. Es waren zuerst Dokumentationen, die ich gesehen habe, aber wir hatten ja jetzt die Schulprojekte. Dadurch habe ich dann noch eine andere Sicht auf den Staat bekommen, eine differenziertere auf jeden Fall.



Lennox Noack

Lennox Noack: Da meine Familie aus der DDR stammt und immer hier gelebt hat, habe ich meine Informationen hauptsächlich von da. Im Internet oder über Filme habe ich mich nie wirklich über die DDR informiert, aber mir ist noch im Gedächtnis geblieben, dass auch bei unserem Schulprojekt am Sorbischen Gymnasium einmal ein Zeitzeuge zu Gast war, ich glaube, sein Name war Horst Böttge. Wenn ich vergleiche, was ich aus den Erzählungen meiner Familie weiß und was uns dieser Zeitzeuge verraten hat, dann war das ein großer Unterschied. Die Zeitzeug_innen aus meiner Familie haben die DDR als gar nicht so schlecht empfunden. Ein anderes Bild, die negativen Seiten der DDR, hat uns dann doch eher Herr Böttge vermittelt. Bei dem Wenigen, das ich im Internet gesehen habe, empfinde ich auch, die DDR wird im Gegensatz zum Westen doch eher als dunkel dargestellt.

Silke Klewin: Wir haben schon gestern über das heute opportune und staatlich geförderte Geschichtsbild geredet. Die DDR war danach ein Land unfreier Menschen, das dann durch die Friedliche Revolution zur Einheit kam. Die Glückseligkeit darüber müsste also eigentlich bis heute andauern. Die Bilder 1989/90 waren meiner Erinnerung nach von absoluter Euphorie geprägt.

Heute sind diese Bilder auch noch in Dokus präsent. Aber auch bei großen Jahresfeiern wie zum Beispiel zum Mauerfall. Erreichen euch diese Bilder, dieses Lichtermeer und was da in Berlin so an riesengroßen staatlichen Feierlichkeiten stattfand? Nehmt ihr das wahr?

Jakob Böttcher: Wenn ich etwas dazu sagen dürfte, erstens zur Euphorie. Wegen dieser Zeitzeug_innen war eine Lehrerin etwas skeptisch und hat uns beauftragt, weitere Zeitzeug_innen zu befragen. Und ich hatte jemanden aus unserem kleinen Dorf. Das waren schon ältere Leute, die sagten, als sie im Fernsehen gesehen haben, dass die Mauer gefallen ist, war da gar keine Euphorie da. Sie sagten, sie hätten nur dagesessen und sich gefragt, was jetzt kommt. Deshalb würde ich mal so weit gehen zu behaupten, dass das Gefühl wirklich nicht allgegenwärtig war und es auch viel Furcht vor der Zukunft gab, viel Unsicherheit.

Silke Klewin: Habt ihr beiden auch noch Eindrücke, die ihr uns erzählen möchtet?

Jessica Gerber: Ich würde da auch eher zustimmen. Es gab Menschen, die sich darüber freuten, dass etwas Neues auf sie zukommt, aber es gab auch sehr viele Menschen, die dagegen waren, weil sie wollten, dass alles so bleibt, wie es ist, weil sie daran gewöhnt waren und es schöner für sie war, wenn sich nichts verändert.

Melisa Sturies: Ich denke, dass mit dem Mauerfall wirklich viel Licht gekommen ist, denn so, wie ich durch Erzählungen erfahren habe, gab es in der DDR manche Dinge nicht, die durch den Mauerfall vom Westen dann in die DDR kamen. Ich denke schon, dass manche Leute kritisch gesehen haben, was in der Zukunft kommt. Aber ich würde es als ein positives Ereignis ansehen.

Silke Klewin: Die Kernfrage unseres Podiums lautet: Hat der Systemwechsel von der DDR zum vereinigten Deutschland 1989/90 für euch ganz persönlich eine Bedeutung?

Lennox Noack: Ich finde es schwierig, solchen großen Ereignissen eine Bedeutung zuzumessen, wenn man nicht selbst dabei war. Aber wenn ich wirklich meine Meinung sagen würde, mal abgesehen von dem Stoff aus den Geschichtsbüchern, dem Wenigen im Unterricht und was man im Fernsehen hört, dann muss ich doch zugeben, dass mir die Wiedervereinigung eher weniger bedeutet. Das liegt einfach daran, dass ich es nicht anders kenne. Ich wurde in der Zeit geboren, als Deutschland schon vereinigt war und kann mir deshalb den Unterschied zwischen den beiden Staaten schlecht klarmachen.

Leander Jakschik: Für mich ist diese Bedeutung auch eher historisch als persönlich. Für mich bedeutet es jetzt nicht so viel, weil ich einfach nicht dabei war.

Melisa Sturies: Für mich ganz persönlich hat es auch nicht so eine große Bedeutung, dennoch hat es einen großen Wert für mich. Früher konnte man ja nicht so viel reisen, aber nach dem Mauerfall war alles offener und mein Vater konnte erst danach nach Deutschland kommen. Andernfalls hätte er meine Mutter gar nicht kennengelernt. Insofern hat es für mich schon eine größere Bedeutung.

Jessica Gerber: Da muss ich meiner Freundin Melisa zustimmen, auch meine Eltern haben sich erst nach dem Mauerfall kennengelernt, sogar hier in Bautzen. Wenn sie nicht nach Deutschland hätten kommen können, würde ich auch nicht hier sitzen.

Silke Klewin: Ich möchte noch etwas über euer Geschichtsinteresse wissen. Interessiert euch die Geschichte des Landstrichs, in dem ihr hier lebt? Es gibt ja den Begriff, von dem ich noch nicht weiß, ob ich ihn gut finde: „Nachwendekinder“. Versteht ihr euch als Nachwendekinder? Das hätte ja dann einen Bezug zu Wende und zur Friedlichen Revolution. Und: Ist Geschichte ein Schulfach, das euch Spaß macht? Oder ist das so eher die zweistündige Qual der Woche?

Lennox Noack: Also ich habe ein Interesse an Geschichte und eigentlich auch an der DDR. Denn ich finde es gut, wenn man aus der Gegend der früheren DDR kommt, dass man sich auch mit der örtlichen Geschichte auskennt. Es kommt immer schlecht rüber, wenn mal ein Urlauber danach fragt und man nicht Bescheid weiß, das macht keinen guten Eindruck. Bei Geschichte ist der Schule ist es wie bei jedem Fach, es gibt gute und schlechte Themen, die einen mal mehr oder mal weniger interessieren. Für mich ist die DDR ein Thema, das ich weniger interessant finde als zum Beispiel die NS-Zeit.

Leander Jakschik: Bei mir ist Geschichte mein schlechtestes Fach, da bin ich nicht besonders gut. Allerdings finde ich grundsätzlich die Fakten schon spannend, wenn man die in irgendeiner Verbindung sieht. Ich fänd es sehr schade, wenn ich gar kein Geschichtswissen hätte, aber das bekommt man ja auch allgemein so bisschen mit. Zum Begriff Nachwendekind: Rein faktisch bin ich ein Nachwendekind, aber ich würde mich nicht so bezeichnen. Denn dann müsste ich alle historischen Ereignisse, die es bis jetzt so gab, vor meinen Namen setzen, das wäre dann bisschen übertrieben.

Melisa Sturies: Ich finde schon, dass Geschichte eine Bedeutung hat, be-

sonders weil die Vergangenheit interessant sein und einem auch viel mitgeben kann. Deshalb interessiere ich mich dafür, was war, bevor es uns alle gab, und wie es dazu kam, wie es jetzt ist.

Jessica Gerber: Ich muss auch sagen, Geschichte ist nicht mein allerbestes, sondern mein schlechtestes Fach. Aber ich interessiere mich trotzdem dafür, wie die Menschen früher gelebt haben. Man muss schon bisschen die Vorgeschichte kennen, um zu wissen, warum wir heute so leben.

Silke Klewin: Ich überlege gerade, warum ihr, obwohl ihr so schlaue Köpfe seid, schlecht in Geschichte seid. Vielleicht machen wir etwas falsch, ist es unspannend, wie der Unterricht gestaltet wird oder wie die Themen aufbereitet sind? Habt ihr nebenbei einen Tipp, wie wir euch besser erreichen oder ob die Methodik anders sein sollte?

Jessica Gerber: Manchmal liegt es auch an den Lehrer_innen, weil sie den Unterricht bisschen langweilig gestalten. Manchmal auch daran, dass wir immer nur das gleiche Thema behandeln wie zum Beispiel bei uns in der neunten Klasse, da hatten wir, warum auch immer, das ganze Schuljahr nur den Zweiten Weltkrieg, nichts anderes – weder über die DDR noch sonst irgendwas anderes. Da wird der Unterricht schon etwas langweilig.

Jakob Böttcher: Ich würde auch sagen, Geschichte ist ein sehr großes Thema. Im Lehrplan steht eben, dass man viele Sachen abarbeiten muss. Da bleibt, denke ich mal, keine Zeit, um sich intensiv mit bestimmten Themen zu beschäftigen. Ich interessiere mich auch für Geschichte, aber nicht minutiös für jedes Thema. Und ich schaue mir auch nicht alles dazu an. Ich denke, solange der Lehrplan verlangt, dass man einen Überblick haben muss, lässt sich das Fach Geschichte nicht für jeden ansprechend gestalten.

Leander Jakschik: Geschichte ist bei mir das Fach Nummer eins, wo ich einfach nur auswendig lerne und nach der Arbeit wieder alles vergesse. Zumindest im Schulfach. Wenn ich Geschichte in irgendwelchen Museen sehe, dann merke ich mir davon schon die Sachen, die mich interessieren, weil ich dann eine Verbindung zur aktuellen Zeit herstellen kann.

Melisa Sturies: Ich finde auch, dass man den Unterricht in Geschichte nicht ganz so bunt gestalten kann und man deshalb durch Dokumentationen oder Museen eine bessere Vorstellung bekommt.

Silke Klewin: Jetzt möchte ich noch einen anderen Aspekt in den Blick nehmen. Wie ist eure Einschätzung: Unterscheidet sich Ostdeutschland von anderen Regionen der Bundesrepublik?

Jakob Böttcher: Faktisch gibt es eine Menge, was man dazu aufzählen kann.

Zum Beispiel sind die Löhne und die Renten ja im Schnitt niedriger. Ich denke, das ist auch dem geschuldet, dass die Wende zu schnell vollzogen wurde, also dass zwei Staaten, die sich über 40 Jahre unterschiedlich entwickelt haben, innerhalb kurzer Zeit zusammengeführt werden mussten bzw. der eine in den anderen, ich sage jetzt mal: eingegliedert wurde. Es wird immer gesagt, es müsse angeglichen werden, aber es gibt ja bis heute viele Probleme hier, wir haben den Strukturwandel, auch demografische Sachen, darin unterscheidet sich unsere Region heute ziemlich von westdeutschen Regionen der Bundesrepublik.

Silke Klewin: Fühlst du dich denn als Ostdeutscher?

Jakob Böttcher: Das ist schwierig. Geografisch gesehen schon, aber ich würde mich eher als Deutschen sehen oder als Europäer, je nachdem. Aber ich betone das nicht, denn meine Familie ist ja nicht richtig gut hier verwurzelt, sie kommt eher aus dem Westen. Deshalb bin ich auch nicht so dazu erzogen worden, mich ostdeutsch zu fühlen.

Silke Klewin: Das würde mich auch bei euch anderen interessieren, ob ihr euch als Ostdeutsche fühlt.

Lennox Noack: Ich fühle mich auch nicht als Ostdeutscher, sondern eher als Deutscher an sich, denn ostdeutsch ist auch ein negativ konnotierter Begriff, den man, zumindest ich, viel mit Rassismus und Fremdenhass verbindet.

Leander Jakschik: Mir kommt es auch nicht so sehr in den Sinn, dass ich mich als Ostdeutscher fühlen würde. Eher als Deutscher. Meine Schwester hat mal erzählt, als sie bei Seminaren war, wo auch Leute aus Westdeutschland teilnahmen, dass ihr das da schon bewusster geworden ist. Vielleicht hatte ich einfach noch nicht so viel mit Leuten aus Westdeutschland zu tun. Derzeit fühle ich mich nicht so, als müsste ich das unterscheiden.

Melisa Sturies: Ich würde mich auch nicht als Ostdeutsche bezeichnen, da ich persönlich mit dem Begriff ostdeutsch sehr viel mir der rechten Szene, auch Rassismus verbinde. Natürlich ist es nicht bei jedem so, aber wenn man auf Instagram in den sozialen Medien ist, dann nutzen viele diesen Begriff, um sich in der rechten Szene hochzupuschen. Deshalb würde ich mich nicht als Ostdeutsche bezeichnen, sondern auch mehr als Deutsche oder deutsch-albanisch, weil mein Vater aus einem anderen Land kommt.

Jessica Gerber: Ich würde mich auch nicht als Ostdeutsche bezeichnen, ich wäre eher deutsch oder russlanddeutsch, da meine Eltern aus Russland kommen. Wenn ich von Menschen gefragt werde, die jetzt nicht unbedingt aus Ostdeutschland kommen, und ich sage, dass ich aus Sachsen in Ostdeutsch-



Frage aus dem Publikum

land komme, da meinen sie so: ‚Ach in Sachsen, da sind ja nur Nazis.‘ Und ich sage mal, in manchen Aspekten stimmt es schon, dass hier viele Nazis leben. Aber das hat letztlich nichts mit Ostdeutschland zu tun, denn wenn diese Menschen hierhergezogen sind, dann ist es halt so. Es könnte auch sein, dass sie aus dem Westen kommen. Aber trotzdem sehen die meisten Menschen etwas Schlechtes in Ostdeutschland. Ich muss sagen, es sind eigentlich beide gleich, Deutschland ist halt Deutschland.

Silke Klewin: Jetzt bin ich mir nicht sicher, ob ihr wirklich repräsentativ seid für all die Jahrgänge 2005 bis 2007. Erlebt ihr denn im Alltag, in der Schule, dass Ostdeutschland für manche eurer Kolleg_innen etwas Besonderes ist?

Jakob Böttcher: Man sieht manchmal gerade sehr junge Menschen, die die DDR gar nicht erlebt haben, die irgendwelche Sachen anhaben, wo dann mit Frakturschrift „Ostdeutschland“ draufsteht. Da finde ich, sieht man ganz deutlich, dass sie von ihren Eltern indoktriniert oder bearbeitet werden und dass sie ein verzerrtes Bild davon haben. Ich denke, es gibt viele Menschen, die sich als ostdeutsch identifizieren, aber nicht auf so einer Grundlage wie Menschen, die die DDR wirklich erlebt haben.

Silke Klewin: Könnt ihr alle von solchen Erlebnissen berichten? Lennox, deine Eltern fühlen sich doch sicher als Ostdeutsche und haben bestimmt Einstellungen, wo man sagen kann, man fühlt sich anders, tickt anders.

Lennox Noack: Meine Eltern fühlen sich eher nicht als Ostdeutsche. Ich würde den Begriff „Kinder der DDR“ bevorzugen, damit es neutral im Sinne von Rassismus und Fremdenhass ist. Und ob sie ostdeutsch ticken? Einen Unterschied zwischen ostdeutsch und westdeutsch ticken, das gibt es bei uns in der Familie nicht, nein.

Leander Jakschik: Ich habe für mich Ostdeutschland oder Ostdeutscher sein für mich nicht wirklich definiert. Deswegen finde ich es schwierig einzuschätzen, inwiefern das bei irgendwelchen Menschen zutrifft oder nicht. Die Unterschiede müssen ja nicht nur durch ostdeutsch oder westdeutsch begründet sein, sie können ja auch viele andere Ursachen haben. Deshalb ist es schwierig, das zu erkennen.

Silke Klewin: Ich freue mich außerordentlich über eure Antworten, denn gestern begann ein Podium mit der Ansicht, dass ostdeutsch und westdeutsch gar keine Rubrizierungen mehr sind, doch dann hebelten viele weitere Erzählungen das wieder aus. Und mir passiert es sehr oft, dass ich gefragt werde, ob ich von da oder von da komme. Vielleicht gibt es ja aber auch einen Hoffnungs-schimmer, dass wir das bald überwunden haben.

Ihr habt vorhin einige besondere Kennzeichen der Region angeschnitten. Habt ihr denn Ideen, was das Demokratiebewusstsein im Land stärken könnte? Wir versuchen das ja mit unserer Gedenkstättenarbeit. Es gibt hier den ehemaligen Stasiknast, der jetzt noch nicht so euer Interesse gefunden hat. Man muss ja auch nicht zwingend eine Gedenkstätte besuchen. Aber wie können wir denn in der Stadt irgendwas gegen diese Phänomene tun, die ihr gerade benannt habt, wie kriegen wir mehr Demokratie hin bei uns in der Region – habt ihr da eine Idee?

Leander Jakschik: Ich muss erst mal sagen, dass mich die Gedenkstätte schon interessiert. Und ich denke, dass solche Projekte gut sind, auch so was wie hier das Bautzen-Forum finde ich spannend. Die Frage ist, wie man dann die Jugendlichen bekommt, die sich dafür nicht interessieren und die eher in ihren Mustern bleiben bzw. das vertreten, was sie von ihren Eltern gesagt bekommen. Ich glaube, dazu kommt auch, fällt mir zumindest auf, dass in den Medien häufig so eingeteilt wird. Und wenn man dann den Ostdeutschen die ganze Zeit erzählt, dass sie Ostdeutsche sind, dann fühlen sie sich ziemlich sicher auch so.

Silke Klewin: Seht ihr das auch so?

Melisa Sturies: Ich würde mich der Meinung anschließen, dass die meisten Jugendlichen nur von den Eltern etwas erfahren und sich dieser Meinung ganz stark anschließen. Das merkt man auch wirklich sehr stark in unserer Stadt. Da sieht man schon, wo die Gruppen stehen, also wer jetzt wie zu etwas steht.

Jessica Gerber: Ich sehe auch sehr oft auch in der Stadt, wie Jugendliche mit ihren „Ostdeutschland“-Pullovern rumlaufen, wie sie sich auf Instagram präsentieren: ‚Wir sind Ostdeutsche, Ostdeutschland ist das Beste‘ und so. Es geht aber nicht, dass wir die anderen Seiten wie zum Beispiel Westdeutschland so in den Schatten stellen. Und es ist schade, dass sie letztendlich eher von den schlimmeren Dingen angezogen werden. Ich habe auch Freunde in meinem Freundeskreis, die so sind, aber sie kennen es halt von ihren Eltern so und haben sich selbst nie wirklich aufgeklärt über die DDR.

Silke Klewin: Das finde ich jetzt total spannend, kannst du das noch mal genauer erklären? Was ist denn dann genau an Ostdeutschland besser? Was wird denn da an Argumenten angeführt?

Jessica Gerber: Fußball ist natürlich ein ganz großes Wort. Deren Meinung ist, Dynamo seien die Besten in ganz Deutschland, immer nur Dynamo, ‚Ostdeutschland kann am besten Fußball spielen‘. Sehr oft höre ich auch: ‚Der Osten feiert am besten‘, ‚Im Osten gibt’s den besten Alkohol‘ und so was. Es gibt sehr viele Argumente, die mir aber jetzt nicht alle einfallen.

Silke Klewin: Okay, ich beginne besser zu verstehen. Könnt ihr noch ergänzen? Was habt ihr für Argumente gehört?

Jakob Böttcher: Ich würde sagen, dass der Osten auf jeden Fall besser ist, als er dargestellt wird. Er muss ja jetzt nicht unbedingt besser als der Westen sein, kann er natürlich sein, das will ich nicht bewerten. Aber ich würde sagen, in den Medien wird er schlechter dargestellt, als er wirklich ist, auch in Dokumentationen wird gesagt, in der DDR gab es dies und das, was gut war, aber im Hintergrund hat immer die Stasi gelauert und die einfachen Bürger_innen ausspioniert. Das finde ich problematisch. Man könnte vielleicht ein Problem lösen, wenn man zum Beispiel im Bildungssystem was verändern würde, zum Beispiel dass der Osten im Geschichtsunterricht nicht immer so dämonisiert wird teilweise. Dann hätten die Jugendlichen nicht diesen Konflikt, ob Schule oder die Eltern recht haben. Wenn die Schule zeigen würde, dass der Osten auch seine guten Seiten hatte, dann würden die Eltern auch mehr dahinterstehen und die Schüler_innen würden nicht so eine Ablehnung gegenüber dem Schulstoff oder auch dem Staat entwickeln.

Melisa Sturies: Ich denke, die meisten, die sich so sehr ostdeutsch fühlen, haben das gar nicht anders von den Eltern gehört oder erfahren. Denn weil die DDR früher zu war und es Reiseverbote gab, kam man ja auch nicht in Kontakt mit anderen Kulturen. Diese werden jetzt von diesen Jugendlichen eher negativ gesehen. Wenn jemand aus einem anderen Land kommt, wird er direkt negativ abgestempelt. Die DDR war zu und jetzt wollen sie fremde Kulturen hier in „ihrem“ Ostdeutschland auch nicht sehen und tragen diese Meinung nach außen.

Silke Klewin: Ich habe noch mal eine Frage zum Thema Montagsdemos. Montagsdemos waren im Herbst 1989 ja das Mittel, mit dem das SED-Regime letztlich gestürzt wurde. Jetzt gibt es überall – seit Jahren ja schon – Montagsdemos, zunächst von Pegida, später mit allen möglichen Aufrufen. Ganz aktuell gibt es auch einen Aufruf von den Linken, dass gegen die Gasumlage ebenfalls montags demonstriert werden soll. In meiner Generation regt das sehr viele auf. Ist das für euch auch ein Aufreger, dass man Geschichte nutzt und das historische Erbe beschmutzt, degradiert – so sind manchmal die Argumente. Auch in Bautzen gibt es ja die Montagsdemos, wo sich inzwischen ein Konglomerat bildet, sodass in einem Demonstrationzug jetzt bis zu sieben Themen eine Rolle spielen, die dann mit Russlandfahnen enden. Ist das für euch ein Aufreger?

Melisa Sturies: Ich finde, dass man Demonstrationen an sich, wenn es friedlich geschieht, gar nicht als etwas so Negatives betrachten sollte. Aber da in die Demonstrationen hier in Bautzen sehr viele andere Themen mit reingesteckt werden, kommt es zu sehr negativen Reaktionen.

Jessica Gerber: Da muss ich schon zustimmen, ich bekomme jeden Montag diese Demonstration mit, da ich mitten in der Stadt wohne. Es gab eine Zeit, da waren diese Demonstrationen so schlimm, das kann man sich gar nicht vorstellen. Was ich nicht verstehe, in anderen Städten sind auch diese Montagsdemonstrationen. Aber sie wurden damals in den Zeitungen, in den Medien nie erwähnt. Sondern immer nur Bautzen, Bautzen, Bautzen. Ich finde es auch nicht so besonders toll, dass sie das an einem Montag machen, da sich die Menschen früher auf den Montagsdemonstrationen eher für Freiheit, für eine bessere Zukunft einsetzten. Und jetzt werden einfach irgendwelche Dinge, die jetzt gerade in den Medien sind, für eine neue Demo genutzt. Also ich finde es nicht so toll.

Silke Klewin: Eure Meinung noch dazu?

Lennox Noack: Der Begriff Montagsdemos hat ja schon bisschen Kultur. Lo-



Melisa Sturies

gisch betrachtet kommt man mit der Formulierung einfach am besten, wenn man den Standpunkt der Demonstration mal nicht beachtet. Die Formulierung Montagsdemos generiert einfach Aufmerksamkeit, weil früher damit das Regime gestürzt wurde.

Leander Jakschik: Für mich war Montagsdemos ein recht neuer Begriff, ich habe erst im Vorgespräch zu dieser Podiumsdiskussion erfahren, dass er eine historische Bedeutung hat. Das passt ja auch zu der Frage, ob Geschichte für uns wichtig ist. In dem Fall fand ich es sehr interessant herauszufinden, dass es in der DDR Montagsdemos gab und die so genannt wurden. Für mich waren die heutigen Demos einfach welche, die eben immer montags stattfinden. Da ich von den früheren nichts wusste, hat es mich auch nicht wirklich aufgeregt, dass sie jetzt wieder so heißen.

Jakob Böttcher: Ich habe keine abschließende Meinung dazu. Ich kannte den Begriff schon vorher. Man kann einerseits sagen, damals wurde für einen besseren Staat demonstriert, andererseits machen das die Demonstranten ihrer Meinung nach ja heute genauso, sie demonstrieren für einen aus ihrer Sicht besseren Staat. Ich finde aber auch, dass es den historischen Begriff entwertet.

Denn ich kenne Montagsdemos als Ruf nach Freiheit, damals. Und jetzt werden andere Themen angesprochen, die so erst einmal nicht direkt etwas damit zu tun haben. Ich bin aber auch nicht genug drin, um da eine Meinung zu haben.

Silke Klewin: Jetzt bin ich mit meinen Fragen schon durch. Die Jugendlichen kommen besser auf den Punkt als manche Erwachsene. Deshalb haben Sie jetzt die Chance, alle Ihre Fragen loszuwerden, und Sie haben ein kompetentes Podium vor sich.

Diskussion

Pia Heine aus dem Publikum: Wir haben gestern schon darüber gesprochen, dass wir als ältere Generation immer diskutieren, was Jugendliche vermeintlich wollen und brauchen, aber wir zu wenig mit ihnen sprechen. Deshalb vielen Dank, dass ihr alle da seid. Frau Klewin hat vorhin schon gefragt, woher ihr euer Wissen nehmt, da ist jetzt Instagram gefallen, da sind Filme, Reportagen genannt worden. Welche Formate würden euch denn am meisten ansprechen? Ihr habt alle gesagt, Geschichte interessiert euch, den einen mehr, den anderen weniger, außerschulische Bildung in Gedenkstätten oder Museen interessiert euch auch. Aber welche Kanäle würdet ihr euch wünschen, wie könnten diese Orte euch mit ihren Informationen am besten erreichen? Abgesehen von der Schule, in der Freizeit?

Jessica Gerber: Es wäre gut, wenn zum Beispiel mal eine Veranstaltung organisiert wird, wo mehrere, ganz verschiedene Zeitzeug_innen ihre Meinung zur DDR sagen würden. Man müsste sich wirklich die Ansichten vieler Leute anhören, die diese Zeit miterlebt haben, damit man sich eine eigene Meinung bilden kann. Denn durch Social Media kann jeder das und das und das sagen, aber es können auch viele Lügen dadurch verbreitet werden und vieles kann man auch falsch verstehen. Deshalb würden Zeitzeug_innen wirklich viel bringen.

Melisa Sturies: Ich denke auch, verschiedene Meinungen von Zeitzeug_innen zu hören, sodass man unterschiedliche Einsichten bekommt, wie sieht die eine Person das, wie sieht es die andere, das würde etwas bringen. Auch Besuche an verschiedenen Gedenkorten, damit man es auch noch mal bildlich hat, wie sah es aus, wie haben die Menschen gelebt.

Lennox Noack: Ich kann mich nur anschließen. Im Internet müssten solche Formate immer informativ und authentisch sein, damit man auch wirklich In-

formationen zur Theorie bekommt, die dann durch die Zeitzeug_innen untermauert werden, sodass man vom theoretischen und vom praktischen Standpunkt her beiderseits bestätigt wird.

Jakob Böttcher: Ich fände es gut, wenn Dokumentationen oder Reportagen nicht voreingenommen wären. Man hat ja sehr oft dieses: ‚Der Westen war besser, die DDR wurde aus dunklen Fängen befreit.‘ Dazu müsste es eine Alternative geben. Wenn man die ganze Zeit nur sieht, wie schlecht der Osten war, dann ist das mir nicht neutral genug.

Leander Jakschik: Ich fand die Ausstellung an der Berliner Mauer ganz spannend. Wir hatten da bei einer Klassenfahrt mal eine Führung. Das wäre jetzt zwar wieder schulisch, aber die Führung gibt es ja auch außerhalb der Klassenfahrt. Ich glaube, kleinere Ausstellungen wären gut, wo es nicht so ein großer Akt ist, da teilzunehmen, weil Jugendliche sonst wahrscheinlich nicht freiwillig hingehen würden. Ich war bisher meist mit meinen Eltern bei so was, es hängt also auch von den Eltern ab, ob man zu so was mit hingeschleift wird oder nicht. Im Nachhinein fand ich es immer gut, aber davor wäre ich nicht freiwillig hingegangen. Bei Veranstaltungen wie so einem Zeitzeug_innengespräch ist auch wieder die Frage, wie erfährt die Jugend davon. Wahrscheinlich gibt es so etwas häufig, aber ich zumindest kriege davon nichts mit.

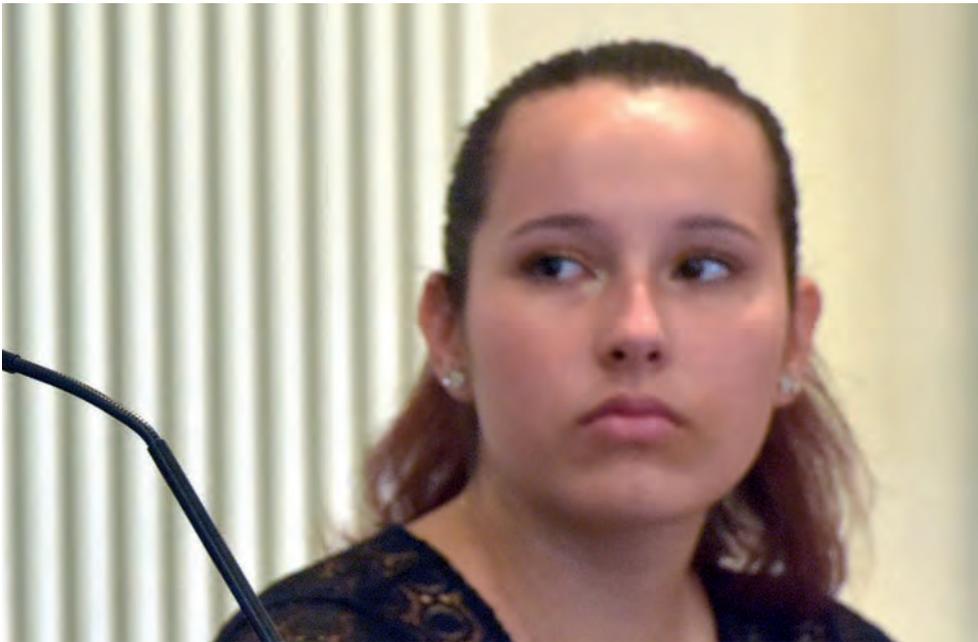
Pia Heine aus dem Publikum: Das war das Ziel meiner Frage. Ihr interessiert euch generell dafür, auch für Zeitzeug_innenformate, die es ja durchaus gibt, aber auf welchen Kanälen würde euch die Information darüber am besten erreichen? Das ist für viele hier, die in diesem Bereich arbeiten, das Problem. Sie schicken Briefeinvladungen, versenden Einladungen über einen E-Mail-Verteiler. Aber wenn man jetzt gar keinen Bezug dazu hat, wie würde man euch am besten erreichen?

Jessica Gerber: Über die sozialen Medien sind die meisten Jugendlichen erreichbar, über Instagram, über die Nachrichten vielleicht auch mal, wenn etwas Kleines dazu gesagt würde.

Melisa Sturies: Ich denke auch, besonders über Instagram, weil man sich da auch sehr schnell einen Account erstellen kann, der öffentlich ist. Das heißt, jeder sieht es, jeder hat ganz schnell ganz viele Informationen zu wie, wann und wo.

Leander Jakschik: Für mich ist es hauptsächlich, wenn ich persönlich angesprochen werde. Das passiert eben meist nur über die Eltern. Ansonsten sehe ich, das irgendwas ist, und denke: „okay, spannend“.

Jakob Böttcher: Ich bin auch ein Freund der Idee, es über Social Media zu



Jessica Gerber

verbreiten, weil da sehr viele junge Leute sind, auch hier aus der Region. Man muss ja die Leute nicht immer direkt zu etwas einladen, es ist auch interessant, wenn man Fakten oder so präsentiert und man kann es sich durchlesen. Wenn man das immer mal wieder macht, dann reicht das schon, damit ein anderes Bild vermittelt wird. Und dann ab und zu mal eine Veranstaltung. Es geht sehr einfach und sehr schnell.

Silke Klewin: Da muss ich auch mal Selbstkritik üben, bei uns ist noch viel Luft nach oben. Wir haben als Stiftung tatsächlich einen Twitteraccount mit ich glaube 24 Followern. Es kann auch daran liegen, dass wir noch üben müssen, wie man damit arbeitet. Aber danke.

Jakob Böttcher: Ich denke, Instagram hat da auch noch ein größeres Publikum als Twitter.

Leander Jakschik: Ich empfinde Twitter hauptsächlich als unseriös und würde da jetzt nicht unbedingt nach Accounts von Gedenkstätten suchen, um herauszufinden, was die für Veranstaltungen anbieten.

Silke Klewin: Danke! Womit wieder bewiesen wäre, dass wir viel voneinander

lernen können. Hier war eine Frage.

Frage aus dem Publikum: Ich fand es toll, dass Sie fünf sagen, Sie haben nicht viel Hintergrund, aber trotzdem hier sitzen. Ich möchte an Frau Klewins Frage dazu anschließen, was Ihnen zu DDR einfällt. Sie wissen ja sicher, dass es 40 Jahre lang diesen Staat in Ostdeutschland gab. Was meinen Sie, warum war der so plötzlich zu Ende, wie kam das? Was wissen Sie darüber?

Melisa Sturies: Also der erste Gedanke, der mir in den Kopf käme, wäre, dass die Menschen wieder ein offenes Deutschland haben wollten und ihre Rufe danach laut wurden. Sie wollten auch reisen und andere Kulturen kennenlernen oder andere Lebensmittel, die es im Westen gab, aber im Osten nicht.

Jakob Böttcher: Das Ganze war auch Teil von etwas Größerem, dieser Kampf Sozialismus gegen Kapitalismus. Es war klar, dass da irgendwann jemand verlieren musste, weil sich diese Blöcke gegenüberstanden. Auch hatte sich der Staat einfach übernommen. Irgendwann war es wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten vielleicht abschbar, dass es nicht so weitergehen kann.

Jessica Gerber: Ich würde denken, dass zum Beispiel die Menschen, die im Westen lebten und ihre Familien im Osten besuchen wollten, nicht nur immer irgendwelche Papiere ausfüllen wollten, wenn sie sie mal sehen wollten, sondern einfach anrufen und sich auf den Weg machen, als Überraschung. Die Menschen wollten einfach frei und nicht durch eine Mauer voneinander getrennt sein.

Leander Jakschik: Hätte ich in der DDR gelebt, hätte ich es wahrscheinlich am schlimmsten gefunden, dass da einfach eine Mauer gebaut wird und ich nicht so einfach aus dem Land herauskomme. Wenn man dann auf der anderen Seite den Westen, wo ja die US-amerikanische Devise galt, dass dort das Leben super ist und man sich den amerikanischen Traum verwirklichen kann, dann gibt es natürlich Spannungen. Und ich denke, das hat sich mit der Zeit einfach weiterentwickelt. Das gab es ja immer, aber irgendwann ist es eben zum Umbruch gekommen.

Jessica Gerber: An unserer Schule findet jedes Jahr eine Französischfahrt statt. In der letzten Stunde hat uns unsere Lehrerin erzählt, wie sie und ihre Freundin aus Frankreich sich kennengelernt haben. Sie sagte, es war so eine Art Loseziehen, die Lehrerin aus Frankreich hat den Namen unserer Lehrerin gezogen und gesehen, die kommt aus Ostdeutschland. In ihrer Vorstellung, wie sie es immer auf Bildern gesehen hatte, war Ostdeutschland grau und traurig. Deswegen wollte sie es dann selbst kennenlernen und hat sich sehr dafür interessiert. Das fand ich schön.

Lennox Noack: Zur Frage, warum sich die Spannungen aufgebaut haben: Ich glaube auch, dass die Mauer der ausschlaggebende Punkt war, denn wenn sich ein Volk auf zwei Teile aufteilt und der eine Teil gezwungen ist, dort zu bleiben, und sich nicht aussuchen kann, wo er eigentlich leben will, das ist nicht optimal.

Leander Jakschik: Es gab ja auch einen Grund dafür, dass die Mauer gebaut wurde, nämlich dass die Menschen aus der DDR flüchteten. Das spricht ja schon dafür, dass sie unzufrieden waren, denn warum sollte man sonst seine Heimat verlassen, wenn man nicht wegmuss oder unbedingt will.

Frage aus dem Publikum: Ich habe einen kleinen Tipp für Sie. Es gibt ein großartiges Buch, das heißt „Unerkannt durch Freundesland“, und dazu auch einen Film. Man konnte nicht nach dem Westen reisen, zumindest ich nicht, aber ich konnte nach Osteuropa bis ans Schwarze Meer fahren, über die Dörfer. Die Karpaten sind genauso ein Gebirge wie irgendwo anders auf der Westseite. Es ist ein Riesenspaß zu lesen, wie man mit einem Konsumausweis, Pionierausweis oder Deutsch-sowjetische-Freundschaft-Ausweis, man hatte da ein ganzes Spektrum, über die Grenzen kam, an der Polizei vorbei und vieles mehr. Besonders auch diesen Film kann ich Ihnen empfehlen. Man konnte reisen, aber nicht ins westliche Ausland. Wer konnte, das waren in der Regel Privilegierte, die dann hinterher auch berichten konnten, sollten, mussten, da konnte man in der DDR natürlich sehr gut leben. Aber die Aufenthalte in Osteuropa waren mehr als genial und eine großartige Vorbereitung auf die späteren Aufenthalte und Reisen nach der anderen Seite. Also dieses Buch – großartig, dieser Film – großartig. Sie haben viel Spaß und lassen alle Instagram-Accounts liegen.

Silke Klewin: Danke für die Anregung. Gibt es noch weitere Fragen?

Frage aus dem Publikum: Das eine ist Eigenwerbung: Unser Instagram-Account der Gedenkstätte Bautzen lautet „Stasiknast verstehen“ und ist entwicklungsfähig. Schauen Sie mal drauf und leiten ihn weiter: Wir versuchen dort mit spielerisch-theatralischen Mitteln uns dem Thema anzunähern. Gemacht wird er von einer FSJlerin und Menschen in ihrer Alterssituation. Was mich interessiert, belastet Sie die aktuelle Situation mit Blick auf den Krieg in der Ukraine, berührt sie das, haben Sie Ängste für die Zukunft, für ihr Leben?

Melisa Sturies: Das ist ein sehr großes und vielfältiges Thema, bei dem sich die Meinungen sehr spalten. Ich finde es gut, dass Deutschland andere Länder unterstützt, aber ich finde, dass diese Unterstützung meist an die falschen Stellen gerät. Ich habe von der Mutter einer Freundin, die soziale Projekte lei-



Leander Jakschik

tet, gehört, dass das Geld, was Deutschland der Ukraine gibt bzw. die Plätze für die geflüchteten Ukrainer_innen häufig an Leute geraten, die gerade nicht aus den Kriegsgebieten kommen und genügend Geld und die Möglichkeit hätten, das Land allein zu verlassen. Und dass die Leute, die es wirklich dringend nötig haben, die an der Grenze mit einem Rucksack und ihren Kindern sitzen, diese Chance nicht bekommen. Das finde ich sehr schade, aber da gehen die Meinungen ja sehr auseinander.

Jakob Böttcher: Ich finde es auch gut, dass die Ukraine unterstützt wird, dort ist ja Krieg. Aber Russland hat sehr viele Atomwaffen. Deshalb ist meine große Sorge, wenn der Westen oder die Länder, die den Krieg sanktionieren wollen, ein Stück zu weit gehen und nicht vorsichtig genug sind, dass sich Russland irgendwann gezwungen sehen könnte, die Situation noch weiter zu eskalieren. Ich finde, man sollte mit so einem großen und bis an die Zähne bewaffneten Land vorsichtiger umgehen und einen etwas ruhigeren Ton anschlagen.

Leander Jakschik: Für mich ist das Beunruhigendste, dass so viel passieren könnte und dass man nicht weiß, wann und ob und wovon das abhängt. Und dass man etwas falsch machen könnte.

Frage aus dem Publikum: Ich finde es auch gut, dass ihr hier so offene Antworten gebt. Ich selbst bin ein „Vorwendekind“, wurde allerdings so kurz vor dem Mauerfall geboren, dass ich die DDR nicht mehr miterlebt habe. Als Historiker schaue ich auf Deutschland als ein Land, das im 20. Jahrhundert von zwei großen Diktaturen geprägt war, vom Nationalsozialismus und der DDR. Nationalsozialismus war in meiner Kindheit und Jugend das, was im Schulunterricht behandelt wurde, von der DDR habe ich eher im Privaten erfahren. Habt ihr persönlich ein Bild davon, wie diese beiden großen Diktaturen im Verhältnis zueinander gestanden haben könnten und welche schlimmer war? Und welche prägt euer Bild von Deutschland mehr?

Leander Jakschik: Ich finde diese Beschreibung ganz gut. Für mich ist es auch so, dass der Nationalsozialismus im Schulbuch stattfindet und die DDR eher über die Eltern vermittelt wird. Ich denke, das Weltbild von Deutschland ist primär durch den Nationalsozialismus geprägt. Und ich finde auch, dass der Nationalsozialismus wesentlich extremer und radikaler war als die DDR. Irgendwie weiß ich beim Nationalsozialismus auch mehr Bescheid als bei der DDR, weil man das eben in Geschichte so stark durchnimmt. Mir fehlen in meinem Geschichtsverständnis so bisschen die Jahre von Kriegsende bis zu meiner Geburt. Da weiß ich zwar, es gab die DDR und die Wende, aber darüber weiß ich wesentlich weniger als über den Nationalsozialismus.

Jakob Böttcher: Ich denke auch, das Bild von Deutschland in der Welt ist vom Nationalsozialismus geprägt, zumal die Teilung in zwei Staaten ja durch die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg bedingt waren. Was danach kam, die beiden Systeme und das wiedervereinte Deutschland, baut ja darauf auf. Ohne das NS-Regime hätte es die DDR und die BRD nicht gegeben.

Melisa Sturies: Ich finde auch, dass der Nationalsozialismus viel prägender war und für mich ein viel stärkeres Thema als die DDR ist, weil er so viel in den Geschichtsbüchern vorkommt. Die DDR wird ja eher durch private Erzählungen vermittelt und erscheint deshalb etwas abgeschwächt.

Jessica Gerber: Da stimme ich zu.

Frage aus dem Publikum: Ich bin auch in schulischen Kontexten unterwegs. Es gab vorhin die Aussage zum Geschichtsunterricht, ob die Eltern oder die Schule recht haben, also die Lehrkräfte mit ihren Geschichtsbildern, mit ihrem Blick auf die DDR. Da horche ich natürlich sehr aufmerksam hin, denn wenn wir uns an den Staatsbürgerkundeunterricht und an den Geschichtsunterricht zu DDR-Zeiten erinnern, dann wissen wir, dass es so eine Abendbrotmeinung von den Eltern gab, die aber in der Schule nichts zu suchen

hatte. Es wäre natürlich für demokratische Bildungsprozesse heute höchst problematisch, wenn sich so etwas wieder einschleifen würde: dass es Meinungen und DDR-Geschichtsbilder gibt, die zu Hause offen diskutiert werden, aber im Unterricht nichts zu suchen haben; und dass Lehrkräfte dann entsprechend Schüler_innenleistungen nach den Geschichtsbildern bewerten, die sie ausgeben. So soll ja pluralistisch gedachter Geschichtsunterricht eben nicht sein. Sondern bei der Frage, haben die Eltern oder die Lehrer_innen recht, ist ja eigentlich die Antwort: Beide haben recht und beide nicht recht – die Frage der Perspektivität. Wie sehr zerreißt es euch zwischen diesen beiden Meinungen?

Silke Klewin: Danke für die Anmerkung! Wer möchte etwas dazu sagen?

Lennox Noack: Ich finde es problematisch, weil man in eine Zwickmühle kommt und nicht weiß, was man glauben soll, ob es im Lehrbuch richtig ist oder so, wie die Eltern es erzählen. Bei der Sache ist ein Lösungsvorschlag wirklich schwer zu finden, weil die Leute es eben auch miterlebt haben. Was man dagegen machen könnte, ist nur, sich außerhalb der Schule zu informieren, auch andere Quellen zu nutzen.

Jakob Böttcher: Ich finde es ganz schwierig, sich eine abschließende Meinung über die DDR zu bilden, denn es gibt so unheimlich viele Aspekte, Facetten und auseinandergehende Meinungen, dass man nicht sagen kann, die DDR war gut oder sie war schlecht.

Leander Jakschik: Ich finde auch, das Spannende an den Gesellschaftswissenschaften ist, dass es eben kein richtig oder falsch gibt. Es müssten mehr Blickwinkel umfassender beleuchtet werden, damit man auch versteht, warum manche Leute die Meinung haben und andere die.

Melisa Sturies: Also ich denke, dass die Eltern in ihren Erzählungen mehr ins Detail gehen und dadurch Dinge vielleicht kritischer betrachten.

Jessica Gerber: Und ich denke, dass manche Eltern versuchen, es nicht ganz so schrecklich zu erzählen, um ihren Kindern keine Angst zu machen. Die Schule geht da schon etwas präziser vor und zeigt schreckliche Bilder von der DDR, die zum Beispiel die Eltern nicht zeigen würden, auch weil sie vielleicht einfach nicht über diese Zeit reden wollen, wenn sie für sie schlimm war.

Frage aus dem Publikum: Mein Respekt, ich bin wirklich beeindruckt, wie ihr euch hier zum Geschichtsunterricht äußert und wie mutig und durchdacht eure Antworten sind. Ich muss aber auch sagen, Asche auf mein Haupt, ich war selber 38 Jahre Geschichtslehrerin und weiß, dass es nicht immer das Lieb-



Silke Klewin

lingsfach ist. Ihr habt gesagt, ihr bekommt sehr viele Informationen über den Nationalsozialismus, ihr seid teilweise über die DDR informiert. Natürlich spielt das soziale Umfeld, in dem ihr aufgewachsen seid, wenn ihr zum Beispiel in Gedenkstätten „gezerrt“ werdet, alles eine Rolle. Aber was mich bewegt, ist eine Frage, die ich auch sehr ernst meine. Ihr wollt umfassend informiert sein, ihr möchtet die DDR einschätzen. Ihr sagt selber, man kann nie sagen, das ist gut, das ist schlecht. Aber was wissen wir denn eigentlich über die Bundesrepublik zwischen 1949 und der Wende? Ich frage das ganz bewusst, weil ich seit nicht allzu langer Zeit in Bayern lebe und schockiert bin über das Geschichtswissen der Bayern über die DDR und andererseits auch über mein Wissen über die Bundesrepublik. Deshalb lese ich jetzt und lese und lese. Euch könnte es erspart bleiben, dass ihr mal mit über 60 sagen müsst, wir wissen über die NS-Zeit Bescheid und auch bissel über die Wende, aber über das Stück Geschichte dazwischen wissen wir nicht viel. Wenn ihr euch für den Lehrplan Geschichte etwas wünschen dürft, was müsste dann unbedingt drin sein, damit ihr objektiv die Vergangenheit, aber auch die Gegenwart beurteilen könntet.

Jessica Gerber: Ich finde, man müsste natürlich die NS-Zeit mit drin haben, weil sie so prägend war. Aber ich finde auch, man müsste viel über die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Wende sprechen. Auch die Zeit nach der Wende bis jetzt müsste im Lehrplan eine Rolle spielen. Denn viele wissen nicht, was in der Zeit passiert ist. Über so was sollte man viel mehr reden.

Melisa Sturies: Man sollte jede Epoche mal kurz anschneiden und dann die NS-Zeit und alles, was danach geschehen ist, um zu sehen, wie sich das weiterentwickelt hat. Aber auch das davor muss man wissen, um zu verstehen, wie es überhaupt dazu kam.

Leander Jakschik: Ich fände es sehr spannend, die DDR und die BRD mal parallel zu betrachten, weil ich auch denke, dass in unserem Geschichtsunterricht hauptsächlich die DDR behandelt wird. Wahrscheinlich werden die neueren Ereignisse deshalb nicht so sehr drangenommen, weil der Lehrplan chronologisch vorgeht, was ich an sich logisch finde. Aber dann ist am Ende des Schuljahres keine Zeit mehr und das Thema fällt weg. Ich denke, dass deswegen zu DDR und nach der Wende auch häufig das geschichtliche Wissen fehlt. Und wenn die DDR drankommt, wird die BRD tatsächlich nicht so betrachtet im Unterricht.

Jakob Böttcher: Ich kann mich dem nur anschließen, so ein Vergleich wäre gut, auch dass wirklich darauf geachtet wird, dass es nicht einseitig ist. Man sollte gute und schlechte Facetten von BRD und DDR erfahren, aber nicht alleingelassen werden mit dem Thema. Sonst hört man sich was zu DDR an, aber man hat auch nicht wirklich in jedem Fall eine differenzierte Meinung dazu. Vielleicht muss man sich dazu noch selbst informieren. Sonst traut man sich gar nicht, sich eine Meinung zu bilden. Das Naheliegendste wäre ein Vergleich mit dem anderen deutschen Staat.

Lennox Noack: Ich muss auch sagen, die Parallelität von Ost- und Westdeutschland sollte dargestellt werden.

Pia Heine aus dem Publikum: Ihr sagtet, ihr habt eher DDR-Geschichte im Unterricht. Ich habe mein Abitur in der Nähe von Chemnitz gemacht und wir hatten nie DDR-Geschichte, dafür sehr ausführlich die Geschichte der Bundesrepublik. Da hieß es dann offiziell immer, wir haben keine Zeit mehr. Als ich dann auf Lehramt studierte, hatte ich in den Schulpraktika, die ich ableisten musste, auch Klassen, die DDR-Geschichte gerade drangehabt hätten. Aber ich hatte immer das Gefühl, dass die Lehrer_innen Angst hatten, das Thema zu behandeln, weil sie selbst schon älter waren und teilweise zu DDR-Zeiten schon als Lehrer_innen gearbeitet hatten. Habt ihr das Gefühl auch,

dass es da Ängste gibt, den Stoff zu vermitteln, weil Lehrende selber Zeitzeug_innen sind? Vielleicht aus den Erfahrungen der Transformation heraus, wo sich viele zurückgehalten haben, vielleicht auch weil sie Angst hatten, aus dem Schuldienst entlassen zu werden? Und die zweite Frage: Ihr wünscht euch diese Nachwendezeit als Thema. Es wäre auch wirklich wichtig, dass sie Eingang in den Schulkanon findet, weil sie eine sehr wichtige Grundlage dafür ist, Entwicklungen bis heute zu verstehen. Wir sind jetzt hier beim Bautzen-Forum. Ich glaube, wenn ihr jetzt nicht auf dieses Podium eingeladen worden wärt, dann wärt ihr wahrscheinlich nicht hierhergekommen, oder?

Silke Klewin: Es ist ja auch Unterrichtszeit.

Pia Heine aus dem Publikum: Klar, es ist Unterrichtszeit, aber trotzdem die Frage. Wir sind ja in so einer Blase, viele kennen sich, es sind immer die gleichen Leute, die hierherkommen, und wir fragen uns, warum kommen keine jungen Leute, mal abgesehen von der Uhrzeit. Wenn wir das nächste Bautzen-Forum planen: Welches Thema würde euch denn so ansprechen, dass ihr vielleicht auch zu euren Lehrer_innen gehen und fragen würdet: „Können wir nicht mit der Klasse zumindest einen Tag daran teilnehmen?“ Welches Thema aus dem DDR-Kontext würde euch so interessieren, dass wir das auch mal behandeln sollten, was würde euch ansprechen?

Melisa Sturies: Also erst mal, bei Jessi und mir war es nicht so, dass wir eingeladen wurden. Meine Lehrerin hat zuerst jemand anders angesprochen, wir wurden gar nicht gefragt, und dann sind wir auf die Lehrerin zugegangen und haben gefragt, worum es da geht und ob wir da mitmachen können. Besonders bei mir war das Interesse sehr groß. Und weil dann eine andere Person ausfiel, habe ich gefragt, wer noch Lust hätte, und da hat sich meine Freundin Jessi auch schnell gemeldet. Das kam also nicht direkt von den Lehrer_innen. Was war noch mal die Frage?

Silke Klewin: Es waren zwei Fragen. Zum einen, ob ihr merkt, dass eure Lehrer_innen Ängste haben, sich mit der DDR-Thematik zu befassen?

Melisa Sturies: Dankeschön. Also ich denke, weniger Ängste, sondern mehr das Desinteresse, das Thema zu behandeln. Das hört sich jetzt vielleicht hart an, aber ich denke, weil der Lehrplan so voll ist und Lehrermangel herrscht, schafft man es gar nicht, so viel zu nehmen, und lässt dann manches eher ausfallen.

Jakob Böttcher: Bei uns am Sorbischen Gymnasium hatten wir in der zehnten Klasse die eine Geschichtslehrerin, die wollte, dass jeder von uns einen Zeitzeugen interviewt und mit ihm über ein bestimmtes Thema redet. In der elf-

ten Klasse hatten wir den Zeitzeugen Horst Böttge, der aus zeitlichen Gründen in einer Englischstunde vorgelesen hat. Unsere Englischlehrerin war aber, weil sie noch die DDR mitbekommen hat, wahrscheinlich persönlich angegriffen davon. Sie hat uns dann gesagt, wir sollen auf Englisch einen Vortrag halten, nachdem wir einen Zeitzeugen oder eine Zeitzeugin interviewt haben, zu Punkten zum Beispiel, wie das Leben in der DDR und nach der DDR war. Insofern haben unsere Lehrer_innen glaube ich nicht so Angst vor dem Thema, sondern wollen vielleicht nicht, dass ihr „Erbe“ beschmutzt, verallgemeinert oder schlecht dargestellt wird.

Jessica Gerber: Ich würde meiner Freundin Melisa zustimmen, wenn wir jetzt mit einer Lehrkraft zum Beispiel im nächsten Jahr herkommen würden, dann würde mich schon die Zeit nach der Wende interessieren, wie es für die Menschen danach war, so zusammenzuleben.

Silke Klewin: Das finde ich ganz spannend, weil ja die Planung des nächsten Forums ansteht. Könntet ihr euch ganz kurz noch zum Thema äußern: Was würde euch interessieren bei so einem Forum?

Lennox Noack: Mich würden wirklich mal Informationen über das Leben in der DDR aus der ganzen Zeit interessieren, also Vorwende, während der Wende und nach der Wende. Denn ich habe das Gefühl, dass in den Schulbüchern eher die Politik der DDR Vorrang hat, aber das Menschliche, was eigentlich dahinter geschehen ist, unbeachtet bleibt.

Leander Jakschik: Ich bin der Meinung, wir hatten die DDR als Thema nicht, bzw. wenn wir es hatten, dann war es zur Anfangszeit von Corona, deswegen auch nicht wirklich viel behandelt. Ich bekomme über die DDR-Zeit eher durch meine Eltern etwas mit. Ich fänd es auch ganz spannend, im Unterricht das Leben in der DDR betrachten zu können, denn wenn wir in der Schule irgendwas drannehmen, sind das meistens nur Politik, Wirtschaft und gesamtgesellschaftlich-soziale Themen. Von den individuellen Geschichten erfährt man nicht so viel.

Frage aus dem Publikum: Ich hänge noch an einer Sache. Vor Kurzem gab es das Jubiläum Rostock-Lichtenhagen, böses Ereignis vom Anfang der 1990er. Hier in der Nähe von Bautzen liegt Hoyerswerda, das auch mit einem ganz hässlichen Moment in der Umbruchzeit, der Transformationszeit verknüpft ist: Ich spreche von Pogromen an Menschen, die nicht aus Deutschland kamen, an denen sich geballt Frust, Angst, Wut und Macht Platz gemacht haben. Ist das bei euch auf dem Schirm, hat das eine Bedeutung? Ist das für euch verknüpft mit dem, was vorhin als „Ostdeutschland“ in Frakturschrift auf



Jakob Böttcher

Pullovern genannt wurde? Sollen wir uns damit, was in dieser Übergangszeit passierte, auch beschäftigen, wenn wir uns die DDR und die Wende anschauen?

Melisa Sturies: Ich finde schon, dass man es mit anschließen könnte, denn es ist ganz interessant, was Sie jetzt gesagt haben.

Jakob Böttcher: Ich finde auch interessant, sich mit dieser Umbruchzeit zu beschäftigen und nicht nur sagt, dass alles gut und glatt gelaufen ist, sondern dass zum Beispiel Fehler gemacht wurden und solche Einstellungen daraus resultieren können bis hin zu Pogromen, wenn sich Leute von der Politik allein gelassen fühlen. Ich finde auch interessant, sich mal anzuschauen, wie es geschehen konnte, dass solche Sachen passiert sind.

Frage aus dem Publikum: Ich würde gern kurz an die Frage anschließen. Inwiefern spielen denn im Unterricht, wenn es um Zeitzeug_innen geht, auch migrantische Perspektiven aus der DDR eine Rolle? Man könnte ja auch sagen, man interviewt Leute, die aus Vietnam als Gastarbeiter_innen hergekommen sind oder auch aus Mosambik in die DDR kamen und noch hier le-

ben. Zweite Frage: Wir haben ja darüber geredet, welche Folgen Nationalsozialismus, DDR und Transformationszeit haben. Gäbe es abseits vom Geschichtsunterricht die Kapazitäten und Möglichkeiten, in der Schule oder auch in anderen Bereichen überhaupt die Parallelen herzustellen und zu diskutieren, was jetzt gerade passiert? Wenn zum Beispiel Ausrufe wie „Wir sind das Volk“ bei Demonstrationen wieder laut werden, verknüpft mit bestimmten Forderungen. Gibt es dafür den Raum, das auch zu diskutieren? Bautzen ist ja nun auch ein Ort, wo es eine gewisse Demonstrationsgeschichte in den letzten Jahren gab und auch Gelegenheiten oder Zeiten, wo Sprüche wie „Wir sind das Volk“ missbraucht wurden.

Jessica Gerber: Bei uns gibt es viele Lehrer_innen, mit denen wir wirklich über die aktuellen Themen diskutieren können. Zum Beispiel unsere Ethiklehrerin ist richtig toll. Wir machen zuerst die Aufgaben und dann diskutieren wir über die Dinge, die uns jetzt gerade interessieren. Was gerade in den Medien ist, vielleicht auch das, was früher war. Aber das ist bei uns im Geschichtsunterricht zum Beispiel nicht so ausgeprägt wie in Ethik oder Gemeinschaftskunde.

Melisa Sturies: Im Geschichtsunterricht sind wir eher streng darauf angelegt, die Themen etappenweise abzuarbeiten. Besonders in Ethik und Gemeinschaftskunde können wir Themen ansprechen, über die wir dann auch mehr diskutieren, zu denen wir unsere Meinung äußern und auch die unserer Klassenkamerad_innen hören können.

Leander Jakschik: Ich würde auch sagen, dass es solche Diskussionen schon gibt, aber nicht häufig. Aber immer wenn sie dann mal ganz selten entstehen, sind sie recht spannend. Ich fände gut, wenn es häufiger wäre.

Frage aus dem Publikum: Ich habe die Hälfte meines Lebens in der DDR verbracht, die entscheidenden Jahre waren die um 1989 und auch danach. Ich würde gern eine ganz herzliche Einladung aussprechen: Sollten Sie mal freie Zeit haben, kommen Sie doch mal nach Leipzig. Dann kann ich Ihnen über das Bild von Leipzig, das verbreitet wird, Friedliche Revolution, demokratischer Neuanfang usw. einige Gegenerzählungen bringen, falls Sie Interesse daran haben. Ich erzähle Ihnen das nicht, ich kann Ihnen viele, viele Dokumente vorlegen, und vielleicht fallen Ihnen dann für das 34. Bautzen-Forum entsprechende Themen ein. Ich könnte mir das sehr gut vorstellen.

Frage aus dem Publikum: Ich finde euren Wissensdurst großartig, der noch lange nicht gestillt ist und noch große Lücken hat, die gefüllt werden müssen. Ich komme aus Berlin West. Am Tag, als die Mauer fiel – ich habe nicht im

Traum daran gedacht und bekam es im Radio mit –, klingelte es morgens und meine Tante stand vor der Tür, die ich in Berlin Ost immer besuchte. Und sie sagte: „Ich komme zum Frühstück.“ Also vom Westen befreit seid ihr bestimmt nicht worden, sondern das haben die Menschen in der DDR selbst geschafft, auch die Bewältigung der wirtschaftliche Lage, die damals ja nicht be rauschend war. Also macht weiter so! Das Wissen, das ihr habt, und eure Ansichten, gebt sie anderen jungen Leuten mit, das wäre toll, danke.

Melisa Sturies: Dankeschön!

Christian Dertinger aus dem Publikum: Ich bin sehr beeindruckt und gratuliere Ihnen auch dazu, dass Sie den Mut und den Weg hierher gefunden haben. Ich war fünf Jahre alt, als die DDR ausgebrochen ist, und habe bis jetzt auf dem Territorium der ehemaligen DDR gelebt. Ich habe, da ich seit 1964 in Leipzig zu Hause bin, auch die ganzen Umbrüche und Ursprünge der Montagsdemonstrationen Ende der 1980er mitbekommen und konnte sie auch mitgestalten. Jetzt biete ich Ihnen an, vielleicht mithilfe der Gedenkstätte hier in Bautzen, wo ich schon mehrmals Vorträge gehalten haben, sie einfach einzuladen. Wenn ich die Möglichkeit hätte, würde ich Ihnen als Zeitzeuge das Leben in der DDR, die Entwicklung der Montagsdemonstrationen, deren Auswirkungen und auch das Resultat, was bis zur Gegenwart daraus geworden ist, schildern wollen.

Silke Klewin: Aber Herr Dertinger, dürfte ich Sie bitte, in zwei Minuten noch kurz zu umreißen, was Ihre Jugend in der DDR ausmachte?

Christian Dertinger aus dem Publikum: Frau Klewin, machen Sie das bitte mal?

Silke Klewin: Das verbietet sich mir, wenn die Person live und echt da ist. Da bin ich nur die zweite Wahl.

Christian Dertinger aus dem Publikum: Na gut. Mein Name ist Christian Dertinger, mein Vater war von 1946 bis zu seiner Verhaftung Generalsekretär der CDU Ost und wurde mit Ausbruch der DDR 1949 Außenminister der DDR. Im Januar 1953 ist er wegen Spionage, Sabotage und anderen Vorwürfen verurteilt worden. Er sollte erst hingerichtet werden, dagegen haben die Russen interveniert, dann meinte Ulbricht: „Na gut, dann eben lebenslänglich.“ Da hat ein anderer Russe interveniert und Ulbricht sagte: „Aber wenigstens 15 Jahre.“ Dann ist mein Vater dazu verurteilt worden und war dann von 1956 bis 1964 hier in Bautzen II inhaftiert. Meine ganze Familie wurde verhaftet. Mein Bruder wurde, als er 16 wurde, zu vier Jahren Jugendhaft verurteilt wegen Spionage, meine Schwester kam nach Bräunsdorf in den Jugendwerk-

hof, und ich kam, damals war ich achteinhalb Jahre alt, unter anderem Namen zu einer Familie, die mir lieb und teuer wurde. Man hat mir also meinen Namen weggenommen, ich hieß dann Christian Müller. Erst als nach acht Jahren Haft meine Mutter entlassen wurde, musste ich von heute auf morgen zu meiner Mutter und hieß dann wieder Christian Dertinger. Es gibt auch einen Dokumentarfilm im MDR, der sollte erst heißen: „Die drei Leben des Christian Dertinger“, aber der MDR hat gemeint, so schlimm sei es vielleicht doch nicht gewesen. Deshalb heißt die Doku jetzt „Der Sohn des Staatsfeindes“. Aber solange mein Grips noch ausreicht, schildere ich Ihnen das gerne auch persönlich. Und ich wollte nur sagen: Ich habe die DDR überlebt und mir geht es gut.

Silke Klewin: Ich finde es sehr gut, dass wir vom Start mit den FKK-Stränden und dem Trabbi bei der Geschichten von Ihnen, Herr Dertinger, und bei der Ihres Vaters angekommen sind. Damit ist das Spektrum der DDR umrissen, das eben nicht schwarz oder weiß ist, sondern sehr vielschichtig. Ich bin total begeistert, danke euch und werde mich persönlich dafür verwenden, dass es 15 Punkte in Geschichte extra gibt. Es ist ja auch wirklich nicht so einfach, hier vor so einer großen Gruppe älterer Menschen zu sprechen. Habt ihr wirklich gut gemacht, danke für eure Offenheit und Einblicke! Es ist auch wirklich großartig, dass die Schulen uns alle unterstützt haben und euch für den Vormittag freigestellt haben. Herzlichen Dank dafür!



Steffen Reiche, Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller, Michael Kraske, Hanka Kliese, Antonie Rietzschel
(v. l. n. r.)

PODIUMSDISKUSSION

Hanka Kliese, Antonie Rietzschel, Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller,
Steffen Reiche

Moderation: Michael Kraske

Gesellschaft und Demokratie in Ostdeutschland. Was läuft anders und warum?

Michael Kraske: Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen! Wir haben uns für die letzte Diskussion dieser Tagung ein wirklich dickes Brett ausgesucht: Es geht um Gesellschaft und Demokratie in Ostdeutschland, was läuft hier anders und warum. Was ich noch versuchen möchte abzufragen bei unseren Teilnehmenden, sind die Folgen, was wird am Ende gesellschaftlich und politisch wirksam. Das Thema ist die Variante dessen, was wir in den Medien immer erle-

ben, wenn es im Osten mal wieder geknallt hat. ‚Wie tickt der Osten?‘ – oft gefragt von Redakteur_innen zum Beispiel aus München oder Hamburg. Dann bekomme ich ab und zu aufgeregte Anrufe und soll innerhalb weniger Minuten etwas einordnen. Interessant finde ich, dass diese Spurensuche, die Ursachenforschung, auch die Suche nach Erklärungsansätzen, medial oft wieder bei null losgeht. Dabei gibt es so viel Vorlauf, so viel Expertise. Und davon haben wir heute sehr viel aus dem Podium sitzen.

Seit einigen Jahren rumort es in Deutschland vernehmlich, nicht erst seit der sogenannten Coronakrise, und hier im Osten ganz besonders sicherlich auch seit Pegida. Auch jetzt wieder haben Rechte und Linke einen „heißen Herbst“ ausgerufen. Und auch jetzt schauen maßgeblich wieder alle Beobachtenden darauf, wie geht das im Osten los – mit dem Vorlauf natürlich, dass hier beispielsweise in der Pandemie die Querdenkerszene sehr aktiv war und stark gegen die Maßnahmen, ausgerechnet oder gerade auch hier im Osten, demonstriert worden ist.

Gesellschaftlich, politisch, bei allen Annäherungen, die sich zum Beispiel in Einstellungen der Mittelstudie finden lassen, gibt es aber auch signifikante Unterschiede. Darüber wollen wir heute auch sprechen. Was macht den Osten politisch besonders? Und da möchte ich vorweg empirisch zwei Zahlen aufgreifen: Das eine ist eine Allensbach-Umfrage, die mich vor einiger Zeit sehr beschäftigt hat, wonach nur noch 42 Prozent der Menschen in Ostdeutschland die Demokratie in ihrer jetzigen Form für die beste Staatsform halten. Also nicht mal die Hälfte. Das ist bei Wahlen immer wieder ablesbar. Die AfD, eine zunehmend rechtsextreme Partei, findet eben trotz ihres Personals, das in den Führungspositionen maßgeblich aus dem Westen kommt, vor allem hier Anklang. In Thüringen und Sachsen schafften sie es mit Personen wie Björn Höcke als Landesvorsitzendem dann bei der Bundestagswahl 2021 zur stärksten Kraft.

Die erste Frage richte ich gern an Sie, Herr Prof. Ganzenmüller. Wofür stehen diese Befunde, wofür dieser massive Zweifel, die Skepsis gegenüber der Demokratie hier im Osten? Ist das typisch für eine Gesellschaft, die man noch als Transformationsgesellschaft betrachten kann und muss, oder was wird daraus deutlich?

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller: Zunächst muss man sagen, dass die AfD ja kein rein ostdeutsches Phänomen ist. Aber ich denke schon, dass es ein signifikanter Unterschied ist, ob eine rechtspopulistische Partei um die zehn Prozent Wählerstimmen auf sich vereint oder 25 Prozent. Mein Eindruck ist auch,

dass die Landesverbände im Osten radikaler sind als im Westen. Insofern ist es ein gesamtdeutsches Problem mit einer ostdeutschen Spezifik.

Diese Spezifik hat wiederum mit den Erfahrungen in der DDR sowie in der Transformationszeit zu tun. Und sie bewirken letztlich, dass man von populistischen Gesellschaftsbildern stärker angesprochen wird. Populismus heißt in diesem Fall die Vorstellung von einem einheitlichen Volkswillen, der gegen den Staat oder die Eliten zur Geltung gebracht werden muss, die jeweils andere Interessen oder Vorstellungen verfolgen. Das ist im Grunde eine antipluralistische Vorstellung, denn es gibt keinen einheitlichen Volkswillen. Und dieser Antipluralismus wiederum ist antidemokratisch. Tatsächlich leben wir in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Interessen und verschiedenen politischen Vorstellungen. Und die Aufgabe von Politik in einer Demokratie ist es, durch Aushandlungsprozesse zu einem friedlichen Interessensausgleich zu kommen. Wenn sich nun in breiteren Bevölkerungsschichten die Vorstellung durchsetzt, „das Volk“ sei ein einheitlicher politischer Akteur – und das ist ja das, was populistische Parteien propagieren –, dann ist das ein Problem für die Demokratie, weil abweichende Meinungen von diesem angeblichen Volkswillen dann sehr schnell als „Volksfeinde“ stigmatisiert werden.

Gleichzeitig ist dieser Populismus sehr stark gegen den Staat gerichtet, auch das hat seine Ursprünge in der DDR. Auch die SED sah sich ja als Vertreterin des Volkes, auch sie ging von einem einheitlichen Volkswillen aus. Diese Vorstellung hat also durchaus eine längere Tradition. Aber sie hat auch mit den Transformationserfahrungen der 1990er Jahre zu tun, als man den Eindruck hatte, vom Westen fremdbestimmt und übervorteilt zu werden. Und die bis heute anhaltende Unterrepräsentation von Ostdeutschen in Leitungsfunktionen ist ja nicht nur ein Gefühl, sondern eine Tatsache. Ostdeutsche sind in hohem Maße unterrepräsentiert, und das ist auf Dauer ein großes Problem für unsere Gesellschaft. Denn Populisten können an diese berechtigte Unzufriedenheit anknüpfen und behaupten: ‚Der Staat, das sind andere, und wir sind das Volk.‘ Das unterhöhlt die repräsentative Demokratie, in der die Bevölkerung Interessensvertreter wählt, die dann in Parlamenten die unterschiedlichen politischen Interessen vertreten und Kompromisse aushandeln.

Damit würde ich es zunächst bewenden lassen. Es gibt ganz unterschiedliche Ursachen für den Erfolg von Rechtspopulisten, aber eine Affinität zu einem populistischen Politikverständnis ist in Ostdeutschland offenbar stärker ausgeprägt. Das hat historische Ursachen in der DDR und der Transformationszeit.

Michael Kraske: Das war jetzt der politische Bereich. Ich glaube, man be-

kommt die Beschreibung der Unterschiede, die zwischen Ost und West noch bestehen, nicht hin, wenn man sich nicht auch Einkommen, Soziales und die Finanzverteilung ansieht. Auch da gibt es eindruckliche Zahlen: Ein Drittel der Menschen in Ostdeutschland arbeitet in Vollzeit zu einem Niedriglohn, vielleicht korrespondiert die eine Zahl mit der anderen. Die Menschen sind etwa in Sachsen auch seltener tariflich gebunden als im Westen. Das macht ja tatsächlich auch was.

Dazu würde ich gern die Frage an Sie richten, Frau Kliese. In dieser Krise mit Inflation und explodierenden Energiepreisen: Ist die ostdeutsche Gesellschaft dadurch einerseits wieder besonders anfällig für autoritäre Ansprachen und andererseits gefährdet, in eine gesellschaftliche Krise zu rutschen? Wegen dieser Verteilung, dass viele in fragilen Verhältnissen arbeiten und über die Runden kommen müssen?

Hanka Kliese: Ich glaube, gefährlich ist die Situation grundsätzlich für alle Menschen, die sich jetzt Gedanken machen müssen, wie sie in Zukunft ihre Stromrechnung und Ähnliches bezahlen. Und dann ist natürlich die Frage, wie fest sie mit ihrem Denken in der Demokratie verankert sind und wie groß die Wertbindung ist. Es wird auch darauf ankommen, wie seriös und wie verlässlich die politischen Antworten sein werden. Die sind ja momentan für den ersten Aufschlag nur zum Teil zufriedenstellend, würde ich so kurz zusammenfassen.

Wir haben die Studien vorliegen. Von der Heinrich-Böll-Stiftung gab es eine, die einen sehr deutlichen Zusammenhang zwischen Protesthochburgen während der Coronakrise und Mindestlohnregionen herstellte. Auf der Karte sah man, dass in den Regionen, wo am wenigsten Lohn gezahlt wird, am stärksten protestiert wurde. Trotzdem glaube ich, dass es – wie immer – nicht so einfach ist. Es ist deutlich komplexer. Das merken wir jetzt schon, wenn wir die Teilnehmer_innen bei den ersten Demonstrationen, die es jetzt gab, beobachten. Es ist wieder eine sehr, sehr heterogene Gruppe. Einerseits besteht sie aus den sogenannten besorgten Bürgern, aber gerade in Chemnitz, wo ich herkomme, ist sie ganz stark politisch von extremen, radikalen Kräften motiviert, die bei uns eine große Rolle spielen. Sie haben auch die Coronaproteste in Chemnitz ganz anders dominiert, im Vergleich zum Beispiel zu Coronaprotesten in Stuttgart, da war ein ganz anderes Publikum. In Chemnitz gingen die Leute direkt mit den Hooligans vom Fußballstadion zum Coronaprotest. Jetzt komme ich zu Ihrer Frage zurück, die sich darauf bezieht, ob wir in Ostdeutschland vielleicht stärker gefährdet sind. Ich glaube ja, weil die Bindung

an die Demokratie noch nicht ganz so ausgeprägt ist, würde ich mal vorsichtig formulieren. Der Begriff Transformationsgesellschaft ist schon gefallen. Ich frage mich immer, wie lange wohl eine Gesellschaft eine Transformationsgesellschaft sein kann. Wir spüren eben, das merke auch ich in meiner täglichen Arbeit, eine sehr große Skepsis gegenüber der Demokratie. Ich würde das gar nicht ausschließlich negativ bewerten. Eine grundsätzliche Skepsis auch gegenüber Führungspersonlichkeiten, ein grundsätzlich gesundes Misstrauen kann etwas sehr Positives sein. Aber es ist eben in den vergangenen Jahren oft leider gar nicht positiv gewesen.

Michael Kraske: Wie sehr kann man denn diejenigen, die in so einer Position gegen „die da oben“ verharren und auch bereit sind, sich beispielsweise Rechtsextremisten anzuschließen, mit Sozialpolitik erreichen? Bräuchte es, wenn die Einkommensverteilung so ist und wenn viele für Niedriglöhne arbeiten, spezielle Lösungen für den Osten? Oder soll das alles bundesweit abgedeckt werden?

Hanka Kliese: Es ist generell schwierig, diese Pakete bundesweit aufzulegen, was ja passieren soll. Denn die Lebensverhältnisse sind, auch was Mietpreise und Ähnliches angeht, ganz verschieden. Auch das Stadt-Land-Gefälle wächst. Das mit einem Hilfspaket gerecht abzubilden, halte ich für fast ein Ding der Unmöglichkeit. Ich glaube, die Personengruppe, auf die man sich konzentrieren muss, sind diejenigen, die in Arbeit sind und ein sehr geringes Einkommen haben. Erst unlängst habe ich ein sehr trauriges Beispiel gelesen von einer jungen alleinerziehenden Mutter, die überlegt, freiwillig ins Hartz IV zu gehen, weil sie die Essgeldpreise nicht mehr bezahlen und dann sicher sein kann, dass es bezahlt wird. Das ist genau die Personengruppe, um die wir uns kümmern müssen. Und das sind auch glaube ich gar nicht unbedingt diejenigen, die auf solche Demonstrationen gehen und gefährdet sind. Deswegen glaube ich, wir müssen den Fokus gar nicht unbedingt auf die Leute von den Demos richten, sondern auf die schweigende Mitte, auf diejenigen, für die es brenzlig wird und die am Ende auch drohen unserer Demokratie verloren zu gehen. Denn wenn sie enttäuscht werden, sind sie möglicherweise auch nicht mehr bereit, sich als Befürworter_innen der Demokratie gegen diese anderen Menschen, gegen diese Minderheit zu stellen.

Michael Kraske: Darauf kommen wir hoffentlich noch im Laufe des Podiums, am Ende natürlich auch mit Ihren Fragen. Ich möchte trotzdem für einen Moment noch bei diesen Protesten bleiben, die ja nicht nur ausgerufen sind. Bisher hat man über etwas berichtet und gesprochen, was in der Zukunft



Hanka Kliese

liegt, das noch nicht da war. Aber in Leipzig gab es jetzt tatsächlich am Montag den Auftakt dazu. Und man konnte sehen: auf der einen Seite die Linke um Herrn Pellmann zusammen mit dem Zugpferd Gregor Gysi, die deutlich stärker mobilisiert haben; auf der anderen Seite die Freien Sachsen mit rechten Zugpferden wie Jürgen Elsässer und André Poggenburg, dem in Leipzig allerdings niemand zuhören wollte. Bei Elsässer war das schon bisschen anders. Die Frage ist, wie klar gelingt es linkem Protest, sich von dem rechten fernzuhalten. Elsässers Rede habe ich mir vor Ort angehört. Er hat in penetranter Weise versucht, die Linke zu umarmen und einzunehmen. Er hat sogar Sarah-Sarah-Sprechchöre gestartet. Auf der anderen Seite muss man sagen, die Linke hat jetzt im Bundestag ausgerechnet diese vermeintlich so isolierte Sarah Wagenknecht mit ihrer sehr Putin- und russlandfreundlichen Politik und Haltung als Rednerin aufgeboden.

Antonie, du hast dich bei dem linken Protest ja noch viel stärker umgehört. Du hast auf Twitter gepostet, dass manche Aussagen, die du gehört hast, zumindest die Vermutung aufkommen lassen, dass der/die eine oder andere möglicherweise bereit ist zur „Querfront“, die als Zusammenschluss von links und rechts diskutiert wird. Siehst du das als reale Gefahr in diesem Protest- und möglicherweise Wutherbst?

Antonie Rietzschel: Der Wunsch nach einer Querfront kommt ja auch daher, dass dieser Bereich von rechtsextrem unterwanderten Demonstrationen, organisiert etwa von den Freien Sachsen, in gewisser Weise das Potenzial ausgeschöpft hat. Man versucht jetzt über diesen Zusammenschluss mit links einen größeren, breiteren Protest zu organisieren und sucht von rechts sehr gezielt diese Nähe.

In Leipzig gab es dank linker Bündnisse, die sich mit Transparenten „Es gibt keine Solidarität von rechts“ dazwischen stellten, eine sehr überzeugende Positionierung. Und auch von der Bühne gab es die klare Positionierung von Gysi und Pellmann, die sagten: ‚Rechtsextremisten darf man nicht die Straße überlassen. Wir haben mit denen nichts zu tun.‘ Ich hatte den Auftrag der Redaktion, sehr gezielt für eine Folgegeschichte jemanden zu finden, der genau das, was du gerade beschrieben hast, so schildern kann. Deswegen habe ich begonnen, mit sehr vielen Leuten zu sprechen. Dabei war dann schon sehr auffällig, dass die Dinge, die zuerst gesagt wurden, die waren, die man auf der anderen Seite hört. Also dass die Ukraine ja eigentlich kein Existenzrecht hat, dass sie eigentlich schon immer russisch war, dass die Nato für den Krieg verantwortlich ist, dass sie der eigentliche Aggressor ist.

Es gab dann sehr verzweifelte Versuche von manchen, da auch gegenzusteuern und mit den Leuten zu diskutieren, aber man hat schon gemerkt, dass die Grenzen inhaltlich verschwimmen und es möglicherweise eine Anschlussfähigkeit gibt. In Leipzig kann die sich jetzt erst mal durch Polizeigitter und diese klare Positionierung durch Plakate vielleicht klar trennen. Aber – so hat es ein Sozialwissenschaftler in Sachsen-Anhalt, David Begrich, ganz gut zusammengefasst – dieses Frage, inwiefern es eine Querfront geben wird oder ein Zusammenschluss möglich ist, wird sich nicht unbedingt in Leipzig stellen, sondern im ländlichen Raum, in Kleinstädten, wo es zu diesen Protesten auch kommt und wo eben keine klaren Abgrenzungen unbedingt möglich sind.

Michael Kraske: Bleiben wir noch einen Moment bei dieser Aktualität. Auch das wird ja nun in Umfragen auffällig: die sehr unterschiedliche Haltung in Ost und West zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Zu der Frage etwa, ob die Sanktionen aufhören sollen, gibt es im Osten eine deutlich größere Zustimmung. Deshalb die Frage an den Wissenschaftler: Diese so oft festgestellte größere Nähe zu Russland, wie erklären Sie das aus der Geschichtswissenschaft, auch wie viel DDR steckt da drin?

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller: Natürlich gab es in der DDR eine sehr viel grö-

ßere Nähe zur Sowjetunion, die heute häufig mit Russland gleichgesetzt wird, was nicht stimmt, denn sie war ein Vielvölkerreich, zu der auch die Ukraine gehörte. Diese vermeintliche Nähe zur Sowjetunion in der DDR hat mehrere Komponenten. Es gab eine politische Nähe, denn man war Bündnispartner im Warschauer Pakt, auch wenn das keine politische Beziehung auf Augenhöhe war. Es gab aber auch im Alltag eine stärkere Auseinandersetzung mit Russland und der russischen Kultur. Dies ging in der Regel aber häufig mit Ablehnung einher, eine Russlandbegeisterung gab es in der DDR sicher nicht. Gleichzeitig wissen wir, dass die Alltagskontakte etwa mit den sowjetischen Soldaten eher schwach ausgeprägt und auch nicht gewünscht waren. Aber es gab in der Schule Russischunterricht und eine sehr viel stärkere Beschäftigung – ob man wollte oder nicht – mit russischer Literatur und Kultur. Auch das Reisen ins östliche Europa ist den Ostdeutschen näher als Westdeutschen. Aus all diesen Gründen ist das Wissen über Russland und seine Geschichte im Osten größer als im Westen. In Westdeutschland, das erlebe ich immer wieder, ist die russische bzw. sowjetische Geschichte ein weißes Blatt, in Ostdeutschland ist es anders. Aus diesem – natürlich ambivalenten – Näheverhältnis speist sich eine Bereitschaft, zwischen Politik und Gesellschaft, zwischen Putin und der russischen Bevölkerung zu unterscheiden. Gleichzeitig wirken in Ost wie West alte Reflexe aus dem Kalten Krieg. Im Westen ist die Sowjetunion oder Russland tendenziell noch immer der Feind von früher. Hier im Osten sind eher die alten antiamerikanischen Reflexe wirksam. Auch das hat mit den Transformationserfahrungen und der damit verbundenen Enttäuschung vom Westen zu tun, für den die USA stehen. Und diese Skepsis gegenüber den USA ist wiederum anschlussfähig an die Politik Putins, die sich ja nicht zuletzt gegen die USA richtet. Das ist in etwa die Gemengelage, ohne dies für alle Ostdeutschen pauschalisieren zu wollen. Aber in Teilen der hiesigen Gesellschaft gibt es den Impuls einer Amerikakritik und daraus resultierend eine Bereitschaft, sich mit dem außenpolitischen Konkurrenten der USA zu solidarisieren. Ob man damit zwangsläufig eine Verbundenheit zu Russland meint, da bin ich wiederum skeptisch, dafür war die Einstellung gegenüber der Sowjetunion während der DDR zu negativ. Es ist weniger eine Verbundenheit mit Russland als mit der Vorstellung von Russland als Inbegriff des Antiwestlichen.

Michael Kraske: Wir haben jetzt schon über Einstellungen gesprochen und über Protestbewegungen. Herr Reiche, es wird, wenn es um ostdeutsche Gesellschaft geht, auch immer über Befindlichkeiten gesprochen, über Gefühle,



Antonie Rietzschel

etwa dieses immer wieder zitierte Gefühl, Bürger_in zweiter Klasse zu sein, nicht repräsentiert zu sein. Würden Sie erstens diesen Befund teilen, dass das nach wie vor wirksam ist? Und zweitens, wie kann man denn politisch überhaupt mit solchen Gefühlen umgehen? Auch die Wut ist ja seit Pegida immer wieder beschrieben worden, die „berechtigten Sorgen und Ängste der Bürger“, die ich ironischerweise auch Herrn Pellmann habe ansprechen hören an dem Montag. Und soll man politisch überhaupt mit diesen Gefühlen umgehen?

Steffen Reiche: Damit muss man umgehen. Aber wenn ich mir Städte im Ruhrgebiet ansehe oder hier Bautzen, dann sehe ich nichts von zweiter Klasse. Insofern haben Sie recht, das ist ein Gefühl, damit muss man umgehen und fragen, wo kommt es her. Wird da zu viel erwartet, sind die Menschen zu ungeduldig oder fehlen da Einblicke? Ich war am Sonntag im Bundestag und habe da oben auf der Etage, wo die Fraktionen sind, in trauriger Nachbarschaft wie in Leipzig die Linke und die AfD gesehen. Das ist natürlich wirklich – in der Politikwissenschaft sagt man so – wie ein Hufeisen. Da springt zwischen den beiden Polen links und rechts sehr viel über, da wandern auch Menschen bzw. ziehen sich gegenseitig rüber. Das muss diskutiert werden. Die Zumu-

tung des rationalen Denkens, die hat für mein Empfinden – früher sprach man vom Tal der Ahnungslosen – eine gewisse Fortsetzung. Deshalb muss das auch eingefordert werden, damit Menschen diese Zumutung rationalen und konsequenten Denkens lernen. Denn gerade wenn jemand – wie ich – im Osten 30 Jahre gelebt hat, dann sollte er vor den Russen und vor den Sowjets nun wirklich größere Sorge haben und seine Lektion gelernt haben. Da verstehe ich die Menschen, die das relativieren, in gar keiner Weise. Ich bin an der Grenze großgeworden und weiß, dass noch fruchtbar ist, was damals gelaufen ist.

Michael Kraske: Ich glaube, zum Hufeisen könnten wir eine eigene Veranstaltung machen. Antonie, willst du einen Satz dazu sagen?

Antonie Rietzschel: Bei der Hufeisentheorie würde ich widersprechen wollen. Es gibt zwar auf beiden Seiten ähnliche Themen, die sich wiederfinden, aber die einzelnen Gruppierungen haben sehr verschiedene Ziele. Bei Rechtsextremen wie den Freien Sachsen geht es ganz klar um einen Staatsumsturz. Und einer Linkspartei würde ich nicht unterstellen wollen, dass ihr Ziel ist, die Demokratie abzuschaffen und ein System mit einem faschistischen, rassistischen und antisemitischen Grundbild zu installieren. Da würde ich schon gern unterscheiden.

Michael Kraske: Okay, das muss hier Randnotiz bleiben. Viel spannender finde ich die Frage, wie man denn jetzt mit dieser Wut umgeht und mit dem, was sich an Protest organisiert und wieder unterwegs ist, was in einer Demokratie ja auch notwendig und völlig legitim ist. Da hat man hier in Sachsen auch einstudiert, dass etwa der Ministerpräsident nach meinem Eindruck sehr häufig ein offenes Ohr für diejenigen hat, die besonders laut von der rechten Seite schreien. Der hinfährt und sich teilweise dann auch beschimpfen lässt, und es kommen aus der Zivilgesellschaft von den Vereinen und Initiativen immer wieder auch kritische Stimmen, die sagen: ‚Wir würden uns diese Aufmerksamkeit auch mal wünschen.‘ Frau Kliese, Sie sind mit Michael Kretschmer in der Koalition, ist das der richtige Weg, dieses Zuhören? Das hat ja zum Teil die SPD nun auch auf den Weg gebracht, Petra Köpping, Martin Dulig mit ihren Formaten, aber Herr Kretschmer fokussiert das auf eine Gruppe. Sollte man eher diesen Lauten, Radikalen, Verständnis entgegenbringen, die aber eben frontal gegen das System wettern, oder sollte man sich nicht umgekehrt auch mal um die Dreiviertel kümmern, die bei diesem Problematischen und Anstrengenden in der Demokratie bereit sind mitzumachen.

Hanka Kliese: Ich glaube, wir müssen sehr deutlich zwischen den verschiede-

nen Gesprächsformaten und Arten, sich anzunähern und ins Gespräch zu kommen, unterscheiden. Ich möchte ganz kurz auf den Punkt Emotionen und Politik eingehen. Die vergangenen Jahre waren sehr stark davon geprägt, die sogenannte Nachwendezeit, und das sollte ja hier auch Thema sein, aufzuarbeiten – mit all den Brüchen, Enttäuschungen und Schmerzen, die die Menschen hatten, mit alle den Herabwürdigungen, die sie erlebt haben. Daraus hat man dann versucht, so ein bisschen das Verhalten in der sogenannten Flüchtlingskrise abzuleiten.

Ich glaube, man muss da sehr vorsichtig sein. Ich denke, es ist nicht die Aufgabe von Politiker_innen, als Unzufriedenheitsverstärker zu dienen. Denn davon profitiert definitiv nicht die Demokratie. Ich glaube, es war nicht gut, den Fokus so stark auf diese Nachwendezeit zu verengen, weil darin auch ein gewisser Freifahrtsschein lag, der mir nicht gefallen hat. Auch die Menschen, die enttäuscht worden sind, auch die Menschen mit gebrochenen Biografien haben eine Aufgabe in der Demokratie und müssen lernen, genauso mitzukämpfen und sich darum zu bemühen. Da hat man es sich ein bisschen zu leicht gemacht.

Und genauso macht es der Ministerpräsident, indem er überall gut ankommen will, freundlich sein will und sich genau an Strömungen wendet, zu denen man gehen kann, wo man aber auch widersprechen muss. Wenn man dort hinget, muss man argumentativ sehr gefestigt sein und sehr klar in den Antworten. Und das findet ja in solchen Formaten nicht statt. Im Vergleich dazu kommen beim „Küchentisch“ – da bin ich parteiisch, denn bei diesem Format habe ich häufiger mitgemacht – wirklich Leute, die etwas erzählen wollen. Das ist eine vollkommen andere Dynamik als auf einer Demonstration, bei denen sich sofort eine Eigendynamik entwickelt. Der Ministerpräsident taucht dort auf, die Leute merken, sie werden gefilmt, und spielen dann am Ende auch eine Rolle – zum Teil aus Trotz, dass etwas von ihnen erwartet wird und weil sie sich ohnehin in die Ecke gestellt fühlen, und dann erfüllen sie dieses Profil.

Hingegen finden am Küchentisch, der meistens ohne Presse oder mit wenig Presse auskommt, Gespräche statt. Das sind Formate, die wir brauchen und bei denen ich gemerkt habe, dass es große Defizite gibt, einen großen Bedarf aus der Bevölkerung. In einem geschützten, ruhigen, unaufgeregten, unpopulistischen Raum ins Gespräch zu kommen, das finde ich sehr gewinnbringend. Und ich würde mir wünschen, dass es viel mehr von diesen Formaten gäbe. Ich halte von diesem Sich-auf-Demonstrationen-Zeigen gar nichts, denn dort

kommt es zu keinem vernünftigen Gespräch, man geht nicht aufeinander ein, es wird auf kein einziges Argument oder Gegenargument reagiert.

Da kommt einfach nichts zustande und am Ende werden Bilder projiziert, die Menschen aus der Zivilgesellschaft wehtun können, die sich schon lange für die Demokratie einsetzen. Es ist einfach demoralisierend, so habe ich es auch in den letzten Monaten empfunden. Es hat mich demoralisiert, dass der presseöffentliche Fokus immer wieder auf dieser Personengruppe stand. Ich komme aus Chemnitz. Die Berichterstattung 2018 war richtig, denn es hat stattgefunden. Aber alle Menschen, die sich in Chemnitz seit Jahr und Tag gegen Rechtsextremismus engagieren, kamen in dieser Berichterstattung nicht vor. Und das sind doch die Leute, die wir stärken müssen.

Antonie Rietzschel: Da bin ich natürlich als Journalistin angesprochen, die 2018 auch darüber berichtet hat. Es ist auf jeden Fall ein Problem, dass in diesem Bereich sehr verengt hingeschaut wird und die Bandbreite fehlt. Man muss leider dazusagen, dass viele Zeitungen im Osten gar keine eigenen Redaktionen mehr haben, auch bei Lokalredaktionen – da ist Sachsen noch relativ gut aufgestellt im Vergleich zu anderen – gibt es einen Rückzug. Das ist auf jeden Fall ein Problem, denn wir sind ja eigentlich auch Teil einer Demokratie.

Zu den Gesprächen möchte ich sagen, es vermittelt ein völlig falsches Demokratiebild, auf verschiedenen Veranstaltungen. Der Ministerpräsident geht ja nicht nur auf Demonstrationen, er geht auch direkt zu den Leuten, und dann ist da so ein voller Saal, in dem jeder mal ans Mikro treten darf und teilweise seine sehr persönlichen Probleme „auskotzt“. Ich benutze dieses Wort, weil es wirklich manchmal in einem Tonfall passiert, der dem so vulgär entspricht, wenn sehr konkrete Verletzungen oder Wut in einer Art von Beschimpfung gegenüber Vertreter_innen der Demokratie kundgetan werden. Das ist keine Demokratie. Demokratie ist Teilhabe. Mitmachen bedeutet aber nicht, ich stell mich hin und sage dem Ministerpräsidenten, was mich ärgert, und dann sagt der Ministerpräsident am Ende: ‚Ich nehme es mit in die Staatskanzlei.‘ Das hat ja was von einem Fürsten, der zu den Leuten kommt und sich um sie kümmert. Aber sie selber konsumieren Demokratie eigentlich nur und sind nicht Teil davon.

Michael Kraske: Der Soziologe Raj Kollmorgen hat das neulich mal bei einer Tagung in Erfurt aufgegriffen und gesagt, das erinnere ihn sehr stark an das DDR-Eingabe-Wesen. Man trägt an die Obrigkeit einen Wunsch heran und verstärkt das dann aber noch zielgerichtet wie bei einem Pizzaservice – das hat

Martin Dulig mal formuliert – mit der Bitte: ‚Für mich mit doppelt Salami, dreifach Schinken und viel Käse.‘ Ich glaube auch, so kann Demokratie nicht funktionieren. Spannend finde ich diese Frage, da würde ich Ihren Eindruck, Frau Kliese, teilen, dass diese sehr traumatische Nach-1989er-Zeit auch mit Hilfe von Frau Köpping sehr stark in den Blick geraten ist.

Andersherum glaube ich, und das fand ich spannend im vorherigen Podiumsgespräch mit den Schüler_innen zu hören, dass es nach wie vor Nischen und Leerstellen gibt, was Kontinuitäten angeht. Ich finde es erstaunlich, dass etwa die sogenannten Baseballschlägerjahre so lange überhaupt keine Rolle gespielt haben. Also diese kollektive Erfahrung junger Menschen in den 1990er Jahren – ich habe es in meinem Buch „Der Riss“ eine „Jugend auf der Flucht“ genannt – wegrennen zu müssen, rechte Hegemonien aushalten zu müssen und auch zum Opfer zu werden. Jetzt kommen diese Erfahrungen hoch. Daniel Schulz, ein sehr großartiger Kollege aus Berlin, hat gerade das Buch „Wir waren wie Brüder“ geschrieben. Deswegen würde ich Sie, Herr Professor Ganzenmüller, gerne zum Stichwort Rassismus fragen: Gibt es aus historischer Sicht Bezüge zur DDR? Stichwort 1,5 Prozent Ausländeranteil, ein sehr abgeschlossenes System, in dem die Vertragsarbeiter_innen nicht nur isoliert waren, sondern mit institutionellem Rassismus auch von der Bevölkerung weggehalten wurden. Gibt es Leerstellen und nicht erzählte Bezüge, die als Kontinuitäten und auch Wutquellen heute als Erklärungen notwendig wären, um diese Gewaltlinie von Rostock-Lichtenhagen über die Baseballschlägerjahre bis zur Mobilisierung von Chemnitz und andernorts verstehen zu können?

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller: Ich glaube, dass gerade jetzt, mehr als 30 Jahre nach dem Ende der DDR, die Transformationszeit zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft wird. Bisher haben eher die Sozialwissenschaften diese Zeit erforscht. Diese betreiben Gegenwartsanalyse, was auch wichtig ist, aber die Geschichtsanalyse untersucht ihre Gegenstände mit einem zeitlichen Abstand, wenn man die längerfristigen Folgen der Ereignisse bereits sieht. Und auch in der Gesellschaft wird die lange Zeit als Erfolgsgeschichte erzählte Transformationszeit stärker hinterfragt, weil jetzt das ganze Ausmaß der Probleme deutlich wird, das daraus resultiert. Das ist letztlich ein ganz normaler Prozess der Historisierung: Wir fragen mit dem Wissen derjenigen, die die Ergebnisse kennen, wie es dazu gekommen ist. Das führt in der Regel zu einem differenzierteren Blick auf die Vergangenheit als es den Zeitgenossen möglich war.



Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller

Zweitens fragt die Geschichtswissenschaft auch von einem gesellschaftlichen Standpunkt aus, an dem sie sich selbst befindet. Und natürlich kommt angesichts der aktuellen rassistischen Übergriffe die Frage auf, wann das eigentlich angefangen hat und wo die Ursprünge liegen. Das ist tatsächlich auch Thema von Forschungsprojekten, die bereits jetzt zeigen, dass es nicht ausreicht, in die frühen 1990er Jahre zurückzublicken, sondern dass bereits 1975 algerische Vertragsarbeiter in Erfurt durch die Stadt gejagt wurden. Das heißt, es gibt hier Kontinuitäten, die bis in die DDR zurückreichen.

Letztlich ist das nicht überraschend, denn auch die DDR war eine postnationalsozialistische Gesellschaft. 1945 sind zweifellos zahlreiche führende NS-Funktionäre in den Westen gegangen, aber der Nationalsozialismus war eine durchaus populäre Diktatur. Und 1945 waren die Menschen ja noch da und damit auch gewisse Wertvorstellungen in deren Köpfen. Ein Teil des Problems war auch die Art und Weise, wie in der DDR mit dem Nationalsozialismus umgegangen wurde. Man hat ihn im Zuge des verordneten Antifaschismus in die Bundesrepublik ausgelagert nach dem Motto: ‚Die Nazis sitzen alle im Westen. Bei uns im Sozialismus ist der Faschismus per se erledigt, da-

mit müssen wir uns nicht mehr auseinandersetzen.' Deshalb wurde das auch nicht getan. Die Verbrechen des Nationalsozialismus wurden in beiden deutschen Staaten nicht als Gesellschaftsverbrechen verstanden. In den Familien wurden über Familiengedächtnis aber nationalsozialistische Werte und auch ein bestimmtes Geschichtsbild an die nächsten Generationen weitergegeben. Ines Geipel hat dies in ihrem Buch „Umkämpfte Zone: Mein Bruder, der Osten und der Hass“²⁹ sehr eindrucksvoll beschrieben. Und diese politischen Vorstellungen wirken bis heute nach und sind für rechtsextreme Positionen anschlussfähig.

Michael Kraske: Zur Erinnerungskultur eine Fußnote, weil wir dieses Thema wirklich nur streifen können: Eine Recherche, die mich bis heute nicht loslässt, ist das frühe KZ Sachsenburg bei Chemnitz, das bis heute keine offizielle Gedenkstätte ist, obwohl es dort unglaublich engagierte Menschen gibt, die Lagerarbeitsgemeinschaft, eine junge Lehrerin aus Chemnitz, die sich da engagiert und immer wieder ausgebremst wird. Zuletzt war Sachsenburg in den Schlagzeilen, weil gegen den Rat aller führenden Historiker_innen die sogenannte Kommandantenvilla, in der die SS-Lagerkommandantur saß, abgerissen werden soll – heute. Wir können das nicht vertiefen, aber wenn Orte nicht hergerichtet werden, in denen bei Führungen gezeigt werden könnte, dass Vernichtung und SS-Terror nicht in Auschwitz angefangen haben, sondern um die Ecke in der Nachbarschaft, dann ist das natürlich auch das Ergebnis eines politischen Willens.

Ich möchte aber einen Schritt weitergehen und mal nach demokratischen Spielregeln für die ostdeutsche Gesellschaft fragen, Herr Reiche. Wenn wir uns die jüngsten Protestjahre anschauen: Ja, es kommt auch im Westen vor, in München und anderswo, dass der Normalbürger, der wütend geworden ist und sich radikalisiert hat, mit extremen Leuten unterwegs ist. Aber das geschieht doch in deutlich schwächerem Maße, als das hier im Osten der Fall ist, wo die Freien Sachsen, eine rechtsextreme Kleinstpartei, die Proteste sogar organisiert und in vielen Städten getragen haben. Warum funktionieren diese Abgrenzung und dieses Tabu ‚Ich gehe nicht Seite an Seite mit Neonazis, auch wenn mir das Ziel sympathisch erscheint‘ im Osten so viel weniger?

Steffen Reiche: Ich glaube, das hängt damit zusammen, dass die politische Bildung für viele, die da aktiv sind, in den wesentlich prägenden Lebensabschnitten nicht in der Weise stattgefunden hat. Staatsbürgerkunde ist eben ei-

²⁹) Geipel, Ines: Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass. Stuttgart 2019.

ne andere Form von politischer Bildung. Und wer eine demokratische politische Bildung nicht erlebt hat, der äußert sich dann eben so. Ich verstehe nur nicht, dass diese Menschen nicht klar genug erkennen, dass gerade die Demokratie ihnen erst die Möglichkeit gibt, sich so zu äußern. Das haben sie in DDR-Zeiten nicht gemacht und konnten es auch gar nicht, aber jetzt können sie es, stolpern jedoch zugleich in etwas hinein, das ihnen genau das wieder nehmen würde, und zwar innerhalb kürzester Zeit. Spielregeln müssen eingehalten werden, aber die sind hier in vielen Teilen nicht mit der Muttermilch aufgesogen bzw. nicht in die DNS des politischen Denkens hineingeschrieben worden.

Michael Kraske: Wäre auch ein Plädoyer für bessere und mehr politische Bildung, vielleicht auch andere politische Bildung. Auch dafür hat das vorherige Podium mit den Schüler_innen schon Mut gemacht, die hier ganz viel Neugier artikuliert und gesagt haben: ‚Wir wollen da tatsächlich mehr machen und wissen.‘ Wir sind fast am Ende unserer geschlossenen Runde. Ich möchte nur noch eine Sache einbringen. Dazu würde ich dich gern fragen, Antonie. Seit einigen Jahren wird ja versucht, auf diese spezielle ostdeutsche Problemlage damit zu reagieren, dass man von vermeintlich progressiver Seite so eine neue Ost-Identität predigt und sagt: ‚Wir Ostdeutschen sind ein Kollektiv und müssen das für uns geschlossen erkämpfen.‘ Ist das sinnvoll? Macht es das besser?

Antonie Rietzschel: Ich finde für mich diese Ost-Identität sehr schwierig. Ich verstehe, dass man den Wunsch hat, sich aufgrund der Erfahrungen zu emanzipieren, die Hanke Kliese vorhin beschrieben hat: Man kommt immer nur in den Fokus, wenn wieder etwas Schlimmes passiert ist, und dann titelt der Spiegel „Sachsen“ in zur Hälfte brauner Frakturschrift oder „So isser, der Ossi“ unter einem schwarz-rot-goldenen Hut. Die Reaktion ist dann, das umzudrehen und eine Emanzipation daraus zu machen, indem man sagt: ‚Wir Ostdeutschen sind toll aus den und den Gründen.‘ Mein Problem ist, dass es sehr exkludierend ist, weil es unterschiedliche Erfahrungen nicht tragen kann. Und wer ist eigentlich ostdeutsch? Wer darf sich dazu zählen und wer nicht? Wärs du zum Beispiel drin, du bist im Westen geboren, lebst aber seit 30 Jahren im Osten?

Michael Kraske: Oder meine erwachsene Tochter, die ja hier geboren ist.

Antonie Rietzschel: Oder deine Tochter, darf die da rein? Ich finde eher, dass diese Identifizierung etwas gegen etwas ist, weil da auch wieder so Narrative reinspielen: ‚Der Westen muss doch mal dies oder das, der Westen muss sich



Michael Kraske

auch mal mit uns auseinandersetzen.' Und es stimmt, natürlich – wir haben es vorhin auf dem Podium gehört – fehlt die Auseinandersetzung mit einer DDR-Vergangenheit oder mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen hier. Ich sehe auch, wenn ich in München auf einem Podium sitze, wie wenig Wissen dort da ist und welche Vorurteile es gibt.

Und gleichwohl finde ich es für mich schwierig, weil es davon ablenkt, dass es eine komplizierte Geschichte ist. Es gibt ganz unterschiedliche Ansätze, Probleme und Erklärungen und ich würde mir für die künftige Diskussion wirklich wünschen, dass wir in der Lage sind, das gemeinsam parallel zu erzählen und nicht immer einzelne Stränge – der Opfer-Ossi, der in den 1990er Jahren ganz schlimme Sachen durchgemacht hat und zu wenig verdient, die Nazis, die es aber auch gab, Baseballschlägerjahre, und eben dieses ‚Wir sind die supertollen Osis‘. Es gibt einfach verschiedene Erzählstränge. Die einfach mal zu verknüpfen, das fänd ich sehr großartig.

Michael Kraske: Das würde ich auch so teilen. Interessanterweise ist eine Reaktion dieses „Ost-, Ost-, Ostdeutschland“, das man entweder auf der Stirn

oder auf dem T-Shirt haben kann, immer auch Abwehr. Man wehrt die Probleme ab, man beschreibt nicht mehr genau. Und dann sagen auf einmal Leute, die eigentlich überhaupt nichts mit der anderen Seite zu tun haben wollen: ‚Na ja, aber bei Pegida, da haben sie wenigstens ihre Wut rausgelassen, haben sich artikuliert, und das hat ja vielleicht auch was Emanzipatorisches, wenn man die AfD wählt.‘ Das kann ich nicht erkennen.

Aber jetzt sind Sie dran mit ihren Fragen. Wir haben hier sehr unterschiedliche Perspektiven und unterschiedliche Expertise. Ich würde um die erste Wortmeldung bitten.

Diskussion

Silke Klewin aus dem Publikum: Ich knüpfe mal an Sachsenburg an, was Sie ja gar nicht weiter vertiefen wollten. Ich habe eine Frage dazu an Hanka Kliese, weil ich darüber noch gar nicht weiter nachgedacht habe: Ist es wirklich Programm, dass NS-Orte und damit auch NS-Themen in Sachsen von politischen Vertreter_innen nicht so in den Blick genommen werden? Denn mir fiel gerade auf, es ist ja nicht nur Sachsenburg, wo keine Gedenkstätte entstanden ist, auch Ehrenhain Zeithain, das einzige in Sachsen liegende sowjetische Kriegsgefangenenlager, bekommt keine Bundesförderung, was nicht am Bund liegt, sondern daran, dass das Land keinen Antrag stellt – so mein Kenntnisstand. Und auch die NS-Ausstellung in Bautzen hat quasi 100 Jahre auf sich warten lassen, weil das Land kein Geld dafür geben wollte. Vielleicht liege ich auch falsch, aber ist das ein richtiger Eindruck, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Sachsen nicht so gefördert wird? Und noch etwas dazu: Am 27. Januar gibt es im Sächsischen Landtag immer eine Feiertunde zur Erinnerung. Da schafft es Sachsen nur sehr selten, Biografien von NS-Opfern aus der Region zu nehmen, sondern nimmt meist welche von ganz weit weg. Oder liege ich falsch?

Hanka Kliese: Wir können es glaube ich beide nur aus unseren Eindrücken beschreiben. Es gab in den 1990er und ersten 2000er Jahren den Vorwurf der sogenannten Unwucht, dass zu wenig NS-Aufarbeitung und zu viel DDR-Aufarbeitung gefördert wird. Das hat aus meiner Sicht sehr unterschiedliche Gründe und nicht ausschließlich System dahinter. Einmal sind historische Orte sind nun einmal dort, wo sie sind. Und wir haben eben in Sachsen besonders viele Orte der Repression aus der DDR-Zeit. Trotzdem ist Hoheneck auch noch nicht fertig, könnte ich jetzt dagegen anführen.

Wenn wir schauen, wer in den 1990er Jahren die politische Bildung verantwortet hat: Wir waren ein sehr stark konservativ dominiertes Bundesland und sind es noch. Da gab es meiner Ansicht nach schon diesen Schluss aus der DDR-Zeit einer totalen Umkehr in der Reaktion auf diese überproportionale politische Bildung zum Thema Nationalsozialismus in der DDR, die ja auch viel zu zeitig, schon bei Kindern, betrieben wurde. Und da sagte man: ‚Das machen wir jetzt gar nicht mehr oder weniger.‘ Das ist natürlich immer falsch. Das ist wie mit Erziehung. Meist kann man nicht sagen, das war früher gut und das ist heute schlecht, sondern man muss die goldene Mitte finden. Ich glaube, das ist im Freistaat relativ schlecht gelungen, diese goldene Mitte zu finden, weil man erst mal partout alles abgelehnt hat. Man muss allerdings dazusagen, die DDR, die ja den Antifaschismus als „Staatsreligion“ postuliert und hochgehalten hat, hat es ja auch nicht geschafft, in Sachsenburg irgendetwas hinzustellen außer einem antifaschistischen Mahnmahl aus rotem Porphyrt, wie man es glaube ich in jeder Stadt findet. Das ist ja nun auch nicht sehr originell. Aber wir wollten Sachsenburg nicht vertiefen. Ich würde sagen, es ist nicht immer ein System dahinter im Freistaat.

Zur Frage nach dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag. Ich habe mal eine sehr schöne Veranstaltung miterlebt, wo Schauspieler_innen die Biografien und Briefe von Menschen mit Behinderungen vorgetragen haben, die in Pirna-Sonnenstein der Euthanasie zum Opfer fielen. Es war sehr bewegend und berührt mich bis heute. Da wurden diese Briefwechsel verlesen, das waren Menschen mit regionalen Bezügen. Allerdings schmückt man sich in Sachsen auch immer ganz gern mit Persönlichkeiten überregionaler Natur. Das hält sich glaube ich so die Waage.

Alexander Latotzky aus dem Publikum: Auch ich möchte Sachsenburg nicht vertiefen, aber doch mal eine Lanze für den Freistaat brechen. Ich bin im Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und wir haben ganz bewusst unsere letzte Sitzung in Sachsenburg abgehalten. Markus Pieper könnte bestimmt noch viel mehr darüber sagen. Es gibt durchaus starke Bestrebungen, Sachsenburg als Gedenkstätte zu erhalten oder vielmehr in den Katalog aufzunehmen.

Michael Kraske: Ich habe diesen Ort auch ein paar Jahre lang immer wieder besucht und man muss zu Sachsenburg auch schon noch etwas sagen. Es ist das einzige Lager, das in Sachsen bis 1937 in Betrieb war und noch steht, der Vorläufer von Buchenwald. Und gerade deshalb – so bin ich auch als Reporter vom MDR an das Thema rangegangen – finde ich bei all dem ‚Wir wollen‘

und ‚Das ist auf dem Weg‘ und ‚Wir planen eine große und eine kleine Lösung, mit Fabrik und ohne‘: Am Ende haben wir im Jahr 2022 im größten und einzigen Konzentrationslager in Sachsen keine offizielle Gedenkstätte. Und das halte ich für einen erinnerungspolitischen Skandal. Das sage ich deshalb auch mal außerhalb meiner Rolle als Moderator, weil ich wirklich gern jeden anstoßen möchte, da mitzutun. Denn ich habe erlebt, was passieren kann, wenn man da Schüler_innen-Gruppen herumführt. Denen gehen wirklich die Augen auf und sie merken: ‚Hey, es gab ja Täter und Opfer von nebenan aus der Nachbarschaft.‘

Frage aus dem Publikum: Ich habe zu DDR-Zeiten mit langer Ausdauer und immer wieder gute Erfahrungen mit Eingaben gemacht. Ich habe einen dicken Ordner geführt, es waren bei Weitem keine persönlichen Dinge, Herr Kraske, wie Sie in Fortsetzung von Martin Dulig mitgeteilt haben, sondern es hat sich gut entwickelt. Ich habe dagegen im Jahr 2000 von der sächsischen Staatsregierung, konkret vom Kultusministerium, schriftlich als Angebot bekommen, ich solle Dienstaufsichtsbeschwerden und Petitionen zurücknehmen und in Zukunft zu den Themen demokratische Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit, Verhältnisse im Schulbereich, Verhältnisse im inneren Bereich auch nicht wieder zu stellen. Und nur wenn das geschehe, würde ich eine Regelabfindung bekommen, wie sie in irgendwelchen Tabellen festgelegt ist. Ich habe in größter finanzieller Not dieses Angebot des Kultusministeriums von 2000 nicht unterschrieben. Sondern habe dann – diese Paragrafen sind mithilfe meines Anwalts rausgenommen worden – nach langer Zeit nachgefragt, weil die Petitionen bis heute nicht beantwortet sind, Manipulationen im Sächsischen Landtag gefunden. Frau Kliese, ich empfehle Ihnen, gehen Sie mal in die Bücherei des Sächsischen Landtages, dort gibt es einen Untersuchungsbericht zur Personalpolitik im Kultus- und Innenministerium von 1994. Das sind 5000 Seiten. Die zu lesen war irrsinnig teuer und hat lange Zeit gedauert. Ich könnte Ihnen beim Durchblättern, Lesen und Finden von speziellen Dingen ein Stückweit helfen, wenn Sie das wollten. Ich biete mich dazu an, denn ist es viel Zeit, die damit vergeht. Aber wenn Sie das in den Händen haben, dann sehen Sie, dass die Entwicklungen zum heutigen Tag im Grunde schon vorgelegen haben. Vorsitz dieses Untersuchungsausschusses hatte Professor Förster von der SPD.

Dr. Christoph Classen aus dem Publikum: Frau Rietzschel, Sie haben ja schon darauf hingewiesen, dass Medien – Sie nannten den Spiegel – an dieser klischierten Ost-West-Behandlung, diesem Diskurs der extremen Teilung

von Ost und West und vielleicht auch der Abwertung des Ostens eine Mitverantwortung haben. Das war für mich auf dem vorigen Podium mit den Jugendlichen ein interessantes Ergebnis, dass alle fünf sagten, sie möchten gar nicht als Ostdeutsche identifiziert werden, weil das eine Abwertung darstellt. Ich frage mich immer, inwiefern die Transformation der Medienlandschaft in Hinblick auf Digitalisierung eine Rolle spielt. Sie haben gesagt, dass es immer weniger Lokalredaktionen gibt. Aber auch im Hinblick darauf, womit die höchsten Klickzahlen erreicht werden – ist es vielleicht so, dass man sagt: ‚Wenn wir jetzt irgendeinen AfD-Aufreger, eine skandalisierende Äußerung bringen, bekommen wir sehr viel mehr Klickzahlen, als wenn wir das zivilgesellschaftliche Engagement eines privaten Vereins im Bereich der NS-Geschichte in den Mittelpunkt unserer Berichterstattung stellen? Inwiefern ist das Ringen um Klickzahlen und Wahrgenommenwerden möglicherweise ein treibender Faktor, der diese Form der klischierten Berichterstattung, auch dieser Aufregungs- und nicht mehr rasonierenden Öffentlichkeit befördert? Inwiefern haben die Medien eine Mitverantwortung?‘

Antonie Rietzschel: Ich kann Ihnen sagen, bei dem Cover, wie es der Spiegel gemacht hat, „So isser, der Ossi“ mit Deutschlandhut, das entsprach null der Geschichte, die der Kollege geschrieben hat. Und dieser Kollege vom Spiegel war selber extrem unzufrieden mit dieser Art von Covergestaltung. Ich muss da wirklich mal eine Lanze brechen: Es hat sich schon etwas geändert in den bundesdeutschen Medien. Früher – daran kann sogar ich mich erinnern, obwohl ich erst mit Mitte 30 bin – hat die Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung manchmal so Ansagen gemacht wie: ‚Heute kann die Ostgeschichte nicht mitgehen, denn es ist schon eine Ostgeschichte drin.‘ Und dann habe ich gefragt: ‚Würden wir das auch machen, wenn zwei NRW-Geschichten drin wären, habe die auch nicht beide in einer Ausgabe Platz?‘ Das hat sich schon sehr geändert.

Man muss aber leider sagen, das geschah vor dem Hintergrund, dass 2014 Pegida so stark wurde und diese Asylproteste. Dadurch haben die Medien viel stärker hingeschaut, auch meine Redaktion. Daraufhin wurde die Redaktion der Süddeutschen – wie auch andere – in Leipzig sehr stark aufgestockt, da sind heute vier Leute. Das Problem ist, es sind trotzdem zu wenige. Das gehört zur Realität dazu. Oft steckt gar kein System dahinter, dass man sagt, es klickt sich gut. Sondern es passiert ja auch ziemlich viel.

Ich habe mir in den letzten Jahren oft gewünscht, über andere Geschichten zu berichten, aber diese Jahre sahen irgendwie so aus: 2017 Bundestagswahl mit

einer wahrsinnig starken AfD; 2018 die Ausschreitungen in Chemnitz; 2019 Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, von denen wir nicht wussten, wie das ausgeht; 2020 in Erfurt etwas, das wir nie für möglich gehalten hätten, nämlich dass ein Ministerpräsident kein Problem damit hat, sich mithilfe von Stimmen der AfD wählen zu lassen; und dann die Corona-Pandemie, die von Rechtsextremen missbraucht wurde, sodass wir ständig unterwegs waren. Wenn so viel passiert, ist es unsere Aufgabe, das auch abzudecken.

Manchmal – das ist schade – fallen dafür andere Sachen hinten runter. Ich kann nur sagen, dass sich viele meiner Kolleg_innen wünschen, eine selbstverständlichere Berichterstattung zu machen. Dafür sind wir auch sehr viel unterwegs. Auch wenn ich in Leipzig wohne, bin ich häufig im ländlichen Raum unterwegs. Heute zum Beispiel noch in Zwickau später. Ich kann nur sagen, es gibt diese blinden Flecken auf jeden Fall und es gibt Kolleg_innen, die sich immer noch sehr von Klischees treiben lassen, aber es hat sich auch etwas verändert. Das Traurige ist, dass es erst diese politischen Ausbrüche brauchte, bis es so weit kam.

Frage aus dem Publikum: Ich habe eine Frage an alle: Wann ist für Sie die Grenze erreicht, dass die AfD nicht mehr als eine Partei anerkannt wird, die im Bundestag sitzen darf? Sie ist demokratiegefährdend, rechtsradikal, warum sitzt die noch da und wann wird sie ausgeschlossen?

Michael Kraske: AfD verbieten – wo zieht man die Grenze? Vielleicht mal an die männlichen Diskutanten: Mit Höcke diskutieren oder nicht?

Steffen Reiche: Nicht diskutieren, aber da sie vom Verfassungsschutz beobachtet werden, ist ja damit ein Einstieg in einem rechtsstaatlichen Verfahren gelungen. Das wird, denke ich, zu Ergebnissen führen. Und vor allem hat es die AfD von Beginn an immer schneller geschafft, sich ins Aus zu katapultieren, als wir das je gedacht hätten. Insofern finde ich den Weg, den die Demokratie da geht, von allen mitgetragen, den sinnvollsten. Klar beobachten, die Dinge öffentlich machen, klar ansprechen. Die werden das selber erledigen.

Michael Kraske: Die kurze Anschlussfrage: Können wir da aus der Geschichte lernen, etwas mitnehmen über den Umgang? Eine kurze Anekdote: Während meiner Recherchen zum „Riss“ bin ich auf einen Zeitungsartikel aus der Frankfurter Zeitung von 1929 gestoßen. Als die NSDAP zum ersten Mal in den badischen Landtag einzog, mit sechs Abgeordneten, also verschwindend wenigen, schrieb jemand von der Frankfurter Zeitung, dem konservativen Vorläufer der FAZ, sinngemäß: ‚Das ist für die Demokratie gar kein Problem, das halten wir aus, das ist sogar Anstoß.‘ Und dann sind da so Sätze drin, bei

denen ich denke, das könnte man heute auch zur AfD lesen: ‚Das sind halt die berechtigten Sorgen und Ängste der Bürger, kein Problem.‘ Aber damals war vier Jahre später die Demokratie weg. Was können wir lernen?

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller: Grundsätzlich verstand sich die Bundesrepublik mit ihrem Grundgesetz als Antwort auf die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und als Gegenentwurf zur Weimarer Republik, nämlich als wehrhafte Demokratie. Das war die Antwort auf die Endphase der Weimarer Republik, als demokratische Institutionen von Antidemokraten dazu genutzt wurden, um die Demokratie auszuhebeln und abzuschaffen. Dennoch sind die Hürden für ein Parteiverbot sehr hoch, auch das hat Gründe. Es ist deshalb bislang ja auch nur selten zu einem Parteiverbot gekommen. Abgesehen von den Erfolgsaussichten eines Parteiverbotsverfahrens muss man sich die Frage stellen: Was wäre damit eigentlich gewonnen? Denn die Wähler_innen der AfD sind dann ja nicht weg. Wir stehen ja nicht nur vor dem Problem, dass es eine Partei gibt, die die Menschen verführt, und wenn die Partei weg ist, ist auch das Problem beseitigt. So einfach ist es leider nicht.

Aus diesem Grunde ist eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den politischen Positionen der AfD wichtig, und das findet für meinen Geschmack teilweise zu wenig statt. Es gibt schon immer die Neigung, die AfD eher zu stigmatisieren als sie inhaltlich zu stellen. Und dort, wo eine Auseinandersetzung stattfindet, ist dies häufig mit großer Hilflosigkeit verbunden und scheitert deshalb auch regelmäßig. Ich bin der Meinung, man muss die Positionen, die die AfD vertritt, zunächst einmal ernstnehmen und sich klarmachen, dass deren Funktionäre durchaus kluge Leute sind, die ihr politisches Geschäft verstehen. Darüber müsste dann eine inhaltliche Auseinandersetzung mit deren Positionen stattfinden, denn nur so lassen sich die Wähler_innen von anderen Positionen überzeugen. Das ist nicht einfach, es ist häufig sogar schwer. Dennoch sollte man dem nicht aus dem Wege gehen. Und natürlich stellt sich dann auch die Frage, ob es sinnvoll ist, mit Björn Höcke zu diskutieren, und in welchen Formaten das geschehen sollte. Hier müsste der Grundsatz gelten: Es geht nicht darum, Björn Höcke von der Falschheit seiner Positionen zu überzeugen, sondern die Wähler_innen. Und das kann auch bedeuten, dem Publikum die Radikalität von Höckes Denken und die politischen Konsequenzen seiner Aussagen vor Augen zu führen.

Zurück zu der Frage eines Parteiverbotes. Die Parteiverbote, die es bislang in der Bundesrepublik gab, waren nicht sehr erfolgreich. Die KPD zum Beispiel wurde 1956 verboten, 1968 wurde die DKP als Nachfolgeorganisation ge-



Zuhörer_innen

gründet. Das NPD-Verbot ist in zwei Anläufen gescheitert, was ich wiederum nicht ganz nachvollziehen kann. Die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil von 2017 war, dass die Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer unbestrittenen verfassungsfeindlichen Ziele fehlten. Das mag für Gesamtdeutschland stimmen, es gibt aber Orte in Ostdeutschland, wo die NPD durchaus politisch dominiert. Wie dem auch sei, ein NPD-Verbot ist nicht gelungen. Insofern sind wir sehr weit von einem AfD-Verbot entfernt. Wir müssen als Demokrat_innen also daran gehen, die inhaltliche Auseinandersetzung zu suchen, und die Wähler_innen davon überzeugen, dass die Politik der AfD unserem Land und häufig sogar ihren Sympathisant_innen schaden würde. Aber das sagt sich natürlich leicht. Wir sehen seit Jahren, das ist ein hartes Geschäft.

Michael Kraske: Dazu vielleicht noch ein bisschen mediale Selbstkritik. Ich fand, vor einem Jahr war das im MDR-Sommer-Interview mit Herrn Höcke dann schon recht ironisch, als der Moderator fragte: ‚Herr Höcke, zieht die AfD jetzt eine Brandmauer gegen rechts ein?‘ Das ausgerechnet Björn Höcke zu fragen, hatte eine gewisse Ironie.

Hanka Kliese: Ich möchte nur ganz kurz etwas zum Thema NPD-Verbot ergänzen. Es ist ja nicht gescheitert, weil die NPD keine hohe Relevanz hatte, das ist kein Kriterium, sondern weil Menschen, die zur Beweisführung beigetragen haben, aus den Reihen des Verfassungsschutzes kamen, wie dann später festgestellt wurde. Das war der Grund für das Scheitern des Verbots. Rechtsextrem genug war sie in jedem Fall. Ich arbeite selber ehrenamtlich seit vielen Jahren für die Initiative „Endstation rechts“. Wir sind in der Beweisführung sehr häufig zitiert worden und auch sehr stark am dem Prozess beteiligt gewesen.

Grundsätzlich muss man sich fragen, ob Parteiverbot noch das Mittel der Wahl ist in diesen Zeiten. Parteiverbote hatten ihre Berechtigung – wie Sie es beschrieben haben – nach dem Zweiten Weltkrieg. Man musste bei dem SRP-Verbot, was glaube ich richtig war, Angst haben, dass sich alte NSDAP-Eliten noch einmal auf den Weg machen. Im Kalten Krieg hat man dann diese Reaktion bei der KPD – kann man drüber streiten – für richtig gehalten. Aber ist das heute in unserer Demokratie noch ein geeignetes Instrument, ein Parteienverbot? Ich meine, nein.

Michael Kraske: Und ist es überhaupt möglich, eine Partei zu verbieten, die ein Viertel der Stimmen der Wähler_innen holt und an manchen Orten die stärkste Kraft ist? Ist das machbar? Ich glaube nicht.

Antonie Rietzschel: Ich würde gern noch ergänzen, dass es vielleicht für die künftige Auseinandersetzung, wenn wir über die Sicherung der Demokratie sprechen, nicht immer sinnvoll ist, sich „nur“ an der AfD, an den Parteien, an den Protesten abzuarbeiten. Sondern man muss, wie Frau Kliese das vorhin ja auch schon sagte, überlegen, wie man eigentlich die anderen, erstens die Zivilgesellschaft und zweitens diese schweigende Mehrheit, deutlich stärkt, mobilisiert und zu der Wahrnehmung bringt, dass sie in einer Demokratie leben, die immer wieder neu verteidigt werden muss, weil es zu fragilen Zuständen kommt. Das ist glaube ich eine Frage, die man sich viel stärker parallel zur AfD oder zu anderen rechtsextremen Gruppierungen stellen muss.

Frage aus dem Publikum: Stichwort Ost-Identität – Fluch oder Segen? Sowohl Sie als auch die Jugendlichen vorher haben darüber gesprochen. Ich nehme einfach nur wahr, dass wir in der heutigen Gesellschaft vielgestaltiger, heterogener geworden sind, eigentlich immer schon waren, aber jetzt werden mehr Gruppen sichtbar. Ist vielleicht die Entwicklung einer Ost-Identität einfach nur eine Reaktion darauf, indem man sagt: „Andere Gruppen gehen diesen Weg, wir versuchen nun auch, eigene Interessen zu vertreten, indem

wir eine Ost-Identität entwickeln? Ist das prinzipiell etwas Gutes, darf es so etwas geben? Ist es wünschenswert oder ist es eher kritisch zu sehen, weil es ein Sammelbecken für diverse Gruppen ist?

Hanka Kliese: Wenn es schon eine Ost-Identität geben muss – von mir aus nicht, aber der Wunsch ist ja offenbar da –, dann ist die Frage, wie wir es schaffen, eine solche zu kreieren. In Teilen ist es glaube ich bei jungen Menschen gelungen, eine positive Identifikation, die niemanden ausschließt, die tatsächlich aus einem Stolz, einer Freude, einer Lust an Dingen entsteht, wie das zum Beispiel „Kraftklub“ in meiner Heimatstadt mit jedem Song hervorragend schafft. Ich war neulich zum Konzert mit 2000 Leuten, unter denen auch Zugezogene aus dem Westen sind und brüllen: „Ich komme aus Karl-Marx-Stadt, bin ein Verlierer, Baby“, dann ist das sehr gut gelungen, eine Ost-Identität mit Selbstironie, wo man sich selber mal nicht ganz so ernst nimmt, eine Ost-Identität, die es zulässt, dass andere dazukommen können. Das ist es, was ich mir wünsche. Ich glaube, dass junge Menschen das können, aber idealerweise fände ich es auch schön, wenn es irgendwann sich mal erledigt.

Antonie Rietzschel: Aber Kraftklub ist ja auch ein gutes Beispiel dafür, dass es eine Ost-Identität ist, die zweiseitig ist – einerseits dieser Stolz und dieser Spaß, aber Kraftklub thematisiert ja zum Beispiel auch genau die Probleme. Vor allem auf dem neuen Album gibt es ja Lieder, in denen es ganz klar um rechtsextreme Hegemonien in Chemnitz geht. Man hat also beides. Und wenn man das vereint, finde ich das auch gut. Wie gesagt, ich brauche es nicht, aber wer es machen möchte, soll es machen.

Michael Kraske: Fragen wir mal in den Westen. Herr Prof. Ganzenmüller, das heißt ja umgekehrt auch, dass wir dann wieder eine West-Identität kreieren, oder? Und wäre es nicht eine Alternative, dass wir versuchen, uns über Interessen Lösungen zu holen statt über Identität? Dann stellen wir vielleicht fest, dass wir für jemanden, der kein_e Ostdeutsche_r ist, aber auch nur Niedriglohn verdient und für gleiche Arbeit ungleich bezahlt wird, auch etwas erreichen müssen. Wäre das nicht viel sinnvoller?

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller: Solche kollektiven Identitäten sind ja Konstrukte. Tatsächlich fände ich es auch geschickter, die Situation über Interessen zu verbessern. Dennoch gibt es eine gewisse Sehnsucht nach solchen Identitäten. Die ostdeutsche Identität ist ein Produkt der Transformationszeit, die gab es vor 1989/90 gar nicht. Das muss man sich erst einmal klarmachen, um diese Identität zu verstehen. Ich halte eine ostdeutsche Identität

grundsätzlich auch nicht für problematisch, denn regionale Identitäten gibt es viele in Deutschland und Europa, gerade in großen, föderalen Staatswesen ist das völlig problemlos, und es gibt eben eine spezifisch ostdeutsche Erfahrung in der DDR und in der Transformationszeit, die Westdeutsche nicht haben. Dass sich daraus eine gewisse Identität herstellen lässt, halte ich für wenig verwunderlich.

Schwierig wird es allerdings, wenn eine ostdeutsche Identität konstruiert wird als etwas, das sich gegen unsere demokratische, rechtsstaatliche Ordnung richtet, wenn also das spezifisch Ostdeutsche das Nichtdemokratische ist. Ich fand es heute Morgen in dem Gespräch mit den Schüler_innen sehr interessant, dass sich alle fünf Jugendlichen darin einig waren: ‚Wir sehen uns nicht als Ostdeutsche, denn ostdeutsch ist für uns rechts und rassistisch.‘

Identität geht ja in beide Richtungen, sowohl als Selbstbeschreibung, wenn junge Ostdeutsche – so habe ich das heute früh verstanden – „ostdeutsch“ in Runenschrift tragen, was für rechts und antidemokratisch steht, als auch als Fremdzuschreibung, etwa wenn in den Medien behauptet wird, „die Ostdeutschen“ seien rechtsradikal. Wenn sich eine solche kollektive Identität verfestigen würde, also wenn die Menschen sagen: ‚Als Ostdeutsche sind wir per se kritisch gegenüber der Demokratie eingestellt‘, dann haben wir ein Demokratieproblem und dann wäre auch die ostdeutsche Identität ein Problem. Sie hatten die besorgniserregenden Zahlen aus der Allensbach-Umfrage ja genannt, 42 Prozent stimmen der Demokratie in ihrer jetzigen Form zu, wobei ja immer die Frage ist, was die andere Form sein soll.

Michael Kraske: Herr Reiche, fühlen Sie sich ostdeutsch? Und erreicht man im politischen Diskurs mit diesem Label irgendetwas?

Steffen Reiche: Gesine Schwan hat glaube ich 1992 zu mir gesagt: „Du bist der Erste, bei dem ich nicht genau weiß, ob er ost- oder westdeutsch ist.“ Ich habe das damals als ein wunderbares Kompliment angesehen. Das Skurrile ist doch, dass sich 1990 diejenigen, die sich heute auf irgendeine ostdeutsche Identität berufen, klar dagegen entschieden haben, indem sie sagten, wir treten der Bundesrepublik nicht als Ostdeutschland bei – diese Chance gab es 1990 –, sondern als Brandenburger, Sachsen, Mecklenburger, Thüringer usw. Das ist die Identität, für die man sich damals – ich referiere nur – entschieden hat. Es gehört zu dieser Zumutung rationalen Denkens, nicht immer den Bezugsrahmen nach Belieben zu ändern. Man hat sich damals so entschieden, ist heute Sachse oder Sächsin, Brandenburger_in, Thüringer_in. Für mich ist ostdeutsch auch so eine Schmuttelidentität mittlerweile – nicht nur wegen

des Rechtsextremismus, sondern es hat auch immer so etwas Wehklagendes. Ich würde mich nie, an keinem Ort der Welt als Ostdeutscher vorstellen, weil das immer so eine Mitleidsattitüde hervorruft und auch provozieren will.

Michael Kraske: Ich wollte jetzt fast auf die Zielgerade kommen, aber mit Schmuttelidentität gehe ich nicht nach Hause. Interessanterweise regt sich dann auch gleich Widerspruch.

Frage aus dem Publikum: Ich wollte unmittelbar reagieren. Heute Morgen wurde auch die Frage der Landesidentität, der sächsischen Identität, von einem der Diskutanten auf dem Podium zurückgewiesen. Denn auch Sachsen wird für viele mit Nazis und Rechtsextremismus verbunden. Er sagte, er fühle sich als Deutscher und Europäer. Vielleicht darf ich an etwas anschließen, das mit dem vorangegangenen Podium zusammenhängt. Ich komme aus Lübeck und habe 1953 Abitur gemacht. Im Blick auf die Aufarbeitung der Nazi-vergangenheit war es in Westdeutschland so: Der Stoff unseres Geschichtsunterrichts endete 1939. Das lag an den Lehrern, das lag an der allgemeinen Stimmung. Ich habe also von den Verbrechen der Nazis in der Schulzeit nichts erfahren, gar nichts. Das setzte sich im westlichen Nachkriegsdeutschland auch fort und hielt lange Jahre an. Es gab sogar bewusste politische Aussagen: Das deutsche Volk habe ein Recht darauf, nicht immer wieder oder überhaupt nicht an Auschwitz erinnert zu werden. Die Umstände waren geeignet, diese Thematik zurückzudrängen, aber auch wenn man sich die Literatur und die Filme ansieht – das alles war eine ganz andere Themenebene als die politische Vergangenheit.

Der Preis für diese Form der Ahnungslosigkeit und Betäubung im Blick auf die Vergangenheit – das habe ich persönlich mitbekommen – war ein eruptiver Aufbruch der 1968er-Generation. Die 1968er, da ging ich schon auf die 40 zu, waren für mich das Einstiegstor für die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus. Das Ganze ging mit gesellschaftlichen Erscheinungen einher, die ich keiner anderen Gesellschaft wünsche. Ich war zu der Zeit in einer Universitätsstadt tätig und habe 1968 oder 1969 eine Vollversammlung mitgemacht. Das war die pöbelhafteste Veranstaltung, die ich je erlebt habe. Wir waren noch großgeworden in einer gewissen ehrfürchtigen Distanz zu unseren Lehrern an der Universität und hier wurden sie bepöbelt: ‚Du alter Sack, halt deine Schnauze. Jetzt reden wir!‘ Dieser Aufbruch in die Vergangenheitsbewältigung, in die Vergangenheitsarbeit war verbunden mit einem pöbelhaften Unternehmen, das ich wirklich keinem wünsche. Dieses Geschehen, aus dem Tal der Ahnungslosen mit Gewalt herausgeführt zu werden, hat West-

deutschland zutiefst geprägt, auch mit positiven Ergebnissen: Willy Brandt, Ostdenkschrift der EKD, der Kniefall in Warschau, Modernisierung der ganzen Gesellschaft, das alles gehört ja in diese Phase des Aufbruchs hinein. Heute Morgen hatte ich das Gefühl, bei diesen sehr klugen Worten der Schüler_innen, dass der Osten aber offensichtlich vor solch einem Geschehen durch gewalttätige und pöbelhafte Elementen bewahrt bleibt, weil hier ein anderer Weg beschritten worden ist.

Michael Kraske: Danke für diesen Beitrag! Ich möchte das für die letzte große Runde noch einmal thematisieren, Herr Reiche. Wir haben es hier und da schon gestreift. Aber ist nicht politische Bildung auch deshalb tatsächlich hier im Osten anders gemacht worden, weil so viele DDR-Lehrer_innen noch da waren und weil man zum Beispiel gerade in Sachsen bewusst nicht an diese Tradition des Schulfachs Staatsbürgerkunde anknüpfen wollte, aber dann blieben Leerstellen? Interessanterweise ist das Fach Gesellschaft Recht und Wirtschaft als Reaktion für die unteren Klassen nach den Ausschreitungen 2018 sehr schnell aus dem Boden gestampft worden. Brauchen wir also eine andere politische Bildung? Und bräuchte es zum Beispiel auch den dezidierten Ansatz, Demokratiebildung zu betreiben, auch wenn man sich damit dem Vorwurf aussetzte, jemanden zu etwas verbiegen zu wollen, wie es ja von bestimmten politischen Akteuren auch immer wieder diffamierend kritisiert wird?

Steffen Reiche: Ich möchte Ihnen nicht widersprechen, sondern erzähle nur eine kleine Geschichte. 2002 wurde ich als Bildungsminister vom Vorsitzenden der Jungen Union angegriffen, er hätte in seinem Unterricht in der Schule – das waren zu dem Zeitpunkt zwölf Jahre – nichts über die DDR gehört, aber auch gar nichts. Großer Protest im ganzen Saal. Nun habe ich seinen Schulleiter gebeten, Dieter Rauchfuß vom Helmholtz-Gymnasium in Potsdam, das mal zu untersuchen. Er hat insgesamt 17 Unterrichtseinheiten klar benennen können, wo diesem Schüler, dem Vorsitzenden der Jungen Union, etwas über diese Fragen beigebracht wurde. Die Lehrer_innen auch im Osten haben sich damit oft besser auseinandergesetzt, als wir das wahrhaben wollen.

Ich würde nicht sagen, es braucht eine andere politische Bildung, das schüttet immer das Kind mit dem Bade aus und wäre genau nicht der goldene Mittelweg, von dem Sie eben redeten. Was wir brauchen, ist eine Weiterentwicklung. Mein Empfinden ist, dass gerade diese neu ins System gekommenen Lehrer_innen dafür stehen, dass sie das weiterentwickeln. Gerade weil es diese neugewählten Regierungen in den fünf neuen Ländern als eine große



Steffen Reiche

Aufgabe sahen, haben wir doch Instrumente entwickelt, die es so im Westen gar nicht gab: „Toleranz Brandenburg“ zum Beispiel bei uns, um mit dem Rechtsextremismus umzugehen, oder das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, auf das wir von Brandenburg aus immer mit Respekt und auch bisschen Neid geguckt haben, das war ein klarer und guter Aufbruch. Da sind Wege gegangen worden im Osten, die weiterentwickelt werden können, weil sie ein Aufbruch, ein Neuanfang waren.

Michael Kraske: Mein Eindruck ist trotzdem, dass an den Schulen erst einmal sehr stark das Formale, die Institutionen gelehrt worden sind. Und wenn wir auf die letzten Jahre schauen, draußen toben Fridays for future, Pegida und Migration mit den Fragen „Wie viel brauchen wir?“, „Wer gehört dazu?“ und „Wer ist das Wir?“. Aber Diskurs und Streiten finden in den Schulen kaum statt. Deshalb auch hier noch einmal die Frage an Frau Kliese und dann Antonie: Braucht es eine andere politische Bildung, die zum Beispiel lehrt, es auszuhalten, dass es andere Meinungen gibt, dass man jemanden nicht an die Wand diskutieren kann und dass man anschließend trotzdem wieder etwas

zusammen machen kann? Als letzte Fußnote zu dieser Frage vielleicht interessant: Ich habe mit der Beteiligungspädagogin Marina Weißband auf einem Podium gesessen, die ja auch in die Schulen geht und sagt: ‚Sie können unglaublich viel zu Demokratie erzählen, aber damit werden Sie überhaupt nichts erreichen. Demokratie muss erfahren werden.‘ Das heißt, wenn wir Schulen haben, die weiterhin so stark hierarchisch sind und Schüler_innen eben nicht ermöglichen, eine Demokratieerfahrung zu machen und mitzuentcheiden, dann wird sich nichts tun. Was ist Ihre Haltung dazu?

Hanka Kliese: Ich kann nur anknüpfen an das, was ich auf Silke Klewins Frage vorhin schon gesagt habe: Man hat zumindest in Sachsen versucht, nach der Wiedervereinigung eine vollständige Entpolitisierung als Reaktion auf die politisch-ideologische Überladung zu DDR-Zeiten einzuführen, und das ist krass gescheitert. Denn wenn Schüler_innen als einzigen Kontakt zu politischen Kontexten und politischer Vielfalt in ihrer gesamten Schulzeit haben, dass der lokale CDU-Abgeordnete mal einen Fördermittelgutschein für die neue Turnhalle überreicht, dann kommt nicht viel dabei heraus, das befördert nicht das demokratische Denken. Wir müssen die gesamte Vielfalt der Demokratie in den Schulen abbilden. Das hat überhaupt nicht stattgefunden. Zuweilen hatte man das Gefühl, Politik ist dadurch etwas Politisiertes, Schmutziges, womit man überhaupt nichts zu tun haben sollte. Also: ‚Politiker_innen, kommt mal nicht an die Schulen!‘ Und dann denke ich mir, gut, aber ich lebe ja nicht in der Kleptokratie, wo Politiker_innen irgendwie schlimme Menschen sind. Sondern die Schüler_innen müssen sie sich doch anschauen und mit ihnen reden können. Das wird jetzt langsam etwas besser. Ich glaube, wir sind da inzwischen auf dem Weg in der politischen Bildung. Aber es war ein großer, ich finde schwerwiegender Fehler, Politik dermaßen aus den Schulen rauszuhalten. Denn damit ist ja auch jegliches Vermögen verlorengegangen, Konflikte auszuhalten und kontrovers zu diskutieren, auch Freude an der Kontroverse zu entwickeln. Ich habe 1998 Abitur gemacht mit einem Gemeinschaftskundelehrer, der mal zu mir sagte: ‚Ihre Meinung ist falsch.‘ Wenn man mit solchen Leuten arbeitet, lernt man überhaupt nicht das Abwägen von Argumenten, da gibt es keine Dialektik, gar nichts. Das ist natürlich schade. Und ich hoffe sehr, dass es jetzt besser wird.

Antonie Rietzschel: Ich finde es immer interessant, obwohl es wichtig ist, dass die Jugend so sehr in die Pflicht genommen wird. Die junge Generation soll jetzt die Demokratie retten und die Zustände wieder geraderücken, die Menschen, die über 18, über 45, über 60 sind, aufgrund ihrer Wahlentscheidungen

mit herbeigeführt haben. Das nimmt die ältere Generation ein bisschen aus der Pflicht. Ich stelle mir wirklich konkret die Frage, wie man da rangeht. Denn Demokratie ist erlebbar. Wir haben mit Landrät_innen und mit Bürgermeister_innen zu tun, die vor Ort sehr stark das Bild prägen, wie eigentlich Demokratie funktioniert. Da sieht man aber teilweise sehr große Defizite. Da wird zum Beispiel entpolitisiert und gesagt: ‚Ich habe keine Haltung.‘ Oder: ‚Das ist mir zu politisch, ich mache keine Politik.‘ Doch jedem, der in irgendeiner Weise in einem Amt ist, muss bewusst sein, dass es eine Haltung gibt. Allein zu sagen: ‚Ich stehe für demokratische Positionen ein‘, kann schon eine Haltung sein.

In der Corona-Pandemie haben wir teilweise erlebt, dass Bürgermeister_innen oder auch Landrät_innen, die – auch wenn sie natürlich Kritik äußern sollen – plötzlich die demokratischen Grundsätze komplett infrage stellten, auf offener Bühne, sich gemein machten – wie hier in Bautzen – mit Demonstrant_innen und daran bis heute nichts Schlechtes finden. Ich saß bei Udo Witschas (CDU), dem neuen Landrat des Landkreises Bautzen, und habe zwei Stunden lang mit ihm darüber diskutiert. Er sah keine Widersprüche, nichts Problematisches daran, weil natürlich die politischen Zustände sind, wie sie sind, und er das Gefühl hat, man müsse einer lauten Minderheit das Wort reden. Ich möchte, dass diese Generation auch in die Verantwortung genommen wird. Wir müssen verstehen, dass demokratische Teilhabe auch bedeuten kann, in der Freiwilligen Feuerwehr oder in einem Verein zu sein. Mein Vater ist zum Beispiel im Heimatverein, auch er macht das für die Gesellschaft. Wer im Chor mitsingt, im Orchester mitspielt – auch das ist Zivilgesellschaft. Ich würde mir wünschen, dass Leute, die bei so etwas mitmachen, verstehen, dass sie gerade an etwas teilhaben und auch Korrektive vor Ort sind, wenn sie etwa bei rassistischen, diskriminierenden und antidemokratischen Äußerungen sagen: ‚Ich gehe dazwischen.‘ – Das zu aktivieren ist für mich die große Herausforderung.

Steffen Reiche: So wie die von uns kritisierten Rechtsextremen den Staat kritisieren, so wird auf solchen Podien oft die Schule kritisiert. Ich halte das nicht für sehr konsistent. Denn wenn man genau hinschaut, kann man erkennen, in wie kurzer Zeit und mit wie großer Dynamik sich die Schulen zu wirklich demokratischen Institutionen entwickelt haben, wo die ganzen Abstimmungsprozesse nicht nur mit den Eltern, sondern auch landesweit demokratisch organisiert werden. Auch die Profilentwicklung an den Schulen: Es gibt eigentlich keine Schule mehr, die nicht irgendein Profil hat – „Demokra-

tische Schule“, „Schule ohne Rassismus“ und, und, und. Ich rate davon ab, Schule immer in dieser pauschalen Weise zu kritisieren. Da ist viel mehr passiert und passiert viel mehr, als wir wahrnehmen. So ein Populist wie der widerwärtige ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hat ja mit dem Draufhauen auf die „alten Säcke“ und die Lehrer_innen viel versucht für sich zu erreichen. Ich finde das schlicht ekelhaft. Wir müssen, denke ich, genau wie wir das von den Rechtsextremen in Bezug auf den Staat erwarten, auch bereit sein, das Positive zu sehen, was Schule in den vergangenen 30 Jahren im Osten erreicht hat, in einer sehr schnellen nachholenden Entwicklung.

Michael Kraske: Ein leidenschaftliches Plädoyer für die Schulen, an denen natürlich viel passiert. Aber natürlich passiert nicht noch mehr, wenn man nicht auch Kritik übt und sagt, was noch fehlt. Ich würde vorschlagen, wir sammeln die letzten Fragen und gehen dann langsam wirklich auf die Zielgerade.

Frage aus dem Publikum: Da viele im speziellen Interesse hier sind, über Demokratie zu diskutieren und es gerade um die Erfahrbarkeit von Demokratie in Bildungsinstitutionen ging, wäre ein Vorschlag für die Organisation des Bautzen-Forums, in den nächsten Jahren partizipative Elemente einzuführen. Die Beiträge sind hochspannend, wir folgen ihnen und machen uns Gedanken, aber die Möglichkeit der Mitsprache ist doch ein singulärer Akt. Insofern wäre die Frage, weil ja auch viele unter uns ein starkes Mitteilungsbedürfnis haben, ob Diskussionsmethoden wie Worldcafés oder Fishbowl zumindest an einigen Stellen eingeführt werden könnten, um dieses Format noch attraktiver zu machen. Ich denke, die Form von Podien hatte ihre Zeit.

Michael Kraske: Herr Eisel greift zum Stift und schreibt schon fleißig mit. Nicht nur das Ohr ist offen, auch der Block.

Silke Klewin aus dem Publikum: Es war glaube ich ein Missverständnis gerade. Es ging nicht darum, Lehrer_innen zu kritisieren, sondern um ein strukturelles Problem, gegen das viel zu wenig getan wird. Ich meine nicht, dass Lehrer_innen schlechte Arbeit machen oder faul sind, sondern dass die Schulen, wie wir sie als Eltern in Bautzen erleben, hochgradig undemokratisch verfasst sind. Das Mitspracherecht der Eltern ist auf ein Minimum reduziert, das führt zu derartigen Frustrationen, dass fast niemand Lust hat, sich einzubringen. Diskussion über Veränderungen, was Lehrplaninhalte angeht, sind in Sachsen nicht mal ansatzweise in Angriff genommen worden. Noch mal: Es geht mir nicht um die Lehrer_innen, sondern um Strukturen, Inhalte und Abläufe. Ein Lieblingsthema sind die „Benimmnoten“, also Kopfnoten, die zwar das Ba-

nalste von der Welt sind, aber darüber ist nicht einmal eine Diskussion möglich, was als gutes Benehmen gilt! Es wird sehr unterschiedlich gehandhabt, aber Ordnung und Sauberkeit stehen hier immer noch hoch im Kurs. Das finde ich enorm unzeitgemäß.

Michael Kraske: Vielleicht eine kleine Ergänzung dazu. Wir saßen mit Herrn Eisel in einer Runde in Leipzig, da meldete sich auch eine Lehrerin, die das ähnlich beschrieb und sagte: ‚Wir müssen aufhören, das an einzelne Lehrer_innen zu delegieren, sondern die Strukturen schaffen, dass politische Bildung mit Projekten in die Lehrpläne reinkommt, um zu verhindern, dass nur einzelne Leuchttürme unter den Schüler_innen das an den Schulen vortragen.‘ Ich glaube, da kann man ansetzen, ohne alles in Bausch und Bogen abzulehnen, dann kommen wir vielleicht auch ohne das Wort „Bashing“ aus.

Steffen Reiche: Wir in Brandenburg haben das sehr intensiv gemacht, aber uns wird dann immer entgegengehalten: ‚Macht es doch so wie in Sachsen und Thüringen, die Pisa-Ergebnisse geben denen mit ihrem Weg recht.‘

Michael Kraske: Oh weh! Zu den Pisa-Ergebnissen und ihren Rückseiten dann bei der nächsten Veranstaltung.

Steffen Reiche: Ich sage nur, wie das an anderen Orten anders gesehen wird.

Michael Kraske: Wir sind total lebhaft geworden noch gegen Ende, ich möchte das ganze jetzt trotzdem mit einem ganz kleinen Überfall beenden, und zwar nicht auf Sie, sondern auf Sie vier hier oben. Wir haben über die Leerstellen gesprochen, die die Medien lassen, die Klischees und alles. Deshalb eine ganz kurze Runde: Wenn Sie in der Chefredaktion des Spiegels, der Süddeutschen oder der Zeit sitzen würden, welches Thema über Ostdeutschland, das sonst zu kurz kommt oder vergessen wird, sollte behandelt werden? Worüber sollten wir mehr sprechen?

Steffen Reiche: Zum einen, wer die Entlastungspakete irgendwann mal bezahlt, die wir jetzt schnüren, um manchmal sogar populistisch den Bürger_innen zu entsprechen. Das dritte ist mittlerweile geschnürt, vermutlich kommt bald das vierte. Und zum andern, was wir hier im Osten Europa verdanken, damit das, was vorher jemand sagte, er fühle sich als Deutscher und als Europäer, stärker in den Köpfen verankert wird.

Michael Kraske: Herr Prof. Ganzenmüller, was gehört aus der Sicht des Historikers aus der Dunkelheit raus ans Licht geholt?

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller: Ich fände es wichtig, dass man mehr über gesellschaftliche Bindekräfte in der DDR spricht. Bis heute dominiert in der öffentlichen Debatte das Diktaturgedächtnis, das die zweifellos vorhandenen

Repressionen in der DDR in den Vordergrund stellt. Damit einher geht jedoch häufig die Vorstellung, dass es wenige Herrschende gab und die Masse, vielleicht auch ‚das Volk‘ Opfer von deren Gewaltherrschaft war. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Einen differenzierteren Blick könnte man erreichen, wenn man fragt, inwieweit und auf welche Weise es der SED gelungen ist, Teile der Bevölkerung an sich und damit auch an ihr politisches Projekt zu binden.

Hanka Kliese: Ich würde mir wünschen, dass wir über eine Generation von inzwischen nicht mehr ganz jungen Menschen mehr sprechen, dass mehr über diejenigen berichtet wird, die in den 1990er Jahren komplett auf sich gestellt waren, weil ihre Eltern so stark damit beschäftigt waren, sich in dieser neuen Welt zu orientieren, dass sie überhaupt nicht die Möglichkeit hatten, gute Vorbilder für ihre Kinder zu sein. Diese damals Jugendlichen mussten komplett auf sich gestellt ihren Bildungsweg, ihren Weg in der Gesellschaft finden und viele davon haben das mit Bravour gemacht. Darunter sind auch viele von denen, die – wie wir es ja eingangs schon gehört haben – in den Baseballschlägerjahren permanent auf der Flucht waren, etwa in meinem Heimatort. Für sie wünsche ich mir eine größere Würdigung.

Michael Kraske: Antonie, wenn du auf dem Chef_innensessel platznehmen würdest, für welche Zeile würdest du die Seiten freiräumen.

Antonie Rietzschel: Vor Kurzem war ich in Berlin Teil einer Jury, die zwei Tage lang im Programm „Neulandgewinner – Zukunft gewinnen vor Ort“ Projekte aus Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern aussuchte. Da standen Leute für fünf Minuten vor uns, manche brachten ihre Geige mit, andere hatten ein Schild in der Hand, um zu erklären, was sie in der ländlichen Region teilweise für großartige Projekte machen. Nach diesen zwei Tagen ging es mir so gut, weil ich dachte: „Wow, es gibt so tolle Leute!“ Tatsächlich hätte ich gern mehr Zeit, über diese Menschen zu berichten und ihre Geschichten zu erzählen. Etwa wie sie autarke Energiedörfchen gegründet haben und was es auch zu lernen gibt von Menschen, die sich auf diese Weise in ihrer Region engagieren, gesellschaftlich und politisch.

Michael Kraske: Ein besseres Schlusswort kann es nicht geben! Danke fürs Mitmachen, für diese sehr intensive, lebhaftige Diskussion und bis bald hoffentlich wieder im nächsten Jahr. Ganz herzlichen Dank!

THEATER

„Helden wie wir“ nach dem gleichnamigen Roman von Thomas Brussig,
für die Bühne inszeniert von Peter Dehler.

Gastspiel der Bühnen Halle am Abend in der Gedenkstätte Bautzen,
Peter W. Bachmann in der Rolle des Stasimajors Klaus Uhltscht.





Ökumenische Andacht

ANDACHT

Pfarrer Christian Tiede

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gemeinde in dieser Gedenkandacht. „Das geknickte Rohr wird er nicht zerbrechen und den glimmenden Docht wird er nicht auslöschen.“

Der Vers aus dem Buch des Propheten Jesaja ist einer dieser Hoffnungstexte, die stark sind – und gleichzeitig so fragil, so leise, so tastend, dass man sich fragt, woher sie ihre Stärke nehmen. Denn der Satz strotzt nicht vor Kraft, man kann sich nicht hinter ihm verstecken. Man kann ihn auch nicht vor sich hertragen, die Leute würden bestenfalls den Kopf schütteln. Das Rohr steht schon lange nicht mehr aufrecht im Wind, das Licht glimmt nur noch leise und bald droht es ganz zu verlöschen. Der Vers weiß von dem gebrochenen, dem erloschenen Leben, nicht nur zwischen den Zeilen. Er weiß von der Ohnmacht, den verzweifelten Fragen, dem klammen Suchen nach allerletzter

Hoffnung: dass der glimmende Docht nicht ganz verlöschen möge. Wenigstens das!

Was waren die Hoffnungen der Gefangenen in den beiden Haftanstalten, die verbunden sind mit dem Namen unserer Stadt? Opfer von Unrechtsurteilen – allzu oft, weil sie ihre große Hoffnung nicht für sich behalten hatten. Weil sie die Hoffnung hatten von einem freieren Leben. Weil sie nach dem Ende der Diktatur des Dritten Reiches nicht ertragen konnten, dass auch das neue politische System ein System der Unfreiheit und der Diktatur wurde. Weil sie die alltägliche Unfreiheit nicht einfach hinnehmen konnten.

Morgen und übermorgen wird es um die Umbruchjahre im Osten gehen, 1989 und am Beginn der 1990er Jahre. Das war, bei aller Ambivalenz, eine Zeit, die von der großen Hoffnung getragen war, dass sich das Leben zum Besseren verändert. Aber in den Jahren und Jahrzehnten davor gab es so viele Brüche im alltäglichen Leben. So viele Lebensentwürfe, die sich nicht entwickeln konnten, denen ständig die Grenzen aufgezeigt wurden von den Mächtigen. So viele Hoffnungen, die schleichend begraben wurden. Und mancher Drang nach Freiheit ist im wahrsten Sinne des Wortes gebrochen worden. Und manches Leben.

Auch deshalb sind wir heute hier, weil wir der Menschen gedenken, deren Leben hier in Bautzen gebrochen wurde. Deren Lebenslicht verloschen ist und die hier auf dem Karnickelberg mehr verscharrt als begraben wurden. Aber wir gedenken auch der Menschen, deren Lebensmut verloschen ist. Deren Leben nur noch ein zitterndes Glimmen war nach dem Ende ihrer Haft. Die Schäden genommen haben an ihrer Seele. Und die hinterher vielleicht nie wieder die Kraft gefunden haben zu leuchten.

Kann man dann von Hoffnung reden, an so einem Ort? Jedes Grab hier auf dem Karnickelberg, auch jedes der vielen unbekanntes, steht ja für ein erloschenes Licht oder einen gebrochenen Halm, um in der Sprache des Psalms zu bleiben. Dass man aus der Gefangenschaft hier oder in Bautzen II herauskam, unbeschadet, kann man sich nicht vorstellen, wenn man einmal in der Gedenkstätte gewesen ist. Die Berichte darüber, wie es die Staatssicherheit angelegt hatte, Menschen systematisch und geplant zu brechen, lassen noch immer schauern. Ja, diese Kapelle und die Gedenkstätte auf dem Karnickelberg brauchen wir, weil sie dem Erinnern gewidmet sind, an so viele gebrochene Leben. Gut, dass es diesen Ort gibt in unserer Stadt.

Es ist am Ende nicht gelungen, die Hoffnung auszulöschen und das Leben zu brechen. Vielleicht auch, weil es immer Hoffnungsbilder gab. Und Hoff-

nungsworte, die Sprache verliehen haben, wenn es dem Leben die Sprache verschlagen hat. So wie den Vers aus dem Jesajabuch. (Und es gibt noch viele andere.) Zerbrechlich und leise. Die das gebrochene Leben kennen, weil sie beladen sind mit den Bedrohungen des Lebens aus vielen Generationen. Aber Hoffnungen, die immer weitergesagt wurden. Manchmal nur geflüstert. Oder gebetet mit letzte Kraft zu Gott. „Das geknickte Rohr wird er nicht zerbrechen und den glimmenden Docht wird er nicht auslöschen.“

Amen

Referent_innen des 33. Bautzen-Forums

Dr. Robert Böhmer, Bürgermeister für Finanzen, Ordnung, Bildung und Soziales der Stadt Bautzen

Jakob Böttcher, Schüler

Dr. Christoph Classen, Leibnitz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Verbundprojekt Mediales Erbe der DDR

Matthias Eisel, Leiter Landesbüro Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller, Historiker, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Vorstandsvorsitzender Stiftung Ettersberg

Jessica Gerber, Schülerin

Pia Heine, Historikerin, Leipzig

Leander Jakschick, Schüler

Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

Hanka Kliese, Mitglied des Sächsischen Landtags, SPD-Fraktion, Chemnitz

Michael Kraske, Journalist und Autor, Leipzig

Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e. V.

Johannes Nichelmann, Journalist und Autor

Lennox Noack, Schüler

Dr. Markus Pieper, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft

Steffen Reiche, Pfarrer, Brandenburger Minister a. D.

Antonie Rietzschel, Journalistin, Leipziger Volkszeitung

Anais Roth, MDR-Fernsehen, Redaktionsleiterin Geschichte und Dokumentationen

Peter Schneider, Schauspieler

Dr. Jens Schöne, Stellvertretender Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Melisa Sturies, Schülerin

Alexandra Titze, Vizepräsidentin des Bundesarchivs, verantwortlich für die Abteilungen des Bereiches Stasi-Unterlagen-Archiv

Katharina Warda, Soziologin und Literaturwissenschaftlerin, Projekt „Dunkeldeutschland“

Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur

Bautzen-Foren im Überblick

(Die Broschüren sind teilweise vergriffen, können aber über www.fes.de als pdf-Dateien heruntergeladen werden.)

Nr. 1 / Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990

Nr. 2 / Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991

Nr. 3 / Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992

Nr. 4 / Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993

Nr. 5 / Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994

Nr. 6 / Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995

Nr. 7 / Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996

Nr. 8 / Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997

Nr. 9 / Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998

Nr. 10 / Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999

Nr. 11 / Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000

Nr. 12 / Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR.
Leipzig 2001

Nr. 13 / Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002

Nr. 14 / Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003

Nr. 15 / Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR.
Leipzig 2004

Nr. 16 / Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur.
Leipzig 2005

Nr. 17 / Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen
Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006

Nr. 18 / Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und
Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007

Nr. 19 / Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur.
Leipzig 2008

Nr. 20 / Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung.
Leipzig 2009

Nr. 21 / Unrechtsstaat DDR – Willkür. Gewalt. Macht.
Leipzig 2010

Nr. 22 / 50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem „antifaschistischen Schutzwall“.
Leipzig 2011

Nr. 23 / Ein ganz normaler Staat? Legendenbildung und Verharmlosung in der
Rückschau auf die DDR. Leipzig 2012

Nr. 24 / Widerstand gegen den Kommunismus. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der
kommunistischen Diktatur. Leipzig 2013

Nr. 25 / Aufbruch zur Freiheit. Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und Osteuropa.
Leipzig 2014

Nr. 26 / Das Bild von der DDR heute. Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im
vereinten Deutschland. Leipzig 2015

Nr. 27 / Macht und Gewalt. Zum Herrschaftssystem der SBZ/DDR. Leipzig 2016

Nr. 28 / Jung sein in der DDR. Leipzig 2017

Nr. 29 / „Überholen ohne einzuholen“ – Wirtschaft, Arbeit und Soziales in der
SBZ/DDR. Leipzig 2018

Nr. 30 / Wie erinnern? Zum Umgang mit dem SED-Unrecht 30 Jahre nach der
Friedlichen Revolution. Leipzig 2019

Nr. 31 / „30 Jahre deutsche Einheit und das Erbe der DDR-Diktatur“. Leipzig 2020

Nr. 32 / Die DDR in den 1970er und 1980er Jahren. Stabilisierung, Erstarrung, Verfall.
Leipzig 2021

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig
sachsen@fes.de

Redaktion Ines Eifler, Görlitz
Matthias Eisel, Leipzig (verantwort.)
Gestaltung Thomas Glöß, Leipzig
Fotos Gaby Waldek, Leipzig
Druck Druckerei Friedrich Pöge, Leipzig



Das Team rund ums Bautzen-Forum: Heiner Herrmann, Birgit Elter, Matthias Eisel, Gaby Waldek, Michaela Vogelsang (vorn v. l. n. r.); Ines Eifler, Thomas Hauf, Frieder Eccarius (hinten v. l. n. r.).

ISBN 978-3-98628-283-7

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

XVII. Bautzen-Forum
4.-5. Mai 2006

Demokraten im Unrechtsstaat



Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Büro Leipzig

XVII. Bautzen-Forum

XVIII. Bautzen-Forum
10.-11. Mai 2007

Im Visier der Geheimpolizei Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945-1989



FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Büro Leipzig

XVIII. Bautzen-Forum

21. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
6. und 7. Mai 2010

UNRECHTSSTAAT



DDR

Willkür. Gewalt. Macht.

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Büro Leipzig

21. Bautzen-Forum

22. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
5. und 6. Mai 2011

50 Jahre Mauerbau

Vom Leben mit dem »antifaschistischen Schutzwall«



FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Büro Leipzig

22. Bautzen-Forum

XIX. Bautzen-Forum
15.-16. Mai 2008

Alltag in der SBZ/DDR

Leben in einer Diktatur

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Büro Leipzig

XIX. Bautzen-Forum

20. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
7. und 8. Mai 2009

Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung



FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Büro Leipzig

20. Bautzen-Forum

23. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
10. und 11. Mai 2012

Ein ganz normaler Staat?

Legendenbildung und Verharmlosung
in der Rückschau auf die DDR



FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Sachsen

23. Bautzen-Forum

24. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
30. und 31. Mai 2013

Widerstand gegen den Kommunismus

Vom 17. Juni 1953
bis zum Ende
der kommunistischen Diktatur



FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro Sachsen

24. Bautzen-Forum

25. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
8.–9. Mai 2014

AUFBRUCH ZUR FREIHEIT



Bürgerrechtsbewegungen in der DDR
und Osteuropa

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen

25. Bautzen-Forum

26. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
28.–29. Mai 2015

Das Bild von der DDR heute



Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland
und Osteuropa

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen

26. Bautzen-Forum

29. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
24.–25. Mai 2018

„Überholen ohne einzuholen“



Wirtschaft, Arbeit und Soziales
in der SBZ/DDR

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen

29. Bautzen-Forum

30. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
9.–10. Mai 2019

Wie erinnern?

Zum Umgang mit dem SED-Unrecht
30 Jahre nach der
Friedlichen Revolution



FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen

30. Bautzen-Forum

27. Bautzen-Forum
26.–27. Mai 2016

Macht
und
Gewalt

Zum Herrschaftssystem
der SBZ/DDR



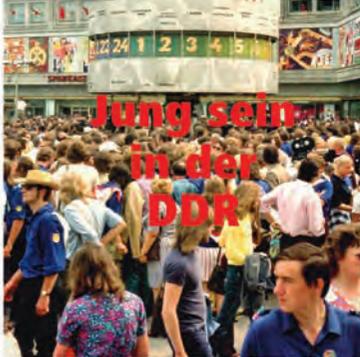
FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen

27. Bautzen-Forum

28. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
11.–12. Mai 2017

Jung sein
in der
DDR



FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen

28. Bautzen-Forum

31. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
10.–11. September 2020

30 Jahre Deutsche Einheit
und das Erbe der SED-Diktatur



FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen

31. Bautzen-Forum

32. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
9.–10. September 2021

Die DDR in den 1970er
und 1980er Jahren
Stabilisierung, Erstarrung, Verfall



FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen

32. Bautzen-Forum